

PAPERS

**CORNELIA HILDEBRANDT,
NELLI TÜGEL (HRSG.)**

**DER HERBST
DER »WUTBÜRGER«**

**SOZIALE KÄMPFE
IN ZEITEN DER KRISE**

Cornelia Hildebrandt, Nelli Tügel (Hrsg.)

Der Herbst der „Wutbürger“ Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise

Impressum

Herausgegeben von
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
www.rosalux.de

Diese Publikation kann kostenfrei unter
<http://www.rosalux.de/publikationen.html> heruntergeladen werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Alex Demirovic Die Protestbewegung und die Demokratie	7
Alexander Schlager Die Proteste gegen „Stuttgart 21“	13
Jonas Rugenstein und David Bebnowski Wer, Wie, Was, Warum? Ein Erklärungsversuch des Phänomens „Stuttgart 21“	28
Martin Fochler Ein besserer Bahnhof, mehr Demokratie und eine Herausforderung an die Parteiarbeit	34
Dr. Annette Ohme-Reinicke Höher, schneller, weiter – bis es einem schwindelig wird?	39
Forschungsgruppe "Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa" Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010	41
Judith Dellheim Ein Diskussionsbeitrag aus internationalistischer Perspektive	55
Steffen Kühne Auf die Straße 21 – „Bürgerprotest“ statt soziale Kämpfe?	63
Thomas Falkner Proteste 2010: Zerfall der Demokratie oder Aufbruch der Demokraten?	66
Fanny Zeise Halbherziger Herbst	72
Avanti-Projekt undogmatische Linke, Berlin Von der Krise zum kollektiven Handeln	76
Luciana Castellina Das Dilemma der italienischen Linken: Ursachen und Perspektiven	80
Ursula Schönberger Am Rand, in der Mitte, oben und unten – die „neue“ Anti-AKW-Bewegung	85
Sonja Schubert Das Wendland – ein Lernort für Widerstand	88
Christoph Kleine Heiligendamm mit Raureif / Erfolgreich mitgemischt: Castor? Schottern!	91
Lars Kleba Schöne Bescherung	94
Bundesvorstand DIE LINKE.SDS und Paula Rauch Dreimal Bildungstreik und was jetzt?	96
Christine Buchholz, Steffi Graf, Lucia Schnell und Luigi Wolf Breit und entschlossen Naziaufmärsche verhindern: Das Erfolgskonzept von Dresden	100
Peter Ullrich und Anja Lê Überwachungskritische Bilder. Proteste gegen Kontrolle 2010	106
AutorInnenverzeichnis	114

Vorwort

Liebe LeserInnen,

in Frankreich, Griechenland, Portugal, Irland und Spanien demonstrieren Millionen gegen Sparpakete, Sozialabbau und die Abwälzung von Krisenlasten, die sie nicht verursacht haben.

In Griechenland legte der Generalstreik am 15. Dezember 2010 (der achte dieses Jahres) weite Teile des öffentlichen Lebens lahm. Flüge fielen aus, Fähren blieben in den Häfen, Busse, Bahnen und der Taxiverkehr wurden bestreikt. Die Beschäftigten in Schulen, Krankenhäusern, Gerichten, Banken und noch staatlichen Unternehmen, wie der Stromversorgung und Postzustellung streikten. Am 27. November demonstrierten 100.000 Menschen in der irischen Hauptstadt Dublin gegen das (unter Druck von IWF und EU geschnürte) Sparpaket der Regierung von Brian Cowen und wenige Tage zuvor erlebte Portugal den mit einer Streikbeteiligung von 80 bis 85 Prozent der Beschäftigten (laut Gewerkschaftsangaben) größten Generalstreik in der Geschichte des Landes.

Der Sarkozy-Regierung in Frankreich bereiteten ArbeitnehmerInnen gemeinsam mit SchülerInnen und Studierenden mit mehreren landesweiten Streiktagen einen heißen Herbst, der sich gegen die Renten“reform“ (die Erhöhung des Renteneintrittsalters) richtete. In Spanien riefen die Gewerkschaften am 29. September 2010 zu einem Generalstreik gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes auf und es gab große Demonstrationen gegen Sozialabbau in Dänemark, Italien und anderen Teilen Europas.

Auch in Deutschland wurde am 26. November 2010 ein Sparpaket beschlossen, das die Streichung des Elterngeldes, der Rentenversicherungsbeiträge und des Heizkostenzuschusses für Hartz-IV-EmpfängerInnen sowie des Übergangsgeldes für ALGI-EmpfängerInnen vorsieht.

Dies und die geplante Einführung der Kopfpauschale, die eine Umverteilung der Kosten des Gesundheitssystems zuungunsten von ArbeitnehmerInnen bedeutet, haben nicht wenige Menschen bewegt, im Rahmen der gewerkschaftlichen Herbstproteste und/ oder der verschiedenen Antikrisenproteste auf die Straße zu gehen. Und trotzdem: diese Mobilisierungen blieben randständig im Unterschied zu den seit dem Sommer andauernden Protesten in Stuttgart, die sich gegen die 7 Milliarden Euro teure Verlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofes unter die Erde (Stuttgart 21) richten.

Weshalb gehen Hunderttausende wegen eines Bahnhofs auf die Straße, nicht aber wegen radikaler Einschnitte im sozialen Bereich? In Stuttgart geht es nicht nur um einen Bahnhof. Stuttgart 21 steht für mehr. Es geht um Demokratie, um Protest gegen die Arroganz der Macht, um Mitbestimmung der BürgerInnen. Es geht auch um die Ausgrenzung von sozialen Projekten, die diesem Umbau im Wege stehen.

Seit dem Spätsommer 2010 also zogen Zehntausende, 'Durchschnitts'stuttgarterInnen Woche für Woche durch ihre Stadt, ohne dass eine Partei oder Gewerkschaft dazu aufgerufen hätte. Das Fass zum Überlaufen brachte der schwarze Donnerstag, der 30. September, an dem Schüler und Schülerinnen im Stuttgarter Schloßgarten von Polizisten mit Tränengas und Wasserwerfern drangsaliert wurden.

Auch die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ebenso wie die Castortransporte im Wendland und in Mecklenburg-Vorpommern haben in diesem Jahr Hunderttausende auf die Beine gebracht. 100.000 demonstrierten am 18. September 2010 in Berlin gegen Atomkraft und umzingelten das Regierungsviertel am 6. November 2010 in Dannenberg sagten 50.000 Menschen „Nein!“ zu dem Castortransport ins Endlager Gorleben und Tausende beteiligten sich daran, dessen Ankunft um anderthalb Tage zu verzögern.

Was vereint diese Proteste und was trennt sie? Warum blieben hinter diesen Auseinandersetzungen die sozialen Proteste zurück? Weshalb konnte ein Bahnhofsumbau in Stuttgart die Bundesrepublik weit mehr erschüttern, als die tiefen Einbußen für Hartz-IV-EmpfängerInnen und die drohende Kopfpauschale? Was bedeuten diese Proteste für die Linken und auch für die Partei DIE LINKE?

Der erste Teil dieser Publikation widmet sich der Analyse der Protestbewegung gegen Stuttgart 21. Wer sind die Protestierenden und was treibt sie an? Geht es „nur“ um den geplanten Bahnhofsumbau oder ist Stuttgart 21 vielmehr zum Symbol eines Politikstils des „an den Menschen vorbei Regierens“ geworden?

Verschiedene Beiträge untersuchen daraufhin die Antikrisenproteste und die gewerkschaftlichen Mobilisierungen und stellen den Bezug zu den europäischen Antikrisenprotesten her.

Im dritten Teil der hier zusammengestellten Beiträge werden Aktionsformen der Anti-Atomkraft-Bewegung betrachtet und bilanziert. Die Geschichte dieser Bewegung wird nachgezeichnet und es wird versucht, neue Entwicklungen zu markieren und Vergleiche mit den Protesten in Stuttgart zu ziehen.

Schließlich haben wir Beiträge zu anderen Themen, die Menschen bewegt haben – verstärkte Überwachung, der Zustand des Bildungssystems und der geplante, aber erfolgreich verhinderte Aufmarsch von Nazis in Dresden zu Beginn des Jahres – zusammengestellt.

Die Beiträge wurden von Aktivist*innen und Aktivistinnen der unterschiedlichen Bewegungen und Proteste geschrieben, ebenso wie von Wissenschaftler*innen und Wissenschaftlerinnen, die sich analytisch mit ihnen und Fragen direkter und repräsentativer Demokratie auseinandersetzen. Es sind sehr unterschiedliche Beiträge, Berichte, Bilder – voller Begeisterung, Sachlichkeit, Kritik oder Hoffnung. Sachliche Analysen, Zahlen und Sozialstrukturdaten, aber auch wunderbare Eindrücke und Bilder der Kämpfe.

Die Idee dieser Dokumentation entstand in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrem Umfeld, darunter auch in den Diskussionen des Gesprächskreises Parteien und soziale Bewegungen der RLS. Wir haben die Autoren und Autorinnen dieser Publikation gebeten, ihre Überlegungen, Erfahrungen aber auch offene Fragen und Probleme niederzuschreiben, die sie mit den Protesten 2010 aus ihrer Sicht verbinden. Wir haben diese Beiträge um einzelne, bereits vorliegende Beiträge, ergänzt um damit ein vielfältiges Bild der Proteste nachzeichnen zu können.

Wir betrachten diese Publikation als ein Angebot zum Weiterdenken, als eingreifende Bildungsarbeit für die Breite der Mosaiklinken, auch wenn nicht alle Fragen in dieser Dokumentation bearbeitet werden können. So bleiben die Fragen der Vermittlung von sozialen Protesten und politischen Handlungsoptionen, von konkreter parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit, direkter und repräsentativer Demokratie und das Ziel breiter und vor allem wirksamer Bündnisse gegen die sozialen Folgen der Krise dringend weiter zu diskutierenden Fragen.

Wir danken allen, die an der kurzfristigen Fertigstellung dieses RLS-Papers beigetragen haben.

Nelli Tügel und Cornelia Hildebrandt

Die Protestbewegung und die Demokratie¹

Die Geschichte der Bundesrepublik kreist um sich selbst. Endlos waren die Proteste in den 1970er und 1980er Jahren gegen den Bau von Atomkraftwerken, gegen Endlagerungsstätten, gegen Großprojekte wie die Erweiterung des Frankfurter Flughafens, gegen Militäranlagen, gegen Straßen- und Autobahnbau. Es scheint so, als ginge nichts voran. Die Herrschenden sind zäh und halten an ihren Gewinnen und ihrer Handlungslogik des Raubbaus fest als ginge es um ihr Leben. Die Atomkraftwerke sind weiter im Betrieb, der Atomkonsens wurde von Seiten der Industrie, wie von dessen Kritikern erwartet worden war, bei der erstbesten Gelegenheit unterlaufen. Nicht unwahrscheinlich, dass die großen Energieunternehmen wie in Schweden, in Frankreich oder der Schweiz auch in Deutschland planen, eine neue Generation von Atomkraftwerken vom Stapel zu lassen. Der Bau neuer Schnellstraßen geht trotz Protest immer weiter. Ein Ende ist vor der endgültigen Asphaltierung des Landes nicht zu erkennen. Seit Jahrzehnten wird auch die Politik der Bundesbahn und Deutschen Bahn AG kritisiert, vor allem in Schnelltrassen zu investieren und den Regionalverkehr auszudünnen. Wegen manchmal marginaler Zeitgewinne bei Verbindungen zwischen großen Städten, die zunehmende Mobilität erzeugen, werden enorme Kosten, Landschaftszerstörungen, infrastrukturelle Verschlechterungen und damit größerer Zeitaufwand für Reisende im lokalen und Regionalverkehr in Kauf genommen. Seit Jahrzehnten wird die Logik kapitalistischer Technologiepolitik trotz aller Einwände weiter verfolgt. Charakteristisch ist, dass dieser großindustrielle Entwicklungspfad weitgehend folgenignorant ist. Nichts ist gelöst: es gibt keine Lösung für die Endlagerung des Atommülls, es ist kein Ende abzusehen beim Ausbau der Zersiedelung der Flächen durch immer weitere Gewerbegebiete, Umgehungsstraßen, Autobahnen, Flughäfen oder Schnelltrassen, bei der Abkoppelung vieler Gebiete von der öffentlichen Verkehrsversorgung.

Seit Jahrzehnten gibt es Protest gegen diese Entwicklung. Eine Vielzahl von Bürgerinitiativen und Verbänden hat sich seit den 1970er Jahren gebildet. Es gibt Phasen, in denen solche Proteste auch von der offiziellen Politik als Bereicherung der Demokratie beschworen werden. In anderen Phasen wiederum wird befürchtet, dass solche Proteste die sog. Modernisierung des Landes aufhalten, die Wettbewerbsfähigkeit behindern und die Autorität des Staates und der demokratischen Instanzen untergraben. Die Herrschenden wissen nicht so recht, wie sie damit umgehen sollen. Unter der Regierung Schröder gab es beides, einerseits die Einschränkung des Verbandsklagerechts, das Verfahrensbeschleunigungsgesetz, die Verlagerung von Entscheidungen in Kommissionen und andere Formen von Governance - aus Angst, politische Entscheidungen könnten durch zu viel Mitsprache von unten „zerredet“ werden. Schröder stand für einen neuen politischen Dezisionismus, die Basta-Politik. Andererseits wurde die Partizipationsbereitschaft der Zivilgesellschaft nicht nur gefordert, sondern auch gefördert, die Lichterketten, die NGOs, das Engagement und die Courage der Bürger, die Zivilgesellschaft. In jüngster Zeit hat es große Proteste gegeben gegen Laufzeitverlängerung der AKW durch die konservativ-liberale Bundesregierung. Damit verbunden war die breite Mobilisierung gegen die Castor-Transporte im Wendland, die sicherlich der Einsicht geschuldet war, dass die Energieunternehmen und die atomfreundliche Bundesregierung dabei ist, Gorleben zu einem Endlager auszuge-

¹ Bei dem Text handelt es sich um eine aktualisierte und leicht überarbeitete Fassung eines Artikels, der zuerst veröffentlicht wurde in: ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 554 – Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

stalten. Damit würde es rechtlich möglich, auch in Deutschland eine neue Generation von Atomkraftwerken zu bauen. In Stuttgart ist es zu einer permanenten regionalen Protestmobilisierung gegen den Bau eines neuen Bahnhofs gekommen. Für die Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik ist dies offensichtlich überraschend. Autosuggestiv wollen sie glauben, dass die Leute politisch desinteressiert seien, das Wissen um die verheerende Wachstumslogik und die mörderischen Technologien und die Bereitschaft zum Protest unter dem Druck von Konsumismus und Existenzangst verdrängt worden sei. Aber auch aus einer linken Perspektive ist es überraschend, dass die Widerstände sich nicht gegen die herrschende Politik der Sanierung der Banken, der Staatsverschuldung, der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der Gefährdung der Sparvermögen und der Verschlechterung der Gesundheits- und Altersversorgung richten, sondern sich wie seit Jahrzehnten auch jüngst wieder an solchen Technologieprojekten entzünden und zunächst vor allem die Angehörigen der Mittelklassen ergreifen. Erstaunlich ist auch, dass die Leute es nicht als Zumutung empfinden, immer noch einmal gegen die immer gleiche Politik zu kämpfen. Dass die Atomindustrie, die Betreiber anderer Großprojekte das Recht haben sollen, derart über die Lebenszeit der Menschen zu verfügen, dass Individuen über mehrere Generationen hinweg immer wieder gegen sie protestieren müssen, wäre an sich schon Grund genug, demokratisch einmal über solche Industrien und den von ihnen verfolgten Entwicklungspfad zu entscheiden. Denn eine derartige Macht, die solche Zeit- und Menschenopfer mit sich bringt, ist ökonomisch, politisch und kulturell irrational. Die Vertreter der kapitalistischen Handlungslogik sind, das ist offensichtlich, unbelehrbar. Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte sind eindeutig.

Wie schon bei früheren Großbauprojekten wird den Protestierenden Modernisierungsfeindlichkeit, Partikularismus, Blockadehaltung und Irrationalität vorgeworfen. Scheinbar geht es also um zweierlei, um ein sachliches Problem und um eine Frage der Demokratie. Sachlich scheint in Stuttgart ein neuer Bahnhof notwendig, um das Nadelöhr des alten Kopfbahnhofs zu überwinden und das Streckennetz nach München europatauglich zu machen. Es gibt jedoch viele Argumente dafür, dass der Nutzen gering ist und in keinem Verhältnis zu den Kosten und Schäden steht. Allenfalls noch die städtischen Entwicklungsmöglichkeiten werden dann zugunsten des Projekts vorgebracht. Es wird auf die Irrationalität der Protestierer hingewiesen. Sie halten öffentliche Gelöbnisse ab, weinen um einzelne Bäume, singen die Nationalhymne, protestieren im Namen des Volkes – „Wir sind das Volk“ - und glauben, weil sie zum ersten Mal in Stuttgart mit einem Wasserwerfer konfrontiert sind, dort die bundesdeutsche Demokratie zu verteidigen. Im einzelnen mögen dies irritierende, vielleicht sogar irrationale Protestpraktiken sein, doch entscheidend ist, dass sich in ihnen etwas verdichtet, das über die einzelnen Momente hinausweist. Deswegen ist eine soziale oder klassenspezifische Zurechnung der Proteste irreführend. So wichtig es ist, die soziale Zusammensetzung der Proteste zu kennen und zu verstehen, warum in Stuttgart Teile des Bürgertums, jedoch nicht die Lohnabhängigen gegen den neuen Bahnhof protestieren, obwohl sie doch sogar eher von einer Verschlechterung des regionalen Verkehrs betroffen sein würden, warum in Gorleben Bauern der Region und viele linke Studierende miteinander gegen die Zwischenlagerung kämpfen, so darf dies nicht dazu verleiten, diese Kämpfe nicht ernst zu nehmen oder sogar, wie es manchmal in den Medien geschieht, zu denunzieren – weil es sich um illegitime Protestierer handele. Es ist ein demokratisch-popularer Kampf gegen diejenigen, die seit Jahrzehnten in der Gestaltung der Verhältnisse immer so weiter machen, die Macht ausüben und gesellschaftlichen Reichtum aneignen, um auch morgen Macht ausüben und Reichtum aneignen zu können. Deswegen sind die sachlichen Widersprüche, der Protest und die Forderung nach Demokratie gar nicht zu trennen.

Von den Herrschenden wird auf die Legitimität durch Verfahren verwiesen: Die Entscheidungen für den Neubau des Bahnhofs in Stuttgart seien rechtsstaatlich und in demokratischen Verfahren zustande gekommen. Alle Einsprüche der Bürger, mehr als zehntausend, wurden gerichtlich bearbeitet und verworfen, nicht zuletzt deswegen hätten die Planungen siebzehn Jahre gedauert. Der Bahnhofsbau sei nun also ein allgemeinverbindlicher Beschluss. Der Chef der Deutschen Bahn AG, Rüdiger Grube: „Alle Gremien haben [das Projekt Stuttgart 21] mit großen Mehrheiten in Bund, Land, Stadt und

Region gutgeheißen. Wenn etwas anderes gewollt gewesen wäre, hätte man damals jederzeit darüber reden können. Jetzt sage ich: Demonstrationen ersetzen keine demokratischen Spielregeln.“ (SZ, 2./3.10.2010) Dieses Argument gehört zu den Techniken moderner Herrschaft. Erst werden von den Herrschenden Fakten geschaffen und Verträge geschlossen – und dann wird verlangt, diese Fakten als unumstößlich anzuerkennen. Herr Grube spricht auch sehr deutlich die Konsequenz aus, wenn diesem autoritären Appell an die Unterwerfungsbereitschaft unter die Fakten nicht gefolgt wird. „Ich sage Ihnen: Wenn Stuttgart 21 nicht kommt, wird in Deutschland wahrscheinlich kein Großprojekt mehr durchzusetzen sein.“ Auf diese Weise weist auch für die Herrschenden das Projekt über sich hinaus und wird zu einem Präzedenzfall für die Erhaltung von Herrschaft und ihrer Logik selbst. Der neue Bahnhof soll demnach nicht nur der Sache wegen verwirklicht werden, sondern mehr noch wegen aller weiteren solchen Projekte, die sich über die Leute hinwegsetzen. Es geht um die Macht, die Entwicklung der Gesellschaft selbst zu bestimmen.

Demonstrationen, die Großprojekte in Frage stellen, wenden sich aus der Sicht der Herrschenden gegen die Demokratie. Doch Demonstrationen gehören zu den Spielregeln der Demokratie und vertiefen sie. Es gehört zu den definierenden Merkmalen der Demokratie, dass der demokratische Souverän das Recht zur Revision seiner früheren Entscheidungen hat. Da ist niemand, der ihn binden kann, auch seine Abgeordneten nicht. Diejenigen, die es versuchen, verfolgen selbst nur partikulare Interessen und verstecken sich hinter Verfahren, die sie zu ihren Gunsten organisiert haben. Die Protestbewegung erwartet zu Recht wenig vom Parlament und Neuwahlen. Denn CDU und FDP halten an den Entscheidungen fest, auch die SPD, die allenfalls noch weitere Konsensgespräche anmahnt, am Projekt aber nicht zweifelt. Die Wahlen werden also substantiell wenig Neues bringen. Es bietet sich deswegen an, das Verfahren eines Volksbegehrens nach einem Volksentscheid in Gang zu bringen.

Von Volksentscheiden erwarten sich viele Vertreter radikaler Demokratie viel. Dabei wird außer Betracht gelassen, dass Volksbegehren und Volksentscheide selbst langandauernde Verfahren sind, die sehr viel Zeit in Anspruch nehmen und den politischen Prozess in hohem Maße formalisieren – demnach den Willen der Leute keineswegs direkt zum Ausdruck bringen. Die Erfahrungen der sozialen Protestbewegung mit Volksentscheiden sind ambivalent. Manche waren erfolgreich, andere wurden massiv bekämpft und haben den sozialen Protesten ihre Grundlage entzogen. Denn es muss ein Alternativgesetz formuliert werden, auf das das Volk im Entscheid allein mit Ja oder Nein reagieren kann. Das kann durchaus entpolitisierend wirken. Zwar kann auch der Volksentscheid politisieren, doch er bindet über eine lange Verfahrensdauer enorme politische Kräfte von politisch Engagierten, die Mühe haben werden, so viel Zeit aufzubringen wie die Vielzahl von professionellen Politikern, Werbefirmen, Medien oder Unternehmen, die diese Zeit gegen die Bevölkerung zu nutzen wissen. Zu rechnen ist damit, dass der Gesetzesentwurf vom Parlament oder dem Verfassungsgericht juristisch geprüft und als verfassungswidrig zurückgewiesen wird – wie es mittlerweile auch im Zusammenhang mit dem Bahnhofsbau geschehen ist. In der Zwischenzeit können weitere Bauarbeiten weitere Fakten schaffen, die einen Rückbau derart teuer erscheinen lassen, dass ihn kaum noch jemand will. Selbst wenn das Volksbegehren durchkommt, kann der Volksentscheid negativ ausfallen, weil das Quorum (ein Drittel aller Stimmberechtigten des Landes Baden-Württemberg) nicht erreicht wird oder viele nicht unmittelbar Betroffene das Alternativgesetz ablehnen. Auf diese Weise sind die Gegner des Bauprojekts an das Verfahren gebunden, das sie selbst in Gang gesetzt haben, und können ihren Protest kaum noch aufrechterhalten. Die Probleme des parlamentarischen Verfahrens wiederholen sich im Kontext des Volksentscheids. Obwohl nur wenige abstimmen, sind der Sache nach aber alle Bürger der Bundesrepublik betroffen, denn die Verantwortlichen der Bahn und der Bundesregierung haben Stuttgart 21 schon längst zu einer Frage der repräsentativen Demokratie und aller Großprojekte erhoben. Die Diskussion über ein Volksbegehren kann die Frage politisieren, wie eigentlich angemessene Verfahren auszusehen hätten, die zu demokratischen Entscheidungen über solche weitreichenden Projekte führen. Gleichzeitig zeigt aber gerade die Erfahrung der Schweiz, dass Volksentscheide weitgehend konservativ und Status-quo orientiert, wenn nicht, wie im Fall der Abschiebungsiniziativa

sogar reaktionär ausfallen können. Die Politik des Volksbegehrens und des Volksentscheids über Stuttgart 21 reduziert die Komplexität des Problems, das in einer grundlegenden Demokratisierung der Demokratie besteht. Eine solche Demokratie muss bis an die Entscheidungen über die gesellschaftlichen Entwicklungspfade, die Investitionen und die Technologiewahl reichen. Dies würde den Zustand beenden, dass die Leute immer hinterher protestieren müssen und sich in ihrer Machtlosigkeit auch noch vorhalten lassen müssen, dass sie gleich ihre Einwände hätten vorbringen können. Die Perspektive ist das Gemeinsame: gemeinsam das Gemeinsame erzeugen und gestalten. Deswegen wäre aus demokratiepolitischen Gründen zu wünschen: freie, sprich kostenlose Fahrt für die freien Bürger_innen auf allen Bahnstrecken, die allen gehören und nach dem Bedarf aller von allen mitbestimmt werden.

Während das Volksbegehren und der Volksentscheid von Regierung und Landtag abgelehnt wurden, wurde auf Initiative von Ministerpräsident Mappus ein Schlichtungsverfahren unter der Leitung von Heiner Geißler durchgeführt, zu dem sich die Vertreter der Bahn und Gegner von Stuttgart21 trafen. Nach insgesamt neun Sitzungen, die öffentlich waren und im Fernsehen übertragen wurden, legte Geißler am 30.11. einen Schlichtungsvorschlag vor. Die Tatsache, dass die Konfliktgegner miteinander öffentlich diskutierten, wurde als ein großer Erfolg der Demokratie bezeichnet und als „Stuttgarter Modell“ gelobt. Geißler selbst sprach davon, dass ein solcher Austausch noch wenige Monate vorher undenkbar gewesen wäre. Nun aber sei die Zeit der „Basta-Politik“ zu Ende. Etwas eigenartig im Kontrast dazu steht, dass er damit die Erwartung verbindet, dass künftig Großprojekte schneller und transparenter geplant und umgesetzt werden müssten. Aber das wäre ja vielleicht gerade kein Hinweis auf das Ende von Basta-Politik. Schon in den vergangenen Jahrzehnten, das wird vielleicht bei so viel Euphorie vergessen, gab es Mediationsverfahren, Runde Tische, Konsensrunden – vorwiegend mit dem Ziel, die Bürger mitzunehmen, sie mit ihrem Wissen in die Planung einzubinden, die Verfahren und die Durchführung zu beschleunigen oder Widerstände aufzulösen oder als bloß partikularistisch zu isolieren, nicht jedoch, um Großprojekte wie die Endlagerung, die Aussaat von gentechnisch verändertem Samen, den Ausbau von Flughäfen oder den Bau von Autobahnen zu unterlassen. Doch wenn wir ernst nehmen, was Heribert Prantl, einer der wenigen ernst zu nehmenden, bürgerrechtlichen Journalisten in der Bundesrepublik, schreibt: dass nämlich die Schlichtung die Wiederentdeckung des Bürgers sei und künftige Planungen von Großverfahren befruchten könne, dass Bürger-Anhörung kein lästig-formaler Akt mehr zur rechtlichen Absicherung der Behörden sei, dann werde aus Anhörungs-Last Anhörungs-Lust. Die Schlichtung zum Großprojekt Stuttgart21 sei ein demokratiepolitisches Großprojekt gewesen, der Schlichter habe die verfeindeten Parteien dazu gebracht, miteinander zu reden. Aus dem Experiment der Schlichtung sei ein Vorbild geworden: „Politiker werden künftig mit ihren Bürgern anders umgehen müssen. Demokratie bedeutet: die Beachtung und Achtung des Bürgers, auch dann, wenn nicht gerade Wahlen anstehen.“ (Süddeutsche Zeitung, 1.12.2010) Die Zukunft wird weisen, ob Prantl recht behält. Die Erfahrung mit anderen Partizipationsinstrumenten stimmt nicht optimistisch. Aber auch die Schlichtung in Stuttgart hat deutliche Schwächen aufgewiesen.

Eine Schlichtung unterstellt, dass es einen grundlegenden Interessengegensatz gibt, für den sich auch nicht ohne weiteres ein Kompromiss finden lässt. Da keine der beiden Parteien sich durchsetzen kann, aber auch nicht klar ist, wie Rechtsansprüche durchgesetzt werden könnten oder ein Kompromiss aussehen könnte, wird eine Schlichtung mithilfe eines neutralen Dritten in Gang gesetzt. Von der Schlichtung müssen sich die Verfahrensbeteiligten erwarten können, dass ein Ergebnis zustande kommt, das den Konflikt aufhebt, auch wenn es für jeden der Gegner unvorteilhaft ist. Das Verfahren der Schlichtung bindet alle Beteiligten, in diesem Fall das Land Baden-Württemberg, die Deutsche Bahn AG sowie die Bürgerinitiativen und Protestierer. Auf der Grundlage eines Schlichtungsverfahrens werden also alle Rechtsansprüche aller Beteiligten suspendiert. Von einem solchen Anspruch kann aber nicht die Rede sein. Die Deutsche Bahn AG und das Land in der Person des Ministerpräsidenten ebenso wenig wie der Schlichter selbst hatten eine solche Vorstellung, dass die Rechtstitel auf

den Bau des neuen Bahnhofs nun mit Beginn der Schlichtung nicht mehr gültig seien. Der Bau von S21 stand für sie nicht zur Diskussion und war alternativlos, angeblich von Parlamenten beschlossen und von Gerichten genehmigt. Dass die demokratischen Gremien und das Volk an den Entscheidungen so gut wie nicht beteiligt waren, dass Alternativen nicht ernsthaft geprüft worden waren, spielte angesichts des formalistischen Demokratieverständnisses keine Rolle (vgl. Artikel von Andreas Zielcke in SZ, 19.10.2010). Es bestand deswegen eher die Erwartung, die Schlichtung als ein sozialtechnisches Instrument einzusetzen, dass den Protest einbindet, ihn delegitimiert und den Frieden in der Stadt Stuttgart wieder herstellt, aus Feinden Gegner macht. Geißler selbst hat dies ausdrücklich betont. Man könne den Konflikt nicht beseitigen, weil er so kontradiktorisch angelegt sei. „Aber wir können die Austragung des Konfliktes harmonisieren und humanisieren.“ (Süddeutsche Zeitung, 2.12.2010) Es ist allerdings zu bezweifeln, dass die Herstellung von Frieden und die Harmonisierung demokratiepolitische Ziele sein sollten, denn Demokratie lebt vom Interessenkonflikt, also auch davon, dass demonstriert und protestiert wird - allerdings auch davon, dass die, die die ökonomische und politische Macht haben, sich davon beeindrucken lassen. Insofern stellt sich die Frage, ob nicht gerade diejenigen, die den Konflikt hervorgerufen und ihn brutalisiert haben, nicht die Nutznießer der Geißlerschen Befriedungsstrategie sind. Denn schließlich verfügen die Deutsche Bahn AG über die Daten setzende Macht und die Rechtstitel, und die Landespolitik über die staatliche Gewalt, sie auch widerrechtlich durchzusetzen (wie im Fall des Einrisses eines Teils des Bahnhofsgebäudes oder der Räumung einer genehmigten Demonstration am 30.9.2010). Die Frage stellt sich deswegen, weil es seit Jahren zur politischen Strategie von Herrschaft gehört, die Proteste auszusetzen und die Politik zugunsten der vermögensbesitzenden sozialen Gruppen zu verfolgen.

Heiner Geißler hat dem Stuttgarter Modell der Schlichtung nicht nur mit der Akzeptanz der erworbenen Rechtstitel eine Prägung verliehen, die es nicht wünschenswert erscheinen lässt, dass es verallgemeinert wird. Ebenso problematisch war, dass er als Schlichter von vornherein ausgeschlossen hat, einen Volksentscheid über den Bahnhofsneubau zu ermöglichen. Wenn ein Rechtstitel der Deutsche Bahn AG durch einen Volksentscheid nicht aufgehoben werden konnte, dann musste das notwendigerweise auch für die Schlichtung selbst gelten. Demnach war die Schlichtung kein offenes Verfahren, sondern diente allein der Durchsetzung des Interesses der Deutschen Bahn AG, der Regierung und der Stadt Stuttgart. Insofern war es ein ganz und gar partikularistisch orientiertes und asymmetrisches Verfahren, die Inhaber der Rechtstitel konnten sicher sein, dass ihre Position nicht in Frage gestellt werden würde (vgl. den Artikel von Andreas Zielcke, SZ, 3.12.2010). Damit wurde aber auch die Rolle von Volksentscheiden herabgewürdigt, die der Idee nach im Grundgesetz immerhin gleichrangig mit Wahlen sind, auch wenn der Bundestag seit 1990 dem Volkssouverän dieses Recht vorenthält. Mit Demokratie hat das gar zu tun, selbst wenn alle noch mal friedlich miteinander sprechen konnten. Für die Demokratie ist der Schaden möglicherweise groß, weil damit bewiesen ist, dass selbst in einem außergewöhnlichen Verfahren vermeintlich offener Diskussion das Interesse der Bevölkerung nicht zur Geltung kommt, damit also hier dasselbe passiert, was auch in den Parteien und in den Parlamenten schon der Fall ist.

Sachlich, so wurde deutlich, gibt es für das Projekt Stuttgart21 keine guten Gründe. Die Deutsche Bahn hatte große Probleme, die Wirtschaftlichkeit und die Effizienz zu begründen. Als Schlichter hat Geißler auch in dieser Hinsicht versagt, dass er dem Projekt bescheinigt, dass es durchgeplant, finanziert und realisierbar sei – nur hier und da verbesserungswürdig. Aber das war und ist ja gerade der Streitpunkt. Es wäre ja noch schöner, wenn das Projekt nicht durchgeplant und finanziert wäre. Aber es ist schlecht geplant und, gemessen am Nutzen, zu teuer. Alternativen wurden nicht angemessen in die Erwägung einbezogen. Mit diesem Argument werden jedenfalls die Gegner erneut blamiert, so als sei es ihr Versagen, dass sie kein planungsfertiges Konzept und die materiellen Mittel zu seiner Durchführung haben. Mit dem Schlichterspruch wird der Bahnhofsneubau an wichtigen Punkten verbessert. Am Ende werden es die Steuerzahler und die Bahnnutzer zahlen müssen. Wahrscheinlich wird das Geld erst recht nicht langan, um die Strecke im Rheintal weiter auszubauen.

Was Geißler als Schlichter mithin feststellt und ratifiziert, ist nichts anderes als die Tatsache, dass bei dem Bauprojekt im Prinzip am Volkssouverän vorbei von Interessierten vollendete Tatsachen geschaffen wurden. Der Protest und die Schlichtung erhöhen die Friktionen, aber an die Entscheidungen wird nicht gerührt. Liberale Kritiker wie Prantl (SZ, 1.12.2010) stellen deswegen zu Recht fest, dass die Schlichtung zu spät gekommen und eine wirklich große und gute Lösung nicht zu erwarten gewesen sei. Seinem Vorschlag nach sollte die Schlichtung zukünftige Planungen von Großverfahren in der Weise befruchten, dass die Bürger früher einbezogen würden. Es stellt sich dann allerdings die Frage, was ein Großprojekt ist, in welchen Fällen und in welchem Stadium die Bürger einbezogen werden können und müssen. Der Volkssouverän wird immer blamiert und wird immer zu spät kommen, wenn die Vorentscheidungen für ein Projekt schon gefallen sind und die Prämissen für sie als unbezweifelbar gelten. Im Fall des Bahnhofprojekts Stuttgart und der Bahntrasse wird den Einsprüchen der Protestierer noch Rechnung getragen, weil die Frage des Allgemeinwohls auf der Hand zu liegen. Doch selbst hier hat eine Handvoll Politiker und Geschäftsleute die relevanten Entscheidungen getroffen. Bei anderen großtechnischen Systeme besteht gar oberflächlich gar nicht der Eindruck, als hätten sie mit dem Allgemeinwohl zu tun, als hätten die Bürger hier überhaupt mitzusprechen: die individuelle Automobilität, die Energiegewinnung, die Gesundheitsversorgung, die Stadtentwicklung, die Flächennutzung. Was also nicht bedacht oder nicht ausgesprochen wird, ist die Tatsache, dass es ohne einen Eingriff in die Eigentumsrechte derjenigen, die Projekte planen, die investieren wollen, um Profite zu erwirtschaften, nicht gehen wird. Es gibt nur eine Lösung, die den Volkssouverän nicht blamiert: wenn er selbst der Initiator der Projekte ist und über solche Entscheidungen befinden kann, bevor sie überhaupt in Gang gesetzt werden. Mit anderen Worten, es bedarf der Demokratie in der Wirtschaft, die das Recht des Volkssouveräns beinhaltet, über Planungen, Investitionen, Produktionsverfahren, Produkte, Dienstleistungen und Art der Dienstleistungen zu bestimmen.

Die Proteste gegen „Stuttgart 21“. Analyse und Schlussfolgerungen für linke Politik¹

Sprechchöre, die ansonsten auf Antifa-Demos oder bei „revolutionären Maidemos“ zu hören sind, erschallen aus hunderten von Kehlen an jenem 30. September 2010, der in Stuttgart seitdem der „blutige Donnerstag“ oder „schwarze Donnerstag“ heißt. Nur, dass die Rufer_innen dieser Parolen nicht als „schwarzer Block“ oder „gewaltbereite Chaoten“ denunziert werden können. Es war ein Querschnitt der Bevölkerung, der sich im Stuttgarter Schlossgarten versammelt hatte, um gegen das Bahn- und Immobilienprojekt „Stuttgart 21“ zu demonstrieren. Und es waren diese zu großen Teilen „bürgerlichen“ Protestierenden, die sich einem Polizeieinsatz gegenüber sahen, der an die Einsätze an der Startbahn West oder in Brokdorf in den 1980er Jahren erinnerte. Mehrere hundert Personen wurden durch Schlagstöcke, Pfefferspray, Reizgas und Wasserwerfer verletzt, vier davon so schwer, dass sie im Krankenhaus operiert und stationär behandelt werden mussten. Ein älterer Herr verlor ein Augenlicht und wird auf dem anderen Auge allenfalls rudimentäre Sehfähigkeit zurück erlangen. Wie konnte es so weit kommen, dass der Staat sich nicht mehr anders glaubte helfen zu können, als seinen „Erzwingungsstab“ (Max Weber) derart massiv einzusetzen? Was sagt dies aus über den Zustand der Demokratie und die Fähigkeit der Regierenden, Konsens für ihre Maßnahmen herzustellen? Was steht bei „Stuttgart 21“ auf dem Spiel? Und welches Spiel wird hier überhaupt gespielt? Wer sind die „Stuttgart 21“-Gegner_innen? Wogegen demonstrieren sie? Und schließlich: Was folgt aus den Geschehnissen rund um dieses „Kleingroßstadtprojekt“ (Melitta Dingdong) für linke Organisation und Politik? Diese Fragen will ich im Folgenden zu beantworten versuchen. Zunächst möchte ich einen Überblick über die Historie des Projekts „Stuttgart 21“ und der Proteste dagegen geben. Sodann soll geklärt werden, welche Motive des Protests sich identifizieren lassen und wodurch diese mit grundlegenden Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und der Krise der politischen Repräsentation im Zusammenhang stehen.

„Es gibt wichtigere Dinge als ein Kleingroßstadtprojekt...“ (Melitta Dingdong)

Die Legende besagt, dass die Idee zu „Stuttgart 21“ während eines Hubschrauberfluges entstanden sei. Der damalige Bahnchef Heinz Dürr und der ehemalige Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann hätten beim Blick aus der Höhe erkannt, dass das Gleisvorfeld des Stuttgarter Bahnhofes die Stadt unnötig teile und riesige Flächen in Beschlag nehme. Dort, so ihre Idee, könne doch ein ganz neues Stadtviertel mitten in der Stadt entstehen, wenn man den derzeitigen Kopfbahnhof in einen Durchgangsbahnhof verwandle und unter die Erde verlege. Dürr sah „eine völlig andere Stadt“ vor sich und der Bundesverkehrsminister schwärmte gar von einem „Pilotprojekt für ganz Europa“. Mit der geplanten Tieferlegung ist der Abriss der Seitenflügel des bisherigen Bahnhofes verbunden, außerdem das Abholzen von etwa 250 Bäumen, darunter teilweise 200 Jahre alte Platanen. Getrennt davon zu betrachten ist eine Neubaustrecke von Wendlingen nach Ulm. Dieser Neubau soll nach offiziellen Verlautbarungen die Fahrzeiten verkürzen und zusätzliche Kapazitäten für den Güterverkehr schaffen.

¹ Bei dem Text handelt es sich um eine aktualisierte und leicht überarbeitete Fassung eines Artikels, der zuerst in Sozial.Geschichte Online 4/2010 erschienen ist. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Allerdings kann die Neubaustrecke ohne „Stuttgart 21“ und unter Beibehaltung eines modernisierten Kopfbahnhofes realisiert werden. „Stuttgart 21“ ohne Neubaustrecke hingegen käme einem Trip nach Absurdistan gleich, endeten die Gleise doch sprichwörtlich auf dem Acker. Wenn Politiker und Bahn-Verantwortliche heute gebetsmühlenartig betonen, dass „Stuttgart 21“ ein europäisches Projekt sei und die Gegner selbstgenügsame Provinzler, die das große Ganze und die europäische Idee nicht verstünden, so erweist sich diese Behauptung als Scheinargument. Für die „europäische Magistrale“, die geplante Verbesserung der Verbindung zwischen Paris und Budapest, ist „Stuttgart 21“ nicht notwendig.

Worum es dem Land Baden-Württemberg vielmehr geht, ist die Anbindung des Flughafens und der Messe an die Schnellfahrstrecke. Es handelt sich also um ein lokal begrenztes, am Standort orientiertes und insofern keineswegs „europäisches“ Interesse. Diese Anbindung von Flughafen und Messe erfordert neben der Tieferlegung des Hauptbahnhofes den Bau eines neuen unterirdischen Flughafenbahnhofs sowie von insgesamt 33 Kilometern Tunnel in der Stadt. Die Kosten sind enorm: „Stuttgart 21“ soll nach heutigen Angaben der Projektträger alles in allem circa 4,1 Milliarden Euro kosten, die Strecke Wendlingen–Ulm noch einmal circa 2,9 Milliarden Euro. Das Planungsbüro Vieregk & Rößler, das bereits bei vergangenen Großprojekten mit seinen Schätzungen näher an der Realität lag als die Projektbetreiber, kommt sogar auf Gesamtkosten zwischen 12,2 und 18,7 Milliarden Euro.

Wie auch immer es sich mit dem Gründungsmythos des Hubschrauberfluges verhält, Fakt ist, dass das Projekt „Stuttgart 21“, als es im Jahr 1994 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, auch im Bundesmaßstab kein einmaliges Vorhaben war. Unter dem Slogan „Bahnhof 21“ sollten in einer ganzen Reihe von Städten die Bahnhöfe unter die Erde verlegt und die frei werdenden Flächen vermarktet werden. Erklärtes Ziel all dieser Projekte war es, den Eisenbahnbetrieb zu beschleunigen und Flächen für die Stadtentwicklung zu erschließen. Wie in Stuttgart sollte auch in Frankfurt am Main und München der Kopfbahnhof durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof ersetzt werden. Diese Projekte wurden jedoch aus finanziellen Gründen nicht realisiert. Als einziges Großprojekt der „Bahnhof 21“-Reihe blieb „Stuttgart 21“. Es wird zu fragen sein, in wessen Interesse es ist, dass trotz stark steigender Kostenschätzungen das Projekt mit aller Gewalt durchgesetzt werden soll. Jedenfalls erlebte das Projekt in seiner fünfzehnjährigen Geschichte bis zum offiziellen Baubeginn Höhen und Tiefen. Ebenso wellenförmig verlief der Protest.

Phase 1: „Stuttgart 21“ wird aufs Gleis gesetzt. Protest als Gegeninformation. Bürgerbeteiligung als Farce

Im April 1994 stellen Ministerpräsident Erwin Teufel, Bahnchef Heinz Dürr, Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel und Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann in einer Pressekonferenz „Stuttgart 21“ der Öffentlichkeit vor. Eine in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Umsetzung möglich ist. Im November 1995 schließen Bund, Land, Stadt, der Verband Region Stuttgart und die Deutsche Bahn eine Rahmenvereinbarung zur Entwicklung und Förderung des Projekts ab. Ende 1997 gewinnt das Düsseldorfer Architekturbüro Ingenhoven die Ausschreibung für den unterirdischen Bahnhofsbau. Die Kosten werden auf fünf Milliarden DM geschätzt. In einer repräsentativen Bürger_innenbefragung im Jahr 1995 bewerten 51 Prozent das Projekt als „sehr gut“ oder „gut“, 30 Prozent lehnen es als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ ab. Diese Zahlen taugen jedoch nicht als Beleg für eine breite Zustimmung. Denn die allgemeine Öffentlichkeit wird kaum über das Vorhaben informiert. „Stuttgart 21“ bleibt für die Bürger_innen ein in seinen Konsequenzen abstraktes Projekt. Zwar liegt mit dem Buch *Stuttgart 21 – Hauptbahnhof im Untergrund?* von Winfried Wolf, Verkehrsexperte und Bundestagsabgeordneter der PDS, eine erste kritische Stellungnahme vor. Dennoch bleibt der Protest eine Sache von wenigen, und noch geht es vor allem um Gegeninformation. Maßgeblicher Akteur hierbei ist die 1996 gegründete Bürger_inneninitiative „Leben in Stuttgart – kein Stuttgart 21“. Ihr wichtigster Vertreter ist Gangolf Stocker, der zu

diesem Zeitpunkt ebenfalls Mitglied der PDS ist. Doch ist die PDS keineswegs selbst ein wichtiger Faktor – zum einen aufgrund ihrer mangelnden personellen und organisatorischen Stärke, zum anderen, weil das Thema auch in ihren Reihen ein Außenseiterthema bleibt.

1997 soll eine „offene Bürgerbeteiligung“ das Projekt stärker in der Stadt verankern und den Menschen die Möglichkeit geben, sich in die Planungen einzubringen. Doch in Wirklichkeit gibt es kaum etwas zu entscheiden, denn Stuttgart hat sich per Rahmenvereinbarung dazu verpflichtet, alle Bebauungspläne für Stuttgart 21 so aufzustellen, dass die von der Bahn, zum damaligen Zeitpunkt Eignerin des Bahnhofsgeländes, kalkulierten Grundstückserlöse von 2,2 Milliarden DM realisiert werden können. Damit sind Fakten geschaffen, die eine „investorenfreundliche“ Bauplanung notwendig machen, sprich eine dichte Blockbebauung mit großen monofunktionalen Gebäuden für Büro- und Einkaufszentren. Es ist der Gemeinderat selber, der den Bürger_innen (und sich selbst) diese Fesseln angelegt hat. Mit seiner Zustimmung zur Rahmenvereinbarung hat er sich am 30. November 1995 an die Projektplanungen zu „Stuttgart 21“ gekettet, ohne Alternativen erwogen zu haben. Die Behauptung, die Menschen hätten an den Wahlurnen für „Stuttgart 21“ gestimmt, ist falsch, weil in der Entstehungsgeschichte des Projektes kein breiter parlamentarischer Diskurs stattfand. Ebenso ist eine Bürger_innenbeteiligung, bei der die wesentlichen Dinge der Beteiligung entzogen sind, eine Farce. Sie dient lediglich der nachträglichen Akzeptanzbeschaffung.

Phase 2: Das Projekt gerät ins Stocken. Land und Stadt kaufen sich ein. Protest entwickelt Alternative und scheitert vor Gericht

Der neue Bahnchef Johannes Ludewig verhängt 1999 einen Planungsstopp und kritisiert, dass das Land Baden-Württemberg nicht bereit sei, sich an der Finanzierung des Projektes zu beteiligen. In einer erneuten Prüfung durch die Deutsche Bahn wird das Gesamtprojekt als nicht komplett realisierbar eingeschätzt. Teillösungen werden angedacht. Auch die neue, rot-grüne Bundesregierung legt wenig Bereitschaft an den Tag, das Projekt zu befördern. Als „Stuttgart 21“ somit aufs Abstellgleis zu geraten droht, passiert etwas Ungewöhnliches. Das Land Baden-Württemberg bietet dem Bund an, die neue ICE-Strecke zwischen Wendlingen und Ulm vorzufinanzieren, obwohl dies eigentlich Sache des Bundes ist. Bedingung: „Stuttgart 21“ und die Neubaustrecke müssen gemeinsam verwirklicht werden, ein wie erwähnt rein politisches Junktim. Gleichzeitig stellt das Land der Bahn großzügige indirekte Subventionen in Aussicht und 2001 kauft die Stadt Stuttgart die Gleisanlagen, die durch den Bau des unterirdischen Bahnhofes frei werden sollen. Diese finanzstarken Argumente von Stadt und Land scheinen den neuen Bahn-Chef Hartmut Mehdorn, ein Freund von Gigantomanie und Großprojekten, zu überzeugen. Jedenfalls schließen Bahn, Stadt und Land eine Vereinbarung zur weiteren Zusammenarbeit bei der Realisierung von „Stuttgart 21“ ab. Dann passiert wieder lange Zeit nichts. Die Finanzierung ist nach wie vor nicht gesichert. Dennoch erteilt das Eisenbahnbundesamt 2005 die Baugenehmigung für den Tiefbahnhof.

Daraufhin klagen der Umweltverband BUND sowie zwei Wohnungseigentümer vor dem Verwaltungsgerichtshof gegen diesen Planfeststellungsbeschluss. Sie argumentieren, dass es eine kostengünstigere Alternative gebe, die verkehrlich effizienter sei und ohne Tieferlegung des Bahnhofes sowie den Bau langer Tunnelstrecken in der Stadt auskomme. Sie bezweifeln die Leistungsfähigkeit eines von 16 auf acht Gleise reduzierten unterirdischen Bahnhofes, plädieren für die Ertüchtigung des bestehenden Kopfbahnhofes und die Sanierung und Erweiterung der bestehenden Gleisanlagen. Ein integraler Taktfahrplan solle realisiert werden, der optimale Zuganschlüsse und Umsteigemöglichkeiten biete, die bei „Stuttgart 21“ nicht gegeben seien. Das Gegenkonzept mit dem Namen „Kopfbahnhof 21“ (K21) wurde von unabhängigen Experten des Verkehrsclub Deutschland (VCD) und des Fahrgastverbandes Pro Bahn entwickelt. Das Verwaltungsgericht weist die Klagen gleichwohl mit der Begründung, dass die nicht abschließend beantwortete Finanzierungsfrage der Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses nicht entgegenstehe, zurück.

Phase 3: „Stuttgart 21“ rückt näher. Der Protest formiert sich

2007 einigen sich Bund, Land, Stadt und Bahn in einem *Memorandum of Understanding* über die Aufteilung der Kosten des Projekts. Damit rückt die Realisierung in greifbare Nähe. Nun gehen jedoch auch die Gegner_innen, in die Offensive und organisieren ein Bürgerbegehren gegen „Stuttgart 21“. Nach Informationskampagnen und Expertisen ist dies die dritte Stufe des Widerstands. Das Bündnis „Bürgerentscheid gegen Stuttgart 21“ entsteht, diesem gehören der BUND, Bündnis 90/Die GRÜNEN, die Initiative „Leben in Stuttgart – kein Stuttgart 21“, der VCD und Pro Bahn an. Die Forderung des Bündnisses, der Gemeinderat möge aufgrund von neuen Erkenntnissen einen erneuten Grundsatzbeschluss über das Projekt „Stuttgart 21“ fassen, findet jedoch kein Gehör. Vielmehr beschließt das Stadtparlament, einer Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg, der Stadt Stuttgart und dem Verband Region Stuttgart zuzustimmen, in der sich die Stadt unter anderem bereit erklärt, ihren Risikoanteil zu erhöhen und auf Verzugszinsen aus dem Grundstücksgeschäft mit der Deutschen Bahn zu verzichten. Auch das Bürgerbegehren wird gestoppt. Obwohl innerhalb von sechs Wochen mehr als 67.000 Unterschriften gesammelt werden und sich somit mehr als zehn Prozent der Einwohner_innen Stuttgarts dem Begehren anschließen, lehnt der Gemeinderat die Einleitung eines Bürgerentscheids ab. Das Verwaltungsgericht lehnt später den Widerspruch der Initiator_innen ab. Bezeichnenderweise bezieht sich das Gericht in seiner Urteilsbegründung auf besagten Gemeinderatsbeschluss: „Ein Bürgerbegehren gegen einen bereits vollzogenen Gemeinderatsbeschluss ist unzulässig, da die Angelegenheit nicht mehr in dem vom Bürgerbegehren verfolgten Sinn entschieden werden kann.“²

Das Abwürgen des Bürgerentscheids löst deutlich sichtbaren Unmut aus. Wie eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin vom Oktober 2010 ergab,³ war die Ablehnung des Bürgerentscheids für die meisten Demonstrant_innen das auslösende Moment für ihren Protest. Anders als zuvor beschränkt sich der Protest nun nicht mehr auf Information und juristisches Vorgehen. Der als arrogant empfundene Umgang mit dem Bürger_innenwillen bringt zum ersten Mal Tausende auf die Straße. Doch zunächst ohne Erfolg: Obwohl weitere Kostensteigerungen bekannt werden, bewilligt der Bundestag 2008 Geld für „Stuttgart 21“ sowie die Neubaustrecke. Im April 2009 unterzeichnen der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger, der Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und das Deutsche-Bahn-Vorstandsmitglied Stefan Garber die Finanzierungsvereinbarung für den neuen Bahnhof. Als Kosten werden 3,1 Milliarden Euro beschlossen plus ein „Risikofonds“ in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. 4,5 Milliarden Euro, also fast eine Verdopplung zur ursprünglichen Planung, so Bahnchef Rüdiger Grube, seien allerdings die absolute Schmerzgrenze. Die scheinbarweise Erhöhung der Kosten geht trotz dieser Aussage unvermindert weiter. Ende 2009 sind die Kosten offiziell bereits auf 4,1 Milliarden Euro gestiegen. Trotzdem stimmen die Projektträger und der Verkehrsausschuss des Bundestages der Realisierung zu.

Bei den Gemeinderatswahlen 2009 gewinnen die Gegner des Bahnprojekts. Die GRÜNEN werden stärkste Fraktion, die LINKE erreicht 4,5 Prozent, das parteifreie Bündnis Stuttgart – Ökologisch – Sozial (SÖS), wesentlicher Träger des Bürger_innenprotestes, kommt auf 4,6 Prozent. Doch die rechnerische Mehrheit aus GRÜNEN, SPD und der Fraktionsgemeinschaft SÖS/LINKE wird nicht genutzt: Die SPD will „Stuttgart 21“ und verhindert, dass die neue Mehrheit sich gegen das Projekt wendet.

² Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts vom 17. Juli 2009: Klage gegen Stuttgart 21 hatte keinen Erfolg, [<http://justizportal-bw.de/servlet/PB/menu/1244220/index.html?ROOT=1192939>] (Download 8. November 2010).

³ Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010, Kurzbericht, [http://www.wzb.eu/zkd/zcm/pdf/stgt-21_kurzbericht_10-2010.pdf] (Download 15.11.2010).

Phase 4: Baubeginn für „Stuttgart 21“. Der Protest wird zum Massenprotest und zur Volksuni unter freiem Himmel. Ziviler Ungehorsam als Massenphänomen

Am 26. Oktober 2009 findet die erste Montagsdemonstration statt – es kommen vier Teilnehmer_innen. Die Aktion ist eine Initiative von unten. Sie ist nicht mit dem „Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21“ abgesprochen, das aus dem Bündnis zur Durchführung des Bürgerbegehrens hervorgegangen ist. Schnell erhöht sich die Zahl der Teilnehmer_innen. Bis zum Frühjahr 2010 demonstrieren Woche für Woche (!) 2.000 bis 3.000 Menschen. Das organisatorische Dach wird nun durch das Aktionsbündnis hergestellt, das auch die Koordination der Redner_innen übernimmt. Dadurch ergeben sich unterschiedlich Konflikte darüber, wer reden soll, welche Rolle Politiker_innen spielen sollen, wie stark die Prägung der Protestbewegung durch die GRÜNEN sein darf. Die Konflikte werden jedoch konstruktiv ausgetragen und nach anfänglichen Schwierigkeiten werden die LINKE und die „Gewerkschafter_innen gegen Stuttgart 21“ offiziell in das Bündnis aufgenommen. Das Bündnis versteht sich weniger als beschlussfassendes denn als organisierendes und bündelndes Gremium. Erklärungen werden meist von Einzelpersonen herausgegeben, nicht vom Bündnis insgesamt. Dies führt in einzelnen Fällen zu Konflikten, aber auf der anderen Seite erlaubt es ein Vorgehen nach dem Motto „Getrennt marschieren – vereint schlagen!“ Die Proteste sind, wie so oft, durch eine Verbindung von politischen und kulturellen Formen geprägt. Neben Redebeiträgen gibt es musikalische und dichterische Darbietungen. Mit dem Theaterregisseur Volker Lösch und dem Schauspieler Walter Sittler sind zwei bekannte Künstler öffentliche Gallionsfiguren des Protestes. Für Demonstrationen ungewöhnlich, gibt es regelmäßig Fachvorträge zu architektonischen Aspekten des Bahnhofes, zu ökologischen und geologischen Gefahren des Umbaus etc. Der Protest ähnelt manchmal einer Volksuni unter freiem Himmel.

Im Februar 2010 beginnen die offiziellen Bauarbeiten mit – allerdings noch nicht sehr eingreifenden – Arbeiten am Gleisvorfeld. Die Intention der Bauherren ist klar: Es sollen Fakten geschaffen werden, die das Projekt unumkehrbar erscheinen lassen, in der Hoffnung, dass die Menschen „einsehen“, wie „sinnlos“ weitere Proteste sind. Aber das Gegenteil geschieht. Viele merken, dass es nun wirklich ernst wird. Dann beginnen die sichtbaren Abrissarbeiten am Nordflügel des Bahnhofs – während der Sommerferien, in der Hoffnung, dass in der Urlaubszeit weniger Protest mobilisiert werden kann. Aber auch dieses Kalkül geht nicht auf. Spontane Empörung, Wut, auch Trauer, herrschen vor. Diese Gefühle führen nicht zu Lähmung, sondern mobilisieren den Protest in einer Intensität, die kaum jemand erwartet hatte. Es finden jetzt wöchentlich zwei Demonstrationen statt, die regelmäßig zwischen 10.000 und 80.000 Menschen auf die Straße bringen. Auch die Qualität der Proteste ändert sich. Besetzungsaktionen, Straßenblockaden, unangemeldete „Spontandemonstrationen“ werden zu Mitteln des Widerstands. Vereinzelt gibt es innerhalb der Bewegung Kritik an diesen Aktionsformen, aber die große Mehrheit trägt sie mit.

Und viele machen sogar mit: An Straßenblockaden und unangemeldeten Aufzügen beteiligen sich oft mehrere tausend Menschen. Dem Oberbürgermeister wird ein „spontaner Besuch“ bei einer Ausstellungseröffnung in der Staatsgalerie abgestattet, woraufhin dieser die Veranstaltung durch einen Hinterausgang verlassen muss. Solche Aktionen sind keineswegs eine Sache der (in Stuttgart ohnehin schwachen) radikalen Linken, sondern eine Sache für alle. Da der zivile Ungehorsam ein bürgerliches Gesicht hat, gelingt es nicht, ihn zu denunzieren und die Protestbewegung zu spalten.

Dabei kommt das Verdienst, zivilen Ungehorsam als Aktionsform massenhaft zu verankern, vor allem den „Parkschützern“ zu. Diese Initiative gründet sich Ende 2009. Sie verfolgt das Ziel, die Bäume des Schlossgartens zu schützen. Die Initiative ist im Umgang mit den Medien sehr geschickt, nutzt die Beteiligungsmöglichkeiten des Web 2.0 und verknüpft diese mit der Aktivierung für Aktionen. Auf einer Website (www.parkschuetzer.de) können sich die Leute als „Parkschützer_in“ registrieren und öffentlich in abgestufter Form ihr Engagement bekunden – vom Bekenntnis, die Baumfäll-

lungen abzulehnen über die Erklärung, in diesem Falle sofort informiert werden zu wollen und zum Protest schnellstmöglich vor Ort zu kommen bis hin zur Bereitschaft, sich vor die anrückenden Baumfahrzeuge zu setzen oder an die Bäume zu ketten. Durch regelmäßig stattfindende Blockadetrainings wird die Organisation in die „reale Welt“ geholt. Dies gibt den Menschen die Möglichkeit, eine Aktionsform kennenzulernen, die für viele bis dahin etwas Unbekanntes war. Mindestens genauso wichtig ist der dadurch entstehende *face-to-face*-Austausch, der das Bilden von Bezugsgruppen für Aktionen ermöglicht und aus dem heraus immer neue thematische Arbeitsgruppen entstehen, die eigene Initiativen entwickeln und umsetzen, wie etwa eine permanente Mahnwache oder ein „Kopf-Hoch-Team“ zur psychologischen Unterstützung der Demonstrant_innen. Dass der Widerstand gegen die Baumfällungen am 30. September 2010 so schnell organisiert wird und so große Ausmaße annimmt, liegt zu einem guten Teil daran, dass die Initiative „Parkschützer“ mittlerweile über 30.000 als „Parkschützer_innen“ registriert und organisiert hat.

Weil die „Parkschützer“ sich außerhalb und unabhängig vom bestehenden Aktionsbündnis konstituiert haben, kommt es gelegentlich zu Spannungen und Kämpfen darüber, wer die Deutungshoheit über die Protestbewegung hat. Autonom entstehen auch weitere neue Initiativen: Ingenieure gegen Stuttgart 21, Architekten gegen Stuttgart 21, Unternehmer gegen Stuttgart 21, Juristen gegen Stuttgart 21, Ärzte und Psychologen gegen Stuttgart 21 und andere mehr. Auf Partizipation, Mobilisierung, Demonstration und Stärkung des Zusammenhalts zielt eine weitere Protestinnovation, der sogenannte „Schwabenstreich“. Die Aktion besteht darin, dass alle Gegner_innen von „Stuttgart 21“ um 19.00 Uhr für eine Minute gemeinsam Lärm machen. Im Aufruf zum ersten Schwabenstreich, der unmittelbar nach dem Abriss des Nordflügels ins Leben gerufen wurde, heißt es: „Das Schöne daran ist: Jeder und Jede kann mitmachen, egal wo er oder sie gerade sitzt, steht, fährt oder geht, egal ob jung oder alt. Und täglich können neue Protestierer dazukommen.“⁴

Den bisherigen Höhepunkt der Auseinandersetzung und den Übergang zur Phase 5, in der wir uns heute befinden, markiert der erwähnte 30. September, der Tag, an dem die ersten Bäume im Schlossgarten gefällt werden. Die Polizei geht mit äußerster Brutalität vor. Mit Wasserwerfern, Pfefferspray, Reizgas und Schlagstöcken werden die Menschen auseinandergetrieben.

Am Rande stehende Personen werden ohne polizeitaktische Notwendigkeit zusammengeprügelt. Es gibt über 400 Verletzte. Vier Personen werden durch Wasserwerfer so schwer an den Augen verletzt, dass sie im Krankenhaus operiert werden müssen, ein Demonstrant verliert sein Augenlicht.

Aus meiner Sicht hat diese Eskalation der Polizeigewalt zwei Ursachen. Zum einen ist es bewusste Strategie der Politik, den Einsatz gewaltförmig zu gestalten. Hier soll Gegengewalt provoziert werden, um die Bewegung in „friedliche Demonstranten“ und „gewaltbereite Chaoten und Berufs-demonstranten“ zu spalten. Bei der Wähler_innenschaft will die konservativ-liberale Regierung auf dieser Grundlage als Partei für „Recht und Ordnung“ punkten. Aber beides geht schief. Der Protest wird nicht geschwächt, sondern gestärkt. Die Menschen erdulden die Polizeigewalt, ohne sich dagegen zu wehren, was als verständliche Reaktion nahe liegen würde. Sie erleben mit eigenen Augen, dass die Erklärung, Gewalt von Seiten der Demonstranten habe die Polizei gezwungen, derart massiv vorzugehen, eine Lüge ist. Medial erzeugte Bilder vom „schwarzen Block“, die vielleicht auch bei manchen Demonstrant_innen noch im Kopf waren, werden entlarvt, wenn mit eigenen Augen beobachtet werden kann, wie x-beliebige Leute, vom Schüler bis zur Rentnerin, von der Polizei eingemacht werden. Man sollte aber auch die Rationalität eines solchen Polizeieinsatzes nicht überschätzen, wie dies Linke gerne tun. Wenngleich auf Gewalt angelegt, ist er den Verantwortlichen aus dem Ruder gelaufen. Der Widerstand ist so groß und entschlossen, dass die Polizei überrascht wird und ihre Taktik

⁴ Walter Sittler / Volker Lösch, Rede zum ersten „Schwabenstreich“, [http://www.kopfbahnhof-21.de/fileadmin/bilder/unterstuetzer/MoDemo-Reden/rede_schwabenstreich_loeschsittler.pdf] (Download 10. November 2010).

über den Haufen geworfen wird. Für Polizei und Politik endet der Einsatz in einem medialen Fiasko. Versuche, den Demonstrant_innen die Schuld für die Gewalt in die Schuhe zu schieben, blamieren sich schnell.

Phase 5: Die Schlichtungsgespräche beginnen. Der Protest geht weiter

Die Ereignisse des 30. September mobilisieren den Protest weiter. Für viele geht es jetzt um Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überhaupt. Die Projektbefürworter_innen geraten derart in die Defensive, dass sie sich genötigt sehen, etwas zu tun, was sie bisher strikt abgelehnt haben: mit den Gegner_innen über das Für und Wider von „Stuttgart 21“ zu sprechen. Eine „Sach- und Faktenschlichtung“ unter Leitung des „Vermittlers“ Heiner Geißler beginnt. Diese soll die Konzepte „Stuttgart 21“ und „Kopfbahnhof 21“ auf ihre verkehrliche Tauglichkeit und wirtschaftliche Effizienz prüfen. Die Projektbefürworter_innen von Bahn, Stadt und Land stellen von Beginn an klar, dass unabhängig vom Ausgang der Gespräche ein Abrücken vom Projekt nicht in Frage kommt.

Warum also verhandeln, wenn es nichts zu verhandeln gibt? Aus Sicht der Projektgegner_innen bieten die öffentlichen Gespräche, die in Fernsehen und Internet live und in voller Länge übertragen werden, die Möglichkeit, bislang verschwiegene Fakten öffentlich zu machen. Die Expertise pro „Stuttgart 21“ soll erschüttert, die eigenen Argumente im ganzen Land popularisiert werden. Ein nicht zu behebendes Problem bleibt: Die meisten Menschen werden nur durch den medialen Deutungsfilter erreicht. Aber das ist ein riskantes Spiel. Die Gegenseite hat Zugriff auf weit größere Ressourcen und Arbeitskraft für Expertisen. Die Proteste gehen während der Verhandlungen zunächst im gewohnten Rhythmus weiter, mit zwei Demonstrationen pro Woche. Es ist jedoch ein Rückgang der Teilnehmer_innenzahlen festzustellen. Nicht mehr 50.000 bis 80.000 Menschen gehen bei den Großdemonstrationen auf die Straße, sondern „nur“ noch zwischen 20.000 und 40.000. Dies mag zum einen am kälter werdenden Wetter liegen, könnte jedoch auch daraus resultieren, dass ein Zwischenziel erreicht wurde und die Dringlichkeit, auf die Straße zu gehen, daher als geringer angesehen wird. Auch die Annahme, nun würden die Interessen der Projektgegner_innen in der Schlichtung von den Expert_innen der eigenen Seite vertreten, könnte eine demobilisierende Wirkung gehabt haben. Die maßgeblichen Akteur_innen des Widerstands versuchen dem entgegenzuwirken und betonen, dass die Schlichtungsgespräche nur erfolgreich gestaltet werden können, wenn der Druck der Straße aufrechterhalten wird. Ab November 2010 lässt sich die Frequenz der Demonstrationen dennoch nicht mehr halten. Das Aktionsbündnis gibt bekannt, dass weiterhin wöchentlich eine Montagsdemonstration stattfindet, jedoch nicht mehr regelmäßig eine Großveranstaltung am Freitag oder Samstag. In der Bewegung wird dies unterschiedlich eingeschätzt. Das Aktionsbündnis verweist darauf, dass eine Konzentration der Kräfte sinnvoll ist. Andere, insbesondere aus dem Umfeld der „Parkschützer“, sehen hierin ein Zeichen der Schwäche und plädieren für eine Beibehaltung von regelmäßig zwei Demonstrationen.

Parallel zu den Verhandlungen wird eine Aktionskonferenz einberufen, zu der kurzfristig circa 400 Personen kommen. Dort werden strukturelle Probleme der Bewegung und strategische Optionen für die Zeit nach den Verhandlungen sowie bis zur Landtagswahl im März 2011 und darüber hinaus diskutiert. Es bildet sich ein „Widerstandsrat“, in dem die verschiedenen Gruppierungen des Protests vertreten sind. So soll mehr Transparenz und Demokratie innerhalb der Bewegung hergestellt werden. Nicht vertreten sind dort bislang die Mitgliedsgruppen des Aktionsbündnisses. Die Abstimmung mit diesen zu intensivieren, ist eine der vorrangigen Aufgaben.

Phase 6: Nach den Schlichtungsgesprächen: Wie geht es weiter mit Projekt und Protest?

Die Schlichtung bringt ein für die Projektgegner enttäuschendes Ergebnis. Der Schlichter empfiehlt den Weiterbau von „Stuttgart 21“, macht diesen aber von verschiedenen baulichen Nachbesserungen

abhängig. Die Rede ist von „Stuttgart 21 plus“. Zudem muss die Bahn in einem Stresstest den Beweis erbringen, dass die versprochene Leistungsfähigkeit des Tiefbahnhofes tatsächlich erreicht werden kann. Es ist den Gegnern gelungen, auf der Sachebene nachzuweisen, dass die Planungen für „Stuttgart 21“ ungenügend sind und die versprochenen Verbesserungen für den Verkehr sehr fragwürdig sind. Das Kalkül des Aktionsbündnisses ist in der Hinsicht aufgegangen, dass es gelungen ist, die Argumente der Projektträger (interessant war, immer wieder zu sehen, dass die Stadt und das Land, obwohl sie eigentlich die Aufsicht über das Projekt haben, immer wieder bedingungslos sich hinter die Argumente der Deutschen Bahn gestellt haben) weiter zu erschüttern und die Intransparenz, die sich durch den gesamten Planungs- und Entscheidungsprozess zieht, deutlich zu machen. Nicht gelungen ist es, dadurch, wie erhofft, die Stimmung gegen „Stuttgart 21“ weiter zu befeuern.

Zwar geben in einer Umfrage der Universität Hohenheim unmittelbar nach der Schlichtung 53 Prozent der Befragten an, durch diese neue Argumente gegen „Stuttgart 21“ erfahren zu haben. Neue Argumente für das Projekt haben dagegen nur 36 Prozent erfahren. Dies hindert die Mehrheit jedoch nicht daran, den Schlichterspruch mehrheitlich zu begrüßen. Selbst bei denen, die das Projekt eigentlich ablehnen, wird das Ergebnis der Schlichtung eher positiv gesehen. Noch besser kommt das Auftreten Heiner Geißlers in der Schlichtung weg. 83 Prozent der Befragten bewerten dieses positiv. Das Verfahren wird positiver bewertet als das Ergebnis. Hier kann linke Politik in Zukunft anknüpfen.

Die Bewertung des Schlichtungsergebnisses spiegelt sich in einer veränderten Haltung zum Projekt wider. In einer Umfrage des SWR und der Stuttgarter Zeitung aus dem September 2010 gaben 54 Prozent der Befragten an, das Projekt „Stuttgart 21“ abzulehnen⁵, nur 35 Prozent äußerten sich zustimmend. In einer neuen Umfrage aus dem Dezember kehrt sich das Bild um. 54 Prozent sind nunmehr für „Stuttgart 21“, 38 Prozent sind dagegen. Die Verbesserungsvorschläge von Heiner Geißler („Stuttgart 21 plus“) finden 68 Prozent „eher gut“, 24 Prozent finden sie „eher schlecht“.

Was bedeutet dies für den Widerstand? Der Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider von der Universität Hohenheim glaubt: „Die Kritiker lassen sich für Demonstrationen nicht mehr so leicht mobilisieren.“⁵ Dies wird abzuwarten sein. In der Tat spricht einiges für diese Annahme. Die Schlichtungsgespräche haben zu einer Demobilisierung des Protestes geführt. Ein wichtiges Protestmotiv speiste sich aus der Ignoranz, mit der kritische Argumente beiseite gewischt und lächerlich gemacht wurden. Die Situation scheint sich jetzt anders darzustellen. Die Schlichtung ermöglichte eine Diskussion „auf Augenhöhe“. Kritische Argumente konnten in einem öffentlichen Forum vorgebracht werden. Der Schlichterspruch nimmt Teile dieser Kritik auf und formuliert Ergänzungen, die aus dieser Kritik resultieren. Für einen Teil der Protestierenden ist damit vielleicht genug erreicht, so dass sie nicht mehr für weitere Proteste mobilisiert werden können. Mit einer Rhetorik des „Wir haben verstanden“ versucht der Ministerpräsident Stefan Mappus diesen Teil für sich zu gewinnen. „Dialogforen“, so seine Aussage, sollen zukünftig eine frühzeitige Beteiligung der Bürger_innen sicherstellen.

Die Aufgabe besteht nun darin, öffentlich klar zu machen, dass die Schlichtung ihren eigenen Ansprüchen nicht genügt hat und die taktische Absicht, die dahinter steckte, zu entlarven. Mit seinem Spruch hat Heiner Geißler die neutrale Rolle, die ein Schlichter haben muss, und die er im Verlaufe des Verfahrens auch tatsächlich ausgefüllt hat, verletzt. Wenn er sich darauf beruft, eine Abkehr von „Stuttgart 21“, ja sogar ein vorläufiger Bau- und Vergabestopp bis zum Ende des sogenannten Stresstests, sei nicht möglich, da die parlamentarischen und gesetzlichen Grundlagen für den Weiterbau nicht infrage gestellt werden dürften, dann ist das mit dem Mandat eines Schlichters nicht vereinbar. Wenn er die Tatsache, dass die Parlamente auf der Grundlage falscher Kostenschätzungen der Deutschen Bahn ihre Entscheidungen getroffen haben⁶, ignoriert, dann schlägt er sich unter Aufgabe sei-

⁵ Stuttgarter Zeitung, 7. Dezember, S. 20.

⁶ Jüngstes Beispiel: Stuttgarter Zeitung, 8. Dezember, S. 19, Bahn behielt Wissen um Kostenexplosion für sich: „Die

ner Neutralität auf eine Seite. Wenn er die Taktik der Projektträger, unter Umgehung demokratischer Mitbestimmung, so lange kostenintensive Fakten zu schaffen, bis diese (angeblich) für einen Ausstieg zu hoch sind, dadurch ratifiziert, dass er die bei einem Ausstieg anfallenden Kosten als Argument gegen die Möglichkeit eines Ausstiegs akzeptiert, dann verletzt er die Idee der Schlichtung. Eine Schlichtung muss ein ergebnisoffener Prozess sein. Vorher getroffene Festlegungen müssen außer Kraft gesetzt werden. Keine der beteiligten Seiten darf unumstößliche Prämissen in das Verfahren einbringen.⁷ Dies war hier offensichtlich nicht der Fall. Das Schlichtungsverfahren entpuppt sich als ideologische Veranstaltung, die nur den Zweck hatte, Legitimation für eine bereits feststehende Entscheidung zu beschaffen. Dass dies nicht ohne Erfolg bleibt, zeigen die erwähnten Umfragen.

War es also ein Fehler, sich auf das Verfahren einzulassen und welche Konsequenzen können daraus, über den Fall „Stuttgart 21“ hinaus gezogen werden? Ich denke, es gab kaum eine andere Möglichkeit als an den Gesprächen teilzunehmen, um in der Öffentlichkeit nicht als „Diskussionsverweigerer“, denen es nicht „um die Sache“ geht hingestellt zu werden. Problematisch war, dass die Restriktionen dieses Verfahrens nicht genügend thematisiert wurden. Von Beginn an hätte skandalisiert werden können, dass die Projektbefürworter_innen die Infragestellung des Baus von „Stuttgart 21“ in und durch die Schlichtung ausgeschlossen haben. Man hätte die Bedingung stellen können, dass die als „Sach- und Fachschlichtung“ adressierte Veranstaltung nur den Zweck haben kann, beiden Seiten die Möglichkeit zu geben ihre Argumente zu präsentieren und die der anderen zu hinterfragen und keine Empfehlung am Ende stehen dürfe. Damit wäre es vielleicht gelungen, die Defensive, in die man gekommen ist, zu vermeiden. Es ist jetzt die Aufgabe, deutlich zu machen, dass die Schlichtung insofern erfolgreich war als sie gezeigt hat, dass „Stuttgart 21“ eine schlechte und teure Planung ist. Gleichzeitig sollte offensiv die Kritik an der Verfahrensweise der Schlichtung in den Mittelpunkt gestellt und die Legitimität des Schlichterspruches (nicht der Person Heiner Geißler) bestritten werden. An den Gründen, auf die Straße zu gehen, hat sich nichts geändert. Ob es möglich ist, mit einer solchen Strategie die Menschen in einem Umfang zu mobilisieren, der das Projekt kippen kann, wird die Zukunft zeigen.

Aus den Erfahrungen mit der „Stuttgart 21“-Schlichtung die Konsequenz zu ziehen, sich auf derartige Formen der Beteiligung nicht einzulassen, wäre falsch. Die Linke ist gut beraten, die in Gang gesetzte Dynamik neuer Beteiligungsformen kritisch aufzunehmen. Sie muss Bedingungen für faire Verfahren formulieren. Es muss „Waffengleichheit“ zwischen den Regierenden und den Bürger_innen bestehen, indem diesen z.B. die gleichen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, über die die Regierungsseite verfügt, um Expertisen in Auftrag zu geben. Eine Beteiligung muss am Beginn politischer Prozesse bestehen. Zivilgesellschaftliche Gruppen müssen ein Initiativrecht bekommen, Themen auf die Tagesordnung zu setzen und einer gesetzlichen Regelung zuzuführen. Es darf außer Einschränkungen, die sich aus den Menschenrechten ergeben, keine Gegenstände geben, die sich der diskursiven Behandlung im Verfahren entziehen. Am Ende des Verfahrens muss eine allgemeine Volksabstimmung stehen, an der alle zu beteiligen sind, die von der Entscheidung betroffen sind. Die Demokratiefrage darf nicht auf Volksabstimmungen/Volksentscheide reduziert werden. Demokratische Teilhabe muss in eine Aneignungsperspektive gebracht werden. Es geht darum, Prozesse der aktiven Beteiligung und Räume der Selbstregulierung zu schaffen. Es muss verhindert werden, sowohl

Partner des Projekts Stuttgart 21 haben am 2. April 2009 eine Finanzierungsvereinbarung über 3,076 Milliarden Euro für Bau und Planung samt Risikofonds für Unvorhergesehenes von 1,45 Milliarden Euro unterzeichnet.“ Wie aus einem Bericht dreier Wirtschaftsprüfer in den Schlichtungen hervorgeht, „hatten die von der Bahn mit der Genehmigungsplanung beauftragten Fachleute bereits ‘Ende 2008/Anfang 2009’ allein für den Bau 3,9271 Milliarden Euro ermittelt; inklusive der heute bekannten Planungskosten und des nun unterstellten Inflationsausgleichs beliefen sich die Gesamtkosten sogar auf etwa fünf Milliarden Euro.“ Bahnchef Grube bekundete öffentlich wiederholt, dass für ihn die Schmerzgrenze, deren Überschreiten das Ende des Projekts bedeute, bei 4,5 Milliarden Euro liege.

⁷ Ich danke Alex Demirovic für diese Hinweise.

durch die Ausgestaltung der Verfahren wie auch durch zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, dass es zu einer Form der Re-Institutionalisierung politischer Prozesse kommt, die die Dynamik sozialer Mobilisierung unterdrückt.

Die Herausforderung besteht darin, in verschiedenen politischen Arenen gleichzeitig zu handeln und die dort vorherrschenden unterschiedlichen Modi des Politischen in produktiver Weise aufeinander zu beziehen. Über diese Fähigkeit müssen soziale Bewegungen generell verfügen, wenn sie erfolgreich sein wollen. Was mit den unterschiedlichen Modi des Politischen gemeint ist und wie sich diese an der Bewegung gegen „Stuttgart 21“ zeigen, soll im Folgenden diskutiert werden.

Spontaneität, Kalkül und Autonomie in der Bewegung gegen „Stuttgart 21“

Ein radikaler Reformismus, jenseits von Reform und Revolution, ist als „konfliktives Spiel unterschiedlicher Modi des Politischen zu formalisieren – und zu bejahen: als konfliktives Spiel der Spontaneität, des Kalküls und der Autonomie des Politischen.“⁸ Diese Modi bilden ein notwendiges und zugleich notwendig konflikthaftes Spannungsverhältnis linker Politik, das nicht aufgelöst werden darf, sondern mit der „Lust am Widerspruch“ produktiv gemacht werden muss. So bringt sich das Element der Spontaneität im tatsächlichen und politisch zu bejahenden Primat der Bewegung zum Ausdruck. Die Bewegung entsteht spontan und ungeplant, bricht immer wieder aus den Bahnen aus, auch insofern diese von ihren eigenen Sprecher_innen vorgezeichnet wurden. Die Dynamik, mit der sich immer wieder eigenständige Gruppen mit eigenen Belangen und Artikulationsformen gebildet haben, zunächst die „Parkschützer“, dann innerhalb dieser und unabhängig davon weitere Gruppen, sind ein wunderbares Beispiel für diese nicht zu steuernde Produktivität. Ohne diese wären die Erfolge der Bewegung undenkbar. Ein noch eindringlicheres Beispiel sind die Montagsdemonstrationen. Von vier Privatpersonen initiiert, ohne sich mit dem Aktionsbündnis als Koordinationsgremium der Widerstandsbewegung abgestimmt zu haben, gewann diese Protestform binnen weniger Monate eine Massenbasis. Freilich lässt sich die Konstellation nicht beliebig übertragen. Aufgabe einer Bewegungslinken hat es zu sein, die Konstellationen und Konjunkturen genau zu untersuchen und Stimmungslagen zu erfühlen, in denen eine Dynamisierung sozialen Unmutes und dessen Transformation in sozialen Protest möglich ist. Bewegungen verkörpern eine konstitutive Spontaneität des Politischen und sind selber zugleich auf interne Spontaneität angewiesen, wollen sie nicht in institutionalisierte Bahnen des Politischen zurückfallen. Dies führt zu Spannungen zwischen dem Bedürfnis und der Notwendigkeit, den Protest zu koordinieren und dem Bedürfnis und der Notwendigkeit, sich einer zu starken Steuerung zu entziehen. Auch dafür ist, wie ich oben geschildert habe, der Protest gegen „Stuttgart 21“ ein Beispiel.

Das Aktionsbündnis und seine Sprecher_innen nehmen eine Mittelstellung ein zwischen der Eigenlogik der Bewegung, die sie koordinieren müssen, ohne ihre Autonomie zu unterdrücken, und der Vermittlung der Forderungen der Protestbewegung in den staatlich-politischen Raum. Sie müssen deren *Spontaneität* und *Autonomie* respektieren und unterliegen gleichwohl der Logik des *Kalküls* des Politischen: „Das Kalkül des Politischen liegt [...] in der wiederum allseits geteilten Anerkennung seiner ‚realpolitischen‘ und deshalb notwendig staatsnahen, wenn nicht selbst staatlichen Dimension.“⁹ Am Aktionsbündnis sind mit den GRÜNEN und der LINKEN Parteien beteiligt, denen parteitaktische Zusatzmotive strukturell unterstellt werden können. Dies hat strategische Vor- und Nachteile. Die Forderung, das Projekt „Stuttgart 21“ zu beenden, kann nur erfolgreich sein, wenn im Parlament diese Entscheidung getroffen wird. Parteien können starke Mobilisierungsressourcen einbringen. Außerparlamentarischer Druck und parlamentarische Umsetzung können zusammenwirken. Andererseits besteht die Gefahr, dass die Protestbewegung instrumentalisiert wird und dadurch ihre Spontaneität

⁸ Thomas Seibert, Spontaneität, Kalkül und Autonomie. Strategie- und Organisationsfragen der Mosaiklinken, in: Luxemburg, 1 (2010), S. 30–37, hier S. 33.

⁹ Ebd.

und Autonomie gefährdet ist. Könnten die GRÜNEN nicht insgeheim von ihrer Position abrücken – als Eintrittskarte für eine Regierungsbeteiligung? Versuchen sie dann, die Bewegung abzuwürgen? Warum zieren sich maßgebliche Vertreter_innen der Partei, klipp und klar zu sagen, dass „Stuttgart 21“ aufgegeben wird, wenn die GRÜNEN an der Regierung beteiligt sind? Dies sind berechnete Einwände und Wachsamkeit ist geboten. Die Konsequenz kann jedoch nicht sein, die Beziehungen zu kappen und eine vorgebliche „Reinheit“ der Bewegung gegen alles Parteipolitische zu erhalten. Das Spannungsfeld existiert ja objektiv. Zentral ist, dass die Bewegung ihre Eigenständigkeit erhält und sich eindeutig jedem Druck von Parteienvertreter_innen verweigert, sobald diese aus realpolitischen Erwägungen versuchen, die Eigendynamik der Bewegung zu unterminieren. Der Kampf gegen „Stuttgart 21“ veranschaulicht exemplarisch die Herausforderungen, denen linke Eingriffe in politische Kämpfe unterliegen. Die Aufgabe besteht darin, auf einem Spielfeld, auf dem sich verschiedene Akteur_innen mit verschiedenen Interessen und verschiedenen Handlungslogiken bewegen, spontane Mobilisierungen und autonome Artikulationen politischer Begehren mit organisierenden Momenten und einer kalkulierenden Realpolitik in ein produktives Fließgleichgewicht zu bringen.

Auf der Aktionskonferenz konkretisierte sich die geschilderte Herausforderung in der Frage, wer wie, wo und mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen darf und wie sich einzelne Aktionen in die Gesamtarchitektur des Widerstandes einfügen. Schließlich wurde die Rückkopplung der Teilnehmer_innen an den Schlichtungsgesprächen mit der Basis der Proteste als zentrale Aufgabe gesehen, die über den weiteren Erfolg entscheiden wird. Wie kann verhindert werden, dass unterschiedliche Einschätzungen über den Verlauf und die möglichen Ergebnisse der Gespräche dazu führen, dass die Bewegung auseinander bricht? Der Natur der Sache entsprechend wird es hier keine endgültigen Antworten geben können. Der Suchprozess wird auf weiteren Konferenzen, die regelmäßig im zwei- oder dreiwöchigen Rhythmus stattfinden sollen, fortgesetzt. Bislang wird der Schwerpunkt auf den Informationsaustausch gelegt, indem Vertreter_innen aus den Schlichtungsgesprächen berichten und Anregungen aus den Diskussionen der Aktivist_innen mitnehmen. Über das Instrument der wöchentlichen Montagsdemonstrationen hinaus besteht somit ein Raum, in dem über inhaltliche und strategische Fragen zwischen Akteur_innen diskutiert werden kann, die in ihrem Handeln den unterschiedlichen Logiken des Politischen unterliegen. Die Aktionskonferenzen bedeuten eine festere Organisation von Aktivist_innen in der Protestbewegung, die auch Einzelpersonen, die nicht in einer bestimmten Gruppe aktiv sind, die Möglichkeit geben, sich an den strategischen Debatten zu beteiligen. Der Widerstandsrat versucht, die aktiven Gruppen des Widerstands zu koordinieren und mehr Transparenz herzustellen. Die Diskussion, inwieweit diese Einrichtung Entscheidungskompetenz hat und in welchem Verhältnis sie zu der Selbstorganisation der einzelnen Gruppen stehen soll, bringt wiederum zum Ausdruck, dass der Widerspruch zwischen Steuerung, Koordination und Selbstorganisation nicht aufhebbar ist.

Wogegen wir ´nen Aufstand machen, ist das was dahinter steckt! (Melitta Dingdong).

Motive des Protests und die ihnen zugrunde liegenden ökonomisch-politischen Prozesse

Der Protest gegen „Stuttgart 21“ speist sich aus verschiedenen Motiven. Ich würde drei Motivbündel unterscheiden: erstens den Protest gegen Demokratiedefizite, zweitens den Kampf gegen die Ökonomisierung und drittens jenen gegen die Beschleunigung des Lebens und die „Unwirtlichkeit“ der Städte. Die Unterscheidung darf nur als analytische verstanden werden, denn die Motive sind in der Realität miteinander verknüpft, was auch eine Stärke des Protests ausmacht. Zunächst zur Opposition gegen die Entdemokratisierung. Von den Befürworter_innen wird beschönigend davon gesprochen, das Projekt sei „schlecht kommuniziert“ und „nicht ausreichend erklärt“ worden. Diese Sätze gehören zum abgedroschenen Vokabular zeitgenössischer Reformpolitiker. Sie verraten aber ungewollt, warum die Unzufriedenheit vieler Menschen mit Entscheidungen der herrschenden Politik so groß ist. Denn sie entlarven zutiefst autoritäre Denk- und Handlungsstrukturen.

Wer so spricht, konstruiert einen Gegensatz zwischen den wissenden Expert_innen in der Politik, die nach „objektiven“ Maßstäben das tun, was für die „Zukunftsfähigkeit“ oder die „Wettbewerbsfähigkeit“ oder was dergleichen ideologische Deutungsmuster mehr sind notwendig ist sowie auf der anderen Seite denjenigen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. Wenn in der Deutung der Protestbewegung oft davon gesprochen wird, diese sei „bürgerlich“, dann steckt darin eine richtige Beschreibung, die von den meisten jedoch falsch verstanden wird. Nicht der Unmut des *bourgeois* artikuliert sich hier. Es ist der *citoyen*, der gegen seine Entmachtung auf die Straße geht und die Revitalisierung der Demokratie und des Politischen überhaupt einfordert und praktiziert. Greift man auf die Bestimmung der Politik und des Politischen bei Hannah Arendt zurück, wird deutlich, was gemeint ist. Das Politische lässt sich mit Hannah Arendt als diejenigen Formen des Zusammenseins charakterisieren, „in denen man sich untereinander bespricht, um dann in Übereinstimmung miteinander zu handeln.“¹⁰

Das Politische ereignet sich in der Begegnung der Bürger_innen und ist fundiert in deren kommunikativer Praxis und Selbstherrschaft. Der eigentliche politische Bereich ist *insofern* dem der Herrschaft und des strategischen Handelns entzogen. Das Politische ist bei Arendt kein institutionell abgegrenzter Bereich, sondern eine allgemeine soziale Beziehungsform, in der Menschen gemeinsam über die gemeinsame Welt entscheiden. „Damit etwas zum ‚politischen Problem‘ werden kann, muss es sich also um etwas handeln, das gestaltbar ist, das heißt es muss sich in einem Bereich bewegen, „in dem menschliches Handeln und menschliche Entscheidungen relevant sind.“¹¹

Die politische Rechtfertigungsstrategie der Eliten ist Ausdruck eines völlig entgegengesetzten Demokratieverständnisses. Es wird auf das gesetzeskonforme Zustandekommen der Entscheidung für „Stuttgart 21“ verwiesen. Die Entscheidung für „Stuttgart 21“ wird als „alternativlos“ ausgegeben. Damit soll sie technokratisch neutralisiert und dem politischen Diskurs entzogen werden. „Alternativlos“ – diese Vokabel erregt wie kaum eine andere den Unmut der Menschen, die gegen „Stuttgart 21“ kämpfen. Sie zerreißen den ideologischen Schleier, hinter dem zu verbergen versucht wird, dass „es [...] im menschlichen Zusammenleben keine ‚technischen Lösungen‘ gibt, die nicht immer auch schon qualitative Entscheidungen wären, Entscheidungen also über das Wie des menschlichen Zusammenlebens, über die Frage, wie wir zusammenleben sollen – oder mit Arendt, über die Gestaltung der gemeinsamen Welt.“¹²

Wenn diese Analyse richtig ist, ist die Kritik an Demokratiedefiziten bei der Planung des Projektes kein Ausdruck von „Politikverdrossenheit“. Eine aktuelle Befragung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) bestätigt das. Sie zeigt, „dass die Demonstranten den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik sehr kritisch sehen, die überwiegende Mehrheit sind dabei aktive Demokraten, die das repräsentative System nicht an sich in Frage stellen [...]. Die Kritik an der real existierenden Demokratie ändert nichts daran, dass Wahlen mehrheitlich als wichtig eingeschätzt werden. Jeweils 91% gaben an, dass sie sich an der letzten Bundes- und Landtagswahl beteiligt haben.“¹³ Aus dieser Analyse ergibt sich nach meiner Auffassung, dass die Verfahren der repräsentativen Demokratie durch direkt-demokratische ergänzt werden müssen. Für diese müssen geeignete institutionelle Rahmungen gefunden werden, die verhindern, dass sie zu einem Instrument der Besserverdienenden und -gebildeten werden. Es muss gewährleistet sein, dass die Interessenartikulation und -aggregation durch Parteien und Verbände so lange ein wichtiger Bestandteil der Demokratie bleibt bis die Bedingungen der Möglichkeit für wohlinformierte Partizipation universalisiert sind. Die Demokratiefrage und die soziale Frage sind insofern nicht zu trennen.

¹⁰ Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München 1981, S. 149.

¹¹ Rahel Jaeggi, „Wie weiter mit Hannah Arendt?“, in: *Wie weiter mit? Hamburger Institut für Sozialforschung* (Hrsg.), Hamburg 2008, S. 11 f.

¹² Ebd., S. 32.

¹³ Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (wie Anm. 3), S. 11 ff.

„Für das Funktionieren der Demokratie werden Transparenz sowie die Unabhängigkeit von Parlamentariern und Regierenden als zentral angesehen“, heißt es in dem Bericht des WZB weiter.¹⁴ Beides war und ist im Falle von „Stuttgart 21“ in eklatanter Weise nicht gegeben. Die persönlichen und institutionellen Verflechtungen zwischen Landesregierung, Parteien, Landesbank Baden-Württemberg, Stadtregierung, Lokalpresse und Unternehmen sind empörend. Die Rede ist von der „Maulaschen-Connection“ und der „Schwabenmafia“. Diese wenig schmeichelhaften Bezeichnungen scheinen nicht unangemessen, wie an einigen wenigen Beispielen gesehen werden kann: Der Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU), die baden-württembergische Verkehrsministerin Tanja Gönner (CDU) und der Architekt des geplanten Tiefbahnhofs Christoph Ingenhoven waren oder sind Mitglieder im Beirat der Stiftung „Lebendige Stadt“ der ECE-Projektmanagement, die auf dem Bahnhofsgelände ein großes Einkaufszentrum bauen will. Der Stuttgarter Finanzbürgermeister Michael Föll (CDU) war Berater bei der Baufirma Wolff & Müller, die mit den Abrissarbeiten am Hauptbahnhof beauftragt wurde. Die Südwestdeutsche Medien Holding GmbH, die unter anderem Besitzerin sowohl der *Stuttgarter Zeitung* als auch der *Stuttgarter Nachrichten* ist, hat nach finanziellen Schwierigkeiten bei der Übernahme der Mehrheit der *Süddeutschen Zeitung* einen Kredit zu guten Konditionen bei der Landesbank Baden-Württemberg bekommen. Zwar muss man anerkennen, dass die Berichterstattung über „Stuttgart 21“ durch den Druck der Protestbewegung ausgewogener geworden ist. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Positionierung *für* „Stuttgart 21“ in den Medien der Holding lange Zeit die Linie dominierte. Vom außenpolitischen Ressortleiter der *Stuttgarter Zeitung*, Adrian Zielcke, stammt der kurz vor seinem Rückzug in den Ruhestand geschriebene Satz: „Ohne die Zustimmung der *Stuttgarter Zeitung* zu diesem Großprojekt würde, so vermute ich einfach mal, Stuttgart 21 nie gebaut werden.“¹⁵ Die Liste ließe sich fortsetzen.

Dennoch wäre es zu einfach, die staatlichen Stellen als bloße Befehlsempfänger von Wirtschaftslobbyist_innen zu begreifen. Die Verknüpfungen und Abhängigkeiten sind ein Element dessen, was der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet: „Vieles deutet darauf hin, dass durch den wachsenden Einfluss der Lobbyisten die Macht der großen Unternehmen und der Personen, die dort die Schlüsselpositionen innehaben, weiter zunehmen wird. Die Macht, die sie in den Firmen ohnehin bereits ausüben, wird in politische Macht übersetzt, mit der sie Zugriff auf weitere soziale Bereiche bekommen. Damit wird das demokratische Gleichgewicht ernsthaft in Frage gestellt.“¹⁶ Große Spielräume für Lobbyisten und eine Politik, die auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie möglichst weitgehend verzichtet,¹⁷ bilden ein Syndrom, das die Substanz demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auszehrt. Dagegen wendet sich der Protest, nicht allein im Falle von „Stuttgart 21“, sondern auch in anderen Konflikten, wie zum Beispiel angesichts der Atompolitik der Bundesregierung.

Der Kampf gegen die Ökonomisierung der Stadt und gegen die Beschleunigung des Lebens

In der erwähnten Befragung des WZB werden die hohen Kosten des Projekts als das Hauptargument gegen „Stuttgart 21“ genannt, gefolgt von der Zustimmung zu der Aussage, dass der Profit nur auf Seiten der Banken und Konzerne lande. Für viele ist es nicht mehr zu akzeptieren, dass die Politik Projekte durchsetzt, die sich primär an den Interessen des Kapitals ausrichten. „Stuttgart 21“ wird als verkehrlich untaugliches Projekt eingeschätzt, das nur deswegen angebaut wird, weil die frei werdenden Flächen prächtige Spekulationsobjekte für Investoren bieten. An eine an den Interessen der Einwohner_innen orientierte Stadtentwicklung glaubt dagegen nur eine Minderheit. Die Erfahrungen mit anderen großen Bauprojekten haben diese Einschätzung geprägt. Die Stadt ist der Nahraum, in dem

¹⁴ Ebd., S. 13.

¹⁵ STERN online, 7. Oktober 2010, [<http://www.stern.de/politik/deutschland/medien-und-stuttgart-21-fahrt-auf-schwaebischem-filz-1611232.html>] (Download 15.11.2010).

¹⁶ Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt am Main 2008, S. 63.

¹⁷ Ebd., S. 10.

sich der größte Teil des Lebens der Menschen abspielt. Die Konsequenzen der Ökonomisierung der Gesellschaft durch Imperative der Kapitalverwertung werden hier unmittelbar spürbar. Dies eröffnet die Möglichkeit, einen abstrakten Prozess an den lebensweltlichen Erfahrungen der Menschen zu konkretisieren. Der Widerstand gegen „Stuttgart 21“ gewinnt seine Zugkraft daraus, dass die Menschen „vor ihrer Haustür“ erleben, was eine Politik, die von Kapitalverwertungsinteressen dominiert wird, in ihrer Lebenswelt anrichtet. Die wenigsten stellen diesen Nexus her und es wäre auch kontraproduktiv, plump antikapitalistische Parolen in den Protest zu tragen. Mit dem Einsatz für eine soziale und kulturvolle Stadtentwicklung können aber Alternativen mehrheitsfähig gemacht werden, die für eine andere gesellschaftliche Entwicklungsweise stehen. „Wie wollen wir hier leben?“, „Wie können wir uns die Stadt (neu) aneignen?“ „Was heißt ‚Recht auf Stadt‘ konkret?“

Mit solchen Fragen könnte die Entwicklung von Alternativen beginnen, eine Entwicklung, die nicht ohne Konflikte verläuft, aber „gemeinsam das Gemeinsame schafft“.

Neben der Ökonomisierung der Gesellschaft ist die Beschleunigung des Lebens ein Signum des aktuellen Kapitalismus.¹⁸ „Stuttgart 21“ ist ein Paradebeispiel dafür. Denn es ist auch ein *Hochgeschwindigkeitsprojekt*, das den Fernverkehr zu Ungunsten des Nahverkehrs stärken soll. Stuttgart soll ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen werden. Durch die Beschleunigung des Verkehrsflusses soll das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden, von dem, wie es heißt, „wir alle abhängen“. Genauso wie die Kapitalverwertung ist die Beschleunigung ein zum Fetisch gewordener Systemprozess, dem wir uns zu unterwerfen haben.

Dieser Prozess trifft auf ein widersprüchliches Alltagsbewusstsein der Subjekte, die sich ihm zum einen unterwerfen (müssen), zum anderen aber gegen den damit verbundenen Verlust lebensweltlicher Sicherheiten und Ankerpunkte aufbegehren. Deswegen reagieren sie empfindlich, wenn sie sehen, dass ihre Stadt ihr Gesicht rapide verändert, ohne dass sie spürbaren Einfluss nehmen können. Der Widerstand, der durch den Abriss des Nordflügels des Bahnhofs und durch das Abholzen der Bäume im Schlossgarten ausgelöst wurde, zeigt das. Man muss diese Gefühle nicht teilen. Doch sich darauf zu beschränken, sie als „konservativ“ abzuwerten, bedeutet, den dahinter stehenden Prozess nicht zu verstehen. Dass sich Menschen aus verschiedenen sozialen Klassen, Schichten und Milieus in diesem Protest vereinen, zeigt, dass es hier ein verbindendes Moment der Kritik gibt. Dies ist nicht per se links. Aber es besteht die Chance, mit einer ethisch argumentierenden normativen Kapitalismuskritik am alltagsbewussten Unwohlsein anzuknüpfen. Eine solche Kapitalismuskritik betont „in der Regel weniger die Differenzierungslinien in der Gesellschaft als vielmehr den Gesamtcharakter und die Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Gesellschaftsformation, der sie Tendenzen zur Entfremdung, zur Verdinglichung, zur Wert- und Gemeinschaftszersetzung, zur Austrocknung von Sinnressourcen oder auch zur Produktion ‚kollektiver‘ Irrationalitäten im Hinblick auf die individuelle und kollektive Lebensführung unterstellt. Diese ethische ‚Künstlerkritik‘ postuliert gewissermaßen ein kollektives Interesse aller Menschen an der Überwindung dieser Gesellschaftsformation [...]“¹⁹

Schluss

Ich habe in vorliegendem Text versucht, die Entwicklungen bis Mitte Dezember 2010 zu schildern und eine Einschätzung zum Stand, den Problemen und zu den Herausforderungen der Bewegung gegen „Stuttgart 21“ vorzunehmen. Wie es weitergeht, ist offen. Ich hoffe aber gezeigt zu haben, dass unabhängig davon am vorliegenden Beispiel gelernt werden kann. Die Linke kann nur dann erfolgreich agieren, wenn sie sich produktiv im Spannungsfeld von Autonomie, Spontaneität und Kalkül als nicht aufeinander reduzierbaren Modi des Politischen zu bewegen lernt. Sie wird die Gesellschaft

¹⁸ Vgl. Hartmut Rosa, *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt am Main 2005.

¹⁹ Hartmut Rosa, *Leiharbeiter und Aktivbürger: Was stimmt nicht mit dem spätmodernen Kapitalismus?*, in: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa, *Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt am Main 2009, S. 205–242, hier S. 206.

nur dann emanzipatorisch verändern können, wenn sie an den konkreten Erfahrungen und Bedürfnissen der Menschen ansetzt und die Demokratiefrage als eine Kernfrage der Gegenwart begreift, die sie zusammen mit der sozialen Frage (und der ökologischen Frage, die hier nicht im Fokus stand, obwohl zu „Stuttgart 21“ und Ökologie auch eine Menge zu sagen wäre) lösen muss.

Wer, Wie, Was, Warum? Ein Erklärungsversuch des Phänomens „Stuttgart 21“

Stuttgart 21 ist zum Symbol geworden. In der Bewegung gegen den umstrittenen Bahnhofsumbau wird ein Ausdruck des Unbehagens der Bevölkerung mit der wachsenden Kluft zwischen Politik und Bürgern vermutet. Es scheint, als ob sich in der Hauptstadt Baden-Württembergs eine gesellschaftliche Konfliktlinie abzeichnet, die nicht weniger als den grundlegenden Antagonismus demokratischer Ordnungen verkörpert. Gegenüber stehen sich hier die Bevölkerung und ein mächtiges Konglomerat aus Politik und Wirtschaft. Die im Zusammenhang mit den Protesten geläufige Rede vom „Wutbürger“¹ drückt die Vermutung aus, dass sich rund zwei Jahre nach Ausbruch der globalen Finanzkrise Spannungen im Verhältnis von Politik und Bürgern bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineingefressen haben. Tatsächlich wirkt die Entrüstung in Stuttgart neu, ehrlich und merkwürdig entschlossen. Auf den Demonstrationen wird vermeintlich mit ehernen Gewissheiten bisheriger Protestbewegungen gebrochen. Frühere konservative, betuchte Anhänger des liberal-konservativen Lagers zeigten sich auf den Straßen, es werden die noblen Stuttgarter Halbhöhen als Keimzellen des Protests entlarvt.² Gleichzeitig würde die Protestbewegung jedoch ein breites Spektrum aus verschiedensten Bevölkerungsschichten vereinen.

Doch was ist dran an diesen gängigen Einschätzungen und beliebten Analysen? Werden wir in Stuttgart wirklich Zeuge eines neu beginnenden Protestzyklus in noch nicht dagewesener Qualität? Um das Phänomen genauer zu verstehen, wollen wir im folgenden zwei Fragen klären. Wir beginnen auf der Mikroebene und nehmen die Protestierenden selber unter die Lupe. Dabei fragen wir nach den Motiven und Einstellungen der an den Protesten gegen Stuttgart 21 Beteiligten ebenso wie nach der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bewegung. In einem zweiten Schritt wenden wir den Fokus auf eine höhere Ebene und setzen die Entstehung der Bewegung in Zusammenhang mit dem Wandel des politischen Systems. Über diese zweistufige Analyse lassen sich die Ereignisse in Stuttgart, die gegen Ende des Jahres 2010 Aufmerksamkeit in der gesamten Republik erfahren haben, – wenn auch nicht abschließend erklären – so doch zumindest besser verstehen.

I. Wer macht mit? Die Ergebnisse der Studie „neue Dimensionen des Protest“ des Göttinger Instituts für Demokratieforschung³

Um zu ergründen, wer sich an den Protesten gegen das Stuttgarter Großprojekt beteiligt, haben wir mit einer Online-Umfrage explorativ die Zusammensetzung der Stuttgarter Protestbewegung untersucht.⁴ Unser Erkenntnisinteresse lag in erster Linie darin, zu erfassen, wer in Stuttgart auf die Straße

¹ Kurbjuweit, Dirk: Der Wutbürger in: Der Spiegel, 11.10.2010, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184564.html> (eingesehen: 14.12.2010)

² Meck, Georg/Weiguny, Bettina: Stuttgarts Halbhöhen sortieren sich neu, in: FAZ, 17.10.2010, online einsehbar unter: <http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~E9D7B203A099B4756A806D3E7832D4540~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (eingesehen: 14.12.2010)

³ Die kompletten Ergebnisse der Studien sind online abrufbar unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> Weitere Analysen zum Thema finden sich unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/neue-dimensionen-des-protests/>

⁴ An der Umfrage, die auf der Kundgebung am 23.20.2010 mit 2000 Handzetteln beworben wurde, beteiligten sich

geht. Deswegen sollten Aussagen bezüglich der sozialen Zusammensetzung, wie beispielsweise Alter und Bildungsstand der Teilnehmer an der Protestbewegung getroffen werden. Zudem wollten wir erfragen, welche Motive die Protestierenden besitzen. Dabei stand insbesondere die Frage im Mittelpunkt, ob die Wut über das Bauprojekt mit anderen Formen der politischen Unzufriedenheit verknüpft ist. Lassen sich in der Bewegung also die häufig diagnostizierten Ermüdungserscheinungen der Demokratie, vor allem Parteien- und Politikverdrossenheit antreffen? Und weitergehend: Inwieweit wünschen sich die Befragten alternative Formen politischer Partizipation, wie beispielsweise die Möglichkeiten direktdemokratischer Teilhabe?

Unseren Ergebnissen zufolge, ist der Protest gegen Stuttgart 21 ein Protest einer weit überdurchschnittlich gebildeten, älteren Koalition der linken gesellschaftlichen Mitte. Es ließe sich auch vom Bildungsbürgertum sprechen. Knapp 80 Prozent der Befragten haben mindestens Abitur, über 42 Prozent besitzen einen Hochschulabschluss, knapp 7 Prozent der Beteiligten sind gar promoviert oder habilitiert. Der Altersschnitt ist relativ hoch, 46 Prozent der Demonstranten sind älter als 45 Jahre. Auch die Gruppe von Personen über 55 Jahren ist mit fast 20 Prozent stark vertreten. Demgegenüber sind weniger als 9 Prozent der Teilnehmer jünger als 26 Jahre. Die politische Selbstverortung ergibt, dass sich knapp 70 Prozent der Befragten als eher links einstufen. Bei den letzten Landtagswahlen wählten 52 Prozent der Befragten grün, abgeschlagen folgen dahinter die SPD mit 15 Prozent und Die Linke mit 10 Prozent der Stimmen. Der Anteil der CDU und der FDP summiert sich zusammen auf gut 11 Prozent (CDU: 7,7 Prozent FDP: 3,7 Prozent). Würde zum Zeitpunkt der Umfrage gewählt, erhielten die Grünen gar 80 Prozent der Stimmen. Mit Ausnahme der Linken, die sich auf 11,2 Prozentpunkte steigern könnte, verlören alle übrigen Parteien dramatisch. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Bundestagswahlen.

Bestärkt wird der Befund, es in Stuttgart größtenteils mit einem Protest des linksalternativen Bürgerturns zu tun zu haben, auch anhand der Gegenüberstellung von Protestneulingen und Menschen, die häufig oder sehr häufig protestieren. Hierbei werden auch differenziertere Aussagen über die politische Verortung der Demonstranten möglich. Die Gruppe der Menschen, *die häufig protestierten*, wird von solchen Personen gebildet, die selbst angaben, auch schon vor Stuttgart 21 häufig oder sehr häufig protestiert zu haben. Sie stellen ungefähr 20 Prozent aller Befragten. Diese Gruppe ist verhältnismäßig alt, den größten Anteil bilden die 46 bis 55-Jährigen und die 56 bis 65-Jährigen. In der Links-Rechts-Selbstverortung stufen sich 82 Prozent von ihnen als links ein. Etwa die Hälfte dieser Protesterfahrenen wählte bei den letzten Wahlen auf Landes- und Bundesebene Grün. Verhältnismäßig stark vertreten sind aber auch Wähler der Linken mit 19 bzw. knapp 24 Prozent.

Demgegenüber stehen die *Protestneulinge*, also Menschen ohne jegliche vorherige Protesterfahrung. Sie machen in unserer Umfrage lediglich knapp 16 Prozent der Befragten aus. Die Mitglieder dieser Gruppe sind im Vergleich jünger als das Gesamtsample. Die größte Gruppe wird von den 36 – 45-jährigen gebildet (30 Prozent). Diese Gruppe stuft sich selbst weiter mittig und rechts ein als die Gesamtbefragten. Hiermit geht einher, dass unter den Protestneulingen solche Personen, die bei den letzten Landtags- und Bundestagswahlen CDU, SPD und FDP gewählt haben, im Vergleich zu den Gesamtbefragten verhältnismäßig vertreten sind. In dieser Gruppe stellen ehemalige CDU-Wähler mit 20 Prozent einen großen Anteil. Demgegenüber ist der Anteil ehemaliger Wähler der Grünen immer noch hoch, aber niedriger als in der Gesamtbefragung.

Auch wenn die Gruppe der Protestneulinge immer noch eine hohe Heterogenität aufweist, verkörpert sie dennoch am ehesten das Bild neu rekrutierter Demonstranten aus dem bürgerlich-konservativen Lager. Angesichts der geringen Anzahl dieser Personen lässt sich aber natürlich nicht davon sprechen, dass Stuttgart 21 in großer Zahl Anhänger der schwarz-gelben Regierung auf die Straße treiben würde. Unterschätzen sollte man diese Ergebnisse jedoch ebenso wenig. Denn sowohl die Selbstver-

insgesamt 1280 Menschen. Trotz der relativ hohen Rücklaufquote sind repräsentative Aussagen auf Grundlage unserer Datenbasis jedoch nicht möglich.

ortung in der rechten Mitte der Gesellschaft, als auch die Wahl von CDU und FDP verweisen darauf, dass das umstrittene Bahnprojekt durchaus Bruchlinien innerhalb des bürgerlichen Spektrums hervorruft. Hierauf wird ausführlicher im zweiten Teil der Analyse zurückgekommen.

Die Motive der Demonstranten sind vielschichtig. Der verbindende Nexus besteht in der Ablehnung des Bahnprojekts. Unter diesem Dach sind jedoch viele Motivationslagen akzeptiert, was die Protestdynamik erklären könnte. Dennoch lässt sich eine kritische Einstellung zum Aushandlungsprozess zu Stuttgart 21 und mehr noch, zur Verfasstheit der repräsentativen Demokratie, nicht übersehen. Der überwiegende Teil der Befragten fühlt sich bei den Entscheidungsprozessen übergangen und ausgeschlossen. Darüber hinaus erscheint die Unzufriedenheit mit den Politikern in Baden-Württemberg als hoch, ihnen wird nicht zugetraut, die Bedürfnisse ihrer Wähler zu erkennen. Bemerkenswerterweise ist jedoch gleichzeitig unter den Befragten die Zustimmung zu demokratischen Werten auffällig hoch. Rund 90 Prozent der Befragten identifizieren sich mit grundlegenden festen demokratischen Ordnungen. Kontrastiert wird diese positive Einstellung von einem kritischen Blick auf den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik. Denn über 50 Prozent der Befragten sind mit der demokratischen Situation hierzulande unzufrieden und die große Mehrheit der Befragten glaubt, dass Parteien einige Probleme nicht mehr lösen können.

Dennoch lässt diese Unzufriedenheit mit Parteien und Politikern die Parteien in den Augen der Protestierenden nicht überflüssig werden. Nur ein Viertel der Befragten glaubt, dass Parteien überhaupt nicht mehr in der Lage sind, Probleme zu lösen, immerhin ca. 20 Prozent äußern sich überwiegend positiv zu einer auch zukünftig wichtigen Rolle von Parteien im politischen Prozess. Nach diesen Aussagen scheinen die Parteien nach Maßgabe der Protestierenden also nur in bestimmten Sachfragen zu versagen, anderswo können ihnen jedoch weiterhin wichtige politische Funktionen zukommen.

Letztlich entsteht aber auch in diesem älteren, Mitte-Links-Bündnis ein großer Wunsch nach mehr Beteiligung und unkonventionellen Formen politischer Willensbetätigung. Rund 90% der von uns Befragten fordern den Ausbau direktdemokratischer Elemente. Die allgemeinen Auswirkungen von Demonstrationen werden überwiegend positiv beurteilt.

Zusammenfassend können unsere Ergebnisse dahingehend interpretiert werden, dass in Stuttgart ein Impetus zur Reform des demokratischen Gemeinwesens zu verzeichnen ist. Dabei steht jedoch nicht das gesamte politische System Deutschlands zur Disposition. Parteien, insbesondere den Grünen, wird zumindest eingeschränkt Vertrauen entgegengebracht. Auch fühlen sich rund 82 Prozent der Befragten angemessen von den Vertretern des Bündnisses gegen Stuttgart 21 repräsentiert, was nicht dafür spricht, dass hier ein gänzlich neues System aus der Taufe gehoben werden soll. Dennoch bergen die Ergebnisse Brisanz. Denn der bürgerliche Hintergrund der Demonstranten zeigt deutlich, dass das Unwohlsein erneut die Schichten erreicht hat, die die Trägergruppen der großen Protestwellen der vergangenen 40 Jahre, vor allem der neuen sozialen Bewegungen, stellen. Das Unwohlsein über die Art und Weise der Entscheidungsfindung, sowie die mangelnde Beteiligung am Aushandlungsprozess lassen sich nicht übersehen. Klar tritt dies auch in der Forderung nach mehr direkter Teilhabe und dem Bekenntnis zur Wirksamkeit von Demonstrationen zu Tage. Es wird kurz gesagt der Wunsch nach Wiederermächtigung deutlich. Welchen Weg diese bürgerliche Protestkoalition einschlagen wird, bleibt abzuwarten, die Hintergründe ihres Entstehens sollen im Folgenden umrissen werden.

II. Warum jetzt und warum in Stuttgart? Eine Erklärung mit der Theorie der Gelegenheitsstrukturen

Um zu verstehen, warum sich Menschen wie in Stuttgart selbst ermächtigen und, um ihren Anliegen Geltung zu verschaffen, zusammenschließen, reicht der Blick auf die Motive der Protestierenden allein nicht aus. Vielmehr muss die Umgebung, also der Zustand des politischen Systems insgesamt, untersucht werden, um die Frage nach dem Warum beantworten zu können. Im Folgenden soll die

Bewegung gegen Stuttgart 21 daher mit Hilfe der Theorie der Gelegenheitsstrukturen⁵ untersucht werden. Diese in den späten 70er Jahren entwickelte Bewegungstheorie geht davon aus, dass die jeweilige Konstellation des politischen Systems die Entstehung von Bewegungen hemmen oder aber fördern kann. Gelegenheitsstrukturen sind demnach: „Parameter für soziale oder politische Akteure, die ihre Aktionen entweder ermutigen oder entmutigen“⁶. Die Entwicklungen in Stuttgart lassen sich, so unsere These, durch den postdemokratischen Zustand des politischen Systems, der mit der Abnahme von politischen Bindungen im konservativen Lager einhergeht, erklären. Dabei sind die Protestierenden auf verschiedenen Wegen von den Medien, aber auch von den Grünen und der Linken zu ihrem Handeln motiviert worden.

Ein Parameter, der nach der Theorie der Gelegenheitsstrukturen Einfluss auf die Bildung von Protestbewegungen hat, ist der Grad der Offenheit politischer Institutionen. Ein Auslöser für die Entstehung von Bewegungen ist demnach ein Zustand, in dem den Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zu politischen Institutionen soweit verschlossen bleibt, dass sie sich nicht mehr vertreten fühlen. Dabei darf die Schließung allerdings nicht so weit gehen, dass sie die Einflussnahme auf den politischen Prozess als aussichtslos erscheinen lässt. Rückschlüsse auf die Offenheit politischer Institutionen in der Gegenwart ermöglicht die von Colin Crouch entwickelte These der Postdemokratie.⁷ Folgt man Crouchs Analyse, so ist das System der politischen Interessenvertretung zwar formal intakt, der Zugang zu den Parteien und Verbänden offen, gleichzeitig findet jedoch durch die Auflösung der Milieus als Träger der politischen Großorganisationen praktisch eine Ablösung des politischen Entscheidungsverfahrens von den Menschen statt. Als weiteren wichtigen Faktor zur Veränderung des politischen Koordinatensystems betrachtet Crouch den starken Einfluss global operierender Wirtschaftsunternehmen. Hiermit einher ginge eine zunehmende Fokussierung der Politik auf wirtschaftsfreundliche Entscheidungen. Im Resultat würden politische Entscheidungen anstelle der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von einer Elite aus Parteien und Wirtschaft getroffen. Demnach bestünde also eine Lücke zwischen dem formal vorhandenen offenen Zugang und dem tatsächlichen Zustand, der durch eine Schließung der politischen Institutionen gekennzeichnet ist. Letztlich kann man Crouch dahingehend lesen, dass die Politik sich mit dem Ziel effiziente und schnelle Entscheidungen zu treffen, *bewusst* unabhängig von den Befindlichkeiten der Bevölkerung gemacht hat.

Diese Diskrepanz zwischen Soll- und Ist-Zustand ist es, die die Menschen in Stuttgart auf die Barrikaden bringt. Formal ist das Verfahren, das zur Verabschiedung des Projekts Stuttgart 21 geführt hat, zumindest weitestgehend korrekt abgelaufen. Es fehlt jedoch die Einbeziehung der Stuttgarterinnen und Stuttgarter in diesen Entscheidungs- und Aushandlungsprozess. Folglich versuchen die Ausgeschlossenen ihren Einfluss jenseits der klassischen Formen der politischen Partizipation, durch die sie sich nicht mehr ausreichend vertreten fühlen, geltend zu machen: eben auf der Straße.

Ein weiterer Parameter, den die Theorie der Gelegenheitsstrukturen untersucht, ist die Stabilität politischer Bindungen. Demnach führt die Auflösung von festen Parteipräferenzen zu einer Gruppe politisch Heimatloser, die sich in Bewegungen organisieren können. Beispielhaft lässt sich dieser Prozess anhand der SPD in den 70er Jahren beobachten. Die damals aufkommenden Konflikte, die sich unter dem Stichwort Postmaterialismus zusammenfassen lassen, konnten von der Sozialdemokratie nicht mehr schlüssig aufgelöst werden, was zu einer Abwanderung von Mitgliedern und Wählerinnen und Wähler führte. Ihre neue Heimat fanden sie in den damals aufkommenden sozialen Bewegungen.⁸

⁵ Vgl. hierzu grundlegend: Kitschelt, Herbert: Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen, in: Klein, Ansgar/Légrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse Bilanzen und Perspektiven, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 144-163

⁶ Tarrow, Sidney: Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstrukturen in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 43 (1991) H. 4, S. 647-670, hier S. 651.

⁷ Vgl. Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt 2008.

⁸ Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Hamburg 2009, S. 196.

Einen, wenn auch im Ausmaß nicht vergleichbaren Prozess, scheint derzeit die CDU durchzumachen. Insbesondere der baden-württembergische Landesverband der CDU ist hierfür ein gutes Beispiel. Die in den 80er Jahren von Lothar Späth eingeleitete moderne Industrie- und Technologiepolitik führte dazu, dass die konservative Wählerschaft der CDU sukzessive den Rücken zukehrte.⁹ Mit ihrem klaren Ja zum unterirdischen Bahnhof nimmt die CDU keine Rücksicht auf den konservativen Wunsch nach einem Innehalten bei der scheinbar mechanistisch voranschreitenden Modernisierung. Gerade in Krisenzeiten wird dem Bedürfnis nach Sicherheit und Sparsamkeit nicht ausreichend Rechnung getragen, weshalb sich auch ein nicht unbedeutender Teil von ehemaligen Anhängern der CDU erstmals in ihrem Leben eine Demonstration besucht, anstatt die nächste Wahl abzuwarten und den für sie selbstverständlichen und vormals einzigen Weg der politischen Mitbestimmung zu beschreiten.

Auch wenn gerade über die Rolle der Parteien viel Unmut entsteht, komplett bedeutungslos sind sie deshalb für politische Bewegungen nicht. Im Gegenteil: nach der Theorie der Gelegenheitsstrukturen bieten gespaltenen Eliten einen Anreiz für die Formierung von Bewegungen. Dies haben die Grünen und die Linken in Stuttgart getan. Während sich die CDU und die FDP und anfangs auch die SPD für das Projekt Stuttgart 21 aussprachen, waren die Grünen von Beginn an entschlossene Gegner des Großprojekts. Hierdurch wurden sie zu verlässlichen Partnern der Bewegung auf der parlamentarischen Ebene und konnten die Bewegung mit Fachwissen aus dem politischen Ablauf, aber auch ganz praktisch bei organisatorischen Aufgaben unterstützen.

Neben dieser besonderen Form der Unterstützung durch die Parteien bedürfen soziale Bewegungen jedoch der zusätzlichen Unterstützung von einflussreichen Verbündeten. Eine wichtige Rolle spielen hierbei in Stuttgart außer einer Vielzahl von prominenten Unterstützerinnen und Unterstützern aus Kunst und Kultur: Die überregionalen Medien.¹⁰ Diese schienen spätestens seit dem Herbst 2010 von den Protesten fasziniert und verfolgten die Ereignisse in der Folge intensiv, auch weil es sich scheinbar um ein neues unerklärbares Phänomen handelte und schufen somit eine große Öffentlichkeit für die Anliegen der Bewegung gegen Stuttgart 21. Die durchgehend hohe überregionale Aufmerksamkeit stellt für die Bewegung eine besondere Bestätigung dar und motiviert die Beteiligten in ihrem Engagement.

III. Fazit

Gänzlich anders als frühere Protestbewegungen, das zeigen die Ergebnisse unserer Befragung, ist die Bewegung gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 nicht. Der Protest wird weniger von einer neuen protestunerfahrenen konservativen Schicht, als von einer Generation, die bereits einschlägige Erfahrungen mit unkonventioneller politischer Beteiligung gemacht hat, getragen. Auch das Hauptmotiv der Protestierenden, die Forderung nach mehr Teilhabe und Transparenz, kann nicht überraschen. Schließlich werden Menschen seit Jahrzehnten durch das wahrgenommene Demokratiedefizit am stärksten zur Teilnahme an Protesten motiviert.¹¹

Und doch lassen sich Anhaltspunkte dafür finden, dass im politischen System Verschiebungen stattfinden, die eine neue Qualität besitzen. Es ist schwierig zu beurteilen, ob die Lücke zwischen Soll- und Ist-Zustand der Demokratie weiter auseinanderklafft als früher. Ungewöhnlich erscheinen jedoch zumindest die hohe Intensität und der Auslöser des Protests. Dementsprechend ließe sich fragen, ob

⁹ Vgl. Eith, Ulrich: Regierungsperioden und politische Dominanz in Baden-Württemberg: Die CDU als „Landespartei“, in: Hirschler, Gerhard/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Aufstieg und Fall von Regierungen, München 2001, S. 249-277, hier S. 270.

¹⁰ Im Gegensatz zu den regionalen Medien wird die Bewegung gegen Stuttgart21 in den überregionalen Medien eher positiv aufgenommen. Vgl. hierzu: <http://www.tagesschau.de/inland/interviewrucht100.html>

¹¹ Vgl. Rucht, Dieter/Roth, Roland: Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: Rucht, Dieter/Roth, Roland (Hrsg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch, Frankfurt/Main 2008, S. 635-668, hier S. 648.

Protest und Widerstand nur dann zu erwarten ist, wenn es um konkrete Fragen vor Ort geht, oder ob sich Bewegungen auch wieder anhand von grundlegenden Fragen nach der politischen Teilhabe erfolgreich formieren können?

Und eine neue Entwicklung sieht man in der Kombination des Protests mit einer schleichenden Erosion des *konservativen* Lagers. Es bleibt abzuwarten, welche Richtung dieser aktuell entstehende gesellschaftliche Unmut einschlagen wird und ob er weiter an Fahrt gewinnt und somit gegenwärtig eine Konstellation entsteht, die Potential für eine Zunahme der Protestdynamik birgt. Letztlich besteht hierin aber auch unverkennbar eine Gefahr. Denn der reaktionäre Affekt einiger Teile des Bürgertums, der in der Causa Sarrazin beobachtet werden konnte, könnte auch hier wenig wünschenswerte Anknüpfungspunkte liefern. Ob sich in Stuttgart21 ein *Symptom* eines tiefgreifenden Wandels des politischen Systems ankündigt, sich hierin also tatsächlich ein *Symbol* neuen Protests abbildet, oder ob es sich doch eher um ein lokales baden-württembergisches Phänomen handelt, bleibt die spannende Frage der nächsten Jahre.

Ein besserer Bahnhof, mehr Demokratie und eine Herausforderung an die Parteiarbeit

Wenige Tage nach dem Ende der von Heiner Geißler moderierten Schlichtung veröffentlichte die „Stuttgarter Zeitung“ eine detaillierte Umfrage nach der die Mehrheit der Bürger sowohl in der Region Stuttgart als auch in Baden-Württemberg insgesamt nun für Stuttgart 21 sei. Vor den Verhandlungen hätten sich 54 Prozent gegen das Projekt geäußert und nur 35 Prozent dafür, nun umgekehrt nur noch 38 Prozent dagegen und 54 Prozent dafür. Eine Mehrheit gegen das Projekt sei nur noch bei Parteianhängern der Grünen und der Linken zu finden. Aber auch hier hätte sich der Anteil der Befürworter bei den Anhängern der Linken von vorher nur 7 Prozent auf nun 32 Prozent und bei den Grünen von vorher 14 Prozent auf nun 25 Prozent verschoben. („Stuttgarter Zeitung“, 3. Dez. 2010). Die CDU, die mit dem Ministerpräsidenten Mappus und dem Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster für das Projekt einsteht, freut sich verhalten und äußert Zustimmung für Verfahren direkter Demokratie und erweiterter politischer Partizipation. Im Umkreis der Grünen zieht man Bilanz: Letzten Endes werde der vereinbarte Stresstest zeigen, dass Verbesserungen erforderlich seien, die den Finanzrahmen sprengen würden. Letzten Endes bekäme man entweder den besseren Bahnhof („oben“) oder wenigstens einen verbesserten Bahnhof („unten“).

Für die vielen Leute, die sich mit der Bauplanung kritisch auseinandergesetzt und ihren Argumenten mit Aktionen Nachdruck gegeben haben, kann dieser Zwischenstand nicht zufriedenstellend sein. Sie haben um Öffentlichkeit gekämpft, sie haben Öffentlichkeit erzwungen, sie durften hoffen, auf dem öffentlichen Forum mit ihren Argumenten durchzudringen. Und jetzt?

In den Hochzeiten seiner Popularität wurde der Protest gegen Stuttgart 21 von zunehmenden Ressentiments gegen Verfahren der repräsentativen Demokratie begleitet, die Niederlage der Bewegung vor der Instanz der öffentlichen Meinung könnte das demokratische Grundvertrauen in das Urteilsvermögen der Mitbürger anfressen und damit die Basis linker Politik schädigen.

Bürgerinitiativen und Emanzipationsbewegungen

Die Kritik an Stuttgart 21 wurde von Bürgerinitiativen entwickelt und getragen, deren Engagement die Parteien auf den Plan rief. Bürgerinitiativen als politisch wirksame Kraft begleiten die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand, mit den sechziger Jahren fand diese gesellschaftliche Gegebenheit Anerkennung im Rechtssystem der BRD. Bei großen und kleinen Veränderungen der Infrastruktur wurden den Bürgerinnen und Bürgern wie Interessenverbänden Möglichkeiten der Mitwirkung und des Einspruchs eröffnet.

Bürgerinitiativen aus Anlässen großer Investitionen unterscheiden sich von politischen Emanzipationsbewegungen, auch wenn sie mit ihnen oftmals personell und ideologisch verbunden sind. Der Appell an die öffentliche Meinung ist für sie als Umweg interessant. Die Liebhaber des Stuttgarter Kopfbahnhofs hätte es zweifellos gefreut, wenn sie die planenden Instanzen von ihrem Modell in einem frühen Stadium hätten überzeugen können. Damit wäre dann die Sache erledigt gewesen. Und so kommt es in der Verwaltungs- und Regierungstätigkeit in den Kommunen, den Ländern, dem Bund jeden Tag viele hundert Mal vor. Die Wendung bürgerlicher Initiativen an die Öffentlichkeit er-

folgt weniger aus der Notwendigkeit einer übergreifenden Willensbildung, sie ergibt sich eher aus einer Störung zwischen der Beziehung zwischen Verwaltung/Regierung hier und zivilgesellschaftlichen Interessenten dort.

Für politische Emanzipationsbewegungen ist die Gewinnung der überwiegenden öffentlichen Meinung der halbe Weg zum Ziel, eine unerlässliche Voraussetzung des Erfolges, die der Forderung nach einer einschlägigen Gesetzgebung das Fundament legt. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit gibt die Auseinandersetzung mit der herrschenden Homophobie und den anderen Formen der Diskriminierung homosexuell orientierter Lebensführung. Ein langwieriger Diskurs, in dem die Bürgerinnen und Bürger verstanden, sich selbst und ihre Mitmenschen mit anderen Augen zu sehen, mündete in Kampf um politische Mehrheiten und für Änderungen der Gesetze, die dann freilich die gesellschaftliche Veränderung besiegeln und Alle zur Anerkennung der jetzt geltenden Norm zwingen.

Menschen- und bürgerrechtliche Anliegen und Initiativen passen ausgezeichnet mit den Verfahren der von Parteien betriebenen Meinungsbildung zusammen, ihre natürliche Logik lenkt sie in die Bahn allgemeiner Wahlen und Abstimmungen.

Bei Anliegen, die typischerweise von Bürgerinitiativen vorgetragen werden, geht es in der Regel darum, ob ein öffentlicher oder privater Investor schutzwürdige Interessen verletzt. Typischerweise geht der Fall vor die Gerichte, die Interessen abwägen.

Es hat sich aber gezeigt – und bei Stuttgart 21 besonders deutlich –, dass es Fälle gibt, die sich dieser Klassifizierung entziehen. Weder kann eine Entscheidung in diesem Fall mit den Mitteln gefunden werden, die Meinung und Gesetzgebung verbinden. Ein kategorischer Imperativ nach der Vorschrift Kants (z.B. „Handle so, als ob die Maxime deiner Handlung durch deinen Willen zum allgemeinen Naturgesetze werden sollte“) für „oben“ oder „unten“ kann nicht formuliert werden, ohne Grundsatz und Anwendungsfall gleichzeitig und unangebracht ins Lächerliche zu ziehen und am Problem vorbei zu reden.

Die öffentliche Hand als Investor im festgestellten öffentlichen Interesse

Im Leben der modernen, reifen Industriegesellschaften zeigt sich der Staat nicht nur als Gesetzgeber und Garant der öffentlichen Ordnung. Der marktwirtschaftlich, durch Angebot und Nachfrage gesteuerte Sektor ist zunehmend auf Einrichtungen und Güter angewiesen, die auf diesem Wege nicht oder nicht ausreichend hervorgebracht werden können, sondern von der öffentlichen Hand als Infrastruktur oder soziale Leistung bereitgestellt werden müssen. Der Staat operiert dabei nicht mehr nur als Ordnungsverband, sondern auch wirtschaftlich. Und um ein solches wirtschaftliches Verhalten geht es, wenn der Bund, das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart im Rahmen europäischer Vereinbarungen und in Abstimmung mit dem bundeseigenen Unternehmen, der Bahn, zum Umbau des Stuttgarter Bahnhofs schreiten.

Offenbar treten hier zwei verschiedene Probleme auf: Geklärt werden muss, ob die Aktion im öffentlichen Interesse ist, und zweitens, ob ihre Realisierung eventuell schutzwürdige Interessen verletzt.

Die Frage, ob eine staatliche Aktivität im öffentlichen Interesse sei, entscheidet sich in der repräsentativen Demokratie letztlich in den Haushaltsberatungen, bei denen die Vielfalt der öffentlichen Anliegen gegeneinander gestellt wird und nach Prioritäten entschieden wird. Zwischen der öffentlichen Meinung, den Parteien, den parlamentarischen Mehrheiten und dem Regierungshandeln gibt es Steuerungszusammenhänge, die viel Anlass zur Kritik bieten. Sie funktionieren am besten, wenn es um die Setzung rechtlicher Rahmenbedingungen geht. (Was hat nicht die Union unter ihren veralteten Vorstellungen über Ehe, Familie, Erziehung und Geschlechterrollen zu leiden). Viel schwieriger ist es schon, auf diesem Wege eine öffentliche Leistung einzufordern:

In der öffentlichen Meinung muss sich in einem ersten Schritt die Auffassung bilden, dass ein Notstand gegeben ist, dem die Betroffenen nicht abhelfen können, dem durch Einsatz öffentlicher Mittel

so und so abgeholfen werden könnte. Dann muss sich die Meinung in politische Mehrheiten umsetzen, in Wahlen zeigen, dann eine Regierungsmehrheit gebildet werden, dann kann die Reform ausformuliert werden und dann kann es an die Umsetzung gehen. Das alles dauert lange, und am Ende kann ein Ergebnis präsentiert werden, das von der öffentlichen Meinung nicht akzeptiert wird. Ein Lehrstück boten der Schulstreit und das Scheitern der Schulreform in Hamburg.

Obwohl für den Bereich des Schul- und Erziehungswesen eigentlich von Allen anerkannt wird, dass Missstände vorliegen, die staatliches Handeln erfordern, obwohl die Bürgerinnen und Bürger einverstanden sind, Steuerlasten zu tragen, damit hier etwas Gutes geschehe, ist ein Misslingen möglich. Das kann vermieden werden, wenn die Parteien ihre Funktion als Mittler ausfüllen, als eine Zwitterorganisation, in der Informationen über die Bedürfnisse der Bevölkerung und über die Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand zusammenkommen, sie muss dazu lernen, den leichten Weg der leeren Versprechungen ebenso zu meiden wie Naivität gegenüber Ausreden, um die eine Verwaltung nie verlegen ist, wenn sie weitertröten will wie gehabt.

Der Fall Stuttgart 21 liegt aber noch mal anders.

Großinvestitionen als Spekulation auf öffentlichen Nutzen

Im Folgenden wird die Ansicht vertreten, dass der Staat der reifen Industriegesellschaft nicht mehr nur als wirtschaftender Verband operiert, der artikulierten Bedürfnisse zu befriedigen strebt. Die öffentliche Hand operiert heute auch nach der Art des Unternehmers, der einen Typus des sozialen Handelns verkörpert, wie ihn zum Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts Sombart und dann auch Schumpeter beispielhaft beschreiben. Hier geht es nicht mehr nur um die effiziente Befriedigung eines erkannten Bedarfs.

Bei dieser Art wirtschaftlicher Entwicklung geht es um die Kombination vorhandener Güter und Kräfte zu neuartigen Angeboten, deren Vorhandensein einen Bedarf erst auslöst, so z.B. wenn der „persönliche Computer“ auf den Markt kommt, das Handy erfunden wird, das Internet sich durchsetzt. Man schläft ein, ohne von dergleichen auch nur zu träumen, dann steht man auf, kauft und kann ohne das Teil nicht mehr leben.

Solche Schöpfungen verdankt die Gesellschaft Leuten, die Chancen sehen, die in neuen Kombinationen bereits vorhandener Güter und Methoden liegen. Für die Transformation der Idee in ein Angebot spielt in der Theorie wie in der Praxis der Kredit eine entscheidende Rolle. Hat also Bill Gates die Idee mit dem PC und keine Mittel, so muss eine Kraft dazukommen, die Bill Gates glaubt, ihn kreditiert. Dann kommt das Teil in die Welt, und dann schlägt es beim Publikum ein, oder, wie es oft geht, auch nicht.

Die Vorstellung einer scheinbar aus dem Nichts gegriffenen Idee, die zündet und die Welt verändert, ist reizvoll, zur Erklärung, unter welchen Umständen solche Ideen entstehen, trägt sie nicht bei. Bill Gates mag seinen ersten PC-Prototyp in einer Garage zusammengebaut haben, der Mikroprozessor und selbst das primitive Magnetband für die Programmaufzeichnung waren Produkte der großen Industrie. Die Welt der Großorganisationen schafft die Umwelt für das unternehmerische, angebotsorientierte Wirtschaften. Schon wegen der Rüstungs- und Militärtechnologie entsteht ein enger Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft, aber auch die zivilen Leistungen des modernen Staatswesens schaffen ein Milieu, in dem die Finanzkraft und der offene Kredit der öffentlichen Hand mit der Fülle des technisch Machbaren in Berührung kommen. Und obwohl das Beharrungsvermögen von Behörden, ihre Tendenz, an den einmal eingeführten Verfahren festzuhalten, legendär ist, breitet sich vor ihren Augen doch ein ungeheures Vermögen aus und erzeugt die Idee, dass sich dies oder das wohl anders machen ließe.

Praktisch von großer Bedeutung ist die beschränkte Lebensdauer selbst der dauerhaftesten Bauwerke. Öffentliche Einrichtungen verfallen. Gedanken an Erneuerung oder Ertüchtigung lassen sich nicht abweisen. Auch haben die planenden Behörden im Lauf der Jahre sich einige Kritiken aus dem Publi-

kum anhören dürfen. Informationen über Einzelbedürfnisse, die im öffentlichen Raum gar nicht ausgesprochen werden, landen auf ihren Tischen und Bildschirmen. Möglichkeiten neuer Kombinationen tun sich auf und beseelen die Planung der öffentlichen Hand. Sie wird plötzlich nicht mehr von einem öffentlich artikulierten Interesse gelenkt, sondern von der Hoffnung, oft sogar bloß der wilden Spekulation (unvergessliches Beispiel Stoibers Transrapidwerbung) auf einen irgendwann aufscheinenden gesellschaftlichen Nutzen der Andersverwendung öffentlicher Mittel.

Ein unangemessener Entscheidungsgang

Die Verortung der Stadt Stuttgart im Netzwerk europäischer Metropolräume ist eine große Sache. Die Einbindung im Schienennetz, die Verbindung zu den Fluglinien, die Gestaltung der Stadt als Lebensraum für Mensch und Natur, in der Sprache der Wirtschaft harte und weiche Standortfaktoren, sind von dem Projekt Stuttgart 21 betroffen. Es handelt sich um eine Großinvestition, soll heißen, dass Lebensweise und Zukunftsaussichten der Vielen berührt werden. Trotzdem steht fest, dass im gewöhnlichen täglichen Leben der Bürgerinnen und Bürger kaum Informationen anfallen, die die Notwendigkeit der Investition erkennen lassen und gar keine über die Chancen einer Umgestaltung. Ein vorauslaufendes öffentliches Bedürfnis kann sich so nicht entwickeln. Dass am Bahnhof „was gemacht“ werden muss, ist allen Fachleuten klar, was gemacht werden kann, ist zwischen ihnen umstritten, in den Parlamenten ist höchstens klar, dass es nicht billig werden wird, aber sein muss.

Die Lücke einer fehlenden Legitimation konnte auch im weiteren Verfahren nicht geschlossen werden. Denn die gegebene Rechtslage zwingt die Bürgerinnen und Bürger im Grunde auf die Bahn des Querulanten. Sie müssen nämlich ein verletztes Teilinteresse nachweisen, wenn sie Druck ausüben wollen. Wollen sie Änderungen der Planung erreichen, müssen sie einen Weg suchen, das Gesamtprojekt auszubremsen. Hier ein Käfer, da ein Grundstücksinhaber, dort ein Katastrophenmahner, dort ein Fachmann für Generalverdacht, alles muss ins Treffen geführt werden, um ein bisschen Einfluss zu erhalten.

Und Einfluss muss erreicht werden, weil die neue große Einrichtung nur gut funktionieren kann, wenn sie an die Lebensbedürfnisse der Stadtbewohner angepasst entworfen wird. Diese Bedürfnisse kann kein Planer komplett voraussehen. Sie müssen von den Bürgerinnen und Bürger vorgetragen, ja sogar erfragt werden, und das ist nur Schritt um Schritt mit der Entwicklung der Projektplanung möglich, wenn die Projektgestalt sich klarer abzeichnet.

Baden-Württemberg ist ein Land mit entwickelter demokratischer Kultur. Hier spricht Friedrich Schiller seine Mitbürger mit dem Wort vom „Bürgerstolz vor Königsthronen“ an; (bei Schiller, Ode an die Freude, heißt es noch „Männerstolz“, aber trotzdem) und Ruhe ist hier nicht die erste Bürgerpflicht, sondern Nicht-mitreden-dürfen die fast schlimmste Form der Missachtung.

Stuttgart 21 hat sich als ein Projekt entwickelt, das mit seinen Folgen das tägliche Leben der Stadt nachhaltig verändern wird. Die vorhandenen Bahnanlagen und die Verkehrsorganisation waren am Veralten. Die Planung der Erneuerung konnte nicht warten, bis alles hin ist. Es musste geplant werden, ohne dass ein öffentlich artikulierter Bedarf vorgelegen hätte.

Geißlers Spruch

Geißlers Antwort auf die entstandene Problemlage hat in der Bevölkerung gegriffen. Vielleicht nur im Stammland Hegels und Heideggers konnte die Steigerung eines Projekts von Stuttgart 21 zu Stuttgart 21 Plus als Kehre ins Bessere begriffen werden. Die eingangs zitierte Deutung der Kampagne als Erfolg – besserer Bahnhof (oben) oder immerhin verbesserter Bahnhof (unten) vereinbart grün und pfiffig das Doktrinäre mit dem Praktischen. Möglich ist das, weil die große Anstrengung, die diese Kampagne für so viele bedeutet hat, über das Konkrete hinaus doch noch einen übergreifenden Erfolg brachte.

Sie bot dem berufenen Schlichter, dem ehemaligen Generalsekretär der CDU, die Möglichkeit, seiner Partei einen demokratischen Modernisierungsimpuls zu versetzen.

Vorbildern aus der Schweiz folgend regte der Schlichter an, bei Großprojekten eine zweistufige Bürgerbeteiligung einzurichten. In einer ersten Stufe soll über die Zielsetzung entschieden werden, in einer zweiten über – möglicherweise alternative – Pläne zur Umsetzung. Ein solches Verfahren bietet Chancen. Ein politisch interessierter Mensch kann sich entscheiden, ob Mittel eingesetzt werden sollen, die metropolitanen Räume Europas mit einem Schienennetz zu verbinden, kann sich für die städtebaulichen Folgen des Bauvorhabens interessieren, die Wirkung auf die öffentlichen Haushalte kann bedacht werden usw. – Wenn es aber erforderlich ist, Fahrplanspezialist zu werden, um mitreden zu können, entsteht ein Problem der Demokratie. Die Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten darf in das Zeitbudget der Bürgerinnen und Bürger nicht unbillig eingreifen.

Wenn in einer zweiten Stufe dann doch noch über die konkrete Ausführung abgestimmt werden muss, dürfte sich die Lage im Diskurs verändert haben. In der Fachdiskussion, die einem Grundsatzbeschluss unvermeidlich nachfolgt, werden unvermeidlich Vergleichsmöglichkeiten entstehen, die auch den nur durchschnittlich Interessierten eine Entscheidung über konkrete Pläne bzw. Alternativen möglich machen.

Gutes Ende, dickes Ende?

Die Kampagne rund um Stuttgart 21 ist noch nicht vorbei. Sie wird noch viele Probleme nach sich ziehen. Was ist zum Beispiel, wenn es nach der Landtagswahl Ende März eine Mehrheit aus Grünen, SPD und Linken geben sollte? Wird man eine Regierung bilden, die sich als nächstes um ein Volksbegehren in dieser Sache bemüht, um dies sodann entweder von Gerichten verboten zu bekommen oder die Abstimmung zu verlieren? Wird es nicht überhaupt so kommen, dass der Umschlag, der in der öffentlichen Meinung nach der Schlichtung erfolgt ist, auch die Aussichten der Parteien in Mitleidenschaft zieht, die den Protest begleitet haben?

Oft genug ist gesagt worden, dass die „Schlichtung“ keine „Schlichtung“ in dem Sinne sei, wie das etwa aus Lohnverhandlungen bekannt ist. Trotzdem hätte man den schönen Brauch der „Maßregelungsklausel“ aufgreifen können, zum Beispiel wäre die Empfehlung einer Amnestie schon nicht verkehrt gewesen, und sei es nur als Signal an die Gerichte.

Im Wahlkampf der Parteien fehlen konkrete Vorstellungen, wie Beteiligungsverfahren künftig anders und besser ausgestaltet werden können. Das wäre dann doch schon eine Aufgabe einer gesetzgebenden Mehrheit Grün-Rot-Rot, man könnte daran auch sehen, wie weit die Union sich von ihrer neuen Liebe zu Partizipation und direkter Demokratien wird locken lassen.

Für die Arbeit der Parteien ergibt sich aus dem Verlauf der Aktion die Notwendigkeit einer vertieften Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Seite der öffentlichen Angelegenheiten. In unserer Diskussion im Gesprächskreis wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, dass die soziale Dimension solcher Investitionen gerade im Politikzusammenhang der Linken begriffen und öffentlich gängig formuliert werden müsste.

Höher, schneller, weiter – bis es einem schwindelig wird?

Zum Zusammenhang von Mobilitätsforderungen und den Protesten gegen „Stuttgart 21“¹

„Die Technik: Automobil im wahren Sinn des Wortes. Ein Ding, das sich nicht bloß ohne Pferd, sondern auch ohne den Menschen fortbewegt. Nachdem der Chauffeur den Wagen angekurbelt hatte, wurde er von ihm überfahren. Nun geht es so weiter.“ (Karl Kraus: Nachts. Aphorismen. München 1968)

1. „Die größte Protestbewegung, die Stuttgart je erlebt hat“, so Tom Adler am 26.9. auf einer Montagsdemo, entwickelte sich gegen das Projekt „Stuttgart 21“. Mit dieser Feststellung hat er – was die fordistische Gesellschaft angeht – zweifellos Recht. Aber warum entzündet sich dieser „größte Protest“ ausgerechnet an einem technischen Großprojekt? Ist es das worunter die Menschen am meisten leiden: Der drohende Abriss eines Bahnhofs, erbaut von einem Architekten, der z. B. die Weißenhofsiedlung mit Nazi-Floskeln denunzierte? Provoziert hier nichts stärker als der mögliche Verlust eines Stadtparks, einem „Geschenk“ des Königs an seine Untertanen? – Wohl kaum. Vielmehr – und das ist meine These – wird das Projekt „Stuttgart 21“ symbolisch als Maxime einer herrschenden Leitkultur verstanden, die – freilich unbegriffen – zunehmend abgelehnt wird. Anders gesagt: Hier artikuliert sich auch der Widerspruch gegen Alltagserfahrungen mit einer als repressiv erlebten gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit, ohne dass dieser Widerspruch als solcher bereits politisch ausformuliert wird.
2. Es sind zwei Dynamisierungsprinzipien, die die Umgestaltung der sozialen Verhältnisse bestimmen: Das Wachstumsprinzip und die Beschleunigungslogik. Zeitgewinn bedeutet Wettbewerbsgewinn. „Die Steigerung der Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals und damit des Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionstempos ist daher ebenso wie das Wirtschaftswachstum ein unaufhebbares Merkmal einer jeden kapitalistischen Ökonomie.“ (Hartmut Rosa) Während Wachstum und Beschleunigung als die zentralen kulturprägenden und strukturbildenden Kräfte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erscheinen, manifestiert sich gleichzeitig die Beschleunigung des Lebenstempos in Zeitnot und Stress, Sozialpathologien und psychischen Erkrankungen.
3. Die Leitkultur, die das Projekt „Stuttgart 21“ repräsentiert, lässt sich in Schlagworten wie Geschwindigkeit, Zeitersparnis und eben Beschleunigung zusammenfassen. Sucht man in den Werbespots und –filmen der Protagonisten deren Stilisierung des Menschen, stellt man fest: Hier tauchen kaum Menschen auf. In den Projektionen erscheint nicht einmal mehr jene „einsame Masse“, die die fordistische Fließbandgesellschaft charakterisierte. Vielmehr verschwindet der Mensch hinter Glas, im dahin rasenden Stahlgehäuse oder erscheint bestenfalls als gesichtslose Attrappe seiner selbst. Die Doppelmoral, die diese Leitkultur enthält zeigt sich etwa darin, dass einerseits Mobilität und Schnelligkeit als Prestige idealisiert werden, andererseits Werte, wie Familie und Gesundheit proklamiert werden. Beides ist unvereinbar. In den Protesten gegen „Stutt-

¹ Dieser Text war ein Thesenpapier für die „Lange Nacht des Autos“ am 28.10.2010.

gart 21“ artikuliert sich eine Ahnung davon, dass der Neoliberalismus um das betrügt, was er verspricht: Lebensqualität.

4. Proteste und Widerstand gegen technische Großprojekte haben eine lange Geschichte. Während der Wende vom 19. Zum 20. Jahrhundert etwa formierte sich eine konservative Bewegung, vor allem im „Heimatschutzbund“. Dieser Bund mobilisierte zum Beispiel gegen den Bau eines Wasserkraftwerkes am Niederrhein. Kennzeichnend für die Kapitalismuskritik diese Zeit ist, dass während Konservative gegen die Zerstörung der Umwelt vorzugehen versuchten, die Arbeiterbewegung die soziale Frage thematisierte und sich zu technischen Innovationen fast ausnahmslos affirmativ verhielt. Dies gilt vor allem für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Walter Benjamin fasst dies in seinen geschichtsphilosophischen Thesen zusammen: „Es gibt nichts, was die deutsche Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom. Die technische Entwicklung galt ihr als Gefällt des Stroms, mit dem sie zu schwimmen meinte.“ Nicht wenige der exponierten Vertreter der konservativen Heimatschutzbewegung wiederum, organisierten sich später bei den Nationalsozialisten. Der Dualismus: konservativer Naturschutz versus soziale Frage, hob sich erst in der Anti-Atomkraftbewegung politisch auf. Allerdings tauchen repressiv-autoritäre Tendenzen in jeder sozialen Bewegung auf.
5. Dennoch liegt der emanzipatorische Gehalt von Protesten gegen technische Großprojekte darin, dass meist ein breiter Selbstaufklärungsprozess stattfindet. Die Menschen formulieren zunächst einen Widerspruch gegen eine als bedrohlich angesehene Veränderung ihrer Lebenswelt und entdecken, dass sie mit ihrem Unbehagen und ihren Befürchtungen nicht alleine sind; hier zeigt sich die politische Dimension des Begriffs der Öffentlichkeit. Sie beginnen, sich mit Ursachen und Hintergründen vorgefundener politischer Entscheidungen auseinanderzusetzen und streiten für Transparenz. Während dieses Prozesses entwickelt sich eine Protestkultur, in der sich die Menschen als Gestaltende, als Akteure erleben und ein bürgerliches – im Sinne des Citoyenne – Selbstbewusstsein entwickeln. Das wiederum ist die Basis für jede demokratische Umwälzung der Gesellschaft.
6. Ein besonderes Merkmal der Protestbewegung gegen „Stuttgart 21“ liegt darin, dass diese Bewegung auf militante Aktionen oder Sabotageaktionen verzichtet. Argumente, dass Proteste ohnehin nur der Freude an der Gewalt oder dem Ausagieren irgendwelcher Aggressionen dienen, laufen ins Leere: Denunziationen und Stigmatisierungen wirken nicht. Vielleicht liegt hierin die größte Herausforderung an die etablierte Politik: Die Protestbewegung bietet keinerlei Fläche, um sie zu kriminalisieren. Auf diese Weise sind die „arrogant Mächtigen“ gezwungen, sich mit den Inhalten des Protests auseinanderzusetzen. (Mappus am 06.10., SWR: „Ich verstehe nicht, warum sich das alles an der Frage nach einem Bahnhof entzündet“) Die reale Provokation der Proteste gegen technische Großprojekte liegt in einer bestimmten Frage, die sie implizit immer wieder und hartnäckig aufwerfen: Was bedeutet Lebensqualität?
7. Genau solche Fragen aber – Was bedeutet Lebensqualität? Wem nützen welche politischen Entscheidungen? – sollen verdrängt werden. Etwa durch das Gerede von ökonomischen Sachzwängen, dem einschüchternden Verweis auf Wettbewerbsnachteile, dem Schüren von „Abstiegsängsten“, der Stilisierung einer „Bildungskatastrophe“ oder – wenn derlei Ideologien nicht greifen – durch den gewalttätigen Einsatz von Wasserwerfern, den der Autor Gunter Haug als „Bürgerkrieg von oben“ bezeichnete. Kurz: durch die Erzeugung von Angst vor einem noch Schlimmeren. Die Tatsache, dass die Frage danach, was Lebensqualität bedeutet, von einer Bewegung aufgeworfen wird, die sich vornehmlich aus der materiell besser versorgten und angstfreieren, Mittel- und Oberschicht zusammensetzt, bezeugt nicht, dass diese Frage falsch ist, sondern dass sie dort, wo es vornehmlich um die Sicherung der Existenz und des Überlebens geht, noch viel zu wenig gestellt wird.

Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010¹

1. Einführung - Dieter Rucht

Stuttgart 21, obgleich „nur“ ein lokales bzw. regionales Bauprojekt, polarisiert nicht nur die Bürgerschaft der Stadt. Dieser Fall verdeutlicht auch eine generell sich abzeichnende Kluft zwischen Regierenden und Regierten. Er wirft damit Fragen auf nach dem Zustand der Demokratie in Deutschland. Nur daraus erklärt sich auch das enorme mediale Interesse für das Projekt und den damit verbundenen Konflikt. Die vielfach anzutreffenden, aber bisher nicht wirklich geprüften Aussagen über die Zusammensetzung und die Motive der Demonstrierenden veranlassten uns, genauer hinzusehen. Konkret: In Form einer relativ detaillierten Fragebogenaktion.

Die Entscheidung dazu fiel schnell und spontan. Dann kam der Prozess sofort in Gang. Sicherung der Finanzierung, Erstellung und Test des Fragebogens, Druck, Rekrutierung von Helfern, Verteilung von 1500 Fragebogen vor Ort in Stuttgart bei der 48. Montagsdemonstration am 18. Oktober im mittleren Schlossgarten, wo sich Schätzungen zufolge 10.000 Demonstrierende laut Polizei, 22.000 laut Veranstaltern, zu einer lauten und friedlichen Kundgebung eingefunden hatten.

Die Befragung liefert allerdings nur eine Momentaufnahme – und zwar wenige Tage nach dem ersten offiziellen Vermittlungsgespräch mit Heiner Geißler. Es gibt konkrete Hinweise dazu, dass eine Samstagsdemonstration eine etwas anders zusammengesetzte Gruppe versammelt hätte – mehr jüngere Teilnehmer, mehr Familien mit Kindern, auch mehr Teilnehmer von den Randbezirken oder ganz außerhalb Stuttgarts. Laut unserer Befragung stammten drei Viertel der Teilnehmer aus Stuttgart und 98 Prozent aus Baden-Württemberg. Von reisenden Berufsdemonstranten kann also keine Rede sein.

Nur am Rande sei vermerkt, dass es auch eine Befragung der Gegner von Stuttgart 21 per Internet gibt, die jedoch auf Grund der Selbstrekrutierung der Antwortgeber methodisch nicht zuverlässig ist. Auch wäre in Rechnung zu stellen, dass nicht alle Projektgegner Protestteilnehmer sind.

Wir haben während der Montagsdemonstration 1500 Fragebögen nach dem Zufallsprinzip verteilt.² 814 Personen haben den Fragebogen bis Montag, den 25. Oktober vollständig oder weitgehend ausgefüllt an uns zurückgeschickt.

¹ Text und Tabellen wurden erstmals auf einer Pressekonferenz am 27.10.2010 vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung öffentlich gemacht. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

² Wir danken Lisa Abele, Sophia, Alcantara, Katrin Alle, David Balle, Angelina Bartz, Max Bernauer, Nikolai Drews, Rahel Feil, Simon Garcia, Ali Hedayat, Julian Heinkele, Nele Hinderer, Alexander Liedke, Jonathan Neumann, Björn Peterhoff, Franziska Przechatzky, Nina Ramid und Markus Riek, die sich kurzfristig bereit erklärt haben, die Fragebögen mit uns zu verteilen. Unser Dank gilt auch Layla Fassbender, Achim Fischer, Patrick Fouquet, Anna Gandziarowski, Roger Grahl, Ali Hedayat, Christoph Jirousch, Markus Malik, Florian Mönks, Nina Ramid und Wolfgang Stuppert, die die Fragebögen in wenigen Tagen in eine Datenbank eingegeben haben. Ganz besonders danken wir Sebastian Boedeker für die schnelle und zuverlässige Aufbereitung der Daten.

Dieses Verfahren der massenhaften, standardisierten und methodisch kontrollierten Befragung von Protestteilnehmern vor Ort ist relativ neu. Es wurde erstmals in größerem Umfang in Belgien und dann kurz darauf mehrfach von uns in der Bundesrepublik praktiziert, u.a. bei einer großen Friedensdemonstration und bei Demonstrationen gegen Hartz IV.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Größe der Demonstrationen sowie die verteilten und zurückgeschickten Fragebögen.

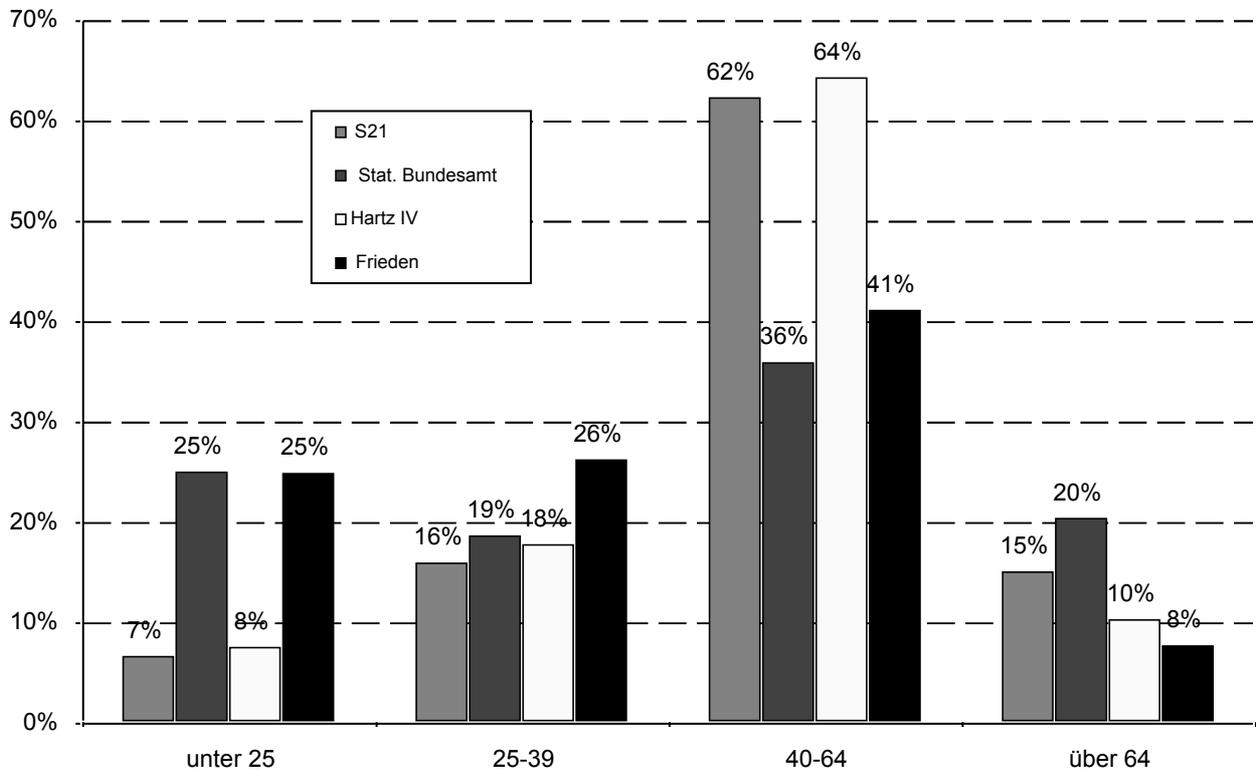
Überblick Demonstrationbefragungen:

	15. Februar 2003 Friedens- demonstration Berlin	19. September 2004 Gegen Hartz IV vier Städte	18. Oktober 2010 Gegen Stuttgart 21 Stuttgart
Zahl der Demonstrierenden	500.000	10.700	15.000 - 20.000
Fragebogen verteilt	1430	1610 (+ 367 direkte Interviews)	1500
Fragebogen zurück	740	783 (+367)	814
Rücklaufquote (Prozent)	51,7	49 (81)	54,3

2. Sozio-demografisches Profil der Demonstrierenden – Britta Baumgarten

Die Zusammensetzung der Demonstrierenden entspricht in einigen Aspekten der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung, in anderen Aspekten weicht sie allerdings stark ab.

Diagramm Alter



Bildungsabschlüsse (Angaben in Prozent)

Anteil Uni.- und FH Abschluss	
Bevölkerung insgesamt	26*
S21	50
Frieden	82
Hartz IV	35

* OECD (bezieht sich auf 25-64-Jährige)

Berufsangaben der Demonstrierenden

	Anzahl Befragte	Prozent Befragte
UngelernteR ArbeiterIn	4	0,5
FacharbeiterIn	26	3,28
VorarbeiterIn	1	0,13
einfacheR AngestellteR oder BeamteR	218	27,49
LeitendeR AngestellteR oder BeamteR	119	15,01
FreiberuflerIn	100	12,61
ArbeitgeberIn (bis zu 10 Angestellte)	20	2,52
ArbeitgeberIn (mehr als 10 Angestellte)	8	1,01
Arbeitslos	77	9,71
RenterIn	31	3,91
Hausfrau/Hausmann	111	14
StudentIn; SchülerIn; Lehrling	29	3,66
Sonstiges	49	6,18
Gesamt	793	100

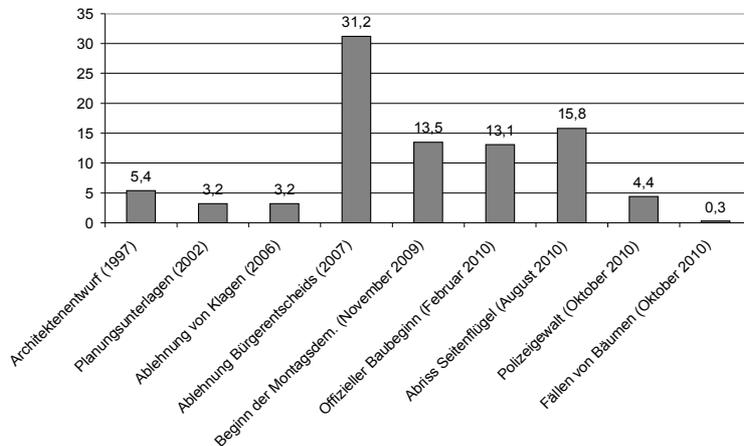
Sektor, in dem Demonstrierende arbeiten

	Anzahl Befragte	Prozent Befragte
Land- und Forstwirtschaft	10	1,38
Produzierendes Gewerbe	102	14,09
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	58	8,01
Sonstige Dienstleistungen	204	28,18
Öffentlicher Dienst	216	29,83
Nicht berufstätig	134	18,51
Total	724	100

3. Hintergrund des Engagements gegen Stuttgart 21 - Britta Baumgarten

Die Demonstrierenden engagierten sich bereits früher gegen Stuttgart 21 als allgemein behauptet wird.

Diagramm: Welches Ereignis hat Sie erstmalig veranlasst, sich gegen Stuttgart 21 zu engagieren?



Hauptargumente gegen das Projekt Stuttgart 21

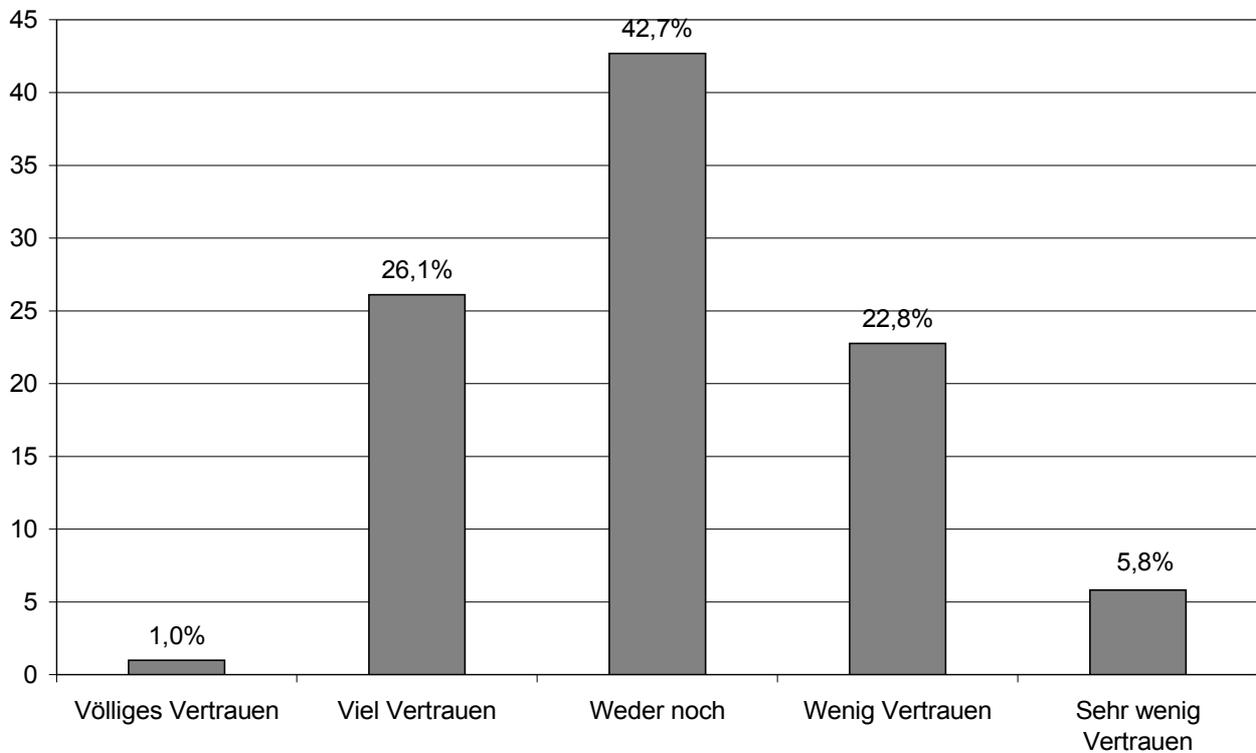
Welche drei Argumente gegen Stuttgart 21 sind für Sie am wichtigsten?

Reihenfolge der Nennung	Häufigkeit
Hohe Kosten des Projektes	377
Profit nur auf Seiten der Banken und Baukonzerne	271
Demokratiedefizite bei der Planung des Projektes	255
Demokratiedefizite beim Umgang mit ProjektkritikerInnen	255
Geringere Kapazität des 8-gleisigen Durchgangsbahnhofes	224
Geologische Gefahren beim Tunnelbau	179
Finanzielle Beeinträchtigung anderer Bahnprojekte durch Stuttgart 21	147
Zukünftige Beeinträchtigung des Betriebsablaufs im Nahverkehr	144
Umweltschutz	138
Nicht abschätzbare weitere Probleme	124
Anderes Argument gegen Stuttgart 21	115
Beeinträchtigung von Mineralwasservorkommen	104
Denkmalschutz	63
Lärm- und Verkehrsbelastung während der Bauphase	40

Haltung der Befragten zur Neubaustrecke Wendlingen-Ulm:

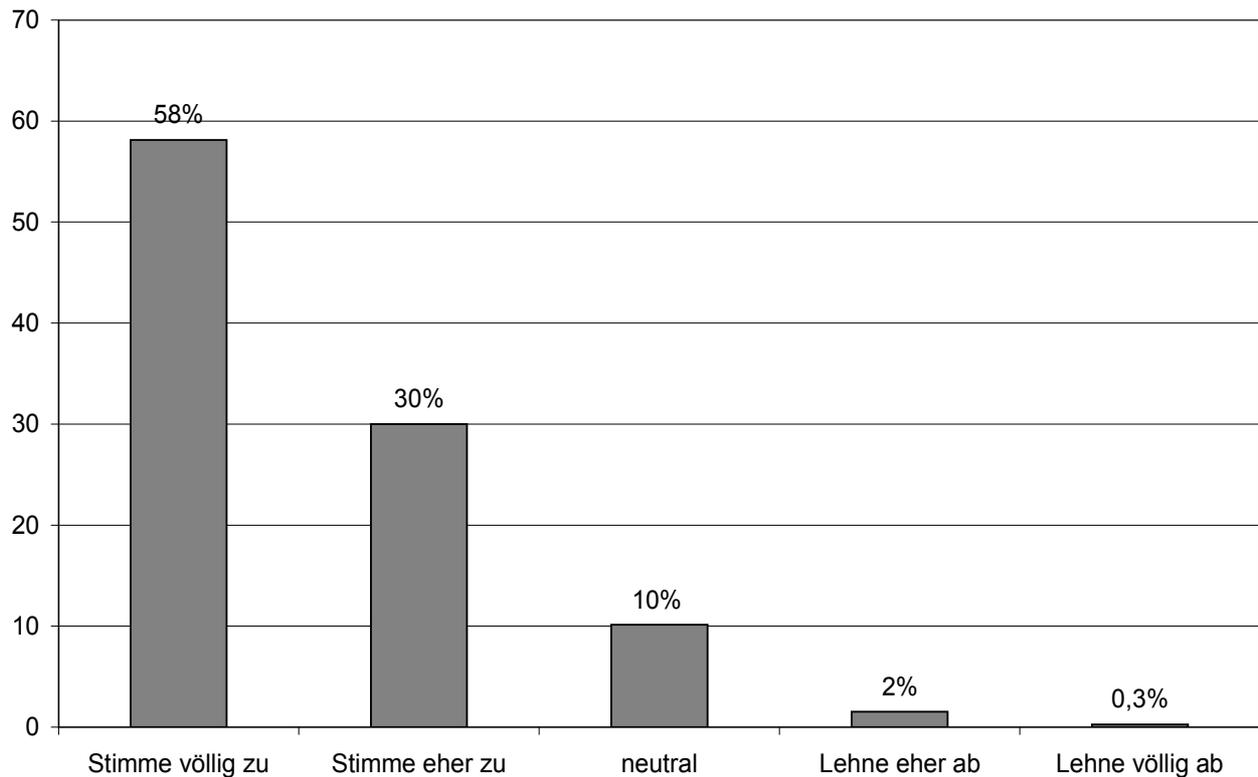
	Anzahl Befragte	Prozent Befragte
Lehne ab	213	27
Stimme zu	102	13
Stimme mit Änderung zu	422	53
Darüber weiß ich nicht genug	63	8

Vertrauen in den Vermittlungsprozess



Über 90 Prozent der Demonstrierenden erwartet, dass sich durch die Demonstrationen die Chance auf die Verhinderung des Projektes erhöht.

Diagramm: Diese Demonstration verbessert die Position der ProjektgegnerInnen auch während Vermittlungsgesprächen.



Geringes Vertrauen vieler Demonstrierender in die lokalen und regionalen Medien zur Berichterstattung zu Stuttgart 21 (Angaben in Prozent)

	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Neutral	Lehne eher ab	Lehne völlig ab
Die Stuttgarter Zeitung ist parteiisch	53	33	11	3	1
Die Stuttgarter Zeitung ist informativ	6	30	33	26	7
Die Stuttgarter Nachrichten sind parteiisch	60	21	16	2	1
Die Stuttgarter Nachrichten sind informativ	2	16	40	30	13
Der SWR ist parteiisch	23	30	35	10	2
Der SWR ist informativ	13	39	31	13	4

4. Politische Aktivität jenseits von Stuttgart 21 – Simon Teune

Erfahrungen mit Protest jenseits des Konfliktes um Stuttgart 21

	Anzahl	Prozent
Keine Erfahrung	175	21,5
Erfahrung	639	78,5
Total	814	100

Protestteilnahme in den letzten fünf Jahren

	Anzahl	Prozent
Keine	375	46,3
1 bis 5	303	37,4
6 bis 10	64	7,9
11 bis 60	24	2,9
Total	810	100

Teilnahme an einer direkten Aktion (wie z.B. Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam)

	Anzahl	Prozent
Keine Angabe	275	33,9
Habe ich gemacht	354	43,7
Würde ich machen	182	22,4
Total	811	100

Gab es Menschen, die Sie dazu bewegt haben, sich an den Protesten gegen Stuttgart 21 zu beteiligen? Wenn ja, aus welchem Kreis stammen sie?

	Antworten		Prozent der Fälle
	Anzahl	Prozent	
Nein	434	44,8	53,9
Familie	132	13,6	16,4
Freunde	196	20,2	24,3
Nachbarn/Bekannte	69	7,1	8,6
KollegInnen am Arbeitsplatz, in der Universität/Schule	72	7,4	8,9
Mitglieder meiner Initiative oder Organisation	38	3,9	4,7
Andere	27	2,8	3,4
Total	968	100	120,2

Welche Informationswege haben bei Ihrer Entscheidung, sich an den Protesten gegen Stuttgart 21 zu beteiligen, eine Rolle gespielt?

	Antworten		Prozent der Fälle
	Anzahl	Prozent	
Kommerzielle und öffentlich-rechtliche Massenmedien	375	25,8	47,5
Nicht-kommerzielle Medien	261	18,0	33,1
Interne Kommunikation einer Organisation	284	19,5	36,0
Soziale Netzwerke im Internet	59	4,1	7,5
Persönliche Gespräche	474	32,6	60,1
Total	1453	100	184,2

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland (Angaben in Prozent)

	ARD Deutschlandtrend (Juli 2010)	S21-Demonstranten
unzufrieden	51	84
zufrieden	49	16
Total	100	100

5. Demokratieverständnis und Parteipräferenz - Simon Teune

Aussagen zum politischen System und zu Politikern

	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Neutral	Lehne eher ab	Lehne völlig ab
Ich sehe keinen Nutzen in Wahlen. Parteien machen ohnehin was sie wollen.	8,0	18,5	13,8	31,8	27,9
In der Politik passieren viele Dinge im Verborgenen.	73,1	24,23	2,1	0,5	0,1
Politische Parteien sind nur an meiner Stimme, aber nicht an meinen Ideen interessiert.	39,48	41,21	14,36	4,6	0,4
Für Leute wie mich ist Politik viel zu kompliziert; man muss Experte sein, um Politik zu verstehen.	1,4	7,3	14,3	38,6	38,4
Wenn Leute wie ich ihre Meinung gegenüber Politikern kundtun, dann wird diese Meinung auch berücksichtigt.	0,6	4,7	20,0	47,0	27,8

Welche Partei würden Sie wählen, Wenn morgen Bundestagswahlen wären?

	Anzahl	Prozent
Keine	21	2,6
CDU/CSU	1	0,1
SPD	18	2,3
FDP	0	0,0
Grüne	593	74,5
LINKE	105	13,2
Andere	23	2,9
Weiß nicht	35	4,4
Total	796	100

Welche Partei würden Sie wählen, Wenn morgen Landtagswahlen wären?

	Anzahl	Prozent
Keine	13	1,6
CDU/CSU	0	0,0
SPD	12	1,5
FDP	1	0,1
Grüne	635	79,6
LINKE	92	11,5
Andere	21	2,6
Weiß nicht	24	3,0
Total	798	100

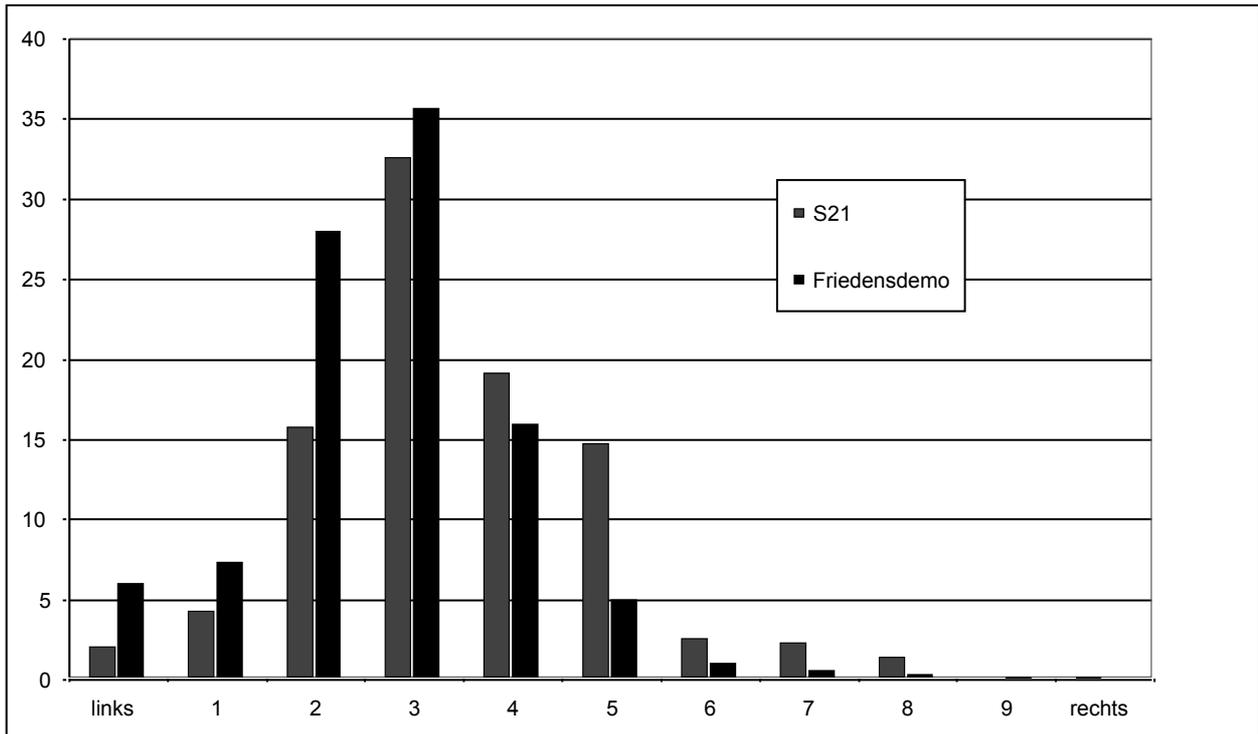
Welcher Partei haben Sie bei den letzten Bundestagswahlen Ihre Stimme gegeben?

	Anzahl	Prozent
Keine	9	1,3
CDU/CSU	66	9,2
SPD	129	18,0
FDP	35	4,9
Grüne	349	48,6
LINKE	108	15,0
Andere	17	2,1
Weiß nicht	5	0,7
Total	796	100

Welcher Partei haben Sie bei den letzten Landtagswahlen Ihre Stimme gegeben?

	Anzahl	Prozent
Keine	12	1,7
CDU/CSU	45	6,4
SPD	90	12,8
FDP	27	3,8
Grüne	431	61,1
LINKE	78	11,1
Andere	12	1,7
Weiß nicht	10	1,4
Total	705	100

Selbsteinschätzung auf der Rechts-Links-Skala: Vergleich S21- und Friedensdemonstrierende



6. Typen von Demonstrierenden – Wolfgang Stuppert

Eigenschaften der drei Protesttypen (Häufigkeit in Prozent)

Gruppe	Erst- protesti- erende	Links- orientier- t	Mitglied von Initiative n und Vereine n	Überha- upt nicht zufriede- n mit dem Funktio- nieren der Demokr- atie	Stimme für CDU/C SU (Bundes- tag)	Stimme für LINKE (Bundes- tag)	Erfahru- ng mit konfront- ativem Engage- ment	Vor Ablehnu- ng des Bürger- entschei- ds (2007) gegen S21 aktiv
Protesterfahrene	12,5	81,7	97,2	48,6	1,6	28,0	66,6	23,3
Die situativ Engagierten	41,8	62,5	81,5	34,6	6,4	13,0	57,2	11,0
Moderate Protestneulinge	77,6	34,5	62,1	30,1	19,2	11,1	36,1	7,6

Protesterfahrene
17,7%
Stark linksorientiert,
stark politisch
engagiert,
starke Einbindung
in viele
Gruppierungen,
früh gegen S21 aktiv

Moderate Protestneulinge
26,9%
Kaum vorherige Protesterfahrung,
politische Mitte,
wenig politisch engagiert,
wenige Mitgliedschaften,
spät gegen S21 aktiv

Die situativ Engagierten
52,6%
Geringe Protesterfahrung, mitte-links,
polit. Engagement vor allem in niedrighschwelligen
Formen,
meist mehrfach Mitglied v. Initiativen/Organisationen
(jedoch kaum politische)

Ein Diskussionsbeitrag aus internationalistischer Perspektive¹

Der Beitrag basiert auf einer Analyse von Medienberichten und e-Kommunikation im Rahmen des Europäischen Sozialforumsprozesses im Zeitraum vom 1.9.-17.12.2010*. Das Material ist zumeist in deutscher und englischer Sprache abgefasst und damit – sofern es über Informationen zu Ereignissen in Deutschland und Großbritannien hinausgeht – vielfach interpretierend und kommentierend. Es schließt russische und polnische Quellen ein. Der so insgesamt sehr eingeschränkte Zugang zu den vielfältigen Protesten bedingt große Zurückhaltung bei Bewertungen bzw. stellt diese als weiter zu klärende Fragen. Hinzu kommt, dass die Autorin keine Bewegungs- oder Protestforscherin ist.

Der Beitrag geht von drei Fragen aus: 1. Inwiefern weisen die Proteste explizit linke internationalistische, darunter europäische Kontexte auf? Anders formuliert: Inwiefern stellen die ProtestorganisatorInnen ihre Aktivitäten von Beginn an solidarisch in einen linken internationalistischen bzw. europäischen Zusammenhang zu anderen Akteuren und ihren Kämpfen? 2. Welche bereits in früheren Untersuchungen ausgemachte Tendenzen erfahren eine bemerkenswerte Verstärkung und was ist neu bzw. scheint (der Autorin) neu? 3. Welche Schlussfolgerungen für die praktisch-politische Arbeit und für wissenschaftliche Forschung wären zu diskutieren?

Zur 1. Frage (internationalistische Kontexte)

Bereits vor dem Europäischen Sozialforum (ESF) in Istanbul waren im Bewegungs- und Gewerkschaftsspektrum folgende globale und europäische Aktivitäten verabredet:

- globale Aktionstage gegen Armut anlässlich der UN-Generalversammlung zu den Millennium Development Goals (MDG) 17.-19.9.2010
- der Aktionstag gegen die Abwälzung von Krisenfolgen auf die Beschäftigten vom 29.9., zu dem der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) aufgerufen hat
- der 3. globale Aktionstag für würdige Arbeit am 7.10., initiiert vom Weltgewerkschaftsbund
- die globalen Aktionstage für Klimagerechtigkeit vom 12.-16.10. und am 16.10. insbesondere gegen die sozial und ökologisch zerstörerischen Praktiken des TNC Monsanto im globalen Süden (Gentechnologien, Saatgutpolitik)
- der weltweite Aktionstag gegen extreme Armut am 17.10., Aktionen in Brüssel anlässlich des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
- die globalen Aktionstage für Bildung – Global Wave of Actions for Education – vom 15.-21.11. mit dem Schwerpunkt „17.11. – Internationaler Studententag“

¹ Die Autorin lehnt den Begriff „Europäische Antikrisenproteste“ als verwirrend ab. Er lenkt ab von der zu beantwortenden Frage, inwiefern in den Protesten sowohl die Ursachen, Verursacher und die herrschende Bearbeitung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise adressiert als auch Zusammenhänge zu den Ernährungs-, Klima-/Umwelt- und Energiekrisen thematisiert werden.

- Aktionen anlässlich des NATO-Gipfels in Lissabon vom 19.-21.11., der das neue strategische Konzept beschließt
- die globalen Aktionstage „1000 Cancuns“ gegen die herrschende Klimapolitik, für „Systemwandel statt Klimawandel“ anlässlich des UN Klimagipfels in Cancun vom 29.11.-9.12..

Beim Europäischen Sozialforum in Istanbul spielten bis auf den 29.9. die Aktionsaufrufe keine oder eine sehr marginale Rolle. Lediglich die nur schwach vertretenen Aktiven aus jenen Spektren, die ohnehin zu den Themen arbeiten, berieten über Inhalte und Aktivitäten.

Der Konfliktpunkt zum EGB-Aufruf betraf die Forderung nach „Priorität für Beschäftigung und Wachstum“, die ökologisch kritikwürdig ist. Während die einen eine bedingungslose Unterstützung des EGB und die anderen den Boykott der Aktionen am 29.9. forderten, warb eine kleine Gruppe für ein Schreiben an den EGB, das die Änderung der Mobilisierungs-Losung anmahnen sollte.

Der zweite europäische EGB-Aktionstag gegen die „Sparpolitik“ der EU und der Regierungen in ihren Mitgliedsländern war bereits im Gespräch. Allerdings wurde er erst im Frühherbst mit einem Aufruf zu dezentralen Aktionen am 15.12. endgültig beschlossen.

Die kurze „Inventur“ ergibt ein widersprüchliches Bild:

- An den Aktionstagen gegen globale Armut bzw. für die Erfüllung der (ohnehin bescheidenen) MDG beteiligten sich Millionen Menschen in 74 Ländern der Welt. In Europa fanden zahlreiche kleine bzw. Kleinst-Aktionen statt, vielfach bzw. zumeist von kirchlichen Gruppen organisiert. Ein Massen-Event gab es lediglich im belgischen Ghent mit 15.000 Besucher/innen eines Open-Air-Konzertes, zu dem Künstler/innen und Veranstalter/innen mit politischen Worten einluden.
- In Brüssel demonstrierten am 29.9. mehr als 100.000 Menschen. Es gab einen Generalstreik in Spanien und Demonstrationen in Italien, Frankreich, Portugal, Litauen, Lettland, Deutschland, Zypern, Serbien, Polen, Finnland, Irland, Rumänien und Tschechien. Die größten Demonstrationen fanden in Prag und Bukarest statt – 40.000 und 20.000 waren auf der Straße. Neben Brüssel und Spanien waren Prag und Bukarest die Orte erfolgreichster Protestmobilisierung! Das war vor allem die Leistung des Gewerkschafter/innen im öffentlichen Dienst.
- Am 7.10. gab es 430 Aktivitäten in 98 Ländern für „decent work“ – trotz Finanz- und Wirtschaftskrisen. Gewerkschaften in Afrika und Asien mobilisierten am intensivsten. In Europa gab es lediglich symbolische Aktionen in Moldawien, Deutschland und Großbritannien.
- Während aus dem globalen Süden Informationen von Massendemonstrationen und radikalen Aktionen für Klimagerechtigkeit und gegen die Konzernpolitik von Monsanto nach Europa drangen, fanden in Paris, im französischen Le Havre und vor allem im britischen Awekening größere bzw. große und kämpferische Proteste (wie Blockaden) statt. In NRW wurde gegen Garzweiler und die ökologiefreundliche Kohlepolitik protestiert. In Helsinki, Edinburgh, Barcelona, Leipzig und Berlin artikulierten Aktive klima- und umweltpolitische Forderungen. Allerdings ging das Monsanto-Thema bei den meisten „Klimaprotesten“ unter.
- Weltweit wurde in der Woche um den 17. Oktober wiederholt und teilweise massenhaft zu Tausenden gegen eine Politik protestiert, die Armut hervorbringt und toleriert. In Brüssel kamen etwa 250 Menschen zu einer Konferenz anlässlich des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zusammen. Das Vorhaben, Europäische Märsche gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung zu einer Großdemonstration in Brüssel zusammenzuführen, musste bereits vor dem Europäischen Sozialfo-

rum aufgegeben werden. Erst nach Monaten und in Konfrontation zu „VIPs der Bewegung“ wurde es möglich, den Aufruf nach Brüssel in einen Kontext zu den globalen Protesten und Kämpfen gegen Armut zu stellen.

- Am 7.10. begann in den USA mit Aktionen anlässlich der IWF-Tagung in Washington die „Global Wave of Actions for Education“. Weltweit hatten am bzw. um den 17.11. – den 1941 ausgerufenen Internationalen Studententag – mehrere 100.000 gegen soziale Ausgrenzung von Bildung, gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung des Bildungsbereiches protestiert. Bei Aktionen in Polen wurde auf den geschichtlichen Anlass des Internationalen Studententages, die Ermordung von studentischen Antifaschisten in Prag 1939, fokussiert.
- Allein in Italien demonstrierten am 17. November über 200.000 Studierende und Lehrende, die insgesamt mehr als 100 Kundgebungen veranstalteten. In Griechenland waren ebenfalls 100.000 auf der Straße. In der Woche nach dem 17.11. mündeten die Bildungsproteste in „rising waves“ in Italien und Großbritannien. (es wird davon ausgegangen, dass der Beitrag zu den Bildungsprotesten eine tiefergehende Analyse gibt).
- Anlässlich des NATO-Gipfels fanden keine größeren Aktionen statt. Am Gegengipfel nahmen ca. 250 Aktive aus elf Ländern teil. Sie verabschiedeten die Erklärung „NATO bedeutet Krieg – Nein zum neuen strategischen Konzept“.
- Im Rahmen der globalen Aktionswoche „1000 Cancuns“, die von La via Campesina initiiert und bereits auf der Versammlung der Völker zum Klimawandel in Cochabamba diskutiert wurde, waren in Europa nur wenige Aktivitäten erlebbar. Größere Aktionen gab es lediglich in Frankreich – in Cancon und Saone –, eher kleinere bzw. kleine in Brüssel, Barcelona, Osterfarnebo (Schweden), London, Berlin und Bonn. Im globalen Süden waren La via Campesina und seine Partner wesentlich erfolgreicher – sie ermöglichten erneut Großaktionen.
- Am Vorabend des EU-Gipfels vom 16./17.12. folgten Gewerkschaften in Brüssel, Spanien, Frankreich, Luxemburg, Dänemark, Tschechien, Irland, Malta, Portugal, Italien, Großbritannien, Deutschland, Schweden und in der Slowakei dem Aktionsaufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes. In Griechenland, Tschechien und Irland nahmen die Proteste gegen den „Sparkurs“ enorme Ausmaße an. Diesmal war das EGB-Motto politischer und nicht mehr auf Wirtschaftswachstum orientiert: „Nein zum Sparen für einen jeden und Boni für einige Glückliche“.

Insgesamt waren in Europa internationalistische Proteste und solidarische Aktionen mit weltweit Leidenden und Kämpfenden nur punktuell erlebbar. Eine breitere Öffentlichkeit konnte lediglich im September europäisches gewerkschaftliches Agieren erleben. Der wachstumsorientierte EGB-Aufruf zum 29.9. verstellte Kooperation mit Anhänger/innen sozialökologischen Umbaus.

Die Proteste vom 4. September in Frankreich gegen den „Krieg gegen das Nichtfranzösische“ – gegen die Roma-Abschiebepolitik – waren bemerkenswert: 150.000 Frauen und Männer demonstrierten in 147 Städten. Hier gab es linke Solidaritätsadressen aus Europa, allerdings sind nur wenige solidarische Aktionen bekannt und teilweise noch in der Vorbereitung. Deren geografischer Schwerpunkt sind die MOE-Länder. Hier fand auch ein Großteil jener mahnenden 186 Aktionen zur Kristallnacht am 9. November statt, die von 126 Initiativen in 49 europäischen Ländern organisiert wurden.

Europäische Protestaktivitäten, die zumindest von russischen Behörden wahrgenommen wurden/werden, signalisier(t)en den um die Wälder um Chimski Kämpfenden Solidarität. Die Wälder sollen dem Bau einer kommerziellen Autobahn von Moskau nach Sankt Petersburg weichen. Es zeigen sich Parallelen zu „Stuttgart21“: Die Proteste halten seit mehr als drei Jahren an und verurteilen die Geheim- und Lobbypolitik von Regierenden, die Privatisierung von Flächen- und Naturressourcen, die Demo-

kratiefindlichkeit der Offiziellen, das sozial und ökologisch Zerstörerische des Vorhabens, die konkreten internationalen Konzerninteressen. Die Magistrale-Gegner/innen schöpfen alle demokratischen Handlungsmöglichkeiten aus, verfügen über wissenschaftlichen Expertisen und Argumente. Ihre Kämpfe wurden zunehmend politischer und radikaler. Sie finden in Russland wachsende Unterstützung und wurden zum Gegenstand von Wahlkämpfen. Als Aktivisten der lokal und regional verankerten und gut vernetzten Chimski-Bewegung verhaftet wurden, wurde in Russland ungewohnter Protest laut, der internationale Solidarität erhielt/erhält.

Die Rentenreform-Proteste in Frankreich, Streiks und Demonstrationen in vielen Ländern, massive soziale Kämpfe in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland haben direkt mit EU-Politik zu tun. Die Ursachen sind strukturelle Probleme, die in allen Ländern nachhaltig wirken. Dennoch wurden/werden Gemeinsamkeiten nur eher zaghaft thematisiert. Noch seltener werden sie zum Ausgangspunkt von Solidaritätsaktionen, die in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sind.

Es gab keinen – noch im September optimistisch ausgerufenen – „heißen“ Herbst in Europa. Schon gar nicht gab es einen linken und daher internationalistischen Herbst, keinen heißen Herbst der europäischen Linken.

Das war seit dem ESF in Istanbul zu erwarten und zu befürchten.

Zur 2. Frage (zunehmende und neue Tendenzen)

Die Fakten zeigen, dass die Bürger/innen in den MOE-Staaten insgesamt die größten Proteste seit dem Ende des „Staatssozialismus“ erlebten. Die sozialen Kämpfe in Rumänien, Tschechien, Bulgarien und vereinzelt in Russland scheinen überraschend. In Polen, wo gerade neue Kampfformen wie Mieterstreiks erprobt werden, setzte diese Entwicklung eher ein (in Warschau demonstrierten am EGB-Aktionstag im September 5000 Frauen und Männer).

Die Tatsachen zeigen ebenso klar, dass die Proteste insgesamt auf zwei Problemkreise fokussieren: auf die Prioritäten herrschender bzw. regierender Politik „es geht um uns heute und das gesellschaftliche Leben in Zukunft“ und auf die öffentlichen Finanzen². Die Brücke zwischen beiden Problemkreisen ist Demokratisierung - damit „wir bei den politischen Prioritäten und einem entsprechenden Umgang mit den öffentlichen Finanzen – Entscheidungen über ihre Mobilisierung, ihren Einsatz und ihre Nutzung – zunehmend und nachhaltig mitreden können“. Forderungen nach Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und „der Wirtschaft“ wurden in den letzten zwei Jahren deutlich häufiger und stärker.

Zur Illustration

Aktivität	Politische Aussage	Bezug zur Problematik „öffentliche Finanzen“
Aktionen zu den MDG (17.-19.9.)	die globale Armut muss endlich bekämpft werden; die MDG müssen trotz Finanz- und Wirtschaftskrisen realisiert werden	Armutsbekämpfung/die Erlangung der MDG erfordert eine wesentlich stärkere Mobilisierung und einen anderen Einsatz öffentlicher Finanzen
Aktionstag des EGB (29.9.)	wir wollen ordentliche Jobs und ordentliche Löhne; dafür muss mehr investiert werden	es werden mehr öffentliche Investitionen gebraucht
Aktionstag des IGB (7.10.)	wir wollen würdige Arbeit für jede/n, die an ihr teilhaben wollen	wir wollen nicht für die Finanz- und Wirtschaftskrise aufkommen müssen, auch und insbesondere nicht im öffentlichen Sektor

² In Tschechien wurden höhere Steuern für die Wohlhabenderen gefordert, in vielen Ländern und seitens des EGB die Einführung der Finanztransaktionssteuer.

Aktionen für Klimagerechtigkeit gegen Monsanto-Praktiken (12.-16.10.)	die herrschende Klimapolitik ist verantwortungslos; sie muss beendet werden, ebenso die Monsanto-Praxis	notwendige Investitionen dürfen nicht aufgeschoben werden; die global Armen brauchen Hilfen zur Anpassung an den Klimawandel und seine Bekämpfung; die Verursacher der Naturzerstörung sollen ihre Schuld gegenüber den global Armen „tilgen“
Aktionen anlässlich des globalen Aktionstages gegen Armut im Europäischen Jahr zur Armutbekämpfung (17.10.)	Armut in der EU und durch die EU muss bekämpft werden; wir wollen existenzsichernde Löhne und armutsfeste soziale Sicherungssysteme	Armutsbekämpfung und armutsfeste soziale Sicherungssysteme erfordern einen anderen und wesentlich größeren Einsatz öffentlicher Finanzen
Global Wave of Actions for Education (15.-21.10.)	gegen den Bologna-Prozess, gegen die Missachtung des Menschenrechts auf Bildung	mehr öffentliche Mittel für die Bildung werden gebraucht - damit jede/r an zukunftsfähiger Bildung partizipieren können
Aktivität anlässlich des NATO-Gipfels (19-21.10.)	„Nein zum Krieg – nein zur NATO!“	Rüstungsausgaben kürzen
1000 Cancuns (29.11.-9.12.)	wir wollen die Umsetzung der in Cochabamba (Ende April) vereinbarten Ziele	notwendige Investitionen dürfen nicht aufgeschoben werden; die global Armen brauchen Hilfen zur Anpassung an den Klimawandel und seine Bekämpfung; die Verursacher der Naturzerstörung sollen ihre Schuld gegenüber den global Armen „tilgen“
EGB-Aktionstag am 15.12.	die „Sparpolitik“ der Regierenden ist sozial zerstörerisch; sie muss beendet werden; wir wollen ein Leben in Würde	ein wachsendes Steueraufkommen zur Realisierung öffentlicher Aufgaben ist nötig; Gerechtigkeit bei der Mobilisierung und dem Einsatz von öffentlichen Mitteln ist erforderlich

Offensichtliche thematische und politische Zusammenhänge wurden nicht einmal dann klar thematisiert und zum Anlass für aktive Solidarisierung, wenn die angesetzten Termine für Aktionen praktisch zusammengefallen sind oder sich aneinander reihten. Das ist besonders bedauerlich, wenn internationalistische Solidarität gefordert ist.

Die Fragmentierung der Protestierenden scheint selbst dann zu wachsen, wenn die Zahl ihrer Aktivitäten, die Organisation der „Prekären“ und die offiziellen Repressionen gegen die sich-Wehrenden zunehmen. Sie ist geradezu schreiend, wenn es um elementare Lebensbedingungen für die einen geht und um die Bedingungen für ein Leben in Würde für die anderen. Dabei wollen doch Linke, dass jede und jeder selbstbestimmt in Würde, in solidarischem Miteinander und in intakter Natur leben können. Sie wissen, dass Kämpfe gegen Armut und Kämpfe gegen Naturzerstörung auf allen Ebenen zusammengehören, dass Aktionen für globale, soziale und Klimagerechtigkeit in globalen, europäi-

schen und nationalen Kontexten miteinander verbunden werden können und müssen. Das gilt erst recht, wenn Renten- und Arbeitsmarktreformen in den EU-Mitgliedsländern zwar offiziell als nationale Angelegenheiten gelten, es aber EU-Leitlinien gibt und für die nationalen öffentlichen Finanzen EU-Regulierung zur Anwendung kommt. Dies wurde durch die Regierenden der Mitgliedsländer so vereinbart, nicht durch „Brüssel“.

In den nationalen Protesten gegen Sozialabbau und in den Aufrufen zu EGB-Aktionstagen liegt eine gewisse Hilflosigkeit³, denn sie zielen (noch) nicht auf demokratische und gerechte europäische Reformalternativen; nicht auf die Organisation von Macht, um die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung und die Art und Weise, wie diese verläuft, so zu ändern, dass soziale, ökologische und globale Probleme gerecht gelöst werden.

Zur 3. Frage (Schlussfolgerungen)

Angela Klein ist zunächst zuzustimmen, wenn sie sagt: *„Soziale Proteste und Kampagnen wie die um die Rente, die öffentliche Daseinsvorsorge oder auch die Ablehnung illegitimer Schuldendienste ... lassen sich europaweit vernetzen. Soziale Bewegungen müssen europäische Handlungsfähigkeit gewinnen; auf einer solchen Basis lassen sich auch soziale und demokratische Alternativen zur bestehenden EU entwickeln.“*⁴

An wen aber richtet sich die Behauptung? Wer soll mit welchen Interessen warum vernetzen? Und warum nennt Angela Klein einzig „Sozialproteste“ im engeren Verständnis?

Die Behauptung taugt nicht als Handlungsorientierung für jene, die die Fragmentierung zusammengehörender Akteure und ihrer Kämpfe überwinden, den sozial und global Schwächsten Unterstützung geben und daher Proteste und Kampagnen im engeren sozialpolitischen Sinne mit Kämpfen und Kampagnen für demokratische und gerechte Lösungen ökologischer und globaler Probleme zusammenführen wollen. Dies ist eine unverzichtbare Bedingung dafür, dass eine solidarische „Globalisierung“ von unten beginnen, fortschreiten und das Kollabieren der Ökosysteme verhindert werden kann.

Die kurze „Inventur“ hat die Frage aufgeworfen, warum es den verschiedenen Spektren, insbesondere den internationalistischen, globalisierungskritisch-solidarischen und den Akteuren für globale Klimagerechtigkeit nicht oder nur kaum gelingt, Linke in anderen Spektren anzusprechen. Warum sind sie nur selten in der Lage, Gemeinsamkeiten in widersprüchlichen Interessen aufzuspüren und politikwirksam zu machen?

Die Inventur hat ferner gezeigt, dass die größten Proteste bzw. Aktionen vom Herbst in Europa sich auf das Öffentliche bezogen: Bildung, soziale Sicherungssysteme, Haushaltsausgaben. Die Mobilisierung mündete – insbesondere in den neuen EU-Mitgliedsländern immer dann in Großaktionen – wenn Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beteiligt waren.

Daraus folgt logisch, dass die internationalistisch, friedens- und klimapolitisch Engagierten sowie die Gegen-Armut-Initiativen – die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes suchen müssten.

Das ist zwar immer richtig, aber ändert nichts an dem Dilemma, dass es vorrangig und letztendlich die Einkommens- und Beschäftigungsprobleme der öffentlich Beschäftigten sind, die diese zum Kampf veranlass(t)en. Sie handeln aus einer Defensive heraus, die es ihnen zusätzlich schwer macht, sich andere Probleme anzueignen.

Zu diesen gehört, dass es mit dem an Zahl und unterschiedlicher sozialer Herkunft zunehmenden „Heer der Prekären“ nunmehr eine Generation junger Intellektueller gibt, denen der Eintritt in das Berufsleben sozial versicherter Beschäftigter verstellt ist und (vielfach) bleibt. Sie werden nicht oder

³ siehe auch Angela Klein, <http://www.sozonline.de/2010/12/herbst-in-europa/>

⁴ <http://www.sozonline.de/2010/12/herbst-in-europa>

nur kaum als Gewerkschaftsmitglieder dafür sorgen können, dass die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und andere Gewerkschaften jungen, qualifizierten, kämpferischen und mit-Bewegungen-kooperieren-wollenden Nachwuchs bekommen. Was heißt das für linke Politik gegen gesellschaftliche Vereinzelung und für die Formierung kooperationsbereiter kollektiver Aktive wider soziale und ökologische Zerstörung?

Die tabellarische Übersicht bzw. die Analyse zeigen, dass emanzipative Kräfte in ihren Kämpfen zusammenkommen könnten, würden die Prioritäten ihrer Politik zunehmend abgeleitet von den Leitbildern eines selbstbestimmt, solidarisch und (daher auch) ökologisch verantwortungsvoll handelnden Menschen bzw. einer Gesellschaft der selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch verantwortungsvoll handelnden Menschen. Eine reale gesellschaftspolitische Ableitung setzt die Veränderung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse voraus, die Demokratisierung von politischen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichem Leben. Dabei wären die Prioritäten führender Gesellschaftspolitik und -entwicklung und so die Mobilisierung und der Einsatz öffentlicher Finanzen demokratisch zu bestimmen.

Die Inventur hat ebenfalls ergeben, dass die aktivsten Akteure mit ihren Protesten gleichzeitig gegen Armut/soziale Ausgrenzung, globale Erwärmung und Verlust an biologischer Vielfalt opponieren. Das ist kein Zufall, denn diese Probleme durchdringen einander. Sollen sie gemildert und schrittweise gelöst werden, müssen soziale, ökologische und demokratische Standards – um dem Leben in Würde, solidarischem Miteinander und intakter Natur näher zu kommen – entwickelt und erkämpft werden. Das kann nur mit konkreten Finanz- und Ressourcenströmen einhergehen, worum vernetzt auf und zwischen allen Ebenen zu kämpfen wäre.

Dabei geht es wiederum insbesondere um Öffentliches und immer geht es darum, alle politischen Handlungsspielräume zu erhalten, zu nutzen und zu erweitern (das schließt die Schaffung neuer Möglichkeiten ein).

Daher scheint es sehr vereinfacht zu sein, wird gesagt: „... die EU, so wie sie heute verfasst ist, [ist] ausschließlich ein Instrument der Banken und Konzerne“⁵. „Ausschließlich“ spricht nur jene an, die einseitig auf „Widerstand gegen oben“ setzen.

Welche Akteure aber spricht Angela Klein an? Hinzu kommt, dass „vorrangig“ statt „ausschließlich“ eher den Erfahrungen von Millionen EU-Bürger/innen entspricht und auf breitere gesellschaftspolitische Bündnisse orientiert. Die könnten wachsen, machen es sich die Linken zueigen, ihre jeweiligen Arbeits-Agenden aufeinander zu beziehen. Dabei muss insbesondere das oben thematisierte Dilemma diskutiert werden: Was tun, wenn die Akteure auf Grund ihrer sozialen Segregation und dadurch begründeter Interessenwidersprüche nicht die Räume haben, um ihre Probleme und Interessenwidersprüche einander zu erzählen und gemeinsam zu bearbeiten?

In nächster Zukunft wäre gemeinsam zu klären, a) sind die Fakten und Probleme – insbesondere die Dilemmata – adäquat abgebildet? b) welche Bemühungen gab es, um zusammenzubringen, wer zusammengehört und welche Schwierigkeiten zeig(t)en sich dabei, c) was wäre daraus zu schlussfolgern? d) Wie können die Analyse und die Schlussfolgerungen so diskutiert und bearbeitet werden, dass politikwirksame Gemeinsamkeit entwickelt werden – welche Räume gibt es dafür, wie werden sie genutzt, wie können sie geschaffen werden?

Das wäre der erste oder erneute Beginn, nachhaltige Sozialforumsprozesse in Europa zu entwickeln und am sozialökologischen Umbau der Gesellschaft zu arbeiten. Dafür müssen Menschen andere Menschen gewinnen.

Diese Fragen und Dilemmata sollten auch in der Europäischen Linkspartei bzw. ihren Mitgliedsparteien mit ihren Gliederungen interessieren. Hier wäre nicht zuletzt zu diskutieren, inwiefern die

⁵ Angela Klein, <http://www.sozone.de/2010/12/herbst-in-europa>

Schaffung und Pflege von Räumen für die Kommunikation zu den genannten Problemen das Partei-
leben prägt. Oder anders gefragt: Inwiefern hindern Wahlkämpfe und die dringend erforderliche Mit-
wirkung am offiziellen parlamentarischen bzw. Verwaltungssystem daran, zu tun, was getan werden
müsste und wie kann das Widersprüchliche dennoch gleichzeitig bewältigt werden?

Damit müssten die Haushalts- und Finanzpolitik ebenso wie die Sozial-, Wirtschafts-, Klima/Um-
welt-, Bildungs- und Entwicklungspolitik zu Angelegenheiten der gesamten Partei werden. Dabei
geht es um die (Wieder)Aneignung eines Verständnisses, das Politik als Ringen um veränderte gesell-
schaftliche Machtkonstellationen von Akteuren – nicht nur von Parteien -, versteht - um Interessen an
sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung auf allen Ebenen – und daher auch und insbesondere
auf der EU- und europäischen sowie der globalen Ebene – zu realisieren. Allerdings immer zugleich
um lokale und regionale Verankerung ringend.

***Quellen:**

1. Mailinglisten

climate-justice-europe@list.attac.org
coordination@euromarches.org
euromayday@euromayday.org
fse-esf@lists.fse-esf.org
labournet@labournet.de
notreply@unitedagainstracism.org
time_for_change_europe@rezisti.org
social-movements@lists.riseup.net
info@unitedagainstracism.org
via-info-en@googlegroups.com

2. Websites

<http://www.climate-justice-action.org/>
<http://emancipating-education-for-all.org>
<http://etuc.org>
<http://www.ikd.ru>
<http://de.indymedia.org>
<http://www.labournet.de>
<http://libcom.org>
www.no-to-nato.org
<http://www.unitedagainstracism.org/>

3. Zeitungen (digitalisiert)

<http://diepress.com>
<http://monde-diplomatique.de>
<http://www.neues-deutschland.de>
<http://www.soonline.de>
<http://www.sueddeutsche.de>
<http://taz.de>
<http://www.zeit.de>

Auf die Straße 21 – „Bürgerprotest“ statt soziale Kämpfe?

Die Gesellschaft für deutsche Sprache kürte „Wutbürger“ zum Wort des Jahres 2010, auf den Plätzen zwei und sechs folgten „Stuttgart 21“ und „schottern“. Statt von einem heißem Herbst der Sozialproteste war das zweite Halbjahr geprägt von Protesten, in denen ganz andere Themen die Empörung der Menschen zu bündeln vermochten. Verdrängt womöglich der aktuelle Höhenflug bürgerlichen Aufbegehrens um Bahnprojekte und Atommülltransporte soziale Themen und linke Forderungen aus der bundesdeutschen Protestlandschaft?

Um der so gestellten Frage nachgehen zu können, muss zuerst geklärt werden, ob sich die jüngsten Anti-Castor-Proteste und der Widerstand gegen Stuttgart 21 überhaupt sinnvoll in dieselbe Kategorie einordnen lassen. Fraglos gibt es eine Reihe Gemeinsamkeiten: Beide Proteste profitierten in den vergangenen Monaten von einer oft wohlwollenden Berichterstattung in den bestimmenden Medien und erlebten vor diesem Hintergrund breite, überwiegend von Sympathie getragene Anteilnahme in der Bevölkerung.

Die Zusammensetzung der Aktivist_innen ist bewegungstypisch sehr plural, sie verteilt sich auf alle Altersgruppen und umfasst Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen und Motivationen. Die Koordinierungs- und Öffentlichkeitsarbeit vollzieht sich in professionell agierenden Netzwerken, die über lange Jahre hinweg ehrenamtlich aufgebaut wurden und sich eine wachsende Unterstützer_innenbasis hart erarbeitet haben. Die Rolle von politischen Parteien, Gewerkschaften oder anderen Großorganisationen war in beiden Protesten nicht maßgeblich, auch wenn zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung eine starke Präsenz der Grünen auffällt. Die vorgetragene Kritik richtet sich nicht einfach gegen konkrete Großprojekte und politische Entscheidungen oder die sie verantwortenden Regierungen, sondern hebt die Wut auf eine prinzipiellere Ebene, indem sie gegen das intransparente und undemokratische „Durchregieren“ einer politischen Klasse formiert wird, die das öffentliche Wohl den Profitinteressen einer kleinen Lobby opfert. Die inhaltliche Grundhaltung ist also politisch im Sinne eines ausdrücklichen Anspruchs auf Veränderung – an sich links ist sie indes nicht. Linke Zusammenhänge und Argumente finden im Vielklang der Analysen und Aktivitäten zwar ihren Raum, haben aber keine Mehrheiten.

Den einen Protest gibt es nicht

Die genannten Gemeinsamkeiten teilen beide Bewegungen mit einer Reihe anderer Proteste, zudem verschwimmen viele der vermeintlichen Übereinstimmungen bei genauerer Betrachtung. So ist der breite Protest in Stuttgart vornehmlich lokal und regional verankert, während die Proteste im Wendland bei aller örtlichen Unterstützung ohne die massenhafte Beteiligung angereicherter Aktiver aus dem gesamten Bundesgebiet nicht in dieser Form denkbar gewesen wären. Die Geschichte, Bedeutung und gewachsene Verankerung der bundesweiten Proteste gegen Atomkraft kann Stuttgart nicht aufweisen. Noch weniger als sich „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“, „Parkschützer“ und die „Jugendoffensive gegen S 21“ in Baden Württemberg guten Gewissens in ein und denselben Bewe-

gungstopf werfen lassen, ist dies in Bezug auf die vielfältigen Spektren möglich, die sich in den zurückliegenden Monaten gegen die schwarz-gelbe Renaissance der Kernkraft engagierten und in der Vielfalt ihrer Protestformen den Atomstaat am 6. November kurzzeitig an die Grenzen der Handlungsfähigkeit brachten. Die ausgesprochene „Bürgerlichkeit“ der Mehrheit der aktiven S21-Gegner_innen, hoch und runter diskutiert als bemerkenswerte Eigenart des Protests, hat vermutlich nicht unwesentlich zu dessen Popularität beigetragen. Der Anteil der Demonstrant_innen, die eben jene konservativen Regierungen, gegen die sie auf die Straße gingen, vorher auch gewählt hatten, lag hier jedenfalls deutlich höher als unter den Atomkraftgegner_innen. Die Stuttgarter_innen fordern eine transparentere und ehrlichere Politik – kein anderes Gesellschaftsmodell, wie es im Wendland zumindest von einem relevanten Teil der Akteur_innen nicht nur angestrebt, sondern oft sogar im Kleinen ausprobiert wird. Überwiegend zu den Gewinner_innen der real existierenden Marktwirtschaft gehörend, spielen Utopien für die meisten Freundinnen und Freunde des Stuttgarter Kopfbahnhofs keine zentrale Rolle, während die Zusammensetzung und politische Prägung vieler Aktivist_innen in den Castor-Protesten sie grundsätzlicher Veränderung meist deutlich offener gegenüberstehen lässt.

In Stuttgart demonstrierten viele zum ersten Mal in ihrem Leben. Dass dies, analog zu den frühen Anti-AKW-Protesten Ende der 1970 Jahre im Wendland, den Grundstein für die politische Umwälzung eines vormals konservativen Landstrichs bedeuten könnte, steht indes kaum zu erwarten. Allzu vereinbar scheint des Wutbürgers Aufbegehren mit seinen bisherigen Werthaltungen und Denkmaßstäben, als dass er sich und sein Weltbild umkrepeln müsste: Fortan wird eben nicht mehr CDU gewählt und die Funktion der Polizei im Rechtsstaat womöglich ambivalenter betrachtet als zuvor; Rebellion als Grundhaltung, die deutlich darüber hinaus trägt, steht jedoch nicht zu erwarten. Vor diesem Hintergrund überrascht es wenig, dass die wendländischen Avancen in Richtung einer Verknüpfung beider Proteste zur gegenseitigen Stärkung in Stuttgart nur zögerlich erwidert wurden. Viele konnten mit den zur Solidarisierung entsandten Traktoren aus Niedersachsen nur wenig anfangen oder fürchteten gar eine Vereinnahmung durch das völlig andere Thema; ein Anti-Atom-Konsens besteht auf dem Bahnhofsvorplatz nicht. Andersherum gab und gibt es sehr wohl verschiedene Versuche, den Stuttgarter Bürgerzorn als Marke auch ins Wendland und zahlreiche andere Protesten zu integrieren, deutlich sichtbar an Plakaten mit „Gorleben 21“ oder „BBI 21“ (gegen die geplanten Flugrouten des Berliner Großflughafens) im typischen Ortsschilder-Gelb.

Sozialproteste in der Krise...

Im Unterschied zu anderen Teilen Europas fallen soziale Kämpfe in der Bundesrepublik derzeit nur schwach aus, die übergroße Mehrheit der lohnabhängig Beschäftigten und Erwerbslosen scheint für Proteste nur schwer zu mobilisieren. Die angesichts der Angeschlagenheit des Standorts eingeforderte Disziplin oder Einsicht in das Gürtel enger Schnallen dürften kaum der Grund für die relative Ruhe sein, denn die Zahl der Unzufriedenen und Wütenden ist anhaltend hoch. Dass Politikverdrossenheit – also die Ablehnung der Formen und Strukturen etablierter Politik, aber auch das Desinteresse an außerparlamentarischem Protest – nicht alle Schichten der Gesellschaft gleichermaßen betrifft, ist keine neue Erkenntnis. Die Betrachtung der sozialen Basis der erfolgreichen Proteste diesen Jahres stärken die These, dass es keine Ausnahme darstellt, wenn sich gerade die Gebildeten und besser Situierten auf die Straße begeben. Die Faktoren hoher Bildungsgrad, sicheres Einkommen und optimistische Perspektive auf die eigene Zukunft scheinen die Protestaffinität insgesamt zu steigern. Widerständigkeit gegen Zustände und Entwicklungen entsteht schließlich nicht allein dadurch, dass Menschen sich von ihnen bedroht fühlen und aus Betroffenheit Empörung entwickeln. Zu diesen Voraussetzungen muss ein Vertrauen in die Veränderbarkeit des Bestehenden kommen und die Möglichkeit, sich selbst als relevanter Akteur in der Gemengelage zu begreifen. Jene, die als primär Betroffene die soziale Basis von Protesten und Bewegungen rund um die soziale Frage bilden könnten, haben jedoch das Politische als Raum zur Hörbarmachung ihrer Interessen häufig längst frustriert verworfen. So akut sie sich auch stellen, Fragen der Verteilung des Reichtums und zur Zukunft der

Solidarsysteme scheinen im Moment nur wenig Potenzial für breitere Mobilisierung zu bieten. Gelegentliche Beschwörungen der diesbezüglichen Anschlussfähigkeit anderer Proteste im Zuge der Vertiefung ihrer Kritik können nicht darüber hinwegtäuschen, dass allenfalls begrenzte Segmente der „neuen Bürgerrechtsproteste“ sich in ähnlicher Weise für Auseinandersetzungen um die soziale Frage gewinnen lassen. Schlichtweg schon deshalb, weil die Perspektive der zahlreich versammelten Beamten, Mittelständler und Rentnerinnen auf die Zukunft des Sozialstaates eher die der Finanzierenden als die der auf ihn Angewiesenen ist.

Gleichwohl können es gemäßigte wie radikale Linke kaum hoch genug schätzen, wenn Bevölkerungsgruppen, deren Verständnis von politischer Teilhabe sich bisher allenfalls oder ausschließlich auf Wahlen beschränkte, den gemeinsamen Protest auf der Straße als eine denkbare Form der Auseinandersetzung mit den sie umgebenden Verhältnissen entdecken. Teil einer Protestbewegung zu sein könnte derzeit in einer neuen Breite gesellschaftsfähig werden. Eine solche Normalisierung von Demonstrationen als politisches Ausdrucksmittel bis weit in die „Mitte der Gesellschaft“ hinein erschwert wiederum die Stigmatisierung und Kriminalisierung anderer Protestbewegungen. Die Akzeptanz für Aktionen des Zivilen Ungehorsams ist im vergangenen Jahren spürbar gestiegen. Die kreative Dynamik und mediale Präsenz dieser weitergehenden Aktionsformen verstärkt auch in Sozialprotesten zu integrieren, ist 2010 nur im Ansatz gelungen, stellt jedoch in den Augen vieler Beteiligter eine der zentralen Herausforderungen für die nähere Zukunft dar.

Fest steht, dass der Weg zu einem ganz anderen Ganzen ohne einen deutlich gestiegenen Anteil der Bevölkerung, der aktive Mitbestimmung auch entschieden einfordert, nicht zu denken ist. Der zentrale Anspruch von Bürgerprotesten wie Stuttgart 21, dass die Betroffenen in Fragen von öffentlichem Interesse stärker einbezogen werden müssen und im Falle größerer Unzufriedenheit mit den Herrschenden nicht einfach mürrisch die Schultern zucken sollten, könnte die politische Kultur der Bundesrepublik durchaus verändern. In diesem wachsenden Interesse an Mitsprache und wirklicher Beteiligung liegt ein enormes Potenzial für linke Politik – vom Kampf um das tägliche Teewasser bis zur grundsätzlichen Transformation der bestehenden Verhältnisse.

Proteste 2010: Zerfall der Demokratie oder Aufbruch der Demokraten?

„Bürgerlicher Protest“?

„Wutbürger“ schlägt „Stuttgart 21“ – was für eine sonderbare Alternative bei der Wahl zum Wort des Jahres 2010. Hängt beides nicht spiegelbildlich zusammen – auf den ersten Blick? Ein bisschen ja – und ein ganzes Stück nein. Interessant ist zunächst, dass bei der Wahl zum Wort des Jahres ein Deutungsmuster siegt – nicht das Synonym für die realen Vorgänge und Auseinandersetzungen. Ein schönes Beispiel für die analytische Kraft der medien- und netzbasierten Pressure groups getriebenen politischen Öffentlichkeit in diesem Lande.

Dabei war es zunächst noch der „bürgerliche Protest“, der zum neuen Schlagwort der deutschen Politik zu werden schien. Dabei vermischten sich die Erfahrungen beim Hamburger Bildungs-Volksentscheid mit dem Niedergang der schwarz-gelben Bundesregierung, der Sarrazin-Debatte und Stuttgart 21. Für die Hauptstadt-Region ist das Thema angesichts der Veränderungen bei den Flugrouten für den Flughafen Berlin Brandenburg International von besonderem Interesse, weil hier vor allem traditionelle (Willmersdorf, Charlottenburg) und „neue“ bürgerliche Wohngegenden (Köpenick, Karlshorst, Kleinmachnow) betroffen sind und hier Widerstand mobilisiert wird.

Für all diese Phänomene hatte der SPIEGEL das Deutungsmuster vom „Wutbürger“ kreiert: „Der Wutbürger wehrt sich gegen den Wandel, und er mag nicht Weltbürger sein. Beide Proteste sind Ausdruck einer skeptischen Mitte, die bewahren will, was sie hat und kennt, zu Lasten einer guten Zukunft des Landes.“¹ Autor Dirk Kurbjuweit benannte drei wesentliche Charakteristika des „Wutbürgers“:

- Dem „Wutbürger“ sei erstens „der Staat fremd geworden. ... Für den Bürger hat der Staat auch den Charakter einer Burg. Er schützt vor dem Bösen, und das kam aus Sicht vieler Bürger lange von links, von den 68ern, den Terroristen und den Kommunisten aus dem Osten. All das ist verschwunden, und die 68er sind jetzt selbst die Bürger. Die Burg wird nicht mehr gebraucht. ... Was wird aus meinem Land, ist die Frage, die sich Wutbürger stellen. Was wird aus mir, ist die Frage, die Wutbürger stellen. Wir diese Frage nicht befriedigend beantwortet, verliert er die Gelassenheit.“
- Die „Wutbürger“ seien zweitens „zu einem großen Teil ältere Menschen, und wer alt ist, denkt wenig an die Zukunft. Ihm bleiben noch zehn oder zwanzig Jahre, die will er angenehm verbringen ... Der Bau des Bahnhofs vergällt ihm das Leben, von dem neuen Bahnhof selbst wird er nicht mehr viel haben.“

Aus dieser Perspektive führt der Protest in die Blockade der Gesellschaft. Der Politik bleibt nicht mehr übrig, als das zu tun, was schon vorher nicht verfangen hat – sich „um ihn kümmern, seine Wut dämpfen, seine Verantwortlichkeit hervorlocken.“ Doch, so Kurbjuweit zuvor, der „Wutbürger macht nicht mehr mit, er will nicht mehr. Er hat genug vom Streit der Parteien, von Entscheidungen, die er nicht versteht und die ihm unzureichend erklärt werden. Er will nicht mehr staatstragend sein ...“

¹ DER SPIEGEL, 41/2010 vom 11.10.2010; S. 26/7

Einen anderen Ansatz verfolgt Dieter Klein. Er spricht in seiner – weit umfassenderen – Analyse aktueller gesellschaftlicher Differenzierungsprozesse von „der kulturellen Reaktion der Weitsichtigeren unter den Herrschenden, des engagierten Bürgertums und der kritischen Bildungseliten (Neugebauer, 2007; Brie, 2007: 13 ff.) auf den Schock der Krise. Zu dem noch dominanten Festhalten an neoliberalen Denken tritt mit wachsender medialer Unterstützung ein anschwellender Strom von mehr oder weniger diffusen Bekundungen für eine bessere, gerechtere menschliche Welt, für eine umweltpolitische Wende und eine Welt der Kooperation und Solidarität. ... Darin äußern sich ganz unterschiedliche Interessen, Motivationen, Strategien, geistige Strömungen und individuelle Positionen. Nach den Niederlagen des Wirtschaftsliberalismus wirken Tendenzen zum Wiedererstarken eines Gesinnungs- und Verantwortungsliberalismus und verbinden sich mit dem Aufstieg eines gewachsenen Umweltbewusstseins. Als Gegenreaktion auf die imperiale und arrogante Politik der Bush-Administration gewinnt die von Barack Obama vertretene Idee globaler Kooperation und Kommunikation Gewicht. Der bürgerliche Humanismus wird durch akute Großgefahren herausgefordert und mischt sich mit dem allerdings geschwächten sozialdemokratischen Reformismus, mit der Suche nach neuen, insbesondere grünen Feldern der Kapitalakkumulation und mit der Mobilisierung der dem Kapital eigenen Fähigkeit, Bewegungen und Strömungen von unten aufzunehmen und in seinen Herrschaftsmechanismus zu integrieren.“²

Erwiese sich diese Deutung als zutreffend, so ergäben sich daraus Perspektiven für eine demokratische, ökologische und soziale Veränderung der Gesellschaft, für neue politische Allianzen, für einen Aufbruch in die Zukunft.

Auf eine dritte Herangehensweise schließlich weist Michael Vester hin. Er untersucht den Hamburger Bildungs-Volksentscheid und sieht darin zunächst vor allem eine „Selbstmobilisierung der konservativen Fraktion des Bildungsbürgertums“, wie man sie schon seit den Zeiten Willy Brandts kenne. Die aber verstellt, folgt man Vesters Darstellung, den Blick auf die zukunftsreichere und relevantere „neue Selbstmobilisierung“. Sie „kommt seit ‚PISA‘ aus den Milieus der Mitte. Ihnen reicht die Realschule nicht mehr aus und ist die Schulwahl im 10. Lebensjahr zu früh. Der Druck aus der Mitte ermöglichte erst Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein und jetzt auch Nordrhein-Westfalen den pragmatischen Weg.“ Diese neue Mobilisierung reagiere auf den „Druck der Umstände: die internationale Konkurrenz, der Schülerrückgang auf den Hauptschulen, der Fachkräftemangel.“

Dies wiederum würde darauf hinaus laufen, dass die Politik zur „Geburtshelferin der durchaus mehrheitsfähigen, ganz unideologischen Reforminteressen in der Gesellschaft“ werden könnte und müsste.³

Womit aber haben wir es zu tun? Eine differenziertere Sicht tut not.

Hamburg

Der Hamburger Volksentscheid wird nicht nur von Michael Vester als „Selbstmobilisierung der konservativen Fraktion des Bildungsbürgertums“ bewertet, sondern auch von Dieter Rucht als „ein sozial exklusiver Protest“ eingestuft.⁴

Die spannende Frage scheint hier weniger die Mobilisierung einer bestimmten, abgezielten Klientel im eigenen Interesse zu sein, als vielmehr die nach der ausbleibenden Mobilisierung derjenigen, die von dem neuen Hamburger Schulmodell profitiert hätten. Dazu sagt Rucht – allerdings mit Blick auf Stuttgart –, „dass der klassische Hartz-IV-Empfänger andere Probleme hat, als sich um den Bahn-

² Dieter Klein: Eine zweite Grosse Transformation und Die Linke. In: Kontrovers 01|2010 Beiträge zur politischen Bildung. Berlin, 2010. S. 4.

³ Michael Vester: Lehrstück Hamburg: Mobilisierung der Privilegierten oder Mobilisierung der Mitte? In: spw4|2010, S. 4.

⁴ <http://www.tagesschau.de/inland/interviewrucht100.html>. Dieter Rucht ist Soziologie-Professor und Politikwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören soziale Bewegungen, Öffentlichkeit und politischer Protest.

hof zu kümmern.“ Was wiederum nicht die Frage beantwortet, warum die von Vester beschriebene „neue Selbstmobilisierung“ in Hamburg nicht zum Tragen gekommen ist. Vielleicht braucht es dafür erst die Erfahrung von Hamburg selbst – zu spüren, dass das Gefühl, mit den eigenen Auffassungen in der Mehrheit zu sein, nicht ausreicht, sondern dass die eigenen Auffassungen aktiv zur Geltung gebracht werden müssen. Selbst dann, wenn sie von allen Parlamentsparteien geteilt werden.

Zugleich könnte ein anderes Problem durchschlagen. Es wurde deutlich an den Umfragen vor der aktuellen Hartz-IV-Entscheidung der Bundesregierung. 56 Prozent der Deutschen, so erfuhren wir dort, waren gegen jegliche Anhebung der Regelsätze. Das hat einerseits die Bundesregierung zu ihrer zy-nischen 5-Euro-Entscheidung ermutigt, macht aber andererseits deutlich, dass wir es bundesweit mit einer Tendenz zur Entsolidarisierung zu tun haben. Das Hamburger Schulmodell war aber auch ein Modell einer solidarischen Entwicklung im Bildungssektor ...

Stuttgart

Die Stadt war von Anfang an gespalten – und die Ablehnung des Projektes nahm über die Jahre zu. Bereits zwei Jahre vor dem Zeitpunkt, zu dem sich Bund, Bahn, Land und die Stadt Stuttgart auf die Finanzierung verständigten, lag die Sympathiewerte für das Vorhaben unter 50%. Ab Frühjahr 2008 kippt die Stimmung, ab November steht eine deutliche Mehrheit gegen das Projekt – das ist einige Wochen nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers ... Dennoch scheint der Ausbruch der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise nur ein verstärkendes, aber nicht das allein auslösende Moment zu sein.

Politik und Bevölkerung haben seit Mitte der 90er Jahre die Bedenken gegen die Realisierbarkeit von Großvorhaben allgemein und von Stuttgart 21 im besonderen immer wieder mal geteilt – die Politik (incl. Bahn) hat jedoch andere Schlussfolgerungen gezogen als die Bürgerinnen und Bürger. Und: Der Wille der Politik wurde im Planungs- und Genehmigungsverfahren gegen die Einwände von Bürgerinnen und Bürgern bestätigt – was offensichtlich Zweifel an der Neutralität der Behörden, vielleicht auch der Gerichte weckte und nährte. Zudem wurden Kritiker – auch Fachleute – von der Politik ausgegrenzt und diskreditiert. Gleichwohl berufen sich die Befürworter auf die Resultate dieser Verfahren und fordern dafür Gefolgschaft ein. Die Legitimationskrise soll nun durch die Schlichtung überwunden werden. Diese Schlichtung wurde teils als eine Innovation im demokratischen System begrüßt – das scheint auch aus heutiger Sicht übertrieben. Eine Einigung jenseits beider Ausgangspositionen, über oder unter der Mitte, wie man aus Schlichtungen bei Tarifverhandlungen kennt, war von Anfang an schon von der Sache her ausgeschlossen. Die „Schlichtung“ konnte nur als modifizierte Parteinahme für die eine oder andere Seite enden – und im Grunde genommen auch nicht das bereits gelaufene Planungs- und Genehmigungsverfahren völlig aushebeln. Die „Schlichtung“ war nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Zeitgewinn – ein Zeitgewinn für Besinnung, Dialog, Deeskalation und punktuelle Öffnung. Der Konflikt ist auf das Jahr 2011 vertagt – auf die Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Und er ist von der Straße über den Runden Tisch auf die Agenda der neuen Landesregierung verschoben worden.

Und wichtige Fragen bleiben offen: Wenn am Ende eines anderthalb Jahrzehnte umfassenden Planungs- und Genehmigungsverfahrens die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger nicht (mehr) gegeben ist, könnte es sein, dass die Bürgerinnen und Bürger Erfahrungen, Ereignisse, Entwicklungen jener Zeit anders verarbeitet haben als Politik und Behörden. Oder dass sie (auch) andere Dinge verarbeitet haben als die Behörden. Das hieße:

- Willensbildung in Bevölkerung und Behörden verlaufen nicht (mehr) synchron
- Die Behörden nehmen Ereignisse und Entwicklungen nicht oder nicht in jener Form wahr wie die Bürgerinnen und Bürger.

Die Strukturen hielten dann mit der Dynamisierung und mit zunehmenden Komplexität der Dinge in unserer Welt nicht mehr mit. Neue ökonomische, soziale und ökologische Krisenerfahrungen, Werte-

wandel, demografische Umbrüche etc. wirken zwar auf die Öffentlichkeit und auf Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger ein – sind aber aus den Abläufen in Behörden und Verwaltungen strukturell ausgeschlossen.

Die Schlussfolgerung könnte lauten:

Beschleunigung von Verfahren plus Öffnung von Verfahren für neue Bedingungen plus Nachsteuerungsmöglichkeiten. Und: Es geht dabei um Planungssicherheit für alle unter sich wandelnden Bedingungen – nicht um Willkür.

Damit wäre es aber nicht getan. Die Proteste von Stuttgart unter sichtbarer Beteiligung der gerade von Konservativen gern bemühten sparsamen „schwäbischen Hausfrau“ – zeigen auch: Bürgerinnen und Bürger finden sich – vor allem vor dem Hintergrund der sozialpolitischen und weltfinanzpolitischen Umbrüche der letzten zehn Jahre – nicht mehr mit der ritualisierten Kostenexplosion bei öffentlichen Investitionsvorhaben ab. Zwar sieht die Finanzierungsvereinbarung einen Gesamtrahmen von rd. 4,5 Mrd. € vor – incl. einer Sicherheitsreserve von fast 1,5 Mrd. €. Doch in der begleiteten Debatte spielten alternative Schätzungen eine nicht unwesentliche Rolle, die vor einem Kostenanstieg auf bis zu 11 Mrd. € warnen. Ohne verlässliche Kostenplanungen, so dürfte uns Stuttgart lehren, wird künftig keine Akzeptanz von öffentlichen Investitionsprojekten mehr zu gewährleisten sein.

Und noch etwas: Bürgerinnen und Bürger nehmen sich ihr Recht auf der Straße, wenn ihnen für den Fall von Kostenexplosion ein Bürgerentscheid versprochen, aber nicht gewährt wurde. Oder wenn er eben nach den geltenden Regeln und ihrer Interpretation nicht stattfinden kann. Ein einfaches Ja zu mehr direkter Demokratie reicht hier nicht aus. Die Frage ist komplizierter: Wann und zu welchem Zeitpunkt und in welchem Rahmen könnten oder sollten künftig Bürgerentscheide vor dem Beginn von Großprojekten stattfinden? Zum Abschluss von Raumordnungsverfahren etwa – das scheint sinnvoll. Aber nur dann, wenn das oben beschriebene Problem der Synchronität gelöst werden kann. Und noch etwas: Wer sind denn die Bürgerinnen und Bürger, die bei einem Großvorhaben von europäischer Dimension zu beteiligen sind, wie es Stuttgart 21 auch darstellt? Wer alles ist das Volk? Die Stuttgarterinnen und Stuttgarter? Die Einwohner von Baden-Württemberg? Die Süddeutschen? Alle Deutschen? Und ihre Nachbarn? Oder nur alle Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer? Fragen, die gründlich diskutiert und neu beantwortet werden müssen.

Flugrouten

Anders als bei Stuttgart 21 waren beim BBI die Auseinandersetzungen um Nutzen und Zweck des Großprojektes, um die Nachtflüge sowie um Ausgleichmaßnahmen für Betroffene im Grund abgeschlossen. Das Bauvorhaben steht nicht am Anfang, sondern vor dem Abschluss (Inbetriebnahme 2012). Die Finanzierung ist gesichert; eine zusätzliche Risikoabsicherung durch die öffentliche Hand bereits beschlossen. Die Macht des Faktischen schafft eigene, neue Realitäten, Erwartungen und Interessen – und sie begräbt Hoffnungen, die in Stuttgart noch lebendig sind: Die Verschwendung von Ressourcen stoppen zu können, Umweltrisiken wie das Aufschwimmen der Anhydride im Gestein noch verhindern zu können.

Eine neue Situation ist durch das Bekanntwerden veränderter Flugrouten im Sommer 2010 entstanden – und damit auch neue Betroffenheit. Die Sensibilität dafür, dass die An- und Abflugrouten weiträumig über dicht besiedelte Teile Berlins und des Speckgürtels führen, ist gewachsen. Neue Ortsteile, die vor allem von traditionellen und neuen bürgerlichen Milieus – darunter auch etliche Prominente – besiedelt werden, sind betroffen. Neue Bürgerinitiativen sind im Entstehen.

Damit ist eine differenzierte Lage entstanden:

- Während die einen von jäh persönlicher Betroffenheit aufgeschreckt werden und sich zum Protest versammeln, nehmen die anderen die Flugrouten-Debatte zum Anlass, alte Schlachten noch einmal zu schlagen.

- Doch die, die die alten Schlachten noch einmal schlagen, erinnern sich auch daran, dass ihnen damals von den heute Betroffenen die Solidarität verweigert wurde. Dies ist ein Stadt-Umland-, zugleich aber auch ein Ost-West-Konflikt – und ein Konflikt zwischen mehr und weniger gut Betuchten.
- Drittens schließlich deutete sich ein Konflikt zwischen Gemäßigten und Radikalen an – und zwar bei beiden Gruppierungen von Betroffenen. Die radikale Position, die in allen Gruppierungen, vor allem aber bei der BVBB Verfechter findet, lautet: Baustopp. Die gemäßigt Position fordert eine Veränderung der Flugrouten um die dichter besiedelten Gebiete herum und einen konsequenten Lärmschutz; sie verbindet sich mit einer Ablehnung des Baustopps, der auch die Gefahr bergen würde, dass das wirtschaftlich für die Flughafenumland-Gemeinden Erreichte und in Aussicht Stehende gefährdet wäre.

Gleichwohl gewann der Protest noch an Kraft. Nach Stuttgarter Vorbild finden Montagsdemonstrationen statt. „Die Bürger fühlen sich betrogen“, schrieb die „Berliner Morgenpost“ in ihrem Bericht vom 19. Oktober 2010 über eine der ersten Demonstrationen. Dieses Gefühl des Betrogen-seins wird seither – vor allem von Zeitungen des Springer-Konzerns – gezielt genährt, auch gegen die „alten“ Vertreter von BürgerInnen-Interessen. So unterzog BILD am 19. Oktober 2010 den früheren Bürgermeister von Blankenfelde, Bernd Habermann (SPD), einem selbst so genannten „Verhör“. Der Vorwurf: Als Vorsitzender der Fluglärmschutzkommission soll er ein Umfliegen seiner Gemeinde bei der Deutschen Flugsicherung (DFS) durchgesetzt haben. Habermann ist mittlerweile zurück getreten; die Fluglärmschutzkommission ist dadurch nicht besser arbeitsfähig geworden.

Die Perspektive des Protestes ist immer noch nicht eindeutig abschätzbar. Zu beobachten ist insbesondere:

- Lädt sich der Konflikt politisch auf? Zündet der in Stuttgart so wirksame Vorwurf „Lügenpack“? Wo werden die „Lügner“ verortet? Beim Bund? Wie weit geraten die beiden Regierungschefs, Platzeck und Wowereit, als mögliche „Mitwisser“ unter Druck? Werden die bisherigen Interessenvertretungen delegitimiert – und damit radikale Positionen („Baustopp“ – nach Stuttgarter Vorbild) gestärkt?
- Welche Wirksamkeit entfalten die Ressourcen der Neu-Betroffenen: Geld, Vernetzung, Prominenz? Erlangen sie damit das Übergewicht, ziehen sie die Alt-Betroffenen mit? Und wohin?
- Greift die Ablehnung auf das Land über?
- Wie steht es um die Macht des Faktischen ... Will man eine Investruine, was eine Verschleuderung von Ressourcen wäre (im Gegensatz zum Geist von Stuttgart)?

Vorläufige Bewertung

Stuttgart 21 ist – noch – ein lokal begrenztes Phänomen, das jedoch auf strukturelle Probleme hinweist, die überall bestehen und potenziell zu ähnlichen Wirkungen führen können.

Stuttgart selbst markiert eine neue Qualität. Dieter Rucht: „Wenn aber die Leute mit dieser Zähigkeit Abend für Abend protestieren oder alte Planungsunterlagen studieren, dann kann man nicht von einer modischen Attitüde sprechen. ... Die Demonstranten in Stuttgart haben ... keinen persönlichen Vorteil - egal, ob der Bahnhof umgebaut wird oder so bleibt. Die Menschen haben durchaus Belange des Gemeinwohls im Auge. Der Protest ist nicht klientelbezogen.“

Alles in allem aber geht es beim aktuellen „bürgerlichen Protest“ oft ganz traditionell um die eigenen Interessen, bestenfalls gegen die Verschwendung von gesellschaftlichen Ressourcen, aber (noch –?) nicht um deren solidarische Verwendung.

Die verschiedenen Formen bürgerlichen Protestes sollten im gegenwärtigen Zustand nicht in einen Topf geworfen oder gar zu einem bundesweiten Stuttgart 21 aufgewertet werden.

Für den jetzigen Zustand scheint auch hier Dieter Ruchts Einschätzung noch zu tragen – vor allem wegen seiner Bewertung der medialen Reaktionen:

„Ich sehe keine neue Qualität. Dieses bürgerschaftliche Selbstbewusstsein hat sich seit Jahrzehnten angebahnt. Tenor: Wir mischen uns ein, wir machen nicht nur alle vier Jahre irgendwo ein Kreuzchen. Was aber stattgefunden hat, ist ein mediales Erwachen. Die Medien springen geradezu auf dieses Thema, das sie zuvor nicht gesehen haben. Verändert hat sich vor allem die öffentliche Wahrnehmung, nicht aber die Realität - jedenfalls nicht bundesweit.“

Die öffentliche Wahrnehmung jedoch kann wie ein Katalysator wirken.

Halbherziger Herbst

In der Rückschau bleibt der Herbst 2010 mit dem Wiedererstarken der Anti-Atomkraft-Bewegung und der Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 verbunden. Die Proteste der Gewerkschaften spielten in der öffentlichen Wahrnehmung dagegen keine herausgehobene Rolle, obwohl sich selbst die IG Metall über die hohe Beteiligung überrascht zeigte. Sie gab an, in ihrem Organisationsbereich mit 2200¹ Aktionen, 1,5 Millionen Menschen erreicht zu haben. Insgesamt nahmen deutlich über 200.000² Menschen an Gewerkschaftsdemonstrationen teil.

Um diesem Missverhältnis auf den Grund zu gehen, soll die Planung der Protestaktionen auf Bundesebene in den Blick genommen werden. Auch die Unterschiede der regionalen Protestaktionen sind erklärungsbedürftig. Da noch keine ausführliche gewerkschaftliche bzw. wissenschaftliche Auswertung der Herbstaktivitäten vorliegt, sollen an Hand einzelner regionaler Beispiele, Erklärungen für erfolgreiche Aktionen abgeleitet werden.³

Protestplanung auf Bundesebene

Eine zentrale Ursache der mangelnden Wahrnehmung der Gewerkschaftsproteste, ist im Verzicht auf ihre thematisch-politische Zuspitzung zu sehen. Neben dem Sparpaket der Bundesregierung und den Kürzungen bei Erwerbslosen spielten die Gesundheitsreform, die Rente mit 67, kommunale Kürzungen und Lohndumping durch Leiharbeit eine wichtige Rolle. Zudem kritisierten die Gewerkschaften – und im Falle der IG Metall und ihrer Forderung nach einem „Kurswechsel“ sehr abstrakt – die allgemeine unsoziale Krisenpolitik der Bundesregierung. Die Vielzahl der sozialen Einschnitte machte die thematische Fokussierung schwierig. Eine Konzentration auf eine bestimmte politische Maßnahme – wie beim Castor-Transport, der Laufzeitverlängerung der AKWs, dem Bau des unterirdischen Bahnhofs – fand nicht statt. Damit wurde die Perspektive, die Auseinandersetzung um eine konkrete Frage zu gewinnen, gar nicht aufgemacht.

Gleichzeitig wurden die Proteste nicht gebündelt und zeitlich zugespitzt. Im Gegensatz zu der sonst üblichen zentralen Planung mit einer oder mehrerer Demonstrationen am gleichen Tag, verzichteten die Gewerkschaften sogar weitgehend auf eine zeitliche Koordinierung der Protestaktionen.

Diese unübliche Vorgehensweise der Gewerkschaften muss im Zusammenhang mit ihrem Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise betrachtet werden. Um drohende Massenentlassungen wegen dramatischer Exporteinbrüche in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu verhindern, setzte die IG Metall in Kooperation mit der Bundesregierung und den Arbeitgebern Beschäftigungssicherung mittels Kurzarbeit durch und verzichtete auf große betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen. Angesichts ihrer korporatistischen Krisenbewältigungsstrategie⁴ bedeuteten Protestaktionen gegen die sozialen Kürzungen der Bundesregierung einen politischen Spagat.

¹ Sofern nicht anders gekennzeichnet beziehen sich alle angegebenen Zahlen auf offizielle Gewerkschaftsangaben.

² Eigene Schätzung auf Grundlage der offiziellen Angaben der Gewerkschaften.

³ Sofern nicht anders gekennzeichnet beruhen die Informationen über die Planungen der Bundesebene und der regionalen Proteste auf Gesprächen mit beteiligten GewerkschafterInnen.

⁴ Ausführlicher zum „Krisenkorporatismus“ siehe: Ehlscheid, Christoph/Pickshaus, Klaus/Urban, Hans-Jürgen: Die große Krise und die Chancen der Gewerkschaften – Ein Beitrag zur Strategiedebatte In: Sozialismus, 06/2010, S.43-49.

Für ver.di und ihre Mitglieder im öffentlichen Dienst stellt dagegen die unsoziale Krisenpolitik der Bundesregierung eine unmittelbare Bedrohung dar. Ver.di kritisierte schon in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst Anfang 2010 die Politik der Bundesregierung, allerdings ohne die Konfrontation eines Arbeitskampfes einzugehen.

Bei allen Gewerkschaften herrschte im Sommer Skepsis über die eigene Mobilisierungsfähigkeit vor, zumal die Bundesregierung mit ihrem Sparpaket in erster Linie bei Erwerbslosen kürzt und eine Konfrontation mit den Gewerkschaften, über die Abschaffung der Steuerfreiheit von Schicht-, Feiertags- und Sonntagszuschlägen, nicht einging. Auch die zahlreichen weiteren Sozialkürzungen schienen eher geeignet, einzelne ArbeitnehmerInnengruppen zu mobilisieren und erschwerten die Einigung der Gewerkschaften auf ein konkretes Ziel der Proteste. Angesichts dieser Situation stellten sie unterschiedliche Themen in den Mittelpunkt ihrer Mobilisierung und verwendeten eigene Protestslogans⁵. Ähnlich verliefen Auseinandersetzungen über den Zeitpunkt der Proteste. Im Ergebnis wurden Aktionswochen vom 24. Oktober bis 13. November festgelegt.

Die Vorbehalte gegenüber einer politischen Mobilisierung gegen die Bundesregierung, die Angst nicht ausreichend mobilisierungsfähig zu sein und die Uneinigkeit der Gewerkschaften über Themen und Zeitpunkte der Proteste führte dazu, dass die Gewerkschaften die Herbstproteste nur halbherzig verkündeten und angingen. In dieser Situation lagen Themen, Aktionsformen und Intensität der Mobilisierung in erster Linie in der Verantwortung der Gewerkschaftsstrukturen vor Ort.

Schlaglichter: Proteste vor Ort

Neben den großen Demonstrationen in Hannover (15.000), Stuttgart (45.000), Nürnberg (30.000), Dortmund (14.000) und Kiel (10.000) fanden im November zahlreiche kleinere regionale Kundgebungen aber auch Betriebsversammlungen, Diskussionsveranstaltungen und Infostände statt. Bemerkenswert ist, dass einige Aktionen mit zeitlich befristeten Arbeitsniederlegungen für politische Ziele verbunden waren⁶. Im Vorfeld hatten 100.000 GewerkschafterInnen in Brüssel demonstriert und unter anderen in Hamburg, Dresden und Kiel fanden Demonstrationen gegen Kürzungen auf Landesebene statt.

Themen...

Mit Blick auf Hamburg scheint sich die Zuspitzung auf ein konkretes Thema tatsächlich positiv auf die Beteiligung auszuwirken. 18.000 Menschen protestierten am 30. September mit einer Menschenkette gegen die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats. Gleichwohl verzichteten die Gewerkschaften nicht auf eine Einordnung des Protests gegen den Sozialabbau auf Bundesebene.

Allerdings spiegelte sich in Hamburg, wie in vielen anderen Bundesländern, die unzulängliche Einigung der Gewerkschaften auf Bundesebene. Unterschiedliche Vorstellungen der Gewerkschaften führten zu Aufspaltung der Aktivitäten. So nahmen auf einer Kundgebung in Hamburg, die ausschließlich von der IG Metall organisiert wurde, nur 2000 Menschen teil.

...linke Strukturen und soziale Bewegungen...

In Baden-Württemberg konnten sich die Gewerkschaften dagegen schon früh verständigen und organisierten am 13. November mit 45.000 Menschen die größte Gewerkschaftsdemonstration im Herbst. Diese Einigung verdeutlicht zudem den wichtigen Einfluss linker GewerkschafterInnen auf erfolgreiche Proteste.

⁵ ver.di: „gerecht geht anders“, <http://gerecht-geht-anders.de/>, IG Metall: „Kurswechsel für ein gutes Leben.“, <http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xml/kurswechsel-fuer-ein-gutes-leben-herbst-2010-5468.htm>, DGB „Deutschland in Schieflage“, <http://www.dgb.de/herbstaktion>

⁶ Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske forderte im Zuge der Herbstproteste das Recht auf den politischen Streik in Deutschland. Bsirske, Frank: Bahnsteigkarten sind abgeschafft. In: Neues Deutschland, 12.11.2010.

Vorangegangen war eine innergewerkschaftliche politische Auseinandersetzung über die von linken GewerkschafterInnen, Parteien und sozialen Bewegungen getragene Demonstration gegen die unsoziale Verteilung der Krisenkosten im Juni 2010. Während die IG Metall sich damals nicht offiziell an der Demonstration beteiligte, verständigten sich die Gewerkschaften in Baden-Württemberg unter dem Eindruck dieser erfolgreichen Mobilisierung, auf die Großdemonstration am 13. November.

Linke GewerkschafterInnen setzten sich in Stuttgart zudem für die politische Verknüpfung des Baus des unterirdischen Bahnhofs Stuttgart 21 mit der Frage der sozialen Kürzungen ein und erreichten damit eine Stärkung der DGB-Demonstration im November. Zwar widersetzten sich führende Gewerkschafter der Delegiertenversammlung des DGB Landesbezirks und verweigerten die Rede eines Gegners von S21 auf der Kundgebung⁷. Allerdings konnte das Bündnis „GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21“ den Konflikt positiv wenden, indem es im Anschluss eine eigene Demo mit 10.000 TeilnehmerInnen organisierte⁸.

In Niedersachsen verlief die Verbindung mit den Anti-Castor-Protesten, auf Grund geringer personeller Überschneidungen, weniger erfolgreich. Der Termin der DGB-Demonstration wurde auf den Tag der Großdemonstration gegen den Castor-Transport im Wendland gelegt. Immerhin wurde der politische Zusammenhang durch RednerInnen auf der jeweils anderen Demonstration symbolisch deutlich gemacht.

In Salzgitter, wo mit der Initiative „Gewerkschafter gegen Schacht Konrad“ gewachsene Strukturen gewerkschaftlichen Anti-Atom-Protests existieren, wurde die Sozialkürzungen von Anfang an mit dem Castor-Transport bzw. der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke verknüpft.

Auch die erfolgreichen Proteste in den Industriezentren Niedersachsens – in denen DIE LINKE und andere linke Gruppen stark verankert sind – zeigen die wichtige Rolle linker Gewerkschaftsstrukturen bei der Mobilisierung. So sprach sich die Delegiertenversammlung der IG Metall Salzgitter/Peine schon im Juni für massive Proteste direkt nach der Sommerpause aus. Im September demonstrierten hier 6500 Beschäftigte während der Arbeitszeit.

...starke Gewerkschaften.

Die relativ hohe Beteiligung an den Protesten in Niedersachsen und Baden-Württemberg ist auch mit der Stärke der IG Metall in diesen von großen Industriebetrieben geprägten Regionen verbunden. Im Umkehrschluss fanden keine größeren Proteste in einigen ostdeutschen Bundesländern und in Berlin statt.

Dagegen blieben die Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen mit 14.000 TeilnehmerInnen auf einer Veranstaltung am 13. November in der Dortmunder Westfalenhalle deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurück. Den mangelnden politischen Willen zur Protestmobilisierung machte die gewählte Aktionsform deutlich, die eher den Charakter einer politischen Kulturveranstaltung als einer öffentlichen Protestkundgebung besaß. Zwar setzten einige GewerkschafterInnen eine Demonstration zum Veranstaltungsort durch, die aber nicht im Mittelpunkt der Mobilisierung stand und nur von 2000 Menschen besucht wurde.

Insgesamt zeigen diese Schlaglichter, dass für erfolgreiche Proteste die Fokussierung auf ein konkretes und durchsetzbares Thema förderlich ist. Gleichzeitig sind gewachsene linke Gewerkschaftsstrukturen für die erfolgreiche Mobilisierung entscheidend. Ihnen gelang an einigen Orten eine Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, die sich ebenfalls positiv auswirkte.

Die regionalen Protestaktionen offenbaren große Unterschiede in Herangehensweise, Prioritätensetzung aber auch der Stärke und Verankerung in den Betrieben und Verwaltungen innerhalb der Einzelgewerkschaften.

⁷ Adler, Tom: Betonfraktionen. In: express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 10-11/2010.

⁸ Aufruf zur Demonstration: http://gewerkschaftergegens21.de/wp-content/uploads/2010/11/Demo_13ter11ter.pdf

Angesichts der mangelnden Koordinierung, Themensetzung und Unterstützung durch die Bundesebene der Gewerkschaften, sind die regionalen Proteste bemerkenswert und lassen eine allgemeine Unzufriedenheit der Beschäftigten und ihre Bereitschaft zu Protest erahnen.

Von der Krise zum kollektiven Handeln

Viele Bewegungslinien waren zu Beginn der Weltwirtschaftskrise elektrisiert von der Aussicht, einem historischen Moment beizuwohnen. Klar war: Diese Krise ist nicht bloß ein Strohhalm des Neoliberalismus, sondern Ausdruck einer fundamentalen Krise des Kapitalismus.

Es wurde über die Grenzen der realen Kapitalakkumulation und die Flucht des Kapitals in die Finanzsphäre diskutiert und über die Bedeutung der Systemkonkurrenz und der Kämpfe der Arbeiter_innenklasse gestritten. Kaum jemand hat damit gerechnet, dass die Bundesregierung binnen kurzer Zeit 480 Milliarden Euro mobilisieren würde und schon zwei Jahre nach dem Crash der Finanzwelt ein "Jobwunder" und Wirtschaftswachstum verkünden könnte. Bislang ist der Versuch, die ökonomische in eine politische Krise zu überführen, gescheitert.

Bedeutsam hierfür war die relative Stabilität der bundesdeutschen Wirtschaft und die im weltweiten Vergleich enormen Finanzreserven, aber auch die geschickte Verzögerung der "gefühlten Krise" durch die Regierung. Es ist an dieser Stelle deutlich geworden, dass die Mobilisierungs- und Zuspitzungsfähigkeit der gesamten Linken ausbaubedürftig ist. Viele Menschen empörte zwar durchaus der milliardenteure Kniefall vor den Finanzmärkten, aber die alleinige Tatsache, dass Milliarden in die Rettung von Banken und Finanzunternehmen gepumpt wurden, reichte nicht, um eine Widerstandsbewegung zu mobilisieren.

Was fehlte, war ein konkreter Ansatzpunkt für Massenmobilisierungen und deren linksradikaler Zuspitzung. "Die Krise" eignete sich hierfür kaum, da kein direktes Feindbild auszumachen war. Zwar gab es häufig Polemiken gegen "gierige Banker", deren progressiver Gehalt ist jedoch wohl eher bescheiden. "Der Kapitalismus" eignet sich schwerlich als konkretes Mobilisierungsangebot, insbesondere weil es an einem als glaubwürdig empfundenen gesellschaftlichen Gegenmodell, einer konkreten Utopie, mangelt.

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat (in der Bundesrepublik) also vorerst nicht zu einer nennenswerten Zuspitzung sozialer Kämpfe geführt. Stattdessen sind linke Mobilisierungen weiterhin marginal und müssen zusätzlich mit dem verbreiteten Gefühl, halbwegs heil aus der Krise rausgekommen zu sein, klar kommen. Immerhin ist dabei aber – mehr als sonst – deutlich geworden, wo die Schwächen linker und linksradikaler Politik im Feld der sozialen Kämpfe liegen. Diese gilt es nun herauszuarbeiten und neue Strategien zu entwickeln – auch angesichts der zu erwartenden Umverteilung von unten nach oben in den nächsten Jahren.

Das Sparpaket, das der Bundestag Ende November 2010 beschlossen hat, setzt die Politik der sozialen Einschnitte fort. Diese Maßnahme zur Abfederung der Krise geht vor allem auf Kosten der Unterschichten. Bei Erziehungs- und Wohngeld für Arme soll gespart werden. Der Regelsatz wurde um lächerliche fünf Euro erhöht, Alkohol und Zigaretten wurden aus dem täglichen Bedarf gestrichen. Die Botschaft eindeutig: Die herrschende Sozialpolitik setzt immer weniger auf sozialen Ausgleich und zunehmend auf Disziplinierung. Wer auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist,

⁹ Avanti ist eine linksradikale Organisation mit Gruppen in Hamburg, Lübeck, Bremen, Hannover, Norderstedt, Kiel, Flensburg und Berlin. Avanti existiert seit 1989 und ist Teil der Interventionistischen Linken (IL). Arbeitsschwerpunkte sind Soziale Kämpfe, Antifa, Globalisierungskritik, Klima und Geschlechterverhältnisse.

hat kein Recht auf Rausch, sondern soll seinen Körper für den Arbeitsmarkt in möglichst guter Verfassung zur Verfügung halten.

Krise und Klassenkämpfe international

Im Verlauf der Krise sind die Finanzsysteme in vielen Ländern zusammengebrochen und es folgten massive Währungsabwertungen, Milliardenverluste von Kleinanleger_innen und staatliche Sparpakete, mit denen die Löhne und Renten im öffentlichen Dienst drastisch gekürzt wurden. Die Stabilität eines Systems bemisst sich in seiner Fähigkeit, Hegemonie zu erzeugen. Diese wird in Zeiten der ökonomischen Krise auf die Probe gestellt. Die Reaktionen auf die Krise fielen sehr unterschiedlich aus. In den Ländern des Baltikums blieben soziale Angriffe im Wesentlichen unbeantwortet und die Regierungen wurden sogar wiedergewählt. In Spanien, Frankreich und Griechenland hingegen kam es in Folge der Spardiktate teilweise zu mehrtägigen Generalstreiks.

Zuletzt stürmten englische Studierende die Parteizentrale der regierenden Konservativen, da die Studiengebühren verdreifacht werden sollen. In Griechenland und Italien gab es Generalstreiks und Straßenschlachten. Diesen Protesten gemeinsam ist, dass es konkrete soziale Angriffe gab, beispielsweise in Spanien auf den Kündigungsschutz, in Frankreich beim Renteneintrittsalters und in Griechenland im Bereich der Gehälter und der Mehrwertsteuer, die eine Vielzahl von Menschen betreffen und eine kollektive Gegenwehr nötig werden ließen. Die Unterschiedlichkeit der Proteste lässt aufhorchen, gerade weil sie sich nicht allein durch den Grad der Angriffe erklären lässt. Zentral ist die Frage, ob es kollektiv handlungsfähige Großgruppen gibt, ob der politische Gegner klar bestimmt wird und ob es eine Aussicht auf politisch erfolgreiche Aktionen gibt.

In Frankreich oder Griechenland gab es immer wieder kämpferische Widerstände gegen die neoliberale Durchdringung der Gesellschaft. Der Staat sah sich mehrfach dazu genötigt, Zugeständnisse zu machen, um den Protesten die Spitze zu nehmen. Grund für den politischen Druck war eine rebellische politische Kultur mit Streiks, Besetzungen und Demonstrationen, die sich nicht an die etablierten Spielregeln der sozialpartnerschaftlichen Aushandlungen gehalten haben. Zudem haben sich die Gewerkschaften nicht so stark der "Standortlogik" verschrieben und ihre Arbeitskämpfe und Forderungen nicht an den Interessen der nationalen Wirtschaft ausgerichtet, weil sie dem Ammenmärchen – wenn nur auf Löhne verzichtet wird, dann geht's auch der Wirtschaft besser – nicht auf den Leim gegangen sind. Stattdessen haben sie vergleichsweise gute Lohnabschlüsse für ihre Mitglieder herausgeholt.

Appeasement statt Klassenkampf in der BRD

Die bundesdeutsche "Standortlogik" hat in den letzten Jahren durch Lohnzurückhaltung und Streikverzicht zu einer so hohen Produktivität geführt, dass ein massiver Außenhandelsüberschuss der deutschen Wirtschaft entstand. In der Folge liegen Produkte „made in Germany“ super-supergünstig in Ladenketten im Ausland aus und sorgen mit diesen dumping-Preisen dafür, dass die dortige Wirtschaft nicht mehr hinterher kommt. Der Außenhandelsüberschuss bedeutet deshalb auch, dass Deutschland (vor allem europäische) Märkte mit deutschen Produkten überflutet und Unternehmen im Ausland systematisch in den Ruin treibt.

Trotz der fatalen Folgen dieser Niedriglohnpolitik hat die IG Metall gleich zu Beginn der Krise deutlich gemacht, dass sie niedrige Lohnabschlüsse akzeptieren wird, mit dem Argument, hierdurch würde die Sicherheit von Arbeitsplätzen gewährleistet. In der Krise wurde außerdem deutlich, wie skrupellos die Gewerkschaften Leiharbeiter_innen aufgegeben haben, um ihre vergleichsweise gut organisierten "Kernbelegschaften" zu retten. Letztere wurden durch das Kurzarbeitergeld der SPD/CDU-Koalition protegirt. Den angeschlagenen Automobilkonzernen wurde mit der "Abwrackprämie" ein Geschenk gemacht.

Das "Modell Deutschland" basiert auf diesem Kompromiss, der jedoch nur noch den Teil der hochproduktiven Beschäftigten umfasst.

Die Gewerkschaften sehen sich stets zum "kleineren Übel" gezwungen und versuchen zumindest ihrer Stammklientel Gründe dafür zu liefern, ihnen die Treue zu halten. Auf Seiten der Beschäftigten entsteht helle Panik davor, als "Überflüssige" herabgestuft zu werden, die keinen Schutz von Staat und Gewerkschaften erhalten. Überdies wirkt sich die zunehmende Verunsicherung von Arbeitsverhältnissen auch auf einer psychischen Ebene aus. Als Drohkulisse im Hintergrund flankiert sie die Angriffe auf soziale Errungenschaften der Arbeiter_innenklasse. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ist die "Mittelschicht" in den letzten zehn Jahren um vier Prozent geschrumpft, während die Armut massiv ansteigt. All diese Faktoren führen dazu, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen für viele zwar zuspitzen, dies jedoch im Alltag mit dem Ziel verknüpft wird, den status quo irgendwie wahren zu wollen: Lieber Lohnverzicht als den Job ganz verlieren. Es könnte eben immer noch schlimmer kommen. Die zunehmende Prekarisierung und Individualisierung führt zu einer Fragmentierung des gesellschaftlichen Seins. Das Erleben einer kollektiven Identität ist jedoch die Basis von Solidarität und Kampfbereitschaft.

Rassismus und Krise

Indem der ökonomische Druck auf die "Mittelschicht" wächst, steigt auch der Bedarf nach Ventilen. Wurden zu Beginn der 1990er Jahre noch die "Asylbewerber" für Krisenphänomene verantwortlich gemacht, tritt nun mit Sarrazin ein Vertreter des Establishments auf, der eine neue rassistische Krisenerzählung anbietet. Dreh- und Angelpunkt seiner Thesen sind die Verachtung der Unterschicht und ein althergebrachter biologistischer Rassismus mit antimuslimischem Fokus. Sarrazins rassistische Überlegungen, dass "die weniger Qualifizierten und weniger Tüchtigen sich tendenziell biologisch stärker vermehren als die Qualifizierteren und Tüchtigeren" führt zu einer Idee des sogenannten social engineering, einer geplanten Bevölkerungspolitik, maßgeschneidert nach den Wünschen der Ökonomie. Die Idee des social engineering wurde von dem neurechten Philosophen Peter Sloterdijk bereits 1999 in "Menschenpark" vorgedacht und spiegelt mit seinen Aussagen zum Sozialstaat die Verachtung der selbsternannten Eliten für die unteren gesellschaftlichen Schichten. Dabei können die Neuen Rechten an viel Vorarbeit aus der „Mitte“ anknüpfen.

Die Abschaffung des Elterngelds für Bezieher_innen von Hartz IV, die im Sparpaket der Bundesregierung festgeschrieben wird, ist beispielhaft. Nachdem das Elterngeld für Besserverdienende aufgestockt wurde, wird nun versucht, Bezieher_innen von Hartz IV das "Kinderkriegen" auszutreiben. An diesem Punkt besteht kein Dissens zwischen den Zielen von Merkel und Sarrazin. Anlass für die Aufregung über die Sarrazin'schen Thesen war lediglich die Verknüpfung des "Unterschichtsdiskurses" mit den normativen Diskursen um "Islam", "Integration" und vor allem der "Vererbungsdebatte". Das Establishment fürchtet das eugenische und NS-kontaminierte Denken und Sprechen von Sarrazin und sucht Distanz zu dieser offen neurechten Position.

Der von Sarrazin beschworene "Untergang des Abendlandes", den seinerzeit der Kulturphilosoph Oswald Spengler vorherzusehen meinte, knüpft an die kulturpessimistische und katastrophistische extreme Rechte der Weimarer Republik an. Der gefallene Banker Sarrazin gefällt sich in der Pose des Märtyrers und macht fleißig von der Titelseite der Bild-Zeitung aus gegen die vermeintlichen "Meinungstabus" mobil. Kristallisationspunkt der Hetze ist ein antimuslimischer Rassismus. Dabei wird das Feindbild eines aggressiven Fremden, eines nichtsnutzigen und integrationsunwilligen Moslems gezeichnet, was zur rassistischen Kanalisierung der Krisenerzählung in der Bundesrepublik entscheidend beiträgt. An Muslimen und „faulen Griechen“, die „über ihre Verhältnisse gelebt haben“, wird den Beschäftigten so stellvertretend die Lektion erteilt, was ihnen selbst droht, sollten sie sich im kapitalistischen Weltmarkt einmal mangels Disziplin und Bereitschaft, den Gürtel enger zu schnallen, als „überflüssig“ erweisen. Das von Sarrazin gleichzeitig gegebene Versprechen aber, qua ihrer Gene fleißiger und produktiver zu sein als der Rest, sorgt für die illusorische (Selbst)Sicherheit, an die sich die Rassist_innen in der Krise klammern und die ihre alltäglich erlebte Unsicherheit in das Geschwafel vom Untergang des „Abendlandes“ verwandelt.

Die Bedingung der Unmöglichkeit ist gleichzeitig die Bedingung der Möglichkeit

Keine Frage: Der aktive Konsens zum herrschenden System bröckelt. Den meisten ist klar geworden, dass es ein Zurück zu der wohlfahrtsstaatlichen Sonderperiode der Blockkonfrontation nicht geben wird. Die Geschichtlichkeit des Kapitalismus ist in seiner Krise aufgeblitzt. Um jedoch auch den passiven Konsens zu kippen, muss es in den nächsten Jahren gelingen, die Aktualität eines kommunistischen Projekts zu entwickeln. Dies bedeutet, das Bild einer anderen Gesellschaftsform zu zeichnen und sich zugleich in den konkreten Klassenkämpfen durchsetzungsfähig zu erweisen. Wer kein Sozialticket durchsetzen kann, braucht nicht in Träumen vom Kommunismus schwelgen. Es fehlt bisher im Bereich der sozialen Kämpfe an Erfolgserlebnissen und an Vorbild-Aktionen.

Trotz Massenmobilisierung ist es 2003 nicht gelungen, die Hartz-Gesetze zu stoppen. Gerade die radikale Linke war kaum in der Lage, sich mit eigenen Positionen und unterstützend in die Proteste einzubringen. Wie wichtig kollektive Erfolge sind, konnte in diesem Jahr durch die Blockaden von Dresden erlebt werden, die quer durch das Land zu neuem Mut und Entschlossenheit im Kampf gegen Nazis geführt haben. Seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 entsteht eine neue Welle von kollektivem Ungehorsam, die zuletzt ihren Höhepunkt beim Schottern & Blockieren der Castor-transporte gefunden hat. Auch wenn die Trägerschichten dieser Kampagnen unterschiedlich und subalterne Milieus schwerer zu mobilisieren sind, als besorgte Mittelschichten: Diese neue Entschlossenheit, ein solidarisches Miteinander in breiten Bündnissen und das gegenseitige Lernen der Bewegungen kennzeichnet die Erfolge der linken Bewegungen in den letzten Jahren. Das Aufbrechen von Stellvertreterpolitik, Individualisierung und Passivität ist eine wesentliche Erfahrung dieser Aktionsformen. Es muss gelingen, zivilen Ungehorsam auch bei sozial- und arbeitspolitischen Auseinandersetzungen „salonfähig“ zu machen und ihn schließlich in sozialen Ungehorsam zu überführen.

Wieder versuchen. Wieder scheitern. Besser scheitern. (Samuel Beckett)

Die Bundestagsbelagerung anlässlich der Beschlussfassung über das Sparpaket war ein erster Versuch, diesen Weg einzuschlagen. Die Ankündigung, in die Bannmeile einzubrechen, sollte gegenüber der Tradition samstäglichler Großdemonstrationen ein Symbol der Selbstermächtigung und der Entschlossenheit sein. Leider hat sich die Hoffnung, dass die öffentliche Mobilisierung gegen das Sparpaket im – u. a. von den Gewerkschaftsspitzen angekündigten – „heißen Herbst“ an Fahrt gewinnt und bestenfalls in der Belagerung des Bundestages ihren Abschluss findet, nicht erfüllt. Trotz der dramatischen Einschnitte hielt sich die allgemeine Empörung in Grenzen, die Terrorwarnungen taten ihr Übriges. Auch bei der Aktion selbst sind einige Schwierigkeiten und Herausforderungen deutlich zu Tage getreten: Die Essenz zivilen Ungehorsams ist nicht die Fünf-Finger-Taktik oder das Durchqueren von Waldstücken. Es kommt darauf an, mit einer Aktion im Vorfeld eine Ausstrahlungskraft zu entfalten, die dazu führt, dass Menschen mitmachen, die dies sonst nicht tun würden. Und dass sie sich vorbereiten, dass sie gemeinsam mit anderen den Regelbruch für sich kalkulierbar machen. Um das zu erreichen braucht es eine soziale Verankerung, die Sozialproteste im Moment nicht haben. Es kommt darauf an, das zu ändern. Ein erster Schritt könnte es sein, sich von der Hoffnung, der abstrakte Verweis auf die Krise hätte mobilisierenden Charakter zu verabschieden, ohne die Bedeutung der Krise für die Entwicklung der nächsten Jahre aus den Augen zu verlieren. Stattdessen sollten wir uns in konkrete Auseinandersetzungen vor Ort einbringen und dabei gleichzeitig unser Aktionsrepertoire ausbauen. Dabei müssen wir mehr anbieten als Kritik an den herrschenden Zuständen. Eine rein philosophische Kapitalismus-Kritik allein lockt die Betroffenen nicht hinter dem Ofen hervor, die „Meinung“, das der Kapitalismus „irgendwie scheiße“ und „unmoralisch“ ist, ist schließlich weitverbreitet. Die Frage gesellschaftlicher Alternativen muss auf die Agenda, denn passiver Konsens wird sich nur dann in Widerstand verwandeln, wenn „geht halt nicht anders“ nicht mehr die Standardreplik auf Unmut über die herrschenden Zustände ist, wenn die Linke eine attraktive Utopie anbieten kann, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Das Dilemma der italienischen Linken: Ursachen und Perspektiven¹

Die italienische Linke war eine außerordentlich große und wichtige Linke. In vielerlei Hinsicht stellte sie eine Ausnahmeerscheinung in der europäischen Linken dar – sowohl in Hinblick auf die traditionellen Organisationen (eine äußerst starke kommunistische Partei, der PCI, und eine sozialistische Partei, der PDI, die lange mit ersterer kooperierte) als auch im Hinblick auf die Organisationen, die nach 1968 entstanden (die auch im Parlament und in der Gewerkschaftsbewegung präsent waren). Im Italien der Nachkriegszeit spielte sie eine entscheidende Rolle. Aus diesem Grund ist die Krise, die gegenwärtig alle linken Parteien in Europa erfasst hat, hier weitaus stärker zu spüren als anderswo – in gesellschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht. In Italien ist der zeitliche Zusammenfall der Krise der Linken und der Krise der Gesellschaft als Ganzem auch weitaus ausgeprägter als in anderen Ländern und spiegelt sich in dem dramatischen Verfall der demokratischen und zivilen Institutionen selbst wider.

Für diesen engen Zusammenhang gibt es viele Gründe. Zunächst verfügte Italien nie über staatliche Institutionen, die von der Bevölkerung vollständig als rechtmäßig anerkannt wurden. Dies hatte seinen Grund zunächst im elitären Charakter der Risorgimento-Bewegung, die die Vereinigung des Landes herbeiführte und die gesamte Vorkriegszeit prägte (wie Gramsci es so treffend beschrieb), und später in der faschistischen Diktatur. Dementsprechend wurde die Demokratie 1945 nicht so sehr von den fragilen und unpopulären staatlichen Institutionen verkörpert, sondern wurde „von unten“ geboren, mit der Widerstandsbewegung, die nicht nur eine militärische Erscheinung war, sondern eine umfassende Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung seitens derjenigen darstellte, die sich als „Partisanengesellschaft“ bezeichnen (die überaus fortschrittliche italienische Verfassung von 1948 ist dann auch eher das Ergebnis dieser gemeinsamen Erfahrung als das eines von oben beschlossenen politischen Kompromisses).

In den folgenden Jahren war es die Linke, und hier besonders der PCI, die die Demokratie in Italien garantierten oder, genauer gesagt, aufbauten. Ein außergewöhnliches Netzwerk kollektiver Organisationen entstand, zu dem Bauern, Arbeiter, Angehörige der Mittelschicht und Intellektuelle gehörten, welche dadurch zum ersten Mal in der Geschichte zu Protagonisten wurden, wodurch eine noch nie zuvor dagewesene Politisierung und Akkulturation gefördert wurde. An die Stelle der traditionell rebellischen Volksminderheit, die sich ein Jahrhundert lang über das wütende Niederbrennen von Rathäusern ausgedrückt hatte und sich einer apathischen Mehrheit gegenüber gestellt sah, trat nun eine umfassende und kostbare demokratische Beteiligung, die – und das war zweifellos das Meisterstück von Togliatti, dem Generalsekretär des PCI – eine grundlegend alternative Lebensweise und Kultur gegenüber dem bestehenden System hervorbrachte und bewahrte, und sich auf diese Weise Jahrzehnte lang vor der Gefahr einer Vereinnahmung schützte.

Die Kenntnis um diesen geschichtlichen Abschnitt macht nachvollziehbar, in welchem großem Ausmaß der Verfall der Demokratie von der Auflösung des PCI im Jahr 1990 (die nicht zur Entstehung einer anderen Kraft führte, die sich einer vergleichbaren Verwurzelung im Volk hätte rühmen kön-

¹ Der Artikel erschien zuerst in transform! - Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog. Wir danken für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung.

nen) sowie von der traumatischen Erfahrung bestimmt wurde, dass ein Teil der Linken (die Führung der DS, der Nachfolgeorganisation des PCI, aber auch ein Flügel der alten neuen Linken) verbissen die Erfahrung des 20. Jahrhunderts zur Gänze auslöschen wollte, so als wäre sie lediglich ein Trümmerhaufen.

Gewiss müssen bei Anbruch jeder neuen historischen Phase Erfahrungen der Vergangenheit auf Neue beurteilt werden, aber in Italien gab es nur wenig kritische Analyse und stattdessen eine wahre Auslöschung der Erinnerung, so als wollte man Last abwerfen, die eine volle Integration in die als „modern“ wahrgenommene dominierende Kultur verhinderte. Infolgedessen ist ein Großteil der italienischen Gesellschaft seit den 1990ern in politischer Hinsicht „zustandslos“ und nicht dazu in der Lage, Felder bestellen zu können, die neue Pflanzen wachsen lassen. (Stattdessen wachsen auf diesen Feldern in der Form neuer politischer Symbole Eichen, Olivenbäume und Margeriten – die Symbole der DS, der Mitte-Links-Regierungskoalition bzw. eines Teils der ehemaligen Christdemokraten – sowie anderes pflanzliches Material in einer bisher unbekanntem Fülle, aber ohne Wurzeln). Von 1990 bis 1991 verließen etwa 800.000 Aktivisten still und leise das PCI und gleichzeitig die Politik. (Nur ein sehr kleiner Teil ging zu der Partei Rifondazione Comunista, die in den Protestbewegungen weiterlebt, in der Gesellschaft aber nicht so richtig Fuß fassen kann.)

Es geht mir nicht um ein nostalgisch-verklärtes Wehklagen; vielmehr suche ich eine Erklärung für einen Umstand, der kaum zu verstehen ist: Wie konnte Berlusconi – heute etwas geschwächt, aber weiterhin an der Spitze – so viel Erfolg in einem Land haben, in dem die Linke so lange Zeit vorherrschte? Wenn das hervorstechende Merkmal der Proteste gegen die Regierung, wie zersplittert diese auch sein mag, heutzutage eine antipolitische Haltung ist, die zunehmend an Boden gewinnt und täglich noch vulgärere Formen annimmt, liegt das daran, dass die Erfahrungen, Werte und Vorstellungen vieler Menschen in den letzten 20 Jahren verspottet wurden, was diese Menschen schweigsam und misstrauisch gemacht hat. Durch die Auslöschung der eigenen Spuren und die Betonung eines leeren „Nuovismo“ („Neoismus“) hat ein großer Teil der Linken eine beispiellose Form des Generationenbruchs herbeigeführt, der jede Weitergabe von Erfahrungen unterbunden und letztlich die Subjektivität zerstört hat. Zudem ist die Auslöschung der Vergangenheit gleichbedeutend mit der Auslöschung der Zukunft, wird damit doch das Zeitgefühl abgeschafft und mit ihm die Utopie der Zukunft, so dass die Kurzsichtigkeit der trivialen Diktatur der Gegenwart ertragen werden muss. Wie die Philosophin und Feministin Wendy Brown nach 1989 schrieb, wurde eine Symbolik geschaffen, die durch die unkritische Annahme einer banalisierten Demokratie gekennzeichnet war, mit der Reduzierung auf ein immer ärmlicheres Ritual, welche echte Partizipation ersetzt. In Italien, in dem die Arbeiterbewegung nicht so fest wie im sozialdemokratischen Rest Europas integriert war, war der Tod der Utopie traumatischer als anderswo.

In diesem Vakuum war es unvermeidbar, dass die schwächsten Bevölkerungsschichten das einzige ihnen offerierte Angebot annahmen, nämlich die Berlusconi-Kultur, die Träger eines ganzen Lebensmodells ist: ein extremer Individualismus, der keinerlei Interesse an Gemeinschaft und Kollektiv hat und damit arrogant und gewalttätig ist. Die gebildeteren städtischen Schichten, die über eine kritischere Sicht verfügen, konnten leichter widerstehen. Es ist eine Tatsache, dass die großen Anti-Berlusconi-Demonstrationen von heute, die die Linke gelegentlich erfolgreich auf die Beine stellt, sichtlich von jener Bevölkerungsgruppe getragen wird, die man als die „aufgeklärte Mittelschicht“ bezeichnet, dabei aber den Menschen in den Vorstadtgebieten und denen, welche der Linken – sowohl der radikalen Linken als auch den Mitte-Links-Gruppierungen – ihre Stimme entzogen haben (oder sich ihrer Stimme enthalten), völlig verborgen bleiben.

Wenn wir nicht von dieser Basis aus starten, ein Projekt entwickeln, mit der Perspektive des langfristigen geduldigen Wiederaufbaus einer neuen Kultur und eines neuen Wertesystems und dabei nicht nur mit Worten, sondern auch durch physische Präsenz wieder jenen Menschen, die wir einmal als Proletariat bezeichnet haben, besondere Aufmerksamkeit zuteil werden lassen, dann ist es schwer

vorstellbar, wie wir den Wiederaufstieg bewältigen wollen. Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und die Verschlechterung der sozialen Bedingungen infolge der Wirtschaftskrise reichen allein nicht aus, um die vorherrschende Meinung zu ändern – sie provozieren zwar Widerspruch, der dem Ansehen von Berlusconi schadet, bringen aber keine Alternativen hervor. So passiert es, dass obwohl die Krise immer mehr Gründe zum Protest liefert, die Linke sich weiterhin selbst balkanisiert, statt zu wachsen, und die Wählerschaft sich dem alternativsten Flügel der Opposition anvertraut, der Rechten, und hier nicht einmal mehr der Forza Italia, sondern zum Beispiel der Lega Nord, da letztere zumindest den kleinen Trost eines Mikro-Kommunalismus bietet. Oder aber die Wählerschaft lässt sich von den „antipolitischen“ Anfeindungen einer Bewegung wie der des Komiker Beppe Grillo einnehmen, der von sich behauptet, weder rechts noch links zu sein, sondern „über beidem“ zu stehen. Zu beobachten ist auch die gefährliche Ausbreitung des braunen Sumpfs von der Padua-Ebene in Richtung der reichsten Provinzen der mittelitalienischen Regionen, wo selbst rote Hochburgen ins Wanken geraten, wo aber vor allem eine perfide politisch-kulturelle Barbarisierung der Gesellschaft im Gange ist. Zunehmender Rassismus ist nur eines der Merkmale dieser Entwicklung. Gleichzeitig ist im Süden, in dem wegen der Resignation der Linken keine demokratischen Kampagnen und Demos stattfinden, das Terrain von Mafiabanden besetzt, die sich dabei auf die von ihnen betriebene illegale Wirtschaft stützen können und den Menschen zumindest einen kleinen Wandel bieten.

Nicht dass es keine Protestdemonstrationen gäbe – dies muss klar gesagt werden. So waren die Straßen diesen Herbst voll von Schülern und Studenten, die gegen die Schulreform von Ministerin Gelmini streikten. Weiterhin waren die Straßen voll von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die unter Neueinstellungen auf dem Arbeitsmarkt inzwischen die große Mehrheit stellen; voll von jungen Menschen, die gegen die Privatisierung von Wasser kämpfen und die eine beispiellose Anzahl von Unterschriften für ein Referendum sammelten, mit dem die Entscheidungen der Regierungen aufgehoben werden sollen; voll von Menschen, die gegen den Hochgeschwindigkeitszug TAV protestieren; voll von Menschen, die den Bau einer Brücke über die Meerenge von Messina ablehnen; voll von Menschen, die gegen Überführungen protestieren, welche die Umwelt zerstören; voll von Menschen, die gegen den Ausbau der US-amerikanischen Militärbasis in Vicenza sind; und voll von Menschen der Bewegung „popola Viola“, welche die „Nein-zu-Berlusconi-Tage“ organisieren. Und die Straßen sind voll von MigrantInnen, die trotz des durch den Sicherheitswahn geschaffenen einschüchternden Klimas zum ersten Mal reagieren und selbst jene Forderungen stellen, welche bisher nur im Rahmen von Solidaritätsdemonstrationen Einheimischer skandiert wurden. Aus diesen Bewegung entsteht langsam auch eine neue politische Kultur: die Wiederentdeckung von „Gemeinschaftsgütern“ im Unterschied zu öffentlichen und privaten Gütern sowie Formen der partizipatorischen Ebene reichen. Dies sind wertvolle Entwicklungen, und es wäre falsch, sie zu unterschätzen. Dass ich angesichts der Menschen auf den Straßen des Landes gleichwohl nicht in Begeisterung ausbreche, liegt daran, dass es meiner Meinung nach sehr wichtig ist zu verstehen, dass diese Bewegungen zwar wichtige Risse im hegemonialen System Berlusconi erzeugen können, sie selbst jedoch keine kurzfristige Alternative bieten. So scheinen sie keinerlei Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen zu haben, die auf die eine oder andere Art versuchen, eine Mitte-Links-Koalition zu schmieden, die Berlusconi schlagen könnte. Weiterhin scheinen sie auch nicht die zersplitterte Linke zu beleben.

Dennoch gibt es eine positive Ausnahme: die beispiellose Popularität, deren Ausmaß auch etwas mit diesen Bewegungen zu tun hat, von Nichi Vendola, der letztes Frühjahr als Präsident der Region Apulien wiedergewählt wurde, nachdem er zuvor den Kandidaten der Demokratischen Partei in den Vorwahlen des Mitte-Links-Bündnisses geschlagen hatte. Jetzt gilt er als Favorit bei den landesweiten Vorwahlen der DP, die der Parteisekretär abhalten will, um den Gegner Berlusconis in eventuell vorgezogene Wahlen zu bestimmen und dabei auf eine „Regierung mit begrenzter Zielsetzung“ abzielt – der „Cavaliere“ soll abgelöst werden, die Umsetzung eines gemeinsamen Programms spielt keine Rolle (wobei seine Partei sich über diese Aussicht bereits wieder selbst zerreißt).

Vendola – Anführer der Minderheit (49,9%) der Rifondazione Comunista nach der Wahlniederlage im Jahr 2008 und jetzt Führer der SEL (Sinistra Ecologia Libertà), die inzwischen auch den Teil der aufgelösten DS aufnimmt, der nicht in die DP gehen wollte – hat es geschafft, eine neue, nicht-politische Sprache zu erfinden und auf den Wunsch nach einer Politik zu reagieren, die sich nicht vollständig auf die Regierungsfähigkeit konzentriert, sondern eine neue Vision der Welt bietet. Zudem ist Vendola vor allem Initiator neuer Formen von Basisorganisationen - „le fabbriche di Nichi“ („Nichi-Fabriken“, die im Rahmen positiver Initiativen der apulischen Regierungskoalition entstanden und sich an die Jugend richteten). Er könnte sicherlich ein Bezugspunkt für eine neue Gruppierung der Linken sein, die neue Generationen für die Politik gewinnen kann. Aber auch diese Entwicklung ist mit Vorsicht zu genießen. Vorerst ist Vendola aufgrund seines außergewöhnlichen Erfolgs sehr stark in den Medien vertreten und er hat die Möglichkeiten neuer Kommunikationstechnologien geschickt zu nutzen gewusst.

Diese Technologien sind großartig, wenn es um die Organisation von Demonstrationen geht. Sie sind gleichzeitig aber auch Träger einer zweifelhaften Kultur, die zu einer „Amerikanisierung“ der italienischen Politik geführt hat: Die Folge ist eine Sakralisierung der öffentlichen Meinung und der Zivilgesellschaft, die sich als alternatives demokratisches Modell gegenüber dem Modell präsentiert, das auf kollektiven und organisierten Prozessen beruht, um Projekte und Strategien zu entwickeln. Ein Beispiel hierfür ist die Wahl einer gemeinsamen Führung, dank der Bewegungen durch die Zeiten fortbestehen und die Stärke im Umgang mit Konflikten sammeln können, die jeder Wandel mit sich bringt (die Parteien und Bündnisse, die in der europäischen Tradition stehen). Dies führt zu einer Ansammlung einer Vielzahl von vernetzten Individuen, einem Universum von Einzigartigkeiten, die eine äußerst fragile gemeinsame Kultur gemein haben und damit eine Quelle populistischer Versuchungen sind – geeignet zum Herbeiführen von Konsens, ungeeignet zum Gestalten von Inhalten. Es ist kein Zufall, dass die von Obama organisierten Treffen, so außerordentlich sie während der Wahlen auch gewesen sein mögen, nicht mehr stattfanden, als der neu gewählte Präsident sich gegenüber starken Kräften behaupten musste, die seine Gesundheitsreform blockierten. Und Gott allein weiß, wie schwer es sein wird, das Italien Berlusconis umzuwandeln!

Vendola ist sich dieser Dinge bewusst, aber bisher hat er es nicht geschafft, eine Partei oder wenigstens etwas Ähnliches hinter sich zu versammeln. So sieht er sich einer DP gegenüber, die sich nicht einmal entscheiden kann, ob sie mit der Linken ein Wahlbündnis eingehen soll, um Berlusconi zu schlagen, oder ob sie lieber mit den Gruppen zusammenarbeiten will, die sich von Berlusconis Allianz losgesagt haben – die katholischen Gemäßigten und die neue Partei des Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer, Gianfranco Fini (der gleichwohl ursprünglich aus den Reihen der Faschisten kam, selbst wenn er heute zu den aktivsten Personen in der Opposition zählt) – und sich damit zu einem erneuten Scheitern verurteilt.

Es wäre stümperhaft, eine Hypothese über die möglichen Geschehnisse in der nahen Zukunft in Italien aufzustellen. Eines der Merkmale der Krise ist denn auch, dass eine Situation entstanden ist, in der jeder gegen jeden kämpft; es ist schwer zu sagen, wer wirklich die Kontrolle hat und wie die nächsten Schritte der Hauptakteure aussehen werden. Ein Beispiel zur Veranschaulichung reicht bereits aus: So stammen die Stimmen, die sich dafür aussprechen, dass Luca di Montezemolo, ehemaliger Präsident von Fiat und Confindustria (der italienischen Arbeitgebervereinigung) und gegenwärtig Präsident von Ferrari, für das Amt des Ministerpräsidenten kandidiert, sowohl aus dem rechten als auch aus dem linken Lager. Er selbst merkte dazu an: „Dieser Umstand zeigt den Zustand der Verwirrung, in dem sich die italienische Politik befindet.“

Genau in diesem Verfall liegt die Gefahr der aktuellen Situation: Die starken Kräfte vereinen sich schnell wieder und könnten von der allgemeinen Instabilität und Unsicherheit profitieren und sich dabei noch des kleinsten verbleibenden Rests von Demokratie entledigen, was leicht fallen sollte, wenn man bedenkt, dass Italien zu einem nebensächlichen Land geworden ist, um dessen Rettung

ein verfallenes Europa sich nicht ausreichend bemüht, jetzt, da – wie in der Zeit, als Kolumbus Amerika entdeckte und die Achse der Geschichte sich vom Mittelmeer hin zum Atlantik verschob – die Dynamik nicht mehr vom Westen ausgeht, sondern vom Osten, vom Pazifik. Aus diesem Grund sind selbst rein defensive Kämpfe zu begrüßen, vorausgesetzt wir wägen ab, was zu tun ist – und zwar nicht im Hinblick auf den Augenblick, sondern im Hinblick auf die lange Phase, die sich in diesem historischen Übergang langsam abzeichnet.

In seinem neuesten Buch zitiert Slavoj Žižek ein altes maoistisches Motto: „Groß ist die Verwirrung unter dem Himmel, die Lage ist ausgezeichnet.“ Was bedeutet, dass die Krise nicht nur Unheil, sondern auch eine Gelegenheit zum Wandel mit sich bringt – ein gefährlicher, aber anregender Gedanke –, vorausgesetzt, wir befreien uns von der Vorstellung, dass wir selbst nicht zu solchem Wandel in der Lage sind. Denn dies ist das tatsächliche Hemmnis für einen tiefgreifenden Wandel, und charakteristischer für die aktuellen Entwicklungen als das endlos wiederholte, aber schönere „Yes, we can.“. Ich möchte darauf hinweisen, dass für einen neuerlichen Sieg viel Mut und Vorstellungskraft vonnöten sein werden. Und viel Zeit.

Am Rand, in der Mitte, oben und unten – die „neue“ Anti-AKW-Bewegung

Die Hochzeiten der Anti-AKW-Bewegung seien vorbei, so schien es noch vor wenigen Jahren. Mit dem Atomkonsens von 2000 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung einen jahrzehntelangen Konflikt befriedet. Zwar gab es Einige, die den Konsens kritisierten, die darauf hinwiesen, dass er kein Ausstieg, sondern eine Bestandsgarantie für die laufenden Anlagen war, die davor warnten, dass die Betreiber ihre Atomkraftwerke bis zum nächsten Regierungswechsel hinüber retten würden. Aber viele, die sich engagiert hatten, schienen froh, dass die Kämpfe ein Ende hatten. Und wenn schon die Grünen in der Regierung nicht mehr erreichen konnten, dann musste man eben mit einem Auslaufen der Atomenergie erst 2025 oder später zufrieden sein.

Die „alte“ Anti-AKW-Bewegung war erfolgreich gewesen, hatte jedoch ihre eigene Kraft und ihre eigenen Erfolge meist negiert. Ende der 70er bis Ende der 80er Jahre gab es spektakuläre Kämpfe an den Bauplätzen. Whyl, Grohnde, Gorleben, Kalkar, Brokdorf, Wackersdorf - bei diesen Namen steigen Erinnerungen an Bauplatzbesetzungen, Hüttendörfer und eine alternative Lebenskultur auf, aber auch an Hubschraubereinsatz, Wasserwerfer und Tränengas. Obwohl den AtomkraftgegnerInnen die Übermacht des „Atomstaates“ (Robert Jungk) mit all seinem paramilitärischen Gerät und politischen Propagandamitteln gegenüberstand, waren sie erfolgreich: Whyl wurde nicht gebaut, Kalkar nicht in Betrieb genommen und das Projekt, eine Wiederaufarbeitungsanlage in Deutschland zu bauen, ganz aufgegeben. Von den 598 ins Auge gefassten Atomkraftwerken und Wiederaufarbeitungsanlagen in West-Deutschland (KfA Jülich 1978) waren im Jahr 2000 gerade mal 19 in Betrieb. Doch nicht die Erfolge waren im kollektiven Bewusstsein der Bewegung verankert, sondern die Misserfolge.¹

Einen entscheidenden Einschnitt in der gesellschaftlichen Haltung zur Atomenergie brachte die Katastrophe von Tschernobyl. Was laut Betreiber und Politik niemals geschehen konnte war passiert, der Super-GAU, die Zerstörung eines Reaktordruckbehälters und die Freisetzung der todbringenden Radioaktivität eines Reaktorkerns. Anfangs konnte die politische Führung in Deutschland noch von der Informationsblockade der sowjetischen Regierung profitieren, später wurde die Unfallursache auf den sowjetischen Schlendrian und Pfusch geschoben, mit dem die westlichen Reaktoren und Betreiber nicht zu vergleichen seien. Doch es nutzte nichts. Die unmittelbare Erfahrung, dass ein Unfall tausend Kilometer weiter östlich dazu führte, dass man in Deutschland das Gemüse aus dem Garten nicht mehr essen sollte und Molke als radioaktiver Abfall durch die Lande rollte, war unauslöschbar. Seitdem gibt es eine konstante Mehrheit in diesem Land, die Atomenergie ablehnt. Aller-

¹ Nie vergessen werde ich, wie ich am 2. Juni 1995 zu einer Veranstaltung nach Würzgassen fuhr. Der Reaktor war abgeschaltet, da die Aufsichtsbehörde nach dem Fund von Haarrissen am Reaktor-Kernmantel einen Austausch des Stahlzylinders forderte. Just am Tag zuvor hatte die Betreiberin PreussenElektra (inzwischen mit dem Bayernwerk zu E.ON fusioniert) verkündet, dass ein Austausch zu teuer sei und Würzgassen endgültig stillgelegt werden würde. Ich kam in den Veranstaltungsraum und erwartete eine kleine Feier. Weit gefehlt. Stattdessen wurde mir bedeutet, es gäbe keinen Grund zum Feiern, denn der Grund für die Stilllegung wäre falsch. Entscheidend sei nicht, ob es an einem Standort technische oder ökonomische Probleme geben würde, sondern dass Atomenergienutzung an sich grundgesetzwidrig wäre. Dieser Auseinandersetzung hätte sich der Betreiber nun mit der Stilllegung einfach entzogen.

dings führte die Verbreiterung auch zum Verlust eines Teils der Bewegung. Als plötzlich der Ausstieg aus der Atomenergie quer durch alle politischen Lager denkbar wurde, war klar, dass die Atomfrage keine Staatsfrage mehr war. Es war klar, dass der bundesrepublikanische, kapitalistische Staat und die energiewirtschaftliche Kapitalfraktion auch einen Ausstieg aus der Atomenergie überleben würden. Das war im Juni 1986 bei der Anti-Atom-Konferenz in Frankfurt für Einige Anlass, sich aus der Bewegung zu verabschieden.

2007 war ein wichtiges Jahr für die Entstehung der „neuen“ Anti-AKW-Bewegung. Nachdem der Betreiber des Atommülllagers ASSE II verkündet hatte, dass er die Anlage zur Schließung fluten wolle, regte sich erstmals seit vielen Jahren mehr als nur ein kleiner Widerstand vor Ort. Ein Salzbergwerk mit Atommüll fluten zu wollen erschien vielen als abstrus und gefährlich. Diskussionen, Recherchen und Aktionen führten letztlich dazu, dass der grob fahrlässige Umgang mit dem Atommüll und der katastrophale Zustand des Atommülllagers ASSE II inzwischen in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit breit bekannt ist. ASSE II ist zum Synonym für die gescheiterte Endlagerpolitik geworden. Doch nicht nur bei den Endlagern „brannte“ es, sondern auch bei den Atomkraftwerken und zwar ganz real. Brand in Krümmel, Kurzschluss in Brunsbüttel - im Sommer 2007 beherrschten die Störanfälligkeit der Atomkraftwerke und die Vertuschungsversuche der Betreiber die Medien. Im Dezember des selben Jahres rüttelte die „KiKK-Studie“ die Öffentlichkeit auf. Sie hatte eine signifikante Erhöhung des Kinderkrebsrisikos in der Umgebung von Atomanlagen festgestellt.

Erstmals deutlich wurde das Erstarren der Bewegung beim Castor-Transport 2008. Zur Demonstration nach Gorleben waren 16.000 Menschen gekommen, so viele wie seit vielen Jahren nicht mehr. Dass es sich nicht nur um eine neue Quantität, sondern auch um eine ganz neue Qualität von Bewegung handelte, zeigte die Lichterkette Braunschweig – ASSE II – Schacht KONRAD. An einem Donnerstag im Februar 2009 haben sich 20.000 Menschen bei scheußlichem, kaltem, windigem Wetter um punkt 19.00 Uhr mit Fackeln auf die 52 Kilometer lange Strecke begeben um ein Zeichen gegen die verfehlte Atommüll-Politik zu setzen. Die Beteiligung reichte von den klassischen Akteuren aus der Umweltbewegung und den Parteien über Kirchen, Landwirte und Gewerkschaften hin bis zur Damengymnastik des MTV Denkte, den Bücherfreunden Thiede und dem Kleingartenverein Bleckenstedt.

Neu ist das ökonomische Interesse, das sich mit dem Ausstieg aus der Atomenergie verbindet. Die Anti-Atom-Bewegung hat nicht nur politische, technische und ökonomische Fehlentwicklungen verhindert. Sie war auch Anstoß für das Entstehen einer neuen Branche der erneuerbaren Energien mit 340.000 Arbeitsplätzen (Stand Ende 2009, Quelle: BMU). Während die Branche der Erneuerbaren sich aber über viele Jahre mit politischen Äußerungen zu Atomkraft zurück hielt, spitzt die Laufzeitverlängerung den Systemkonflikt zwischen den Erneuerbaren und der Atomenergie derart zu, dass sie inzwischen zu einem wichtigen Faktor der Protestbewegung geworden ist. Ebenso wie die Gewerkschaften, die zwar zurecht die untertarifliche Entlohnung und die Behinderung von Betriebsräten in Unternehmen der Branche kritisieren, insgesamt jedoch die Entstehung der neuen Arbeitsplätze im ökologischen Sektor begrüßen.

Die Kritik an der Atomenergie hat inzwischen sogar die CSU erreicht - zumindest ihre Basis. So hat der CSU-Ortsverband von Landshut im August 2010 die Abschaltung von Isar 1 gefordert und sich sehr „enttäuscht“ über die Laufzeitverlängerung geäußert.

Der Protest ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Menschenkette Brunsbüttel-Krümmel, die Demonstrationen am 18. September in Berlin und am 8. Oktober in München, der Castor-Protest im November - immer wieder gingen im letzten Jahr 50.000, 100.000 und mehr Menschen auf die Straße, jung und alt, bunt und phantasievoll. Gleichzeitig entstehen überall im Land neue Initiativen und es findet eine unüberschaubare Anzahl von Aktionen vor Ort statt.

Beeindruckend ist der gegenseitige Respekt unterschiedlicher Protestformen wie er bei den Aktionen im Wendland deutlich wurde. Weder gab es im Vorfeld quälende Debatten über legitime und

nicht-legitime Widerstandsformen, noch gab es vor Ort Konkurrenzen oder Distanzierungen. Im Gegenteil, der Widerstand war geprägt von Respekt und Kooperation. Die Bindung der Polizeikräfte beim Schottern half „Widersetzen“, ihre Schienenblockade durchzuführen. „Widersetzen“ erreichte dann das, was Schottern nicht gelang, nämlich den Castor für mehrere Stunden aufzuhalten.

Beeindruckend ist auch die Konsequenz. Selbst am Ende des Jahres im tiefsten Winter kamen mehr als 3000 Menschen in Greifswald zusammen, um gegen den Castor-Transport nach Lubmin zu protestieren. Mit Protesten in Hessen und Magdeburg und Ludwigslust, mit Blockaden und Ankettaktionen kurz vor dem Atommülllager wurde ein deutliches Zeichen gesetzt: Ungestört rollt kein Castor mehr durch Deutschland - auch nicht ins entlegene Lubmin. Und die Proteste haben Erfolg: Der Transport abgebrannter Brennelemente von Ahaus ins russische Majak ist erst einmal abgesagt worden.

Die Laufzeitverlängerung hat den Bundestag und den Bundesrat passiert. Nun bleibt abzuwarten, was das Bundesverfassungsgericht sagt. Aber vor Gericht und auf hoher See Deshalb heißt die Losung für 2011 „Ran an die laufenden Anlagen!“. Nach § 17(5) Atomgesetz ist die Genehmigung von Atomanlagen zu widerrufen, wenn eine erhebliche Gefährdung vorliegt und nicht in angemessener Zeit Abhilfe geschaffen werden kann. In diesem Sinne richten wir den Fokus 2011 auf die Atomanlagen selbst. Am Ostermontag, dem 25. April, einen Tag vor dem 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl werden an den Standorten der Atomkraftwerke und bei Ahaus, Gorleben, Lubmin und Schacht KONRAD Großaktionen stattfinden. Es ist zu erwarten, dass der Widerstand auch 2011 groß, phantasievoll und erfolgreich sein wird.

Das Wendland – ein Lernort für Widerstand

Seit 1977 existiert ein sich langsam aufbauender Protest und Widerstand gegen – zunächst bundesdeutsche – Atompolitik. Es geht um die End-, aber auch um die Zwischenlagerung von Atommüll. Erst jetzt nach 30 Jahren wurde öffentlich bekannt, dass die Entscheidung für ein Atommüllendlager in Gorleben eine politische war und keine, die nach gründlicher Überprüfung auf Tauglichkeit getroffen wurde. Die Wendländer_innen wussten das irgendwie schon immer. Aufbruch erhielt der Widerstand 1980, als 33 Tage lang ein Hüttendorf an einer Bohrstelle errichtet wurde und die „Republik Freies Wendland“ ausgerufen wurde. Auch wenn dieses nach 33 Tagen geräumt wurde, war der Grundstein für den „Lernort“ Wendland gelegt.

Das Wendland war vergessenes Zonenrandgebiet, an dem ansonsten nicht mehr viel passierte, das leider eine sehr braune Gegend war, das subventioniert wurde und viele, v.a. junge Menschen wegzog. Seit 1980 gab es jedoch einen Gegentrend: viele Menschen, vor allem aus dem linksalternativen und ökologischem Spektrum und vorwiegend aus dem Großraum Hamburg und West-Berlin siedelten sich an und mischten sich ein.

War es am Anfang also eher eine Protestbewegung, die heimatverbunden dagegen war, zum bundesdeutschen Atomklo zu werden, gelang es diesem Gemisch aus „Zugezogenen“ und Ansässigen unter viel Reibung und Streitereien dennoch an einem Strang zu ziehen und die politische Strategie zu verfolgen: Wir werden das Atomprogramm über den Widerstand gegen die Castortransporte zum Stoppen bringen. Die Castortransporte sind der Flaschenhals. Wir werden über Endlagerungen erst nachdenken, wenn alle AKW's abgeschaltet sind.

Auf diese Strategie konnten sich viele einlassen. Das Besondere am Wendland, wie auch beim Widerstand an der Startbahn West und in Wackersdorf, war die Vielfalt der verschiedenen Protest- und Widerstandsformen – von militant über gewaltfrei bis zum Kuchenbacken. Es ging oft nicht ganz reibungslos, es gab natürlich auch Distanzierungen von Seiten der BI, wenn es zu militant wurde, aber es galt trotzdem, jede/r nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten und auch die Kuchenbäcker_in sieht sich als Teil des Widerstandes. Und wer mal im Wendland war, der spürt sofort die große Ausstrahlung, was es bedeutet, wenn die Mehrheit der Bevölkerung hinter dem Widerstand steht und Menschen von außerhalb willkommen heißt.

Bisher gab es einen Konsens, der lautete, dass die Polizei nicht der Feind ist. Es gab während der Transporte zwar immer wieder Behinderungen durch gezielte Sabotage, wie Krähenfüsse, Luft aus den Polizeiautoreifen lassen oder dass eine leere Polizeiunterkunft in Flammen aufging, aber bei dem jetzigen Castortransport wurde dieser Konsens zum ersten mal auch von den Bauern untergraben: sie blockierten strategisch die Versorgungswege der Polizei und bauten ihre Straßenblockaden so auf, dass sie zwar Privat-PKW's durchlassen konnten, aber keine großen Polizeifahrzeuge.

Die Castortransporte waren immer ein Event mit Camps, in denen viele sich kollektiv auf das vorbereiteten, was dann anstand. Ein weiterer wichtiger Lernschritt war, als die Camps verboten bzw. geräumt wurden, dass es danach ein dezentrales Unterbringungskonzept gab, was eine stärkere Verbundenheit zwischen Ansässigen und Menschen von „außen“ förderte.

Viele Tausende v.a. junge Menschen sind durch die Castortransporte und das Wendland politisiert worden. Das Denken vor Ort wurde auch offener, es wurde nicht nur mehr begrenzt in nationalen Grenzen gedacht und die braune Zone hatte sich schnell verändert, nachdem die linke Hegemonie unübersehbar war. Auch Themen wie Bundeswehrgelöbnisse (die pure Protestankündigung führte schon zur Absage), Gentechnik sind präsent und stoßen auf Ablehnung.

Der Castor-Transport 2010 war ganz besonders:

Er dauerte 92 Stunden von La Hague bis Gorleben. Ca. 25 Mio. Euro Kosten und knapp 20.000 Polizist_innen – zumeist am Rande ihrer Belastungsgrenze. 50.000 Menschen auf der Auftaktkundgebung in Dannenberg, weit über 10.000 bei den unterschiedlichen Blockade-Aktionen und gut 4.000 Aktivist_innen beim Schottern. Niemals zuvor wurde ein Castor-Transport so lange aufgehalten wie in diesem Jahr. Das lag zum einen an der Breite und Vielfalt des Protestspektrums, aber auch an dem Zusammenspiel der verschiedenen Aktionsformen.

Die Rahmenbedingungen für die längste Verzögerung und die höchste Zahl an Demonstrant_innen im Wendland seit Beginn der Transporte 1995 wurde auch durch die Entscheidung der Regierungskoalition geschaffen: die AKW-Laufzeitverlängerung, in Geheimverhandlungen mit den großen vier Energiekonzernen verabredet, nur zwei Wochen vor dem Transport. Seit dem Sommer tobte schon die Debatte um die Nutzung der Atomenergie. Während hunderttausende Menschen gegen den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ demonstrierten, verteidigte Schwarz-Gelb ihr Herrschaftsprojekt und schürte die Angst vor Stromengpässen und steigenden Preisen.

Der Anti-Atom-Widerstand kennt sich darin aus, was es heißt, verarscht zu werden. 2000 verkündete die damalige rot-grüne Regierung den sog. Atomausstieg, was allerdings erst recht eine Bestandsgarantie für die Atomkonzerne war und ein 10-jähriges Moratorium für die Erkundung des Endlagers in Gorleben. Und schon rollten ab 2001 unter rot-grün wieder die Castoren und dieser Transport fand unter heftiger Polizeirepression statt.

Die Erfahrung mit dem „verarscht werden“ von Parteien, auch wenn sie unter fortschrittlichem Mäntelchen daherkommen und den seit einigen Monaten sich manifestierenden rebellischen Geist, der sich nicht nur im Anti-AKW-Bereich, sondern auch beim Protest gegen das milliarden-teure Prestigeprojekt Stuttgart 21 ausdrückt, ergab eine positive Ausgangssituation. Die Notwendigkeit von Ungehorsam gegen fundamentale Fehlentscheidungen der Regierung war seit langem nicht so breit akzeptiert wie aktuell. Angesichts dieser Verhältnisse kam die Kampagne „Castor? Schottern!“ zur richtigen Zeit. Es war klar, dass die Antwort auf die schamlose Garantie von Milliarden Gewinnen für die Energiemonopolisten nicht nur die altbewährten Sitzblockaden sein konnten. Mit Schottern – also dem massenhaften und organisierten Wegräumen der Steine aus dem Gleisbett der Castorschiene – wurden Praktiken des zivilen Ungehorsams aufgegriffen und erweitert. Über 1700 Gruppen und Einzelpersonen kündigten im Vorfeld öffentlich mit ihrem Namen an, im großen Stil Sabotage an den Gleisanlagen im Wendland zu betreiben. Das war ein Novum, das schnell viel Sympathie erfuhr. Ungeachtet der Kriminalisierungsversuche durch die Staatsanwaltschaft Lüneburg stieg die Zahl der Unterzeichner_innen der Absichtserklärung stetig an. Und nicht nur in der Berichterstattung über die Castor-Proteste war das Schottern in aller Munde.

Im Rahmen der Kampagne „Castor? Schottern!“ haben sich sehr unterschiedliche Teile der Linken zusammengefunden: Anti-AKW-Initiativen, autonome Gruppen, Klimabewegte und Gruppen der Interventionistischen Linken und Menschen aus dem Wendland. Anfangs wurde die Kampagne im Wendland argwöhnisch beäugt. Es gab plötzlich bei einigen die Stimmung, da stülpt sich was von außen kommend „uns“ über. Durch persönliche Begegnungen, guter und offensiver Pressearbeit gelang es der Kampagne „Castor? Schottern!“ ein akzeptierter Teil der Gesamtchoreografie des Widerstandes im Wendland zu werden.

Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre im Wendland, den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 und verschiedenen Blockaden gegen Nazis und Rechtspopulist_innen wurde mit Schottern eine gemeinsame Aktionsform gefunden, die im Hinblick auf Radikalität und Verbindlichkeit die unterschiedlichen Bedürfnisse befriedigt. Die Aktion war der Ausdruck einer unversöhnlichen und antikapitalistischen Linken, die durch das Loch unter der Schiene den Verhältnissen ein deutliches Nein entgegen setzen wollte. In den Wochen und Monaten vor der Aktion wurde es geschafft, ein gutes und solidarisches Verhältnis zu den anderen Kampagnen im Wendland X-tausendmal-quer, WiderSetzen, der BI Lüchow-Dannenberg und der Bäuerlichen Notgemeinschaft aufzubauen. Daneben war die Rückendeckung, die von Personen aus NGOs, Gewerkschaften, der Linkspartei kamen, elementar für das Gelingen der Kampagne.

Darüber hinaus war das gelungene Zusammenspiel und die Ergänzungen der unterschiedlichen Aktionsformen zentral: Während die Bäuerliche Notgemeinschaft mit Traktoren und andere mit Materialblockaden den Weg frei gemacht haben, gab es zwischen der Schotternaktivitäten und den Sitzblockaden von X-tausendmal-quer und von WiderSetzen praktische Synergieeffekte. Daneben fanden eine ganze Reihe von Blockaden kleinerer Gruppen im und außerhalb des Wendlands statt. Insgesamt wurden durch gute Abstimmung oder schlicht durch chaotische und nicht-überschaubare Situationen viele Polizeikräfte gebunden, Räume geöffnet und diese erfolgreich genutzt.

Die Ankettaktion in Süschendorf hatte zwar vor Jahren den Castortransport erheblich aufgehalten, aber es war eine Aktion von drei Menschen, dieses Mal waren es Zehntausende.

Fazit:

Das Wendland ist der Ort, an dem wir zu Tausenden zusammen kommen können, um einerseits Aktionsformen zu testen und zu verfeinern und andererseits unsere Handlungsmacht erkennen und nutzen können. Hier wird es möglich, kollektiv das staatliche Gewaltmonopol bewusst zu unterlaufen und gleichzeitig das Gegenprojekt zu einer anderen Gesellschaft, zu formulieren: eine Gesellschaft, die beispielsweise die Energiegewinnung nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert und in der die Bedingungen für das gute Leben für alle von allen ausgehandelt werden.

Und es ist ein Ort, an dem zu sehen ist, wie wichtig es ist, kontinuierlich dran zu bleiben und es sich lohnt, sich zu reiben und auch zu streiten und dennoch gemeinsam sich zu wehren.

Ein Wermutstropfen bleibt, es war bisher kaum möglich, die sozialen, existentiellen Themen einer kapitalistischen Welt anzugehen. Vielleicht dann, wenn keine Castoren mehr rollen!!!

Heiligendamm mit Raureif / Erfolgreich mitgemischt: Castor? Schottern!¹

Knapp zwei Monate vor den Castorprotesten ging die Kampagne Castor? Schottern! an die Öffentlichkeit. Am Ende unterstützen über 1.700 Organisationen und Einzelpersonen mit ihrem Namen die Aktion. Rund 4.000 Menschen beteiligten sich am 7. November an dem massenhaften Versuch, die Transportstrecke des Castorzugs durch das Entfernen des Schotters unter den Gleisen unbrauchbar zu machen. Eine erste Bilanz aus den Reihen der OrganisatorInnen.

Es ist sehr kalt und noch dunkel am frühen Morgen des 7. November, als sich die AktivistInnen in den Camps bereit machen, um zum Schottern aufzubrechen. Es sind schließlich fast 4.000 Menschen, die zielstrebig und gut organisiert ihren Weg zur Castorschiene suchen. "Die Optik erinnert an die Proteste in Heiligendamm - nur mit Raureif auf den Wiesen", schreibt die taz in ihrem Ticker.

Doch das idyllische Bild trügt. Die beiden Arme, die ihrerseits in Finger unterteilt sind, kommen - nach teilweise fast zehn Kilometern Fußweg - kurz nach 9 Uhr morgens von Norden und von Süden an den Schienen an. Dort werden sie bei dem Versuch, zu den Gleisen zu kommen, massiv von der Polizei angegriffen. Es wird mit Tonfas geprügelt und es werden Unmengen an Pfefferspray gegen die AktivistInnen eingesetzt. An einigen Stellen werden massiv CS-Gasgranaten in den Wald geschossen, so dass sich ein beißender Nebel ausbreitet.

Jetzt zeigt sich, was gute mentale und praktische Vorbereitung wert ist: Viele Menschen in den vorderen Reihen sind gepolstert, sie haben Brillen oder improvisierte Visiere aus Folie gegen das Pfefferspray. Es gibt Planen, Rollen aus Luftballons in Folie oder Gummitiere, um die prügelnde Polizei auf Abstand zu halten. Viele benutzen auch einfach die mitgebrachten Strohsäcke, um sich zu schützen. Dennoch gibt es bereits die ersten verletzten AktivistInnen.

Radikal, frech, grenzüberschreitend, mutig

In dieser Situation geschieht zum ersten Mal das Außergewöhnliche: Die Polizeigewalt wird nicht mit Gegengewalt beantwortet, obwohl das Kräfteverhältnis an manchen Stellen sehr schlecht für die Staatsmacht aussieht. Die AktivistInnen weichen aber auch nicht zurück. Stattdessen drängen sie weiter zur Schiene - schließlich sind sie gekommen, um zu schottern. Das gelingt auch einigen und es entstehen erste Löcher, bis die Finger sich aufgrund der massiven Polizeigewalt zurückziehen müssen. Eine große Anzahl Verletzte (Augenverletzungen, Kopfwunden, Brüche) auf Seiten der AtomkraftgegnerInnen hat die erste Welle gefordert. Und wieder geschieht das Unwahrscheinliche: In den Delegiertenplena entscheiden die AktivistInnen, weiter zu machen, erneut zu den Gleisen zu ziehen, um zu schottern. Sie bleiben beim Aktionsbild der Kampagne, die Polizei nicht zu attackieren, sich aber auch nicht aufhalten zu lassen. Insgesamt wird es an diesem Tag drei große Vorstöße geben, von denen insbesondere der letzte besonders erfolgreich war. Hunderte gelangen an mehreren Stellen auf die Gleise und hinterlassen deutlich sichtbare Löcher im Bahndamm. An einer Stelle bei Pomoissel wird auf einer Strecke von 150 Metern effektiv geschottert.

¹ Zuerst veröffentlicht in ak - analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis - 555. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Wie viel das Schottern genau zur Verzögerung des Castortransports beigetragen hat, ist im Nachhinein schwer zu beziffern. Es musste jedenfalls in der Nacht am Gleis kräftig repariert werden. Das geschah in derselben Zeit, die zur Räumung der riesigen Sitzblockade auf den Schienen bei Harlingen gebraucht wurde. Diese Blockade hat in mehrfacher Hinsicht von der Schotter-Aktion profitiert: Sie konnte nur so groß und stabil werden, weil Polizeikräfte von dort abgezogen wurden, um gegen das Schottern bei Pomoissel eingesetzt zu werden - und viele AktivistInnen sind nach dem Schottern einfach weiter gezogen und haben sich dieser Blockade angeschlossen.

Der Erfolg von Castor? Schottern! misst sich am Ende nicht in Stunden Transportverzögerung oder in Kubikmetern weggeräumten Schotters, aber er ist dennoch unübersehbar: Die Kampagne hat ein Element der Dynamik und der kollektiven Regelverletzung in die Gorlebenproteste eingebracht, die der Anti-AKW-Bewegung insgesamt einfach gut getan hat. "Schottern" wurde zur Marke, selbst die Bundeskanzlerin meinte, vor dieser gefährlichen Aktion warnen zu müssen.

Noch Tage später geht es in den Talkshows, Analysen und Kommentaren um das Schottern, weil es durch das offene Bekenntnis zu einem kriminalisierten Regelverstoß einfach eine ganz starke Real-Symbolik hat. Schottern ist radikal genug, um der CDU, den Innenminister und den PolizeisprecherInnen den Geifer hervortreten zu lassen. Und Schottern ist anschlussfähig genug, dass sich die anderen Teile der Anti-AKW-Bewegung - bis weit hinein in die Linkspartei und die Grünen - nicht distanzieren, sondern öffentlich ihr Verständnis äußern. Gleichzeitig ist das Schottern nicht einfach nur ein Symbol. Wenn es die Polizei nicht mit so massiver Gewalt letztlich unterbunden hätte, wäre es zu sehr großen, in kurzer Zeit wahrscheinlich irreparablen Löchern gekommen.

Berechenbar und politisch anschlussfähig

Ein weiterer, sehr wichtiger Erfolg von Castor? Schottern! ist die Stärkung des Selbstvertrauens der AktivistInnen. Viele Menschen sind erstmals in eine so heftige Konfrontation gegangen. Sie sind nicht zurückgewichen, als die Prügelcops kamen, haben immer wieder geschottert, so lange es ging. Für eine wirklich breite Auswertung ist es noch zu früh, aber viele AktivistInnen berichten, dass es trotz der vielen Blessuren ein sehr gutes Gefühl war, nicht wegzulaufen, sondern gemeinsam standzuhalten. Es ist zu erwarten und zu hoffen, dass - ganz ähnlich wie Heiligendamm das Konzept der Massenblockade verbreitert hat - diese neuen Erfahrungen mit einem radikalisierten und erweiterten Zivilen Ungehorsam aufgegriffen und weitergetragen werden.

Natürlich kann eine Bilanz angesichts von ca. 1.000 Verletzten nicht einfach nur positiv ausfallen. War der Aktionsvorschlag wirklich verantwortbar? War es richtig, auf Selbstverteidigung gegen die gewaltsam vorgehende Polizei zu verzichten? Reichte die mentale und materielle Vorbereitung aus? Diese Fragen können letztlich nur in der Bewegung durch die Diskussion und den Erfahrungsaustausch unter den AktivistInnen beantwortet werden.

Für die politische Wirkung war die Kampagne genau so richtig, wie sie war: radikal, frech, grenzüberschreitend, mutig auf der einen Seite, berechenbar für die Teilnehmenden, verantwortlich organisiert und politisch anschluss- und solidarisiertungsfähig auf der anderen Seite. Dazu gehörte auch die offene Kommunikation, die namentliche Unterzeichnung der Absichtserklärung und eine offensive Pressearbeit.

Den Initiativen im Wendland und darüber hinaus ist die Kampagne Castor? Schottern! zu großem Dank verpflichtet. Sie hat unglaublich viel Solidarität und praktische Unterstützung von anderen AktivistInnen und der Bevölkerung im Wendland erhalten. Es war nicht selbstverständlich, dass die BI Lüchow-Dannenberg oder X tausendmal quer und WiderSetzen dem massiven staatlichen Distanzierungsdruck widerstanden haben - aber sie haben widerstanden und es ist gegenseitiges politisches Vertrauen gewachsen. Vor allem aber gilt der Dank den Bäuerinnen und Bauern, deren Blockaden die Polizei lange Zeit behinderten. Sollten sie bei einem künftigen Castortransport diese Strategie weiter ausbauen, ist das Wendland selbst für noch größere Polizeiarmeen nicht beherrschbar.

Die Kampagne Castor? Schottern! ist ein Bündnisprojekt, in dem neben autonomen Gruppen und Gruppen aus der Klimabewegung auch die Interventionistische Linke (IL) eine große Rolle spielt. Für die IL war Castor? Schottern! ein wichtiger Schritt zum weiteren organisatorischen Zusammenwachsen, der gemeinsamen Bewährung auch in konfrontativen Situationen und der Erfahrung, wie viel durch organisiertes Vorgehen erreicht werden kann. Denn letztlich hat es mit Castor? Schottern! die radikale Linke geschafft, in einem gesellschaftlichen Großkonflikt einen eigenen, wahrnehmbaren und Perspektiven eröffnenden Punkt zu setzen. Genau das ist interventionistische Politik.

Schöne Bescherung

Anfang November blockierten in Gorleben Tausende den Castor. Da kommt Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern nicht mit: Schnee und eisige Kälte erschwerten der kleinen Demonstrantenschar den Protest. Trotzdem kam es zu ganz erheblichen Verzögerungen, bis der Atommüll-Transport sein Ziel erreichte. Auf diese Weise gab es eine deutlich größere und öffentliche Auseinandersetzung mit dem Transport. Das war im östlichen Norden nicht immer so, denn zu den bisherigen Atommüll-Transporten in das Zwischenlager Lubmin kamen oft nur eine Handvoll Demonstranten.

In diesem Jahr aber dominiert neben den Weihnachtseinkäufen der bevorstehende Castortransport die Tagesthemen der Nordländer. Das Greifswalder Kernkraftwerk war zu DDR-Zeiten der Stolz der Stadt. Erst nach seiner plötzlichen Schließung begann dort ein langsames Umdenken, bereits Mitte der Achtziger Jahre, spätestens nach Tschernobyl, gab es die ersten Kernkraftgegner in der Stadt. Nach der Wende begann - mit dem Bekanntwerden der tatsächlichen Halbwertszeiten von Atommüll, auch mit der Art, wie Tschernobyl im Osten heruntergespielt wurde - ein Umdenken. Dass nun die Bundesregierung den Atomausstieg gemeinsam mit den vier großen Energiekonzernen rückgängig gemacht hat, macht viele Menschen hier wütend. Damit wurde auch ein alter Konsens gebrochen, welcher besagte, dass im Zwischenlager Nord nur Rückstände der still gelegten Kraftwerke der DDR in Lubmin und Rheinsberg eingelagert werden sollen. Nun werden Abfälle, die aus Karlsruhe und vom Atomforschungsschiff Otto Hahn stammen und in Frankreich aufbereitet wurden, auf die Reise in den Nordosten geschickt. Rückendeckung bekommen die Einwohner aus der Landespolitik und einigen Parteien im Schweriner Landtag, die zur Großdemonstration Mitte Dezember ins nahegelegene Greifswald aufgerufen haben. Allen voran auch DIE LINKE, die sich schon Anfang November im Wendland erfolgreich an diversen Protestformen beteiligt hat. Und so zogen dann am 11. Dezember, trotz äußerst unangenehmen Regenwetters, über 2500 Menschen völlig friedlich, aber laut und deutlich durch die Hansestadt Greifswald, um gegen den geplanten Transport von hoch radioaktivem Müll zu demonstrieren. DIE LINKE war selbst mit mehreren hundert Anhängern dabei. Unter ihnen waren auch die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau, der Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion Helmut Holter, der Landesvorsitzende Stefan Bockhahn sowie viele Abgeordnete aus dem Bundestag, Landtagen, Kreistagen und der Bürgerschaft. Und es ist der Partei hier auch eine längerfristige Herzensangelegenheit, denn hier im Norden saßen die Genossinnen und Genossen schon selbst in der Landesregierung und es war der damalige Umweltminister Wolfgang Methling (DIE LINKE), der an die damalige rot-grüne Bundesregierung geschrieben hatte und sich acht Jahre gegen eine Zwischenlagerung von Atommüll in Lubmin wehrte. Ausgerechnet Bundesumweltminister Jürgen Trittin von den Grünen aber hatte dies angeordnet und sein Nachfolger Sigmar Gabriel von der SPD hat nichts daran geändert. Durch die höchsten deutschen Gerichte wurde gegen alle demokratischen Beschlüsse der betroffenen Regionen entschieden. Lubmin habe den Atommüll aufzunehmen.

CDU und FDP im Land behaupten gegen die Einlagerungen zu sein. Sie lehnen aber eine Klage gegen die Laufzeitverlängerung vor dem Bundesverfassungsgericht ab. Sie tun auch nichts, damit ihre Verantwortlichen in der Bundesregierung den Transport und damit die Einlagerung stoppen. Die SPD kuscht vor dem Koalitionspartner CDU und will sich weder an Klagen noch an Aktionen des

Ungehorsams beteiligen. Einzig DIE LINKE hat sich immer konsequent auf allen Ebenen gegen die Einlagerung des Atommülls eingesetzt. Wir werden das weiter tun und auch daran erinnern. Und so war es auch wenige Tage vor der Großdemonstration DIE LINKE Landtagsfraktion, die gemeinsam mit ihrer Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft zur öffentlichen Fraktionssitzung am 07.12.2010 aufrief und der über 500 Menschen folgten.

Dieser Castor-Transport, da sind sich die Nordlichter einig, wird von fast allen zutiefst abgelehnt. Hier geht es um Wortbruch. Dass es Bilder und Massenproteste wie in Gorleben nicht gab, ist kein Makel. Selbst wenn es „nur“ Hunderte gewesen wären, verdienen die DezemberaktivistInnen – ob Demonstranten oder Blockierer – denselben Respekt wie die aus dem Wendland. DIE LINKE ist im Parlament und auf der Straße eine umso wichtigere PartnerIn der Antiatombewegung geworden.

Dreimal Bildungsstreik und was jetzt?¹

Dreimal haben wir in den letzten eineinhalb Jahren bundesweite Bildungsstreiks auf die Beine gestellt: Hunderttausende waren auf der Straße, viele von ihnen zum ersten mal überhaupt, über 80 Hörsäle wurden besetzt und hunderte junger AktivistInnen haben wertvolle Erfahrungen gesammelt. Nachdem auch im vergangenen Juni wieder knapp 100.000 Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende für ein besseres Bildungssystem protestiert haben, stehen wir nun vor der Frage, ob und wie es mit dem Bildungsstreik weitergehen wird.

Der Bildungsstreik war ein voller Erfolg. Erstens hat er politisiert: hundertausende junge Leute waren in den Straßen, ein Großteil von ihnen hat damit ihre ersten politischen Erfahrungen gemacht. Vor allem im Juni 2009 war in Berlin die Erfahrung, dass die Bildungsstreikdemo am 17. Juni für viele ihre erste Demonstration überhaupt war. Bei der Besetzungswelle im vergangenen Herbst waren an vielen Hochschulen vor allem die Erst- und Zweitsemester aktiv und haben tage-, manchmal wochenlang in den besetzten Hörsälen gelebt, jeden Tag Diskussion um die bestehenden Missstände, Forderungen, Gott und die Welt geführt. Es hat sich damit eine neue Schicht von mehr oder weniger bewusst linken Jugendlichen/ jungen Erwachsenen herausgebildet. Auf der einen Seite die "reinen Demogänger", die sich oft zum ersten Mal überhaupt mit Politik beschäftigt haben, und sei es unterbewusst und auf einem relativ niedrigen Niveau, auf der anderen Seite aber vor allem neue AktivistInnen, die bei den Besetzungen und in den Bildungsstreikbündnissen aktiv geworden sind, wertvolle Erfahrungen gesammelt haben, aber vor allem auch oft angefangen haben, sich über die Bildungspolitik hinaus Gedanken zu machen. Denn von der Ökonomisierung der Bildung kommt man sehr schnell zur Frage über die Rolle der Bildung in unserer Gesellschaft, zu kapitalistischer Verwertungslogik und letzten Endes auch zur Erkenntnis, dass eine andere Gesellschaft, in der es um die Bedürfnisse der Menschen geht und nicht um die Profite der Wirtschaft möglich und nötig ist.

Der Bildungsstreik hat aber nicht nur die TeilnehmerInnen politisiert, er hat auch in der breiten Öffentlichkeit: in den Medien, am Wohnzimmertisch und letzten Endes auch in der Politik, eine Diskussion um die Probleme im Bildungssystem angestoßen. Ohne den Bildungsstreik würden beispielsweise der Bolognaprozess und seine Umsetzung als alternativlos oder gelungen gelten. Die Bildungspolitik ist durch den Bildungsstreik und die damit verbundene mediale Aufmerksamkeit wieder zu einem wichtigen Thema in der Politik geworden: im Vorfeld der NRW-Landtagswahlen im Mai 2010 war die Bildungspolitik Wahlkampfthema, nicht zuletzt weil auch von uns Studiengebühren und das mehrgliedrige Schulsystem immer wieder, und auch in dieser politisierten Zeit, auf den Tisch gebracht wurden.

Vor einem Jahr im Juni versuchte uns Bildungsministerin Schavan noch mit platten Phrasen zu diskreditieren. Der öffentliche Druck, der auch durch das Verständnis und die Solidarität unseren Protesten gegenüber in der Breite der Gesellschaft entstand, zwang sie aber dazu, ihre Äußerungen nicht nur zurück zu nehmen, sondern uns später noch (wenn auch kosmetische) Zugeständnisse zu machen. Die BAföG-Erhöhung, wenn auch keine wirkliche Verbesserung weil kaum mehr als ein

¹ Bei dem Beitrag handelt es sich um eine aktualisierte Form eines Artikels, der zuerst erschienen ist in: linkskontrovers – Diskussionsorgan von Die Linke.SDS, September 2010. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Angeleichen an die Inflation, steht jetzt zwar auf der Kippe, wurde aber, ebenso wie die Erhöhung des Büchergeldes für StipendiatInnen, eindeutig als Versuch uns zu beschwichtigen eingebracht. Das zeigt, dass der Bildungstreik bei den Verantwortlichen in der Politik offenbar als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen wurde, sonst hätten sie sich in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise ganz sicher nicht dazu durchringen können. Dass im gerade veröffentlichten größten Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik der Bildungsetat der einzige ist, an dem nicht gekürzt werden soll, hängt sicher auch nicht nur an der Freundschaft zwischen Merkel und Schavan, sondern ist vielmehr ein Zeichen von Angst vor massiven Protesten gegen die geplanten Kürzungen - die man uns offenbar zutraut. Die Erfahrung, dass durch Druck von der Straße etwas bewegt werden kann ist für viele, gerade die neuen AktivistInnen, wichtig.

Obwohl also keine unserer Kernforderungen, und nichtmal weniger radikale Forderungen wie die Abschaffung der Anwesenheitslisten, durchgesetzt wurden, hat der Bildungstreik viele weniger offensichtliche Erfolge mit sich gebracht. Sich das hin- und wieder auf den Schirm zu rufen ist für viele AktivistInnen wahrscheinlich ziemlich hilfreich.

Bewegung im Niedergang?

Der 9. Juni war nach dem 17. Juni und dem 17. November 2009 der dritte bundesweite Aktions- bzw. Demotag im Rahmen des Bildungstreiks. Mal abgesehen von den Hörsaal-Besetzungen, die es um den Aktionstag herum gegeben hat, haben sich diese drei "Events" nur wenig voneinander unterschieden: Es gab jedes mal eine Aktionszeit (im Sommer jeweils eine Woche, im Herbst durch die spontanen Besetzungen bedingt länger) die ihren Höhepunkt jeweils am Mittwoch mit Demonstrationen in der ganzen Bundesrepublik hatte. Bis auf die Besetzungen im Herbst, war die Vorbereitung Monate lang, bundesweit und geplant. Es handelte sich also nicht um spontane Abwehrkämpfe sondern langfristig geplante Aktionen ohne konkreten Anlass. Dies ermöglichte das Heranswachsen einer neuen Generation von AktivistInnen, eine bildungspolitische Breite (es ging um das Bildungssystem als Ganzes, mit all seinen Missständen und nicht nur um ein konkretes Thema, z.B. Studiengebühren) und zuletzt auch eher träge Strukturen, wie die Gewerkschaftjugenden und darüber Auszubildende, in die Bündnisse mit einzubeziehen.

Die erstmalige Beteiligung von Azubis war aber auch die einzige qualitative Entwicklung, die es diesen Sommer gegeben hat. Für viele war der 9. Juni deshalb nur eine Wiederholung der vergangenen Bildungstreiks. Dass es aber nicht mehr so einen Drive wie bei den vorhergegangenen Streiks geben konnte, war schon seit dem 17. Mai klar: Es gab weder die Neuheit des Sommers 2009 noch eine spontan losbrechende Besetzungswelle wie im Herbst, entstanden aus der Unibrennt-Bewegung in Österreich.

So war nicht nur bei vielen AktivistInnen, die im dritten Semester den dritten (mehr oder weniger) gleichen Aktionstag organisierten und dementsprechend weniger motiviert waren, sondern auch bei den weniger aktiven, sich aber an den Demos beteiligenden, Bildungstreikenden kaum Feuer. In Berlin waren Reaktionen auf die Ankündigung des Bildungstreiks am 9. Juni nicht selten: "Schon wieder?!"

Des Weiteren ist die Planung und Organisation des Juni auf bundesweiter Ebene, aber auch in vielen lokalen Bündnissen an weit weniger AktivistInnen hängen geblieben. Gerade auf studentischer Seite haben sich nach einem kompletten Streiksemester viele erstmalig für ihr Studium aus den Bündnissen und Streikgruppen zurückgezogen. So haben sich bei der Vorbereitung des Junis im bundesweiten Bündnis noch um die zehn Leute eingebracht. Die hohe Arbeitsbelastung, die durch diesen akuten Mangel noch gestiegen ist, wird sicher auch wieder den einen oder anderen von den übrig-gebliebenen zum kompletten Aufhören bewegen.

Gerade deshalb wäre es ein Fehler, jetzt einfach im gleichen Rhythmus weiter zu machen. Der Bildungstreik als jedes Semester stattfindender Latsch-Demo-Aktionstag darf nicht ritualisiert werden, dadurch würde sich die Bewegung endgültig todlaufen.

Verlagerung auf regionale/ lokale Abwehrkämpfe statt bundesweit geplante Aktionstage

Der Bildungsstreik ist aber nicht zwangsläufig "tot". Denn obwohl das Sparpaket der Schwarzgeld-Regierung den Bildungsetat als einzigen nicht angreift, stehen uns massive Kürzungen auf kommunaler und Länderebene bevor. Beispiele dafür sind die 75 Millionen Euro, die in Hessen an Kitas, Schulen und Hochschulen gekürzt werden sollen oder die geplante Schließung einer gesamten Fakultät an der Uni Lübeck. Diese Angriffe werden wahrscheinlich, oder besser hoffentlich Proteste und Abwehrkämpfe hervorrufen. So sind am 16. Juni bereits 10.000 Lübecker Studierende in Kiel auf die Straße gegangen.

Wir stehen also vor einer Verlagerung der Proteste: weg von den langfristig und bundesweit geplanten Aktions- und Demotagen, hin zu konkreten und eher spontanen Abwehrkämpfen. Das wird den Charakter des Bildungsstreiks gehörig verändern. Gemeinsame Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Azubis werden durch eine solche Entwicklung eher unwahrscheinlicher, Aktionen werden viel spontaner laufen, es wird eine Zuspitzung auf bestimmte (Kampf-)Forderungen geben. Wenn zum Beispiel in einer Stadt die Uni geschlossen werden soll, sind die Azubis davon eher wenig betroffen, Demonstrationen oder Streiks werden nicht 4 Monate, sondern eher 4 Tage lang vorbereitet und es wird in erster Linie darum gehen, die Schließung der Uni zu verhindern, während die Forderung nach der Einführung verfasster Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern.

Gleichzeitig ermöglichen solche Proteste aber auch eine größere Beteiligung - sie haben oft eine größere Mobilisierungskraft, weil sie weniger abstrakt sind und man direkt betroffen ist und sich vor allem auch so fühlt.

Die bundesweite Klammer beibehalten

Bei einer solchen Verlagerung ist es natürlich schwer, vorauszusehen, wann wo was passieren wird. Im Angesicht einer so nie dagewesenen finanziellen, wirtschaftlichen und nach und nach auch politischen Krise, sind die Rechnungen für die Rettungspakete der Banken und der Konzerne in Griechenland noch lange nicht gezahlt. .

Inhalt jetzt! Endlich einen inhaltlichen Diskussionsprozess starten

In den letzten eineinhalb Jahren sind wir von Aktion zu Aktion, Demo zu Besetzung zu Demo getrieben, ohne zwischendurch ausreichend Zeit für eine kritische Reflexion dessen, was wir tun, zu haben und vor allem ohne dass wir uns mit den Inhalten unserer Proteste weiter beschäftigen konnten. Der Forderungskatalog, der auf bundesweiter Ebene vor eineinhalb Jahren erarbeitet wurde, ist seitdem nicht mehr diskutiert worden, teils aus Angst vor einer Entartung der Diskussion, teils auch einfach, weil es immer einen nächsten Aktionstag, Gipfel o.ä. vorzubereiten gab.

Gerade wenn uns die Perspektive zugespitzter und spontanerer Kämpfe bevorsteht, ist es doch unverzichtbar, diese auch mit konkreten, ebenso zugespitzten und vor allem straßentauglichen Forderungen zu unterfüttern. Wenn für eine ziemlich abstrakte Forderung wie "selbstbestimmtes Leben und Lernen statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck" schon 270.000 Menschen auf die Straße gehen, wieviele dürften es dann werden, wenn es viel konkreter heißt: "Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, sofortige Rücknahme des Turboabiturs und sofortige Abschaffung aller Noten – für selbstbestimmtes..."? Von solchen Forderungen fühlt sich jedeR (in diesem Fall) SchülerIn betroffen. Wenn es auch noch eine realistische Perspektive gibt, diese Forderungen tatsächlich durchzusetzen, wofür schonmal eine Voraussetzung ist, dass sie konkret formuliert sind: zum Beispiel "Bundesweit 100.000 LehrerInnenmehr, für eine Klassengröße von max. 15-20 SchülerInnen" statt "Mehr LehrerInnen, kleinere Klassen". Gerade wenn es darum geht, wirklich etwas durchzusetzen, und nicht das Bildungssystem als Großes-Ganzes zu kritisieren wie bisher, ist es aber auch notwendig, sich auf einige wenige Kernforderungen zu konzentrieren. Unsere Wunsch-Schule/-Uni werden wir im Kapitalismus als Ganzes sicher nicht durchsetzen.

Fokus 2011 - 2012

2011 werden in Bayern und Niedersachsen, 2012 in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen und 2013 schließlich in Hessen und NRW die doppelten Abiturjahrgänge von der Schule kommen. Weil quasi gar keine Auffangmaßnahmen seitens der Politik gegriffen werden und Missstände wie Ausbildungs- und Studienplatzmangel bzw. Überfüllung jetzt schon gravierend genug sind und sich noch weiter verschärfen werden, sind neue Proteste wahrscheinlich. Außerdem haben im Herbst bei den Hörsaal-Besetzungen gerade die Erst- und Zweitsemester eine wichtige Rolle gespielt, von denen es ja dann umso mehr geben wird und die auch schon die Erfahrung von mehreren Schulstreiks mit an die Uni oder die Ausbildung bringen. Das sollten wir nicht nur im Hinterkopf behalten, sondern schon jetzt anfangen uns darauf vorzubereiten, mit einer Neuauflage und Verbesserung unseres Forderungskatalogs, dem Einbinden neuer Leute usw.

Breit und entschlossen Naziaufmärsche verhindern: Das Erfolgskonzept von Dresden¹

1. Der Erfolg von Dresden

Die Nazis wurden gestoppt. Ihr „Trauermarsch“ fand im zwölften aufeinanderfolgenden Jahr erstmals nicht mehr statt. Das ist eine herbe Niederlage für die NPD, die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) und die ganze Naziszene in Deutschland. Denn mit ihren Aufmärschen am 13. Februar jeden Jahres anlässlich des Gedenkens an die Bombardierung Dresdens 1945 schienen sie einen respektablen Anknüpfungspunkt an die Mehrheitsgesellschaft gefunden zu haben.

In Zahlen: Im letzten Jahr standen 7.000 Nazis etwa 4.000 Blockiererinnen und Blockierer, hauptsächlich aus der Autonomen-Szene, gegenüber. In diesem Jahr war das Zahlenverhältnis 6.000 Nazis zu 12.000 aktiv blockierenden Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Der Polizeipräsident von Dresden fasste die Lage aus seiner Sicht zusammen: Es sei nicht „verhältnismäßig“ und vertretbar gewesen, das Demonstrationsrecht der JLO und der NPD gegen die große Zahl der Blockierenden mit Polizeigewalt durchzusetzen. In dem Begriff der Unverhältnismäßigkeit steckt die neue politische Lage. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren war es dem Bündnis Dresden Nazifrei im Vorfeld gelungen, breite politische Zustimmung in verschiedensten Lagern für eine breite und entschlossene Blockade zu gewinnen. Versuche der sächsischen CDU/FDP-Landesregierung, über Staatsanwaltschaften und Gerichte die Gegenbewegung zu kriminalisieren und zu spalten, sind fehlgeschlagen. Obwohl die Stadt Dresden die Blockaden von Dresden Nazifrei in der Dresdner Neustadt nicht genehmigt hatte, konnten die antifaschistischen Blockiererinnen und Blockierer die genehmigte Nazidemonstration verhindern.

2. Dresden Nazifrei: ein neues Modell für Anti-Nazi-Bündnisse

Die Grundlage des Erfolgs lag in dem Aufbau eines Bündnisses, das zu Menschenmassenblockaden² aufrief. Dieses Bündnis überwand einerseits die klassische autonome Katz-und-Maus-Strategie, die in den letzten Jahren immer weniger in der Lage gewesen war, Naziaufmärsche, insbesondere den in Dresden, zu stören, geschweige denn zu verhindern. Andererseits war das Ziel der effektiven Massenblockaden auch ein Bruch mit der Tradition der bloßen Meinungsbekundung gegen Nazis und des Appells an die Staatsmacht, gegen die Nazis vorzugehen, wie sie in Bürgerfesten wie „Bunt statt braun“ oder auch dem Aufruf „Geh Denken“ in Dresden im letzten Jahr zum Ausdruck gekommen war. Das Ziel der Massenblockaden war der Ausgangspunkt des Bündnisses. Die massenhafte Bereitschaft tausender Menschen, sich auf den vorgesehenen Nazi-Routen hinzusetzen oder im Stehen zu blockieren und auch nach der 3. Aufforderung durch die Polizei auszuharren, war die Voraussetzung für erfolgreiche Blockaden. Effektiv konnte diese Taktik aber nur sein, weil die Blockaden so

¹ Der hier veröffentlichte Beitrag war eine erste Auswertung des 13. Februar 2010 in Dresden vom 19. Februar 2010.

² Der Aktionskonsens lautete: „Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch. Von uns geht dabei keine Eskalation aus. Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.“

angelegt waren, dass die polizeiliche Räumung einen so hohen politischen Preis beinhalten würde, dass die Einsatzleitung sich im Endeffekt dafür entscheiden würde, die Nazidemonstration abzusa-gen. Das war eine Erfahrung, die unter anderem das Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus aus Jena in das Bündnis einbrachte. Für diese Strategie ist die politische Zusammensetzung der Blockaden entscheidend. Denn nur, wenn die Blockaden politisch so breit zusammengesetzt sind, dass eine Räumung in der Gesellschaft große Empörung auslöst, kann das Konzept funktionieren. Genau das ist passiert. Die taz berichtet von der Pressekonferenz des Polizeipräsidenten Bernd Merbitz: „Die Polizei habe aber darauf verzichtet, die Route zu räumen. Das wäre nicht verhältnismäßig gewesen, so Merbitz. Dabei hätte die überwältigende Anzahl der Gegendemonstranten und ihre breit gemischte Zusammensetzung eine Rolle gespielt.“ (taz, 16. 2. 2010). Wenn jetzt der konservative Politologe Eckhard Jesse im Nachhinein in der Bild-Zeitung beklagt, die Neonazi-Gegner hätten sich „über Recht und Gesetz hinweggesetzt“, ignoriert er, dass Recht und Gesetz immer gesellschaftlich durch-gesetzt werden müssen – und dass diese Durchsetzung in einem politisch-gesellschaftlichen Kräfte-verhältnis stattfindet. Der Erfolg hing also entscheidend von der gesellschaftlichen Verankerung des Blockadebündnisses ab. Hier hat der Aufruf „Dresden Nazifrei“ eine Grundlage dafür geschaffen, weit in die Gesellschaft hinaus auszugreifen. Über 2.000 Einzelpersonen und 500 Organisationen unterzeichneten den Aufruf. Entscheidend war, dass sich der Aufruf auf die Verhinderung des Nazi-aufmarsches konzentrierte und nicht versuchte, das Gedenken der Dresdner Bevölkerung an die Op-fer der Bombardierung anzugreifen – wie es etwa das antideutsche Venceremos-Bündnis mit seiner Mobilisierung getan hat. Nur so konnte eine solch breite Mobilisierung gelingen. Getragen wurde die Mobilisierung von dem Bündnis No Pasarán, dem die Antifaschistische Linke Berlin und Grup-pen der Interventionistischen Linken, wie etwa FelS und Avanti, angehörten. Diese Gruppen haben im Jahr 2010 im Vergleich zum Jahr 2009 noch weiter ausgreifen können. Gleichzeitig war es auch entscheidend, dass von Anfang an politische Kräfte im Bündnis aktiv waren, die über das Spektrum von No Pasarán hinausgingen. Das Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus aus Jena organisier-te ein Wochenende für das Blockadetraining und eine erfolgreiche Konferenz für ostdeutsche Städte, wo Bürgermeistern zusammen mit den lokalen Antifa-Spektren das Konzept gewaltfreier Massen-blockaden gegen Naziaufmärsche vorgestellt wurde. Ebenso entscheidend war, dass LINKE-Mit-glieder aus Dresden, Sachsen und vom Parteivorstand und Aktive aus dem Studierendenverband LINKE.SDS und von Linksjugend [solid] von Beginn an im Bündnisprozess aktiv waren. Die LIN-KE stellte Infrastruktur und Gelder bereit und es gelang ihr – und das war der größte Fortschritt – bundesweit Mitglieder und Sympathisanten zu aktivieren (siehe unten).

3. Die Nazis nach der Niederlage: Kann Frust in dauerhafte Spaltung und Schwächung um-schlagen?

Für die Nazis war die Blockade des Naziaufmarsches in Dresden eine enorme Niederlage. Bis dahin war der Aufmarsch eine Erfolgsgeschichte für beide Pole der Nazibewegung gewesen: Die Kräfte um die NPD herum konnten mit ihrem „Trauermarsch“ an die Mehrheitsgesellschaft anknüpfen und bis weit in das rechtskonservative Milieu ausgreifen. Für die militanten Nazis um die Kamerad-schaften und die Freien Nationalisten war der Aufmarsch eine Machtdemonstration – immerhin konnten sie lange Jahre marschieren, ohne behindert zu werden, und zudem waren sie bis ins Jahr 2009 den Gegendemonstranten zahlenmäßig immer überlegen.

Die Blockade des Aufmarsches stellt für beide Pole der Naziszene eine bittere Niederlage dar. Die „Gemäßigten“ konnten diesmal kein Bild eines disziplinierten „Trauerzugs“ abgeben. Stattdessen ließen die Nazis ihrem Frust in gewaltsamen Spontandemonstrationen in Gera und Pirna freien Lauf.

Für die militanten Kräfte stellte das stundenlange Warten ohne Aufmarsch ihre zentrale Macht- und Gewaltdemonstration in Frage. Denn die Aufmärsche stellen für die Militanten einen zentralen So-zialisierungsmechanismus dar. Der Spiegel vom 10. 11. 1986 schrieb dazu: „Massenaufmärsche gä-

ben, so Hitler ‚den kleinen armseligen Menschen die stolze Überzeugung [...], als kleiner Wurm dennoch Glied eines großen Drachens zu sein‘, da unterliege er dem ‚zauberhaften Einfluss dessen, was wir mit dem Wort Massensuggestion bezeichnen‘“. Die Naziaufmärsche zeigen ihren Mitgliedern, wie mächtig sie sind, und dass sie auch als kleine Minderheit in der Lage sind, Macht auf der Straße auszuüben, Menschen zu verängstigen und zu terrorisieren. Bei den Nazis deutet sich eine strategische Auseinandersetzung an: Einerseits könnte es sein, dass der Flügel, der auf politische Anknüpfung an die Mehrheitsgesellschaft setzt, den Aufmarsch in Dresden aufgibt und sich stattdessen auf andere Themen konzentriert. So stellt die NPD jetzt in Nordrhein-Westfalen im Wahlkampf auf allen Plakaten ihre rassistische Hetze gegen Muslime in den Vordergrund und verknüpft diese mit sozialen Themen. Auf der anderen Seite könnte der gescheiterte Aufmarsch zur Radikalisierung der gewaltbereiten Nazis führen, die sich auch in den Auseinandersetzungen auf der Demonstration ausdrückte, wo Teile der militanten Nazis durch die Polizeiketten brechen wollten und sich gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Ordnern der Demonstration lieferten. Die Spannung zwischen Straßenkampfarmee, oder auf NPD-Deutsch „dem Kampf um die Straße“, und der politisch-bürgerlichen sozialdemagogischen Fassade „Kampf um die Köpfe und Parlamente“ ist ein Kerncharakteristikum der faschistischen Bewegung. Diese Spannung liefert Antifaschisten immer einen Ansatzpunkt zur Spaltung der Nazis.

Auch nach dem Erfolg von Dresden gibt es für Antifaschisten keine Entwarnung. Die Nazis werden zudem versuchen, nächstes Jahr wieder zu marschieren und die Reihen zu schließen. Eine erneute schwere Niederlage könnte hingegen die Spaltungstendenzen verstärken und die Nazis erheblich schwächen.

4. Welche Rolle spielte die Menschenkette in der Altstadt?

Die Gegenmobilisierung hat allerdings noch eine zweite, für den Gesamterfolg nicht unwichtige Seite. Schon im vergangenen Jahr war die CDU-Oberbürgermeisterin Helma Orosz unter starken politischen Druck seitens der Gewerkschaften und anderer Organisationen geraten, die NPD-Aufmärsche nicht länger stillschweigend als Teil eines legitimen Ausdrucks der Trauer an die Brandopfer vom 13. Februar 1945 zu dulden. Erstmals distanzierte sie sich bei der Kranzniederlegung am Heidefriedhof von der NPD. Dieser Druck hat in den vergangenen Monaten zugenommen, so dass es in diesem Jahr zum ersten Mal einen Aufruf des bürgerlichen Lagers gab, der nicht nur das „stille Gedenken“ an 1945 vorsah, sondern zugleich einen Protest gegen den Missbrauch des Gedenkens durch die Nazis. Eine große Zahl von Dresdnerinnen und Dresdnern stellte sich hinter diesen Aufruf. 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Menschenkette waren selbst für die Veranstalter eine überraschend große Zahl. Während die Oberbürgermeisterin und die CDU im Vorfeld versuchten, diese Veranstaltung in eine Veranstaltung gegen Extremismus von rechts und links umzufunktionieren, mussten sie diese Linie fallen lassen.

Insbesondere Gewerkschaftsgliederungen und die SPD mobilisierten zur Menschenkette, die deutlich von Gewerkschaftsfahnen geprägt war. In den Tagen zuvor hatten die großen Zeitungen in Dresden gegen den Aufmarsch und zur Menschenkette mobilisiert, beispielsweise mit der Titelseite „Nazis raus“. Und auch das Zeichen der „Weißen Rose“ unter dem die Menschenkette stand, bezog sich auf die Tradition von antifaschistischem Widerstand.

Deshalb ist es falsch, wenn die junge Welt in ihrem Leitartikel zu Dresden schreibt: „Ganz im Gegensatz zu den engagierten Blockierern, die den Aufmarsch der Nazis verhinderten, blieb das offizielle Sachsen seiner politischen Linie treu“ und übte sich „in feierlichem Händchenhalten gegen ‚Extremisten‘“. Das sah Holger Apfel, der sächsische NPD-Vorsitzende ganz anders, als er sich über das „Gegeifer“ der Oberbürgermeisterin Orosz beschwerte. Tatsächlich hat das „offizielle Sachsen“ seine Linie gegenüber dem vergangenen Jahr und den letzten Monaten geändert: von der stillschweigenden Duldung der Naziaufmärsche zur verbalen Distanzierung. Auch die Menschenkette um die Altstadt war eine antifaschistische Kundgebung, wenn auch zur falschen Zeit und am

falschen Ort. Die Menschenkette verhinderte den Naziaufmarsch auf der anderen Elbeseite in Dresden-Neustadt nicht. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stefan Kramer, hält die Dresdner Menschenkette vom 13. Februar für unzureichend im Widerstand gegen Rechtsextreme. Die Kette sei „ein zartes Pflänzchen, aber ein tragfähiges Konzept für die Zukunft ist sie allein nicht“, sagte Kramer in der sächsischen Regionalausgabe der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 18. 2. 2010. „Hätten sich die Blockaden nicht als erfolgreich erwiesen, hätte auch die Menschenkette keinen Erfolg gehabt.“ Kramer warf sächsischen Politikern fehlenden Mut in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen vor. Viele Politiker würden die politische Auseinandersetzung mit den Rechten scheuen. „Man hat Angst vor ihnen und glaubt, es reiche, ihnen mit Gesetzen und einem eingeschränkten Versammlungsgesetz zu begegnen.“ Die Stadt sei nach dem verhinderten Marsch noch lange nicht am Ziel. „Die politischen Grabenkämpfe in Dresden müssen überwunden werden“, forderte der Generalsekretär.

5. Massenblockaden ausweiten

Das Bündnis Dresden Nazifrei hatte sich im Vorfeld vergeblich um die Unterstützung des DGB und der SPD für die Blockaden bemüht. Aber die Position etwa des Dresdner DGB-Vorsitzenden Ralf Hron, der die Massenblockade von Dresden Nazifrei nicht unterstützte, geriet in den Wochen vor dem Aufmarsch unter Druck. Die sächsische DGB-Vorsitzende Iris Kloppich sagte zu, auf der Kundgebung des Bündnisses Dresden Nazifrei zu sprechen, auch wenn der DGB Sachsen nicht die Blockaden, sondern die Menschenkette unterstützte. Ver.di veröffentlichte wenige Tage vor dem Ereignis sogar einen offiziellen Aufruf, sich an den Blockaden zu beteiligen. Am Tag vor dem Naziaufmarsch rief Ralf Hron schließlich doch noch im Namen des DGB Dresden dazu auf, bereits morgens um 10 Uhr von der Synagoge in der Altstadt zum Albertplatz, dem zentralen Kundgebungsort von Dresden Nazifrei, zu marschieren. Der Erfolg des Bündnisses Dresden Nazifrei zeigt, dass es sich lohnt, mit einem entschlossenen und zugleich breit getragenen Aufruf einen gesellschaftlichen Pol aufzubauen, der weitere Kräfte anziehen kann. An der Menschenkette und den Blockaden nahmen zusammen mehr als 22.000 Menschen teil, die am 13. Februar auf beiden Seiten der Elbe gegen Nazis demonstrierten. Ziel für das kommende Jahr muss es sein, große Teile der mehr als 10.000 Dresdnerinnen und Dresdner, die in diesem Jahr in der Altstadt gegen die Nazis demonstrierten, für entschlossenen Widerstand und die Massenblockaden zu gewinnen. Dass dieses Ziel nicht unrealistisch ist, zeigt etwa die Reaktion der SPD Dresden auf die erfolgreichen Blockaden. In ihrer Nachbetrachtung schreibt Sabine Friedel, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Dresden und sächsische Landtagsabgeordnete, in einem offenen Brief an die Oberbürgermeisterin: „Ich selbst hatte im Vorfeld des 13. Februar den Eindruck, es gäbe zwei Ziele, die jeweils verschiedene Gruppen mit diesem Tag verbinden: 1. So viele Menschen wie möglich zu einem öffentlichen Bekenntnis für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus und Gewalt zu bringen. Und 2. den rechtsextremen Aufmarsch tatsächlich zu stoppen. Ich war der Auffassung, dass beide Ziele einander im Weg stehen. Und ich habe persönlich dem ersten Ziel weitaus mehr Bedeutung und Wichtigkeit zugemessen als dem zweiten. Schaut man sich im Ergebnis die Berichterstattung über den Tag an, so muss man feststellen: Der Erfolg des 13. Februar wurde an beiden Zielen gemessen – gleichrangig. Eine Menschenkette ohne Blockade auf der anderen Elbeseite wäre ein wehrloses Symbol geblieben. Eine Blockade ohne die Menschenkette ein halber Erfolg der ‚üblichen Verdächtigen‘, aber nicht der Dresdnerinnen und Dresdner. Wir werden ganz klar Wege finden müssen, beide Ziele gemeinsam zu erreichen.“

6. Stärken und Schwächen der antifaschistischen Mobilisierung

Albertplatz: Lehren einer erfolgreichen Kundgebung

Im Bündnis gab es im Vorfeld eine Strategiedebatte. Auf der einen Seite standen Kräfte, die betonten, dass wir alles daransetzen sollten, möglichst viele Kräfte in Buskonvois zusammenzufassen und auf diese Weise eine taktisch flexible Masse zu organisieren, die dann mobile Blockadepunkte besetzen kann. Auf der anderen Seite bestand der Wunsch, eine Kundgebung mit prominenten Redne-

rinnen und Rednern durchzuführen, um viele Menschen ohne jede Blockadeerfahrung anzuziehen. Die Kundgebung sollte als angemeldeter und frühzeitig veröffentlichter Anlaufpunkt bekannt gegeben werden und gleichzeitig eine mögliche Route der Nazis blockieren. Am Ende wurde dieser Punkt „+1-Punkt“ als Ergänzung zu den Blockadepunkten genannt. Im Nachhinein lässt sich sagen, dass diese Entscheidung richtig war. Die Kundgebung am Albertplatz war für viele Dresdnerinnen und Dresdner eine gute Möglichkeit, sich an den Blockaden zu beteiligen. Viele schauten einfach vorbei und wurden dort von dem politischen Programm angesprochen. Einige brachten ihre Kinder oder Enkel mit. Die Stimmung war gut, und auf dem Albertplatz entwickelte sich ein antifaschistisches Volksfest des zivilen Ungehorsams, das die Polizei nie genehmigte, aber auch nicht räumte. Die Reden von Katja Kipping (DIE LINKE), Iris Kloppich (DGB Sachsen), Astrid Rothe-Beinlich (Grüne) und Albrecht Schröter (SPD Jena) und die Lieder von Konstantin Wecker und Jochen Distelmeyer bestärkten die Menschen, stundenlang gegen die Nazis in der Kälte auszuharren. Dieses politische und kulturelle Programm wurde auf anderen Blockadepunkten teilweise vermisst. Für die Zukunft sollten wir festhalten, dass eine solche Kundgebung Bürgerinnen und Bürger mobilisiert und kein Gegenpol zu den Blockaden darstellt. Hätten wir diesen Punkt schon Wochen vorher offensiv und transparent öffentlich gemacht, wäre es leichter gewesen, in Dresden eine entschlossene Alternative zum symbolischen Antifaschismus der Menschenkette sichtbar zu machen.

Vom Kopf auf die Füße stellen: Das Bündnis lokal sichtbar machen.

Bis jetzt ist das Blockadebündnis nur auf bundesweiter Ebene sichtbar. Hier wurde über monatelange Zusammenarbeit auch eine Vertrauensbasis zwischen den unterschiedlichen Akteuren geschaffen. Vor Ort steckt die Zusammenarbeit aber meist noch in den Anfängen fest. In vielen Orten gab es keine gemeinsame spektrenübergreifende Anreise, wie dies etwa in Berlin möglich war. Dort organisierte das Bündnis eine gemeinsame Anreise in 29 Bussen, und jeder Bus wurde mit Personen der verschiedenen Spektren gefüllt, so dass es keine Spaltung in „böse“ Antifa-Busse und „gute“ Gewerkschaftsbusse geben konnte. Leider beteiligten sich die Vorstände der Berliner LINKEN, der Grünen und SPD nicht daran, sondern organisierten eigene Busse und getrennten Abfahrtsorte. Ebenso gab es in den wenigsten Orten im Vorfeld gemeinsame Aktivitäten des Bündnisses. Auch hier war Berlin vorbildlich. Hier fand im Vorfeld eine gemeinsame regionale Aktionskonferenz statt, wo unterschiedliche Akteure, aber auch gänzlich Unorganisierte sich gemeinsam auf die Blockaden vorbereiten konnten. Solche Aktionskonferenzen sollten für das nächste Jahr in allen Regionen anvisiert und langfristig vorbereitet werden.

Plakatbeschlagnahmen und öffentliche Plakatierungen: Kriminalisierungsversuch förderte Ausweitung der Mobilisierung

Im Vorfeld des 13. Februar versuchte die Staatsanwaltschaft Dresden, das Blockadebündnis zu kriminalisieren. Zwei Büros in Dresden und Berlin wurden durchsucht und tausende Plakate beschlagnahmt. Das Manöver zielte nicht darauf ab, die überzeugten Blockiererinnen und Blockierer abzuhalten, sondern diejenigen, die bisher keine Blockadeerfahrung hatten. Im Nachhinein wurde dieses Verhalten der Staatsanwaltschaft von vielen als ungeschicktes Manöver angesehen, das nach hinten losging. Die Kriminalisierung konnte jedoch nur abgewehrt werden, weil das Bündnis breit aufgestellt war, so dass der Vorwurf, es handele sich um gewaltbereite Demonstranten, ins Leere lief. Stattdessen wurden viele Repräsentanten von Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugend, Grünen, LINKEN, SPD und Bürgerinitiativen aktiv, die bis dahin nur passiv oder gar nicht das Bündnis unterstützten, und bekannten sich zum Recht auf zivilen Ungehorsam gegen Naziaufmärsche. Die Verteidigung des grundsätzlichen Rechtes auf zivilen Ungehorsam wurde zu einer Position, die weit über den ursprünglichen Kreis des Bündnisses für wichtig erachtet wurde.

7. Eine wichtige Erfahrung für DIE LINKE

DIE LINKE war bereits zu Beginn an der Entstehung des Bündnisses Dresden Nazifrei beteiligt. Mehrere Mitglieder der LINKEN aus dem Bundespartei Vorstand, dem Landesvorstand Sachsen und

dem Stadtvorstand Dresden sowie Bundestagsabgeordnete gehörten zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs von Dresden Nazifrei oder nahmen aktiv an dem Bündnisprozess teil. Am 12. 12. 2009 verabschiedete der Parteivorstand einen Aufruf: „Nazis stoppen! Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“³. Im Ergebnis war Dresden die erste bundesweite antifaschistische Mobilisierung der LINKEN. Aus den meisten Regionen ist eine Mobilisierung nach Dresden erfolgt. Neben den jeweiligen Bündnisbussen organisierte DIE LINKE – soweit uns bekannt – aus Berlin fünf, aus Hessen neun, aus Thüringen zehn, aus Sachsen sechs, aus Baden-Württemberg vier Busse und aus dem Saarland einen Bus. Andere Landesverbände wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Bayern nutzten die Bündnisbusse. Die Partei hat neben der Unterstützung und Verschickung des Bündnismaterials auch eigene Aufkleber, Flugblätter und Plakate erstellt⁴.

Besonders bedeutend ist, dass DIE LINKE dabei aktiv in die Blockaden eingebunden war und damit einen wichtigen Beitrag für den politischen Schutz der Blockaden geleistet hat: Abgeordnete plakatierten nach der Beschlagnahmung der Plakate gemeinsam mit Aktiven aus Partei, Studierendenverband, Jugendverband und Antifa. Sie begleiteten einzelne Buskonvois und hielten sich dauerhaft an den Blockaden auf. Die sächsischen, thüringischen und hessischen Landtagsfraktionen waren geschlossen bei den Blockaden anwesend und organisierten mit der „öffentlichen Fraktions-sitzung“ politischen Schutz.

8. DIE LINKE.SDS und Linksjugend ['solid]

Der Studierendenverband DIE LINKE.SDS orientierte bereits ab Herbst 2009 auf Dresden. Er stellte als einer der ersten Verbände frühzeitig Material zur Verfügung: Plakate „Nazis stoppen“, Aufkleber und die Zeitung Critica mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren. Bereits Anfang Oktober wurde auf dem „Make Capitalism History“-Kongress ein breites und entschlossenes Blockadebündnis angestrebt. In vielen Orten ist es im Laufe der Mobilisierung auch gelungen, AktivistInnen aus dem Bildungstreik für die Mobilisierung nach Dresden zu gewinnen. Abgesehen von den letzten zwei bis drei Wochen war die Mobilisierung an den Hochschulen aber kein Selbstläufer. Dabei waren die Mobilisierungsveranstaltungen im Januar weniger gut besucht, als später die Busse voll waren. In der Dresden-Kampagne haben Studierendenverband und Linksjugend ['solid] intensiv zusammengearbeitet. Gemeinsam ist es gelungen, eine inhaltliche Broschüre zum Thema unter dem Titel „Block Fascism!“ mit einer Auflage von 5.000 Stück zu produzieren und gemeinsame Plakate zu drucken. In vielen Orten wurden die Busse von Linksjugend ['solid] und LINKE.SDS gemeinsam organisiert, wobei es sich oft um die jeweils größte Mobilisierung zu einem Ereignis handelte (3 Busse in Heidelberg, 3 Busse in Darmstadt, 2 Busse in Regensburg, um nur einen Ausschnitt zu nennen).

9. Erfolgreiche Bündniszusammenarbeit fortsetzen

Die Initiative von Dresden Nazifrei hat gezeigt, wie wichtig eine langfristig organisierte Bündnisarbeit ist, um eine gesellschaftliche Dynamik zu entfalten. Es reicht nicht aus, ein Flugblatt und ein Plakat ins Netz zu stellen. Es bedarf langfristiger und zugespitzter Arbeit, damit am Ende wirklich viele Menschen in Bewegung geraten. Deshalb sollten wir die Strukturen erhalten, kampagnenfähig bleiben und systematisch dafür sorgen, dass wir – mit dem Erfolg von Dresden im Rücken – weitere Naziaufmärsche verhindern und dass mehr Menschen die Erfahrung mit einer erfolgreichen Massenblockade machen. Bereits jetzt zeichnen sich neue Herausforderungen ab, Naziaufmärsche mit breiten und entschlossenen Bündnissen zu verhindern. Am 27./28. März 2010 wollen die „Bürgerbewegung pro NRW“ und die NPD im Wahlkampf gegen die Moschee in Duisburg marschieren, ein Bündnis Duisburg stellt sich quer! hat sich gebildet. Weitere Herausforderungen sind der Naziaufmarsch am 1. Mai 2010 in Berlin, am 1. September 2010 und erneut im Februar 2011 in Dresden.

³ http://www.die-linke.de/politik/aktionen/nazis_stoppen_nie_wieder_faschismus_nie_wieder_krieg

⁴ http://die-linke.de/service/download/naziaufmaersche_stoppen

Überwachungskritische Bilder. Proteste gegen Kontrolle 2010¹

Der Herbst 2008 förderte eine interessante Entwicklung zutage. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde wieder eine Protestbewegung, die sich gegen Überwachung und Kontrolle wendete, wahrnehmbar. Mit der bundesweiten Demonstration unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ in Berlin und ihrer Neuauflage im Herbst 2009 und schließlich auch 2010, die sich insbesondere an der Vorratsdatenspeicherung entzündet hatte, aber ein ganzes Potpourrie überwachungskritischer Themen ansprach, war Datenschutz und Überwachungskritik wieder öffentlichkeitswirksames Protestthema geworden. „Etablierte“ überwachungskritische Aktivistinnen² fanden sich heute aber in einer ungewohnten Koalition mit einer neuen Protestgeneration wieder, welche sich zu einem großen Teil aus sehr jungen Menschen zusammensetzte, die durch ihre Internet- und Computeraffinität mit dem Thema in Berührung gekommen waren, also über völlig neuartige Politisierungshintergründe verfügten.

Es zeigte sich, dass tradierte politische Konfliktlinien die behandelten Themen nicht mehr eindeutig abbildeten, was auf den Demonstrationen am vertretenen Spektrum deutlich wurde. Dieses reichte – abgesehen von der Vielzahl außerparlamentarischer Gruppen, Organisationen, Vereine, Landesverbände usw. – von der FDP über die Grünen, Die Linke. bis hin zur autonomen Antifa. Stattdessen zeichnet sich hier möglicherweise die Institutionalisierung einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie ab. Das spiegelt sich in Netzwerken wieder, wie dem bundesweiten Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung und der Gründung einer Partei, der Piraten. Diese Situation provozierte Auseinandersetzungen über die Art und Weise des Protestes, über die anzustrebenden Ziele und die möglichen Bündnisse.

Im Folgenden sollen einige grundlegende Merkmale der aktuellen überwachungskritischen Protestbewegung und auch die innere Fragmentierung des diese tragenden politischen Spektrums analysiert werden. Das soll v.a. durch einen Blick auf visuelle und sprachliche Bilder erfolgen, mit denen sich die 'Überwachungskritik 2.0' darstellt und ihre Anliegen zu vermitteln sucht. Denn solche Bilder sind trotz ihrer Allgegenwart und der Subtilität ihrer Wirkung viel seltener Gegenstand diskursiver Auseinandersetzungen. Der Beitrag ist nicht das Ergebnis systematischer Forschungen. Er soll vielmehr als Versuch einer kritischen Beobachtung und Reflexion aus wissenschaftlicher wie engagierter Perspektive verstanden werden, der Anregungen für die Auseinandersetzung liefern möchte.³

Schäuble vs. Grundgesetz

Eine zentrale, vielleicht die wesentlichste Konfliktlinie innerhalb des Protests, die einen 'radikalen'/linken Pol von einem 'gemäßigten'/linksliberalen bis liberalen/bürgerrechtsorientierten

¹ Bei dem Text handelt es sich um eine aktualisierte und leicht überarbeitete Fassung eines Artikels, der zuerst in der Hellen Panke/ Heft 20: Jenseits der Überwachung. Strategien der Kontrolle und ihre Kritik erschienen ist. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

² Der Einfachheit halber wird bei Personenbezeichnungen nur die weibliche Form verwendet. Männer fühlen sich bitte mitgemeint.

³ Der Beitrag ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung von: Ullrich, Peter; Lê, Anja 2010: Überwachungskritische Bilder, in: Matthias Rothe/ Falko Schmieder: Jenseits von Überwachung. Strategien der Kontrolle und ihre Kritik, Philosophische Gespräche 20, Berlin: Helle Panke e.V., S. 44-52.

Mehrheitspol unterscheidet, hat das Verhältnis zu Staat und Recht zum Inhalt. Sie findet sich auf verschiedenen Ebenen wieder und berührt neben ideologischen Fragen auch die Tragweite der vertretenen Gesellschaftsanalysen und nicht zuletzt die Frage nach den als legitim erachteten Mitteln des Protest.

Die Fokussierung auf den Staat als Ziel der Kritik wie auch als (Identifikations-)Objekt des eigenen Gestaltungswillens findet sich in den am meisten verbreiteten Bildern. Unter kritisierendem Blickwinkel zeigt sich dies personifizierend (vor allem der ehemalige Innenminister Wolfgang Schäuble war zur negativen Ikone der Protestierenden geworden⁴) oder mit Bezug auf bekannte Überwachungsstaatsinstitutionen (Stasi 2.0⁵). Auch die beiden Bilder, die unabhängig von den aktuellen Entwicklungen und Kampagnen zu den verbreitetsten Symbolisierungen von Überwachung gehören (Haggerty/Ericson 2000) – Orwells „1984“ („Big Brother“) und Foucaults bei Jeremy Bentham entliehenes Panopticon – verweisen klar auf die als staatlich konzipierte Adresse der Kritik (zur Frage der Zwangsläufigkeit dieser Fokussierung vgl. den Abschnitt „Hitler 2.0?“).

Umso erstaunlicher ist es daher, dass auch die positiv besetzten Bilder und verschiedene Handlungsstrategien ebenso dominant auf den staatlichen Handlungsrahmen verweisen, welcher als implizite Grundvoraussetzung der Gestaltung von Gesellschaft essentialisiert wird. Prominentester dieser positiv aufgeladenen etatistischen Bezugspunkte ist sicherlich das Grundgesetz. Dessen 60. Geburtstag wurde im Vorjahr von Aktivistinnen zum Anlass für Infostände und Aktionen genommen, auf Demonstrationen wurde es zu Grabe getragen, sein eigentlicher 'Geist' wurde gegen die aktuelle illiberale Gesetzgebung in Stellung gebracht. Und so ist es nicht verwunderlich, dass erhebliche Protestenergie in direktdemokratische (Petitionen) und juristische Einflussnahme (Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht) gesteckt wurde und wird (Steven 2009: 84). Das Scheitern der Klage gegen den EU-Zensus 2011 („Volkszählung“), welche vom Bundesverfassungsgericht im Oktober 2010 nicht einmal zur Verhandlung angenommen wurde, machte ganz aktuell noch einmal die Grenzen des Rechtsweges deutlich. Bei den Verschärfungen des Versammlungsrechts durch das neue bayrische Versammlungsgesetz (vgl. Ullrich/Wollinger 2011) konnte jedoch ein Teilerfolg verzeichnet werden. Das 2010 in Kraft getretene Gesetz stellt noch immer eine massive Verschärfung und gleichzeitige Perpetuierung von Problemen des alten Bundesversammlungsgesetzes dar. Jedoch mussten verschiedene in der Version von 2008 durchgesetzte Verschärfungen nach Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht fallengelassen werden und wurden nicht Bestandteil der aktuellen Rechtssituation.

Was diesem Protest, der sich also im Kern als Demokratiebewegung im Zeitalter der Digitalisierung verstehen lässt, von links vorgeworfen wurde (Leipziger Kamera 2009: Kap. 2), ist eine oftmals naive Sicht auf staatliche Herrschaft und die aktuellen gouvernementalen Techniken ihrer Aufrechterhaltung (Steinke 2009; Fisahn 2009). Verschiedene Argumente wären einer dominant an staatlichen Institutionen orientierten Proteststrategie entgegenzusetzen. Wichtigstes ist wohl das als paradoxe Verrechtlichung bekannte Phänomen (ebd.): Erfolge gegen nicht verfassungskonforme Gesetze vor Gericht führen nur zu oft dazu, dass die Administration sie erneut, nun juristisch wasserdicht, einbringen und durchsetzen kann. Deutlich wurde dies, als das Bundesverfassungsgericht Anfang des Jahres 2010 die Vorratsdatenspeicherung für unzulässig erklärte, zeitgleich aber betonte,

⁴ Er war als Hauptzielscheibe des Protests vertreten auf Plakaten, als Maske, in Form seines vom Chaos Computer Club verbreiteten Fingerabdrucks und als Quell für Wortspiele und Witzeleien. So warnt ein Plakat, auf dem ein Rollstuhl abgebildet ist (Schäuble ist seit einem Attentat an den Rollstuhl gefesselt), dass das Grundgesetz „nicht unter die Räder“ kommen dürfe. Hier zeigt sich auch eine gelegentlich im Fall Schäuble aufscheinende, aber sicherlich irreführende Psychologisierung, die die persönliche Betroffenheit durch das Attentat zur Ursache obrigkeitstaatlicher Politiken stilisiert. Mit dem neuen Innenminister Thomas de Maiziere steht ein weit weniger bekannter und entsprechend als Protosymbol weniger geeigneter Mann an der Spitze der wichtigsten Überwachungsinstitutionen.

⁵ „Stasi 2.0“, bisher oft auch in Verbindung mit Schäubles Gesicht, ist das zurzeit sicherlich am weitesten verbreitete Schlagwort zur Geißelung der staatlichen Datensammelwut.

dass eine Speicherung dieses Umfangs nicht grundsätzlich abzulehnen sei. Es fehle jedoch an einer dem „Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechenden Ausgestaltung“ der Rahmenbedingungen für Speicherung, Zugriff und Verwendung.⁶ Wie ein verfassungskonformes Gesetz gestaltet sein müsste, haben die Richter gleich mit beschrieben. Überwachungsgesetze sind als Resultat eines formal demokratischen parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses also keineswegs undemokratisch und unterliegen zudem strenger juristischer Prüfung. Eine grundsätzliche Kritik, die nicht nur einen verlorengegangenen geglaubten Idealzustand („Demokratie“/ „Geist des Grundgesetzes“) als formalen Maßstab hat, dessen Verwirklichung in der Vergangenheit ebenso fragwürdig ist, müsste sich also mehr den inhaltlichen Fragen zuwenden und analysieren, welche sozialen Wandlungsprozesse und strukturellen Spannungen hinter der zunehmend autoritären Entwicklung der Sicherheits- und Kriminalpolitik stehen. Dafür wäre zu analysieren, wie die postfordistische Umstrukturierung der Lebensverhältnisse neue Armut und massenhafte Prekarität produziert, die unter der Hegemonie eines Gemisches aus neoliberalen und kommunitaristischen Ideologiefragmenten dazu übergeht, die noch Inkludierten immer mehr zu kontrollieren und präventionistisch zu aktivieren (Ullrich 2009, 2010), während die Drohung des Abstiegs in das Segment der neuen Armen über ihnen schwebt, für die längst kein Integrationsversprechen mehr existiert und die mithilfe immer neuer und umfassender Apparate in ihrem Elend nur mehr verwaltet werden (Rinn 2009). Neben dieser grundlegenden Betonung ökonomischer und damit zusammenhängender ideologischer Strukturen, wäre für ein realistisches Verhältnis der Überwachungsgegner zu Staat und Recht nicht nur zu analysieren, welcher Widerspruch zwischen ihrem Demokratieideal und der konkreten aktuellen Form demokratischer Herrschaft besteht, sondern auch welche Widersprüche zwischen Rechtsnormen und Rechtswirklichkeit ohnehin gang und gäbe sind. Der Rechtsstaat stellt sich realiter nicht wie im Gemeinschaftskundeunterricht dar. Die de-facto-Nichtgleichheit aller vor dem Gesetz, mit ihren Traditionen, die bis zu den politischen Prozessen der Adenauerzeit, den Berufsverboten und der Hatz auf Linke und Liberale während des „Deutschen Herbstes“ zurückreicht, wurde in jüngster Zeit v.a. in der massiven Repression gegen die G8-Proteste in Heiligendamm und die §-129a-Verfahren deutlich. Aber sie schien – in ihrer realen Existenz wie ihrem hegemonialen Ignoriertwerden – auch im überwachungskritischen Protest selbst durch, als die Polizei auf der „Freiheit statt Angst“-Demonstration im September 2008 mit aller Härte gegen den 'linksradikalen' Block vorging⁷, es aber kaum zu Solidarisierungen von Seiten der Veranstalterinnen und bürgerrechtlichen Teile der Demonstration kam, was sich nur zum Teil mit politischer Unerfahrenheit und der relativen „Geschichtslosigkeit“ der neuen Akteure erklären lässt. Dies führt zu der Frage, wer in welchem Ausmaß von Überwachung, Kontrolle und auch Repression tatsächlich betroffen ist und wessen Interessen durch die Proteste eigentlich repräsentiert werden sollen. Dazu im Folgenden.

„Diese Toilette wird zu ihrer Sicherheit videoüberwacht“

Die Repräsentationsfrage stellt sich, da die mehrheitsfähige Einschätzung der Überwachungskritikerinnen zu sein scheint, dass alle immer mehr überwacht werden, sich somit der Raum des Privaten immer mehr reduziert. Diese Sichtweise steht hinter einem Klassiker der bildhaften Überwachungskritik: dem auf Toiletten so manches Alternativen Jugendzentrums und ähnlicher Orte anzutreffendem Aufklebers, der ironisierend warnt, dass diese Toilette aus Sicherheitsgründen videoüberwacht wird oder in der Horrorvision des in die Schlafzimmer spähenden Staates. Diese Sicht ist auch richtig, denn wir leben in einer Gesellschaft, in der verschiedenste Akteure zunehmend Daten aller, auch intimster, Lebensbereiche erfassen, speichern und analysieren – für diese Tendenz steht prototypisch die Vorratsdatenspeicherung. So erklärt sich das Bild eines sich entwickelnden totalitären, alles erfassenden Überwachungsstaates – eine Kategorie, die sich durch die gesamte Geschichte der

⁶ <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-011.html> [26.3.2010].

⁷ Etwas geändert hat sich die Situation durch den über Youtube und dann auch die Massenmedien verbreiteten Fall von Polizeigewalt gegen Demonstrationsteilnehmerinnen auf der „Freiheit statt-Angst“ Demo 2009. Im Herbst 2010 kam es zu einem ersten Urteil gegen einen beteiligten Polizisten und zumindest in Berlin wurde mit Wirkung zum 1.1.2011 die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte durchgesetzt.

Überwachungskritik zieht (Fisahn 2009) – dem Privatsphäre entgegengehalten wird. Auch hier weiß die Bürgerrechtsbewegung stets das BVG hinter sich, dass in allen diesbezüglichen Urteilen stets einen „Kernbereich privater Lebensführung“ zu schützen suchte.

Allerdings geht sowohl in den Toiletten- und Schlafzimmerbildern, als auch in der BVG-Sicht die tatsächliche Selektivität von Überwachung verloren. „Den“ Staat interessiert schließlich dieser Intimbereich alltäglicher menschlicher Lebensvollzüge nur peripher. Immer öfter wird die Überwindung dieser Grenzen auch 'von unten' forciert, wenn Millionen in Angeboten von Big-Brother-Shows bis Facebook um Aufmerksamkeit buhlen, die heute ein weit populäreres Gut als Privatheit zu sein scheint. Das wichtige Insistieren auf Privatsphäre verfehlt hier, wenn es nicht in einen weiteren analytischen Kontext gestellt wird, den Zweck der meisten staatlichen Überwachungsmaßnahmen, der eben nicht voyeuristisch ist, sondern auf die Aufrechterhaltung von Ordnung abzielt und sich für private Lebensführung nur insofern interessiert, wie sie sich gegen den Souveränitätsanspruch des Staates richtet. So ist also neben der Univeralisierung von Überwachungspraktiken auch ihre Selektivität zu analysieren und man wird so auf Gruppen aufmerksam, die exzeptionellen Kontrollregimen unterliegen, ohne im Protest in dieser Weise repräsentiert zu sein. Zu diesen gehören insbesondere Arme und Arbeitslose (Wompel 2009; Nowak 2009) und diejenigen, die sich diesem Regime nicht unterwerfen wollen (Leipziger Kamera 2009: Kap. 4). Der teilweise sehr begrenzte Inklusionsanspruch des überwachungskritischen Mainstreams wird jedoch am deutlichsten in dem Grundkonsens der Verteidigung von „Bürgerrechten“. Die mit suprastaatlichen Agenturen wie Frontex und nationalen Institutionen der Flüchtlingsdrangsalierung konfrontierten Migrantinnen, die per se nicht über Bürgerinnenrechte verfügen, sind damit nicht angesprochen, obwohl sie in ihrer relativen Rechtlosigkeit dem allerstrengsten Kontrollregime unterliegen. Dieser Situation entsprechend stehen marginalisierte Gruppen im Zentrum der Aufmerksamkeit des (relativ marginalen) staats- wie kapitalismuskritischen Teils der Bewegung, dessen Bildsprache sich ebenso abhebt. Sie thematisiert viel stärker den Ausschluss- und Gewaltaspekt von Überwachung (so finden sich bildliche Darstellungen der Insignien und Exzesse staatlicher Repressionsmacht – wie Szenen von Polizeigewalt, Uniformen, Zäune – und ein militanteres Widerstandsbild, dessen typischster ikonografischer Ausdruck die durch Steinwurf zerstörte Videokamera ist). Eine erfreuliche Entwicklung zeigte sich jedoch bei der „Freiheit statt Angst“-Demonstration im Herbst 2010. Erstmals wurde eine Einstellung der besonders diskriminierenden Überwachung von Migrantinnen explizit in den Forderungskatalog aufgenommen.

Während deutlich wird, dass Überwachung mit Marginalisierung zu tun hat, also um so härter und umfassender diejenigen trifft, die sich für das aktuelle Verwertungsregime als nicht nützlich erweisen, muss sich Überwachungskritik aber auch davor hüten, spezifische Gruppeninteressen zu instrumentalisieren. Obwohl etwa das Konstrukt eines „subjektiven Schutzbedürfnisses“ von Frauen tradierte Geschlechterbilder reproduziert, Ängste individualisiert und stärkere Kontrolle legitimiert anstatt nach sozialen Ursachen von Gewalt zu fragen, darf mit dem 'Gegenargument' bspw. der Unwirksamkeit von Videokameras gegen sexualisierte Gewalt nicht deren reale Existenz 'weggewischt' werden (Dellmann 2009).

Hitler 2.0?

Demoplakate, Inszenierungen, gehackte Kameras, Aufkleber – Bilder sind auch in der Überwachungskritik ubiquitär. Doch welche Vorstellungen von Überwachung und ihren Ursachen kommen in diesen Bildwelten eigentlich zum Ausdruck?

Mit dem Hinweis auf ein Gutachten, das der Chaos Computer Club auf Wunsch des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung angefertigt hat, taucht auf einer Internetseite ein Bild auf, das collageartig die Themen Vorratsdatenspeicherung und Überwachung am Arbeitsplatz mit der typischen Überwachungsstaatssymbolik – hier dem überdimensionierten Kopf Schäubles – ver-

bindet.⁸ Das Bild referiert aber auf ikonografischer Ebene auf weit mehr als die explizit benannten Aspekte und ist damit typisch für eine Überwachungskritische Bildsprache. Die Collage setzt sich aus zwei Ebenen zusammen, einem aus schwarzen, holzschnittartigen Figuren bestehenden Vorder- und dem dunkelblauen, vom Kopf Schäubles dominierten Hintergrund. Unabhängig von den explizit benannten Themen (Vorratsdatenspeicherung/ Überwachung am Arbeitsplatz) und der personifiziert-symbolisierten Staatsmacht, referieren Bildaufbau und die ikonografisch aufgeladene Darstellung des Kopfes nicht nur auf die Big-Brother-Thematik als ein dystopisches Szenario, sondern darüber hinaus auch auf reale totalitäre Systeme. So ist der Gesichtsausdruck Schäubles dem Big-Brother-Gesicht aus der Verfilmung des Romans „1984“ übernommen. Die hellen leuchtenden Strahlen, die von den Augen des Innenministers ausgehen, stehen dabei für Totalität und Allmacht des überwachenden Blicks. Gleichzeitig markieren sie die Nähe zu einem Plakat, das den Hitler-Film 'Der Untergang' bewirbt.⁹ Auch hier ist das helle Glühen, das den über kleinen, schwarzen Figuren im Vordergrund thronenden Oberkörper Hitlers umgibt, zu sehen. Ob als Aussage über die Zustände heute oder als Heraufbeschwörung eines zukünftigen (Horror-)Szenarios – mit dem Bild findet eine Dramatisierung statt, die im Sinne einer emanzipatorischen und selbstermächtigenden Auseinandersetzung mit Überwachung nicht widerspruchsfrei bleibt. Derartige Vergleiche bedeuten eine Dekontextualisierung und Verharmlosung historischer Erfahrungen im Nationalsozialismus, die Nichtanerkennung des Terrors, der umfassenden Kontrolle, des hemmungslosen Vorgehens gegen Dissidenten usw. Vollkommen unzweideutig wird diese Gleichsetzung auf einem Bild auf einer Internetseite.¹⁰ Es verbindet ebenfalls collageartig eine NS-Symbolik mit dem Kopf Schäubles im Zentrum sowie den Schriftzügen: „Wollt ihr die totale Überwachung?“ und „Totale Überwachung ist sicherste Überwachung“. Gleichsetzungen dieser Art finden nicht nur mit dem Nationalsozialismus statt; noch populärer sind Vergleiche mit der DDR: Schäuble neben Erich Honecker oder das besagte „Stasi 2.0“. Die hier deutliche Staatsfokussierung der Überwachungskritik zeigt sich auch in der Omnipräsenz der Big-Brother-Symbolik. Diese Referenzen stehen für eine staatliche Überwachung, die als tendenziell allumfassend gedacht wird. Was zumindest auf Bildebene ausgespart wird, ist die reale Vielzahl unterschiedlichster Institutionen der Überwachung, etwa die Datensammlungen privatwirtschaftlicher Unternehmen, die wohl als weniger bedrohlich aufgefasst werden oder sich bildlich schlechter dramatisieren lassen. Diese überwachungsinstitutionelle Diversität verlangt zumindest nach einer Ergänzung der Big-Brother-Bilder durch die vielen unabhängigen aber miteinander vernetzten little sisters. Diese tauchen nicht nur in klassischen Formen, wie als Sicherung des 'richtigen' Konsumverhaltens in Einkaufszentren durch Kameras und privates Sicherheitspersonal, als Kontrolle am Arbeitsplatz für möglichst effektive Ausbeutung und Überwachung politischer Dissidenz auf, sondern auch als 'Überwachung' der eigenen körperlichen und seelischen Gesundheit sowie Flexibilität als Voraussetzung zum erfolgreichen Funktionieren auf dem Arbeitsmarkt. In ihrer moralisierenden Deutlichkeit behindern diese Bilder eine kontextualisierende Analyse dieser Entwicklungen, welche auch Gegentendenzen hervorbringen können (Fisahn 2009). Gerade die postfordistische Ökonomie, die jedes kreative Abweichen und jedwede subkulturelle Symbolproduktion durchaus positiv zu inkorporieren und in die Warenform zu überführen weiß, steht für eine Logik (anders als die kritikfeindliche, homogenisierende staatliche Souveränitätslogik), die Differenz fördert und produziert. Diese Ökonomisierung des alltäglichen Lebens ist mit ihren auf Selbstführung setzenden Herrschaftstechniken (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000) keineswegs sympathischer, bedarf aber einer spezifischen kritischen Auseinandersetzung. Die Entwicklung von Überwachung hingegen als 'allumfassend' und auf dem Weg zur totalen Überwachung darzustellen – wie verständlich sie aus der konkreten Betroffenheit des Augenblicks auch sein mag – klammert die Selektivität einzelner Maßnahmen und die Komplexität intervenierender Entwicklungen aus. Dabei ist

⁸ „Überwachung am Arbeitsplatz“, <http://news.magnus.de/internet/artikel/ccc-warnt-vor-vorratsdatenspeicherung-schutz-von-privatdaten-unzureichend.html> [15.04.2010].

⁹ Filmplakat zu "Der Untergang", http://turkiyem.ucoz.de/cover2/Afis7/Der_Untergang.jpg [01.05.2010].

¹⁰ "Die totale Überwachung", <http://4topas.wordpress.com/2007/12/30/guten-rutschin-den-ueberwachungsstaat> [15.04.2010].

nicht die Dramatisierung des Problems, die aus aufmerksamkeitsökonomischen Gründen gerechtfertigt sein mag, sondern die Gefahr, dass die eigene Erkenntnisfähigkeit auf dem Altar der politischen Erfolgsorientierung geopfert wird. Dies spiegelt sich auch in einer selektiven Aneignung des wissenschaftlichen Überwachungsdiskurses durch Aktivistinnen, die immens vom Panoptismus geprägt ist (und gut mit dem Big-Brother-Bild in Einklang vereinbar ist), sich aber anderen theoretischen Zugängen gegenüber wie bspw. Deleuzes' Begriff der Kontrollgesellschaft und daran anknüpfenden Vorstellungen von rhizomatischen surveillant assemblages kaum geöffnet hat (Haggerty/Ericson 2000).

Inszenierungen, die wachrütteln: Ästhetisierung des Protests

Die Überwachungskritik, die man mit einigem Recht als Bewegung gegen eine übermäßige Bildproduktion verstehen kann, produziert selbst erstaunlich viele Bilder. Damit sind nicht nur die 'traditionellen' politischen Kommunikationsformen (Plakate, Transparente, Sticker usw.) gemeint, sondern auch die Vielzahl künstlerischer Projekte. Inszenatorische Aktionsformen (Happenings, Kammertheater, Installationen, Adbusting) können auf den verschiedensten Ebenen stattfinden und innerhalb eines Überwachungssystems auf unterschiedlichste Positionen abzielen. Sei es auf die Kamera als wohl wichtigstes Symbol, auf die Öffentlichkeit, auf die Überwacherinnen selbst oder aber auf die Überwachten (Kammerer 2008: 327 ff.). Als Teil des Bildrepertoires sind sie neben legalistischen Anstrengungen von Datenschützerinnen und Bürgerrechtlerinnen, spontaneistischem Protest und den alltäglichen Taktiken des Sich-Entziehens als zentraler Teil der Überwachungskritik zu verstehen. Unter diese Counter-Surveillance-Strategien fallen nicht nur tatsächliche 'Umkehrungen des Blicks' etwa durch das Abfangen und Umleiten von Bildsignalen der Überwachungskameras oder offene, tatsächliche Gegenüberwachung, die auf die Überwacherinnen gerichtet ist und bei diesen eine Art (selbst-) reflexive Betroffenheit produzieren soll, sondern auch die Manipulation und das Ausschalten von Kameras. Auf diese Weise wird deutlich gemacht, dass man sich der Überwacherinnen, die sich ja durch ihre scheinbare Unsichtbarkeit auszeichnen, durchaus bewusst ist und diese selbst im Blick hat. Theoretisch lassen sich diese künstlerischen Interventionen als Form der Selbstermächtigung aus der spezifischen Machtlosigkeit der Subjekte im Panoptismus lesen. Im Akt der Ermächtigung werden dessen Grenzen (die Foucault in Überwachen und Strafen beschreibt) überschritten (Ebd.: 324). Dieser Logik folgen Performances, die die Überwachten ansprechen, mit einbeziehen und so auf die Implikationen der Normalität von Überwachung aufmerksam machen wollen.

Wie effektiv solche Aktionen sind, ob sie die forcierten Irritationen in der und das Erschrecken über die Normalität von Überwachung tatsächlich produzieren und den Kreis der Widerständigen erweitern können, ist fraglich. Viel mehr findet mit dem bewussten und sichtbaren Überschreiten der durch Überwachung kontrollierten Grenzen in Form von Inszenierungen eine Ästhetisierung von Protest statt, welcher so in den Deutungsrahmen 'Kunst' eingeordnet wird und als solche deren Möglichkeiten und Beschränkungen unterliegt (LIGNA 2009: 227 f.; Raunig/Wuggenig 2007). Nicht nur, dass dieser Rahmen als spezifischer Diskurs verstanden werden muss, der per se immer auch ein Abweichen vom Normalen akzeptiert oder gar fordert und als solcher außerhalb tatsächlicher Lebensrealitäten in einer zunehmend überwachten Gesellschaft steht – viel mehr tragen Performances gerade in dieser Spezifität als künstlerische Interventionen vielleicht sogar zur Normalisierung von Überwachung bei.

Potenzial für Einheit in der Vielfalt? Ein Fazitversuch

Ein zusammenfassendes Fazit zu so heterogenen Aspekten wäre wohl überwiegend redundant. Doch vielleicht kann man einen übergeordneten Punkt festhalten, dass nämlich ein Raum für Reflexionen der eigenen Bewegungsidentität geöffnet und ein Sinn für die Geschichtlichkeit von Protestbewegungen auch gegen Überwachung angesichts der vielfältigen Ambivalenzen entwickelt werden muss, die nicht nur, aber ganz besonders, in den zugespitzten Bild- und Symbolwelten zutage treten.

Auffällig ist im konkreten Fall besonders die Staatsfixierung in Kritik wie Affirmation, die gewisse blinde Flecke gegenüber realer gesellschaftlicher Komplexität zumindest befördert. Hier zeigt sich eine schwer auflösbare ideologische und bewegungsstrategische Problematik. Setzt man in der Hoffnung auf Mobilisierungserfolge auf die dramatischsten, drastischsten oder die für besonders anschlussfähig und leicht verständlich gehaltenen Bilder? Oder sollte man auf möglichst genaue und schonungslose Analyse und deren symbolische Repräsentation dringen? Diese Ambivalenzen in den Handlungs- und Bildrepertoires einseitig auflösen zu wollen, wäre aber der falsche Schluss. Der Prozess paradoxer Verrechtlichung bspw. ist kein Grund, ganz auf Klagen zu verzichten, denn dem steht das Öffentlichkeits- und Skandalisierungspotenzial solcher Verfahren sowie die normative Kraft positiven Rechts entgegen. Der Stasi-Vergleich ist ebenso überzeugend und anschlussfähig wie auch irreführend. Die relative „Harmlosigkeit“ von Kunst durch ihre spezifische gesellschaftliche Funktion bedeutet nicht automatisch, dass künstlerische Interventionen überhaupt keine Irritationen auslösen können. Produktiv aufeinander bezogenes Neben- und Miteinander von Aktions- und Ausdrucksformen scheint daher angezeigt, um durch Schnittmengenanalyse gemeinsame strategische Projekte bestimmen und zusammen durchsetzen zu können. In einem solchen reflexiven, akzeptierenden und bezugnehmenden Miteinander läge dann auch eine reale Voraussetzung für komplexe Wirklichkeitsdeutungsprozesse von Protestbewegungen, die nicht der Blindheit institutioneller oder ideologischer Abkapselung zu verfallen drohen.

Themen gibt es auch aktuell genug: der EU-Zensus 2011, die neuen unsicheren Personalausweise, das schwache Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, die Arbeitnehmerdatenerfassmaschinerie ELENA (elektronischer Entgeltnachweis), der Dauerbrenner Gesundheitskarte, die seit der Föderalismusreform stattfindenden Verschärfungen des Versammlungsrechts mit anstehenden weiteren Gesetzesnovellen auf Länderebene (Baden-Württemberg und Niedersachsen), die nach den Terrorwarnungen vom Herbst 2010 verstärkt angestrebte Neuauflage der Vorratsdatenspeicherung, die derzeit nur ausgesetzten Internetsperren, die Aneignung des virtuellen öffentlichen Raumes durch Google Street View für Werbe- und Profilingzwecke und vieles, vieles mehr. Die Auseinandersetzungen um Überwachung berühren weiter den Kern aktueller Vergesellschaftungsprozesse.

Literatur

Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2000), *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/ M.: Suhrkamp.

Dellmann, Sarah (2009): „Was ist heute noch sicher? Frauen im Sicherheitsdiskurs“, in: *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster: Unrast-Verlag, S. 174-179.

Fisahn, Andreas (2009): „Überwachung und Repression. Logiken der Herrschaftssicherung“, in: *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster: Unrast-Verlag, S. 40-54.

Haggerty, Kevin D./Ericson, Richard V. (2000), „The surveillant assemblage“ in: *British Journal of Sociology* 51, S. 605–622.

Kammerer, Dietmar (2008), *Bilder der Überwachung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Leipziger Kamera (Hg.) (2009), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster: Unrast-Verlag.

LIGNA (2009), „Passagen proletarischer Öffentlichkeit. Das Labor für unkontrollierbare Situationen“ in: *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste gegen Überwachung*, Münster: Unrast-Verlag, S. 224-229.

Nowak, Peter (2009), „Was Jobcenter mit Kontrolle und Überwachung zu tun haben“ in: *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster: Unrast-Verlag, S.

146-150.

Raunig, Gerald/Wuggenig, Ulf (Hg.) (2007), *Kritik der Kreativität*, Wien: Turia + Kant.

Rinn, Moritz (2009), *Aktivieren und Strafen. Integrative und ausschließende Strategien gegenwärtiger Arbeitsmarkt- und Kriminalpolitik*, Oldenburg: BIS-Verlag.

Steinke, Ron (2009), „Radikal wie Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht und der Konformismus der deutschen Bürgerrechtsbewegung“ in: *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster: Unrast-Verlag, S. 90-94.

Steven, Elke (2009), „Die Gerichte werden und nicht befreien! Die Vorratsdatenspeicherung vor Gericht“ in: *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster: Unrast-Verlag, S. 57-67.

Ullrich, Peter (2009), „Überwachung und Prävention. Oder: Das Ende der Kritik“ in: *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster: Unrast-Verlag, S. 57-67.

Ullrich, Peter 2010: *Preventionism and Obstacles for Protest in Neoliberalism. Linking Governmentality Studies and Protest Research*, in: Heßdörfer, Florian; Pabst, Andrea; Ullrich, Peter (eds.): *Prevent and Tame. Protest Under (Self)Control*, Berlin, S. 14-23.

Ullrich, Peter; Wollinger, Gina 2011 (im Erscheinen): *Videüberwachung von Versammlungen und Demonstrationen – Blick auf ein verwaistes Forschungsfeld*, in: Zurawski, Nils: *Alltag der Überwachung*, Opladen: Barbara Budrich.

Wompel, Mag (2009), „Big Boss is watching you“, in: *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*, Münster: Unrast-Verlag, S. 151-157.

AutorInnenverzeichnis

Baumgarten, Britta (*1975), Dr. phil., arbeitet seit August 2008 in der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung“ am WZB. Sie studierte von 1995 bis 2000 im Diplomstudiengang Soziologie (Nebenfächer Sozialanthropologie und VWL) an der Universität Bielefeld und am ISCTE in Lissabon. Arbeitsgebiete: Zivilgesellschaft, Soziale Bewegungen, Diskursanalyse, politische Kommunikation, Methoden der qualitativen Sozialforschung.

Bebnowski, David (*1984 in Wolfsburg), studiert Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaft und Soziologie und ist Mitarbeiter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.

Buchholz, Christine (*1971) ist friedenspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die LINKE und Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN.

Castellina, Luciana ist Redakteurin der italienischen Tageszeitung „Il Manifesto“ und ehemalige Europaabgeordnete.

Dellheim, Judith ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Demirović, Alex ist Politikwissenschaftler und Soziologe, Gastprofessor an der TU Berlin für Politische Theorie und Politisches System der BRD, Redakteur der „PROKLA - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft“ und der „Luxemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis“ und Vorstandsmitglied der RLS.

Falkner, Thomas (* 1957), Dr. rer. pol., ist Journalist.

Fochler, Martin lebt in München. Arbeitet im Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung, dem Kooperationspartner der RLS in Bayern und im Gesprächskreis Parteien und Bewegungen der RLS. Mitherausgeber der in München erscheinenden „Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik“. Redakteur der Zeitschrift der Münchner Stadtratsgruppe der Linken „MitLinks“ und der in Stuttgart erscheinenden überregionalen Zeitschrift „Politische Berichte – Zeitschrift für sozialistische Politik“.

Graf, Stefanie ist Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN und aktiv in die LINKE.SDS.

Kleba, Lars (*1976) kommt aus Sachsen und wohnt seit 2006 in Berlin. Er ist Mitarbeiter im Bereich Kampagnen/Parteientwicklung beim Parteivorstand der LINKEN.

Kleine, Christoph ist aktiv bei Avanti - Projekt undogmatische Linke/IL.

Kühne, Steffen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Themenfeld Nachhaltigkeit in der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Lê, Anja studiert in Hamburg Kunstgeschichte, Gender Studies und Erziehungswissenschaften.

Rauch, Paula hat 2010 Abitur in Berlin gemacht, ist aktiv in der Bildungstreikbewegung und bei die Linke.SDS.

Rucht, Dieter (*1946), studierte Sozialkunde, Sport und Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität in München; Lehr- und Forschungstätigkeiten in München, Berlin, USA, Großbritannien und Frankreich; seit 2000 (erneut) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Hauptarbeitsgebiete: Politische Soziologie, Öffentlichkeit, soziale Bewegungen, politischer Protest.

Rugenstein, Jonas (*1985 in Eckernförde), studiert Politikwissenschaft, Philosophie und Sozialpolitik und ist Mitarbeiter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.

Schnell, Lucia ist Mitarbeiterin der LINKEN-Bundestagsfraktion.

Schlager, Alexander, Jg. 1979, Soziologe, Regionalmitarbeiter der Rosa Luxemburg Stiftung in Stuttgart. Er ist aktiv im Widerstand gegen „Stuttgart 21“ und wurde bei dem Polizeieinsatz am 30.9. im Stuttgarter Schlossgarten durch einen Wasserwerfer schwer am Auge verletzt.

Schönberger, Ursel ist seit 25 Jahren in der Anti-AKW-Bewegung aktiv. Zuerst in der Auseinandersetzung um die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, dann vor allem zu den Atommüllprojekten Schacht KONRAD, ASSE II und Morsleben. 1987 Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.

Schubert, Sonja lebt in Berlin und ist Pressesprecherin der Kampagne Castor? Schottern!.

Teune, Simon arbeitet seit Januar 2005 in der Forschungsgruppe "Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa" über soziale Bewegungen und Protest. Er ist Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. Teune studierte Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Philipps-Universität Marburg und an der Freien Universität Berlin. Er promoviert an der Freien Universität Berlin über die Kommunikationsstrategien globalisierungskritischer Gruppen.

Ullrich, Peter Dr. phil., Kulturwissenschaftler/Soziologe, Post-Doc-Stipendiat am Deutschen Jugendinstitut Halle und Gastwissenschaftler an der Universität Leipzig, Abteilung Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Arbeitsschwerpunkte: politische Soziologie (soziale Bewegungen, Überwachung, Erinnerung/Antisemitismus/ Nahostkonflikt) und medizinische Soziologie (Prävention und Subjektivierung, Versorgungsforschung).

Wolf, Luigi ist für Die LINKE.SDS 2010 im Bündnis "Dresden Nazifrei" aktiv.

Zeise, Fanny ist Landessprecherin der LAG Betrieb & Gewerkschaft DIE LINKE Berlin und arbeitet in der Kontaktstelle Gewerkschaften der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Reihe "Philosophische Gespräche"

Helle Panke
VERLAG

Heft 1

Peter Ruben: Der moderne Kommunismus und die soziale Frage / Camilla Warnke: Der junge Harich und die Philosophiegeschichte / Wolfgang Harich: Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie 1951/1954

Heft 2

Elias Witt: Pazifismus in den geistigen Kämpfen unserer Zeit / Helmut Bock: Von Krieg und Frieden. Zwischenbilanz aktuell / Rolf Löhner: Menschheit und Biosphäre

Heft 3

Helmut Bock: Freiheit, Gleichheit – und kein Ende. Streit um Menschenrechte / Maximilien Robespierre – Marx und Engels – Heinrich Heine

Heft 4

Heinz Maloney: Friedrich Nietzsche, ein Jahrhundert nach seinem Tode ein Klassiker der Philosophie? / Philosophielistische Lehrveranstaltungen 1952–1957 am Philosophischen Institut der HUB

Heft 5

Peter Keller: Lew Wygotski und der Kampf um die marxistische Psychologie in der Sowjetunion (mit einem ergänzenden Beitrag von Werner Röhr)

Heft 6

Klaus Höpke: Solidarität als Grundwert in einer unsolidarischen Zeit

Heft 7

Manfred Lauerzmann: Die Sozialistenschichten in der DDR aus der Sicht des bundesdeutschen SDS (mit einem Vorwort von Peter Ruben)

Heft 8

Diener Uhlir/Wladislaw Hedeler: Nikolai Bucharin "Philosophische Arabesken"

Heft 9

Athanasios Katsamasis: Marxistische Theorie, Regulationslehre und das kapitalistische Naturverhältnis / Zusammenhänge kritischer Gesellschaftstheorien und naturdestruktiver Prozesse

Heft 10

Wladislaw Hedeler: Organisationswissenschaft statt Marxismus / Aleksandr Bogdanovs Vorstellungen von einer Gesellschaft der Zukunft

Heft 11

Thomas Marchauser: „Er hat Vorschläge gemacht“ – Was ist daraus geworden? / Zum 110. Geburtstag von Bertolt Brecht

Heft 12

Horst Müller: Vom Marxismus zur konkreten Praxisphilosophie / Einführung mit Untersuchungen zu Marx, Bloch, Habermas, Mead, Hounieff

Heft 13

Thomas Marchauser: Stalin, Stalinismus, Stalinisten. Ein Beitrag zur Sozialismendebatte

Heft 14

Andreas Heyer: Ökologie und Opposition / Die politisierten Utopien von Wolfgang Harich und Robert Havemann

Heft 15

Frank Engster: Solin-Bethel und das Problem einer Einheit von Gesellschafts- und Erkenntnistheorie

Heft 16

Thomas Marchauser: DDR 1989/90 – Revolution oder Konturrevolution? Berlin 2009

Heft 17

Dirk Braunsstein: Herrschaft und Ökonomie bei Theodor W. Adorno, Berlin 2010

Heft 18

Volker Capps: Nietzsche, die Liebe und die Zukunft kritischen Denkens

Heft 19

Simon Duchénois: Zum Begriff des Glücks bei Theodor W. Adorno und Walter Benjamin

Heft 20

Jenssen von Überwachung, Strategien der Kontrolle und ihre Kritik. Tagungsbeiträge von Matthias Roth/ Fabio Schmeder, Lars Oettermier, Vasilis Tsianos/Serhat Karakayili, Peter Ullrich/Anna LE

Jede Publikation kostet 3 Euro (bei Versand zzgl. Versandkosten)

Außerdem verfügen wir über ein umfangreiches antiquarisches Buchangebot. Gern schicken wir Ihnen den Katalog nach Vorzusendung von 4 Euro in Briefmarken zu. Das gesamte Buchangebot finden Sie auch im Internet www.helle-panke.de

Die Philosophischen Gespräche gibt es auch als Veranstaltungstitel. Die Termine finden Sie auf unserer Homepage

Bestelladresse schriftl./telef./per Fax

"Helle Panke" e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin – Kopenhagener Straße 76 – 10437 Berlin
Tel: 030/47 53 87 24 – Fax: 030/47 37 87 75 oder 030/47 37 87 78 – Email: info@helle-panke.de
Internet: www.helle-panke.de



Joachim Bischoff / Richard Detje / Christoph Lieber / Bernhard Müller / Gerd Siebecke

Die Große Krise

Finanzmarktcrash – verfestigte Unterklasse – Alltagsbewusstsein – Solidarische Ökonomie

176 Seiten (November 2010) – EUR 12.80 / sFr 23.40

ISBN 978-3-89965-397-7

Die Große Krise hat eine in der Geschichte des Kapitalismus beispiellose Reaktion der finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger hervorgerufen. In diesem Buch werden Deutungsangebote bereitgestellt und Perspektiven einer politischen Transformation aufgezeigt.

Literaturhinweise

Von rigider Sparpolitik und anderen Krisen. Ein Schlaglicht auf die politische Situation Spaniens. Standpunkte International 27/2010 von Alexandre Froidevaux.

Zur Programmdiskussion der Partei DIE LINKE. Sammelband mit Beiträgen der ND-Serie «Offene Fragen der Linken». Erweiterte 2. Fassung, November 2010.

Auto.Kämpfe.Global. Elaine Hui: «Automobile Expansion und Wellen von Streiks in China», Herman Rosenfeld: «Krise der Gewerkschaften, Kämpfe, Konversion», Thad Williamson: «Demokratische Planung und Arbeiterkontrolle», Enrique Gómez Delgado: «Kooperativen in Mexiko», Standpunkte 28/2010

Das Unbehagen am Staat. Staatskritik bei Wolfgang Abendroth und Johannes Agnoli. Standpunkte 25/2010 von Richard Heigl.

Es ist an der Zeit! Ein Aufruf zur Demokratisierung der Demokratie. Standpunkte 24/2010 von Bodo Ramelow.

Welche politische Krise? Standpunkte 22/2010 von Rainer Rilling, Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung .

Von der Weisheit der Vielen zur Organisierung der Unorganisierbaren. Standpunkte 21/2010 von Bürogemeinschaft «nine2five», Hamburg

Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit. Vom Exportismus und Wachstumsfetisch zu einer ökosozialistischen «Reproduktionsökonomie». Standpunkte 14/2010 von Mario Candeias .

Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken - Heft 1: Theorien und Bewegungen vor 1968. RLS-Paper von Marcel Bois und Bernd Hüttner (Hrsg.).

Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken - Heft 2: Theorien und Bewegungen nach 1968. RLS-Paper von Marcel Bois und Bernd Hüttner (Hrsg.).

Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende. Standpunkte 10/2010 von Wolfgang Wippermann.

Kämpfe für eine solidarische Welt. Theologie der Befreiung und demokratischer Sozialismus im Dialog. RLS-Paper von Ilseget Fink, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.) Mai 2010

Passive Revolutionen vs. sozialistische Transformation. Nichts wird so bleiben wie es ist. Transformation hieß in den letzten 150 Jahren immer wieder: passive Revolutionierung der Produktions- und Lebensweise. rls-papers von Mario Candeias . April 2010

Sichtbare Hände – Staatsinterventionismus im Krisenkapitalismus. Beiträge des internationalen Workshops vom 21. bis 23. November 2008 in Berlin. Manuskripte der RLS, Bd. 86. März 2010

Muster der Solidarität. Beispiele grenzüberschreitenden Widerstands von Arbeiter/-Innen und Gewerkschaften. Standpunkte 01/2010 von Ingemar Lindberg.

Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen. Beiträge zur politischen Bildung vom Institut für Gesellschaftsanalyse (IFG) der Rosa Luxemburg Stiftung, Juli 2009

Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke. Beiträge zur politischen Bildung vom Institut für Gesellschaftsanalyse (IFG) der Rosa Luxemburg Stiftung, März 2009

Aktuelle Analysen unter <http://ifg.rosalux.de/>

